73. Sitzung

am Mittwoch, dem 6. April 2011, 09.00 Uhr, in München

Geschäftliches6342	Beschluss zum GRÜNEN-Änderungsantrag 16/76696364
Geburtstagswünsche für Vizepräsident Jörg	10/7009
Rohde 6342	Beschluss zum GRÜNEN-Änderungsantrag
	16/76706364
Haushaltsplan 2011/2012;	Beschluss zum GRÜNEN-Änderungsantrag
Einzelplan 07 für den Geschäftsbereich des	16/76716364
Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft,	D 11
Infrastruktur, Verkehr und Technologie	Beschluss zum Einzelplan 07 6365
hierzu:	Erledigung gem. § 126 Abs. 6 GeschO der zur Ab-
Änderungsanträge	lehnung empfohlenen Änderungsanträge (s. a. An-
von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn.	lage 1) 6365
16/7659 mit 16/7661)	Berichtigungsermächtigung für das Finanzministeri-
und	um
Änderungsantrag	
der Fraktion FREIE WÄHLER (Drs. 16/7662)	Haushaltsplan 2011/2012;
und	Einzelplan 05 für den Geschäftsbereich des
Änderungsanträge	Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht
der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜ-	und Kultus
NEN (Drsn. 16/7663 mit 16/7672)	hierzu:
Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses	Änderungsanträge
(Drs. 16/7846)	von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn.
O	16/7852 mit 16/7861)
Staatsminister Martin Zeil 6342 6362 6363 6364 Dr. Paul Wengert (SPD) 6345 6362	und
Erwin Huber (CSU)	Änderungsanträge
Ludwig Wörner (SPD)6351	der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 16/7862 mit
Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER) 6352	16/7878)
Thomas Mütze (GRÜNE) 6354 6357 6358	und
Eberhard Sinner (CSU)	Änderungsanträge
Dr. Martin Runge (GRÜNE)	der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜ-
Hans Joachim Werner (SPD)	NEN (Drsn. 16/7879 mit 16/7892)
Eberhard Rotter (CSU)	•
Tobias Thalhammer (FDP)	Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (Drs. 16/8168)

Hans Herold (CSU).......6365

Reinhold Strobl (SPD)	Petra Guttenberger (CSU)
Thomas Gehring (GRÜNE) 6374 6377 6386 6387 Renate Will (FDP) 6377 6378 6381 6382 6383	Beschluss zum SPD-Änderungsantrag 16/7287 6414
Markus Reichhart (FREIE WÄHLER)	Beschluss zum SPD-Änderungsantrag 16/7291 6414
Karsten Klein (FDP)	Namentliche Abstimmung zum Änderungsantrag der FREIEN WÄHLER 16/7333 (s. a. Anlage 5)6414
Namentliche Abstimmung zum SPD-Änderungsantrag 16/7857 (s. a. Anlage 2)6393	Namentliche Abstimmung zum Änderungsantrag der FREIEN WÄHLER 16/7337 (s. a. Anlage 6)6414
Namentliche Abstimmung zum SPD-Änderungsantrag 16/7858 (s. a. Anlage 3)6393	· · · · · · · · · · · · · · · · · · ·
	Beschluss zum Einzelplan 04 6414
Beschluss zum Einzelplan 05	Erledigung gem. § 126 Abs. 6 GeschO der zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge (s. a. An-
Erledigung gem. § 126 Abs. 6 GeschO der zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge (s. a.	lage 7) 6415
Anlage 4)	Berichtigungsermächtigung für das Finanzministeri-
Berichtigungsermächtigung für das Finanzministeri- um6393	um6415
Erledigung des Änderungsantrags der FREIEN WÄHLER 16/7864	Haushaltsplan 2011/2012; Einzelplan 08 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Ernäh- rung, Landwirtschaft und Forsten
Haushaltsplan 2011/2012;	hierzu:
Einzelplan 04 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz	Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 16/7474 mit 16/7481)
hierzu:	und
Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 16/7283 mit 16/7299)	Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 16/7482 mit 16/7485)
und	und
Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 16/7333 mit 16/7339)	Änderungsanträge der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜ- NEN (Drsn. 16/7486 mit 16/7496)
und	•
Änderungsanträge der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜ-	Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (Drs. 16/7724)
NEN (Drsn. 16/7369 mit 16/7382) Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses	Staatsminister Helmut Brunner 6415 6417 6418 6419 6436 6437
(Drs. 16/7594)	Maria Noichl (SPD)6418 Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER) 6419
Staatsministerin Dr. Beate Merk 6394 6412 6413 Franz Schindler (SPD)	Reinhold Strobl (SPD)
Claudia Stamm (GRÜNE)	Thomas Dechant (FDP)
Christine Stahl (GRÜNE) 6404 6411 6413 Dr. Andreas Fischer (FDP) 6406 6407 6408	Dr. Martin Runge (GRÜNE)
,	

Annemarie Biechl (CSU)	Dr. Simone Strohmayr (SPD)
Namentliche Abstimmung zum SPD-Änderungsantrag 16/7475 (s. a. Anlage 8)	Renate Ackermann (GRÜNE)
Namentliche Abstimmung zum SPD-Änderungsantrag 16/7478 (s. a. Anlage 9)	Maria Scharfenberg (GRÜNE)
Beschluss zum Einzelplan 08	Bauer (FREIE WÄHLER)
lehnung empfohlenen Anträge (s. a. Anlage 11) 6439 Berichtigungsermächtigung für das Finanzministerium	Namentliche Abstimmung zum SPD-Änderungsantrag 16/7312 (s. a. Anlage 13)6458
Haushaltsplan 2011/2012; Einzelplan 10 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen	Namentliche Abstimmung zum SPD-Änderungsantrag 16/7314 (s. a. Anlage 14)
hierzu:	zum Änderungsantrag der FREIEN WÄHLER 16/7340 (s. a. Anlage 15)6458
Anderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 16/7300 mit 16/7306 und 16/7308 mit 16/7317) und	Namentliche Abstimmung zum Änderungsantrag der FREIEN WÄHLER 16/7342 (s. a. Anlage 16)6458
Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 16/7340 mit 16/7344)	Namentliche Abstimmung zum Änderungsantrag der FREIEN WÄHLER 16/7344 (s. a. Anlage 17)6458
und	Beschluss zum Einzelplan 106459
Änderungsanträge der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜ- NEN (Drsn. 16/7383 mit 16/7389 und 16/7392 mit 16/7410)	Erledigung gem. § 126 Abs. 6 GeschO der zur Ablehnung empfohlenen Anträge (s. a. Anlage 18) 6459 Berichtigungsermächtigung für das Finanzministeri-
Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (Drs. 16/7557)	um
Staatsministerin Christine Haderthauer 6439	

(Beginn: 9.03 Uhr)

Präsidentin Barbara Stamm: Guten Morgen, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bitte alle, die mich hören und nicht im Plenarsaal sind, sofort den Plenarsaal aufzusuchen, weil Sie hier gebraucht werden.

(Allgemeine Heiterkeit)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Sie hier sind! Sie darf ich ganz besonders herzlich begrüßen und Ihnen einen schönen guten Morgen wünschen. Wir haben heute wieder einen sehr langen Sitzungstag. Es ist die 73. Vollsitzung des Bayerischen Landtags in dieser Legislaturperiode. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde wie immer erteilt.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich Herrn Vizepräsident Jörg Rohde zu meiner Rechten alles Gute zum Geburtstag wünschen. Herzlichen Glückwunsch, Gesundheit und frohes Schaffen!

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 9 auf:

Haushaltsplan 2011/2012; Einzelplan 07 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 16/7659 mit 16/7661)

und

Änderungsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER (Drs. 16/7662)

und

Änderungsanträge der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 16/7663 mit 16/7672)

Im Ältestenrat wurde hierzu eine Gesamtredezeit von einer Stunde und dreißig Minuten vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 22 Minuten, auf die Fraktion der SPD 14 Minuten, auf die Fraktion der FREIEN WÄHLER und die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN je 11 Minuten sowie auf die FDP-Fraktion 10 Minuten.

Ich eröffne die Aussprache. Als Erster hat sich für die Staatsregierung Herr Staatsminister Zeil gemeldet.

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf Ihnen erst einmal einen sehr schönen guten Morgen wünschen. Im Frühjahr 2011 präsentiert sich die bayerische Wirtschaft in bester Verfassung. Der Freistaat hat die Krise von 2009 mit Bravour gemeistert. Wir haben mit die höchsten Wachstumsraten und die niedrigsten Arbeitslosenzahlen. Bayern steuert mit vollen Segeln in Richtung Vollbeschäftigung.

Die glänzende Bilanz, unser Kurs ist Ergebnis einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft, innovativer Unternehmen und seiner tatkräftigen Mitarbeiter. Es kommt aber auch darauf an, wie ein Land regiert wird. Die Staatsregierung hat mit ihrer Politik erheblich dazu beigetragen, dass sich die Wirtschaft in der Krise entscheidend stabilisiert hat.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Statt milliardenschwere schuldenfinanzierte Konjunkturprogramme aufzulegen, haben wir aber den ausgeglichenen Haushalt gehalten und damit Spielräume für gezielte Zukunftsinvestitionen geschaffen. Ich verweise auf die Erfolge des Mittelstandsschirms. Im Aufschwung haben wir den Hebel schnell umgelegt - vom Krisenmanagement auf Zukunftsgestaltung.

Meine Damen und Herren, die Erfolge der Vergangenheit sind freilich keine Garantie für die Zukunft. Rezepte, die gestern noch funktionierten, können schon morgen überholt sein. Wenn wir in den letzten Wochen und Monaten eines gelernt haben, dann wohl dies. Ich nenne hier nur die anhaltenden Schuldenprobleme in Europa, die Unruhen in Nordafrika und in Nahost und natürlich die schrecklichen Katastrophen in Japan.

Bayern hat die Krise der letzten Jahre im Rekordtempo überwunden. Das hat gute Gründe. Unsere Wirtschaft ist auf allen Zukunftsfeldern der Hochtechnologie führend und liefert passende Antworten auf die Herausforderungen der Zeit. Unsere Ausnahmestellung und unsere Fortschritts- und Innovationskraft werden uns auch jetzt helfen, die Herausforderungen der nahen Zukunft zu bewältigen.

Wir haben ambitionierte Ziele: Wir wollen weg vom Öl und heraus aus der Atomkraft - dies aber mit Besonnenheit und nicht mit Panik, wohl überlegt und mit klaren Konzepten.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Wir wollen die öffentlichen Schuldenberge durch mehr Wachstum abbauen. Wir wollen den Wettbewerb mit dem asiatisch-pazifischen Raum, insbesondere mit China und Indien, aufnehmen und gewinnen. Zu guter Letzt wollen wir die Folgen des demografischen Wandels meistern.

Meine Damen und Herren, Bayern ist das Innovationsland schlechthin. Dieser Tatsache haben wir unsere Erfolge in der Vergangenheit zu verdanken. Bayern muss Premiumland bleiben. Die Zukunft werden wir nur mit einer starken Industrie gewinnen und nicht gegen sie.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU - Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Sehr richtig!)

Wir müssen den Ausstieg aus der Atomenergie so gestalten, dass unser Land, unsere Industrie und unser Wohlstand keinen Schaden nehmen. Keine Frage: Wir müssen das Tempo der bereits eingeleiteten Energiewende drastisch erhöhen, aber wir dürfen die Arbeitsplätze im Industrieland Bayern nicht gefährden.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Damit Bayern das Innovationsland Nummer eins in Deutschland und Europa bleibt, zünden wir mit dem Doppelhaushalt 2011/12 die nächste Stufe unserer Politik zur Erneuerung des Freistaats für das 21. Jahrhundert. Das ist der Startschuss für einen neuen "Aufbruch Bayern".

Wer der Staatsregierung vorwirft, "Aufbruch Bayern" sei eine Mogelpackung,

(Markus Rinderspacher (SPD): Echt?)

stellt ein bescheidenes Verständnis politischer Gestaltungsmöglichkeiten unter Beweis.

(Beifall bei der FDP)

Politik ist nicht die blinde Forderung nach mehr Geld für den Staat. Politik bedeutet, in Verantwortung vor dem Bürger und mit begrenzten öffentlichen Mitteln die Zukunft zu gestalten. Diese Staatsregierung hat den Willen, die Stärke und den Mut zu klaren politischen Schwerpunktsetzungen.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU - Markus Rinderspacher (SPD): Das ist ganz was Neues!)

Mit einem politischen Kraftakt haben wir den neuen Doppelhaushalt nicht nur ohne neue Schulden aufgestellt. Durch Einsparungen an anderer Stelle investieren wir zugleich mehr als eine Milliarde Euro in die Felder, auf denen sich die Zukunft entscheidet, in Familie, in Bildung und in Innovation. Für das Wirtschaftsressort stehen hierfür bis 2014 deutlich über 180 Millionen Euro zur Verfügung. Daran können Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, deutlich erkennen, dass Sie nur von der Zukunft reden, während wir auch handeln.

(Beifall bei der FDP)

Der Haushaltsausschuss hat den Wirtschaftsetat konstruktiv und intensiv beraten. Dafür danke ich seinem Vorsitzenden, Georg Winter, den Berichterstattern und allen Ausschussmitgliedern. Ich möchte mich sehr ausdrücklich bei den Regierungsfraktionen dafür bedanken, dass sie die Leistungen nach § 45 a des Personenbeförderungsgesetzes erhöht haben. Das ist ein gutes Zeichen für den ÖPNV im ländlichen Raum, und es hilft den Menschen. Ich danke auch für Ihre Bereitschaft, die Handwerksförderung aufzustocken. Damit stärken Sie Mittelstand und Handwerk, das Herz und die Seele unserer Wirtschaft.

(Beifall bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieser Wirtschaftsetat ist ein Investitions- und Innovationshaushalt. Mit dem Programm "Aufbruch Bayern" setzen wir neue, hoch innovative Schwerpunke. Unsere Wirtschaft steht bei Solartechnik, Geothermie, Energieund Umwelttechnik sowie Elektroantrieben bereits heute an der Spitze des Fortschritts. Um den Anteil grüner Technologien an der Wertschöpfung weiter zu steigern, setzen wir im Doppelhaushalt 2011/2012 Schwerpunkte. Wir investieren 64 Millionen Euro in Elektromobilität, in das Entwicklungs- und Forschungszentrum Elektromobilität. Weitere 13 Millionen Euro fließen in die angewandte Energieforschung, in intelligente Netze und in eine Solarfabrik der Zukunft. Wir investieren in die Zukunft, indem wir Karbonfaser-Technologien, keramische Verbundstrukturen sowie Wertstoffkreisläufe und Werkstoffsubstitution stärken.

Wir beschränken uns aber nicht nur auf grüne Technologien. Wir wollen in allen Zukunftsfeldern der Hochtechnologie an der Spitze bleiben. Deshalb unterstützen wir auch IT-basierte Dienstleistungen. Wir stärken die Satellitennavigation, die satellitengestützte Katastrophenvorsorge und Krisenmanagement. Diese Projekte werden weder in den Ballungsräumen konzentriert noch in einem blinden Aktionismus quer über das Land verteilt. Wir investieren gezielt dort, wo eine Region besondere Kompetenzen vorweist. Glauben Sie mir: Jeder einzelne Landesteil in Bayern, jede Region, hat ihre besonderen Kompetenzen. Das hat Bayern stark gemacht. An dieser Politik wird sich unter meiner Verantwortung auch nichts ändern.

(Beifall bei der FDP - Alexander König (CSU): Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren, entscheidende Grundlage für die Zukunft des Standorts Bayern ist und bleibt eine sichere, bezahlbare und klimafreundliche Energieversorgung. Nach den Katastrophen in Japan müssen wir die Risiken der Kernkraft neu bewerten. Sicherheit hat wie bisher oberste Priorität. Schon im Mai werde ich ein Konzept vorlegen, wie wir die Energiewende in Bayern beschleunigen können. Glauben Sie mir: Wir werden sie beschleunigen. Aber wir müssen dabei klug und besonnen handeln.

Bayern - das wiederhole ich - lebt von seiner starken Industrie. Seine Menschen leben sehr gut davon. Eine erfolgreiche Industrie aber ist im Wettbewerb mit anderen Ländern auf eine bezahl- und kalkulierbare Stromversorgung angewiesen. Ein abrupter Ausstieg aus der Kernenergie würde die Versorgungssicherheit gefährden und zu noch mehr Importen aus Kohle- und Atomkraftwerken unserer Nachbarländer führen.

(Beifall bei der FDP)

Eine preiswerte Energieversorgung ist gerade auch für energieintensive Branchen wie zum Beispiel im südostbayerischen Chemiedreieck von entscheidender Bedeutung. Für diese Arbeitsplätze tragen wir alle, die wir hier sitzen, Verantwortung. Wir dürfen mit der Energiewende unsere industrielle Basis und die Arbeitsplätze der Menschen nicht aufs Spiel setzen.

(Beifall bei der FDP)

Wir müssen die Energiewende möglichst schnell schaffen. Aber wir müssen auch die Folgen für die Menschen in unserem Land bedenken. Meine Damen und Herren, eine preiswerte Energieversorgung ist nicht nur für die Industrie von entscheidender Bedeutung, sondern auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit.

(Beifall bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wollen uns von der Kernenergie noch schneller als geplant verabschieden. Für einen Übergangszeitraum brauchen wir sie aber noch.

(Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): So ist es!)

Um diesen Übergangszeitraum so kurz wie möglich zu halten und zügig auf eine Stromversorgung umzusteigen, die weitgehend auf erneuerbaren Energien basiert, müssen wir folgende Weichen stellen: Wir müssen den Anteil der Stromerzeugung aus Gaskraftwerken weiter steigern. Wir werden den Bau von

Stromspeichern vorantreiben und die Erforschung neuer Speichertechnologien verstärken. Das machen wir bereits mit unserem Programm "Aufbruch Bayern". Ihr Vorwurf, dafür gebe es keine Haushaltsmittel, ist daneben. Für die modernen Energietechnologien geben wir insgesamt fast 100 Millionen Euro im Rahmen des Programms "Aufbruch Bayern" aus.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Wir setzen konsequent auf regenerative Energien. Ein Großteil davon stammt aus Wasserkraft. Beim Thema erneuerbare Energien brauchen wir wahrlich keinen Nachhilfeunterricht in Bayern. Bayern liegt bei den regenerativen Energien weit über dem Bundesdurchschnitt von 17 % und weit über den Werten der Länder mit grüner Regierungsbeteiligung.

(Beifall bei der FDP)

Unser ambitioniertes Ziel ist es, bis 2020 auf deutlich über 30 % zu kommen. Dafür müssen wir die Potenziale - ich spreche die Wasserkraft an - der erneuerbaren Energien entschlossen heben. Für die Entscheidungen im Bezug auf den Ausbau der Infrastruktur müssen wir einstehen.

(Beifall bei der FDP)

Zur Wahrheit gehört auch: Bayern ist auf den Stromimport aus anderen Teilen Deutschlands und aus dem Ausland angewiesen. Das geht nicht ohne den Ausbau der Stromnetze in großen Schritten. Wir haben weiterhin den Anspruch, dass Bayern im Wesentlichen autark bleibt und nicht auf ausländische Importe angewiesen ist. All das erfordert Zeit, hohe Investitionen und technologische Innovationen. Ich sage ganz selbstbewusst: Wir sollten Herausforderungen nicht immer als Problem ansehen. Wer, wenn nicht wir im Innovationsland Bayern, wäre in der Lage, diese Herausforderungen zu meistern?

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Wir brauchen deutlich kürzere Planungs- und Genehmigungsverfahren. Wir brauchen dafür nicht zuletzt auch die Akzeptanz bei den Bürgern.

Meine Damen und Herren, der dritte wichtige Schwerpunkt des Wirtschaftsministeriums für die zweite Hälfte der Legislaturperiode ist die Sicherung der Zukunft des ländlichen Raums. Keine Region wird abgehängt. Jeder einzelne Landkreis gehört dazu. Jeder hat Anspruch auf unsere Unterstützung. Deswegen werden wir mit unserer bewährten Drei-Säulen-Strategie die Regionen mit maßgeschneiderten Angeboten fördern.

Um für Wirtschaftskraft und einen starken Mittelstand zu sorgen, nutzen wir vor allem auch die Regionalförderung und das Mittelstandskreditprogramm. Im Rahmen des Programms "Aufbruch Bayern" setzen wir zugleich neue Akzente für den ländlichen Raum. Die regionalen Technologie-Initiativen verknüpfen Technologieförderung der Spitzenklasse, ausgewählte Forschungsprojekte und Regionalförderung. Dies stärkt die Wettbewerbsfähigkeit des Freistaates in allen Landesteilen.

Wir haben erhebliche Fortschritte bei der Infrastruktur gemacht. Das Breitbandförderprogramm greift. In keinem anderen Bundesland kommt der Ausbau des schnellen Internets so zügig voran wie in Bayern.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, es wird darum gehen, im ländlichen Raum die Voraussetzungen für die moderne Arbeitswelt des 21. Jahrhunderts zu schaffen. Um die Zukunft des ländlichen Raums zu sichern, gilt es, ihn als Lebenswelt für qualifizierte, kreative und unternehmerisch denkende Mitarbeiter attraktiv zu gestalten. Dazu gehören beste Bildungsangebote, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und hochwertige Freizeitangebote. Wenn der ländliche Raum für Leistungsträger so interessant ist, dass sie dort leben und arbeiten wollen, hat er beste Zukunftsperspektiven.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, aktuelle Studien zeigen, dass Bayern Mittelstandsland Nummer eins in Deutschland ist. Damit das so bleibt, müssen wir in enger Zusammenarbeit mit den Organisationen der Wirtschaft die notwendigen Fachkräfte für die mittelständische Wirtschaft mobilisieren. In erster Linie brauchen wir eine Willkommenskultur für die besten Köpfe der Welt, um die wir im globalen Wettbewerb stehen. Dazu investieren wir auch in den kommenden Jahren kräftig in Einrichtungen der beruflichen Bildung und Weiterbildung.

Meine Damen und Herren, schließlich wollen wir die Mobilität umweltfreundlich gestalten. Dazu gehört der konsequente Ausbau des Schienenverkehrs. Wir alle kennen die wichtigen Projekte. Ich bin Herrn Kollegen Huber für seinen Vorstoß sehr dankbar, dass wir um neue, kreative Finanzierungsmodelle ringen müssen. Ich bin, wie Sie wissen, im Gespräch mit der EU-Kommission, die ihrerseits über solche Finanzierungsmodelle bezüglich der transeuropäischen Strecken, die TEN-Strecken, nachdenkt.

Wir wollen vor allem den ländlichen Raum stärken, die steigende Nachfrage nach Mobilität in Ballungsräumen umweltfreundlich bewältigen und Anschluss an Reise- und Geschäftsziele in aller Welt halten. Ich appelliere an alle, nicht nur von Infrastruktur zu reden.

Wenn es um konkrete Trassen und konkrete Entscheidungen geht, erwarte ich den gleichen Bekennermut, den andere sonst nur bei Sonntagsreden vorweisen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus, die Staatsregierung hat in den letzten zweieinhalb Jahren auf der Grundlage einer klaren ordnungspolitischen Linie alles getan, um in Bayern beste Standortbedingungen für eine innovationsstarke Wirtschaft mit einem wettbewerbsfähigen industriellen Kern zu schaffen. Bayern steht heute so gut da wie lange nicht mehr.

Der Einzelplan 07 meines Hauses stellt die Weichen im Freistaat auch für die Zukunft auf Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität. Unser Ziel ist es, alle unternehmerischen Kräfte zu mobilisieren, Wissen und Kreativität der Bürgerinnen und Bürger freizusetzen und die Stärken aller Regionen zu entfalten. Auf dieser Linie wird Bayern auch in Zukunft der Motor der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland und Europa bleiben. Diesen Wettbewerb führen wir mit anderen Bundesländern. Ich wiederhole: Wer, wenn nicht das Innovationsland Bayern, könnte die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts besser meistern? Unser Freistaat muss der Maßstab für andere bleiben. In diesem Sinne bitte ich um Zustimmung für den Einzelplan 07.

(Anhaltender Beifall bei der FDP und der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die SPD-Fraktion darf ich nun Herrn Kollegen Dr. Wengert das Wort erteilen. - Bitte schön, Herr Kollege Wengert.

Dr. Paul Wengert (SPD): Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Herzlichen Glückwunsch, Herr Vizepräsident Rohde, zum Geburtstag. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Gegensatz zu dem für seine Verhältnisse geradezu impulsiven Auftritt des Herrn Wirtschaftsministers ist der Einzelplan 07 eher unspektakulär. Von seinem Gesamtvolumen in Höhe von 1.72 bzw. 1.74 Milliarden Euro entfallen fast 1,1 Milliarden Euro auf Regionalisierungsmittel für den Schienenpersonennahverkehr, die vom Bund über Bayern dorthin weitergeleitet werden. Der operative Spielraum für den Restbetrag ist also nicht sonderlich groß. Das zeigt auch die im Vergleich zu den anderen Einzelplänen relativ niedrige Anzahl von nur 14 Änderungsanträgen. Aber auch da haben Sie es geschafft, diese abzulehnen. Umso mehr ist angesichts des beschränkten Finanzrahmens Kreativität gefragt.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Der Personalaufwand spielt gegenüber anderen Ministerien eine sehr geringe Rolle. Wo andere Geschäftsbereiche eine breite Pyramide von nachgeordneten Behörden haben, gibt es hier nur ein Landesamt für Maß und Gewicht mit einer Handvoll Eich- und Beschussämtern, die zum Glück noch nicht privatisiert wurden und hoffentlich auch nicht privatisiert werden.

So nimmt es nicht wunder, dass der Ressortminister sich gegen die Okkupationsbestrebungen des "Lebensministers" Söder wehrt, der versucht, ihm die Zuständigkeit für den Energiebereich streitig zu machen. Da sich gestern Herr Kollege Schmid darüber mokiert hat, dass die Oppositionsredner die Regierung nicht gelobt hätten, lobe ich Sie heute, Herr Kollege Zeil, obwohl wir gestern und auch heute schon genügend Eigenlob gehört haben. Ihnen ist es tatsächlich gelungen, Dynamik in den Breitbandausbau zu bringen,

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Ja so was!)

wenngleich das Ziel noch weit entfernt ist. Dies ist jedenfalls insofern anzuerkennen, als Ihr Vorgänger den Breitbandausbau mit geradezu niederbayerischer Hartnäckigkeit als staatsfremde Aufgabe behandelt hat. Ich könnte auch behaupten, dass Ihr Tätigwerden dem Druck der SPD-Fraktion und der anderen Kolleginnen und Kollegen der Opposition sowie vor allem der Kommunen geschuldet ist, Sie also mehr ein Getriebener sind als einer, der selbst antreibt. Allerdings hätten wir uns ein einfacheres Breitbandförderverfahren und höhere Fördergrenzen im Einzelfall vorstellen können.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben unsere dahin gehenden Anträge aber leider abgelehnt. Beim Breitbandausbau sind Sie vom strikt liberalen Ordnungspolitiker zum Keynesianer geworden, ebenso wie beispielsweise bei Quelle und der E-Mobilität. Sie haben erfreulicherweise eingesehen, dass es ohne staatliche Interventionen nicht geht.

Besonders erfreulich entwickelten sich - das möchte ich heute in dieser Aussprache deutlich machen - in der Krise die staatlichen Hilfsmaßnahmen über die LfA Förderbank Bayern, einem außerordentlich wichtigen Partner der bayerischen Wirtschaft, einer Bank, die einen guten, hocheffizienten und seriösen Job macht. Wir hätten uns daher gewünscht, dass CSU und FDP unserem Antrag gefolgt wären, die Einmalzuschüsse für das Mittelstandskreditprogramm zu erhöhen. Stattdessen sparen Sie zweieinhalb Millionen Euro ein. Dafür leisten Sie sich überflüssigerweise eine "Nebenstaatskanzlei", was wohl Ausdruck des

Misstrauens gegenüber der eigentlich gemeinsamen Regierungsschaltstelle am Franz-Josef-Strauß-Ring ist. Bei der personellen Besetzung Ihres "Kontrollturms" geht es allerdings wohl weniger um Fachkompetenz als vielmehr um bestmögliche Selbstdarstellung.

(Beifall bei der SPD - Markus Rinderspacher (SPD): Das ist Steuergeldverschwendung!)

Wir haben daher beantragt, die Mittel für diesen teuren Luxus einzusparen. Leider vergeblich.

Was die Selbstdarstellung betrifft, gilt das auch für die Pressemitteilungen aus Ihrem Haus. Deren Anzahl ist keineswegs ein Nachweis besonders erfolgreicher Politik, sondern allenfalls Ausdruck eines übersteigerten Mitteilungsbedürfnisses und scheinbaren Leistungsbeweises gegenüber dem Koalitionspartner.

Selbstverständlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, freuen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten uns über die gute Wirtschaftsentwicklung in Bayern, müssen uns aber mit Nachdruck gegen deren einseitige Vereinnahmung seitens der Staatsregierung und der sie tragenden Parteien zur Wehr setzen.

(Beifall bei der SPD)

Dafür leisten Sie viel zu wenig aktivierende Wirtschaftspolitik. Die positive Dynamik ist vielmehr den maßgeblich von Sozialdemokraten in der großen Koalition geschmiedeten beiden Konjunkturpaketen, dem hochwirksamen Kurzarbeitsprogramm von Olaf Scholz, einer äußerst maßvollen Tarifpolitik unserer Gewerkschaften, der Solidität und dem Verantwortungsbewusstsein unserer Unternehmen, insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen, und dem Fleiß und der Verzichtsbereitschaft der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Lande geschuldet. Immerhin haben Sie Letztere diesmal in Ihrer Rede wenigstens erwähnt. Werte Kolleginnen und Kollegen der CSU und der FDP, das Schmücken mit fremden Federn geht neuerdings erfreulicherweise nicht mehr als Kavaliersdelikt durch.

(Beifall bei der SPD)

Gegen die soeben zitierten Maßnahmen der Großen Koalition - die SPD war daran, wie gesagt, maßgeblich beteiligt - ist das sogenannte "Wachstumsbeschleunigungsgesetz" von Schwarz-Gelb allenfalls eine bescheidene Nullnummer, dessen Folgen den bayerischen Haushalt mit 1 Milliarde Euro belasten.

Sowohl in den Ausschussberatungen als auch in der gestrigen Debatte - heute erneut, an ganz prominenter Stelle - war oft vom Programm "Aufbruch Bayern" die Rede. Es ist aber nicht wegzudiskutieren, dass sich dieser "Aufbruch Bayern" bei genauerem Hinschauen als Mogelpackung entpuppt. Da hilft alles Drumherumreden nichts, sehr geehrter Herr Staatsminister. Der Bau von Haftanstalten und Polizeiinspektionen ist Pflicht, nicht Kür. Wenn Sie diese Milliarde tatsächlich in die Erforschung neuer Technologien gesteckt hätten, dann würde ich den Vorwurf der "Mogelpackung" sofort zurücknehmen.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben die Haushaltsansätze aller Geschäftsbereiche zunächst gekürzt - das betrifft auch die Ausgaben zur Förderung des Handwerks, das Sie zu Recht als Herz und Seele der bayerischen Wirtschaft bezeichnet haben -, um die Verwendung des eingesparten Geldes dann vollmundig als großartige Errungenschaft - "zusätzliche Mittel", "wunderbare Geldvermehrung" - verkaufen zu können. Das ist ein trickreiches, aber zu durchsichtiges Manöver.

Lassen Sie mich einen weiteren Punkt ansprechen, der mir wichtig erscheint. Wir vermissen eine überzeugende Energiepolitik mit klarer Schwerpunktsetzung auf regenerative Energien. Das versuchen Sie durch einen doppelten Salto rückwärts im Hinblick auf die gerade von CSU und FDP bis vor wenigen Wochen noch so hoch gepriesene Kernenergie zu übertünchen, wobei Sie wohl eher zum retardierenden Teil der Mannschaft gehören. Aber gerade was diesen Bereich angeht, müssen wir in Zukunft sehr aufmerksam sein. Ich bin gespannt, welches Konzept Sie im Mai tatsächlich vorlegen werden.

Hören Sie auch bitte auf mit der weiteren Verbreitung der Legende von angeblich riesengroßen Energieimporten nach Deutschland! Verschweigen Sie nicht permanent, dass wir riesige Mengen an Energie ins Ausland exportiert haben!

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CSU: Haben!)

Trotz abgeschalteter Kernkraftwerke ist noch nirgends das Licht ausgegangen. Dass das eintreten würde, ist ein Märchen, das man uns seit Jahr und Tag auf die Nase bindet.

Sie haben kein Konzept für den Ausbau der Windenergie, die Sie in der Vergangenheit mehr behindert als gefördert haben. Sie wollen kein Kataster für mögliche Standorte von Pumpspeicherkraftwerken. Sie haben keinen Plan für den dringend notwendigen Ausbau der Stromnetze. Das in den letzten Tagen geradezu gebetsmühlenartig wiederholte Bekenntnis zu erneuerbaren Energien allein reicht nicht; Sie müssen tatsächlich handeln.

Sehr geehrter Herr Kollege Zeil, dabei können Sie versichert sein, dass zuallerletzt Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten durch eine falsche Energiepolitik Arbeitsplätze aufs Spiel setzen werden. Dieser unterschwellige Angriff geht völlig an den Tatsachen vorbei. Ich darf daran erinnern, dass infolge des EEG (Anm.: Erneuerbare-Energien-Gesetz) von Rot-Grün 600.000 Arbeitsplätze eben durch die Förderung regenerativer Energien in unserem Land entstanden sind.

(Beifall bei der SPD)

Deutschland ist dadurch Spitze in der ganzen Welt geworden.

Große Enttäuschung bereiten Sie den im Wettbewerb stehenden Unternehmen und den dort beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern durch Ihre ebenso beharrliche wie unverständliche Weigerung, einem Vergabegesetz und der Festlegung von Mindestlöhnen zuzustimmen. Sie fördern damit vor allem zulasten kleiner Unternehmen den Wettbewerb über Dumpinglöhne - mit allen negativen Folgen für Steuereinnahmen und Sozialsysteme - anstelle eines Wettbewerbs über qualifizierte Leistungen und faire Preise.

(Beifall bei der SPD)

Sie blockieren damit zugleich ein Stück weit die dringend notwendige Belebung der Binnennachfrage. Das wäre auch ein Beitrag zu mehr Wachstum, Herr Staatsminister.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, der Einzelplan 07 enthält nur wenige Lichtblicke, etwa die Technologieförderung in Augsburg - wir haben dort lange genug dafür gekämpft - und in Würzburg. Die Förderung der E-Mobilität gleicht dagegen eher einem Fleckerlteppich, an dem viele Hände weben, wo aber keine so recht weiß, was denn am Ende herauskommen soll. Ich habe Respekt vor den Hochschulen und den Kommunen, die daran beteiligt sind. Etwas mehr Strukturierung und eine sinnvolle Vernetzung der Projekte wären jedoch nicht schlecht, wenn etwas Zählbares herauskommen und das Ganze nicht als kurzfristig wirksame regionale Pseudofördermaßnahme verpuffen soll.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Nur 100 Millionen Euro für Technologieförderung in einem Hochtechnologieland sind angesichts eines Gesamtvolumens unseres Haushalts von 43 Milliarden Euro ein eher bescheidener Ansatz.

Insgesamt liegt uns für den Geschäftsbereich des Wirtschaftsministers ein Haushalt vor, der viel "Business as usual" und kaum wirklich Neues enthält. Das ist uns zu wenig. Wir können dem Einzelplan daher nicht zustimmen.

Sehr geehrter Herr Kollege Zeil, passen Sie auf, dass sich das, was Sie als "zweite Stufe" zünden wollen, nicht als bloßes Strohfeuer oder - im schlimmsten Fall - sogar als Rohrkrepierer entpuppt.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die CSU-Fraktion darf ich Herrn Kollegen Huber das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Erwin Huber (CSU): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Wirtschaftsminister hat zu Recht eine gute Bilanz der Situation der Wirtschaft in Bayern vorlegen können. Wir haben im vergangenen Jahr ein Wachstum von 3,6 % verzeichnet. In vielen Teilen Bayerns herrscht nahezu Vollbeschäftigung. Bayern ist gut aus der Krise gekommen. Die gute Konjunktur nützt den Menschen in Bayern durch gute Beschäftigung. Sie nützt insbesondere der jungen Generation durch Chancen, die damit eröffnet werden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wenn ich angesichts dessen die Kritik des Kollegen Wengert höre, dann muss ich sagen: Kleinkarierter und kleinteiliger geht es nicht mehr.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Man hatte nach dem gestrigen Tag sowieso keine Erwartungen mehr an die Opposition. Herr Kollege Dr. Wengert, wenn Sie aber Ihre Kritik an der Zahl der Pressemitteilungen des Wirtschaftsministers aufhängen, muss ich Ihnen entgegnen: Niedriger geht es kaum mehr! Davon lassen wir uns jedoch nicht aufhalten, sondern wir - jedenfalls die Regierungsfraktionen von CSU und FDP - wollen gemeinsam Politik für die Zukunft Bayerns machen.

Wir müssen aus der Krise lernen. Wichtig ist, dass wir die öffentlichen Investitionen nach den Konjunkturprogrammen, die wir auch in den Haushalt eingestellt haben, verstetigen. Es hat keinen Sinn, diese Investitionen je nach Konjunktur zu erhöhen oder zu senken; gerade die Wirtschaft braucht Verlässlichkeit und Stetigkeit bei den Investitionen. Auch deshalb darf man nicht nur den schmalen Bereich des Einzelplans 07 in die Betrachtung einbeziehen, Herr Kollege Wengert, sondern man muss den gesamten Haushalt des Freistaates Bayern im Blick haben.

(Beifall bei der CSU)

Vergleichen wir doch einmal die Situation bei uns mit der in Nordrhein-Westfalen, einem Land, wo Sie - unverständlicherweise! - die Wahl gewonnen haben und mit Tolerierung der Linken regieren. Nach den neuesten Zahlen wird dort die Neuverschuldung in diesem Jahr 5 Milliarden Euro erreichen, während die Investitionen nur 3,8 Milliarden Euro betragen. Die Verschuldung ist also massiv höher als die Investitionen.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Das ist ein Erbe der Vorgängerregierung!)

Jetzt nenne ich Ihnen die Zahlen Bayerns: Neuverschuldung null, Investitionen 5 Milliarden Euro. - So macht man Politik für die Zukunft!

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die zweite Lehre aus der Krise: Die Bedingungen der Finanzmärkte müssen auch international noch transparenter werden. Die Finanzaufsicht muss sowohl europäisch wie auch weltweit deutlich verbessert werden. Ich halte es für einen Mangel internationaler Politik, dass man es zwei Jahre nach der Finanzkrise immer noch nicht geschafft hat, strenge Regeln für die Finanzmärkte aufzustellen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zum Dritten. Ich schließe mich in einem Punkt dem Lob von Minister Zeil an, auch Ihren Worten, Herr Kollege Wengert: Die LfA hat mit dem Mittelstandsschirm und der Mittelstandsförderung exzellente Arbeit geleistet. Die Förderbank Bayerns ist Vorbild in ganz Deutschland.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Sie ist im Übrigen auch wesentlich besser als die KfW des Bundes. Es geht unbürokratisch zu. Innerhalb weniger Wochen wurde die Entscheidung getroffen. Die Politik der LfA unterstützen wir nicht nur finanziell, sondern weiterhin auch politisch.

Ich möchte auch den Raiffeisenbanken, Genossenschaftsbanken und Sparkassen in Bayern Anerkennung sagen. Sie haben durch ihr regionales Engagement und ihre Verantwortung für den Mittelstand in Bayern wesentlich dazu beigetragen, dass es keine Kreditklemme gegeben hat.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Für die Bankenpolitik in Europa und bei uns ist es in der Tat wichtig, dass wir den Bereich der Genossenschaftsbanken und der Sparkassen nicht nur erhalten, sondern auch stärken.

Auch in dem vierten Punkt, den ich herausstellen möchte, stimmen wir völlig überein, Herr Zeil. Das ist der Produktionsstandort Bayern. Wir haben es in den Vereinigten Staaten von Amerika und im Vereinigten Königreich erlebt, dass in den letzten zehn bis 15 Jahren eine starke Deindustrialisierung eingetreten ist. Auch bei uns gab es Ideen und Phantome wie: Die Zukunft gehört der wissensorientierten Dienstleistungsgesellschaft. Man muss in dieser Richtung natürlich stark sein; das ist gar keine Frage. Aber es ist klar geworden: Ein Land hat im weltweiten Wettbewerb nur dann eine echte Chance, wenn es über eine starke industrielle Basis verfügt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir müssen stark sein in der Produktion von Fahrzeugen, in der Luft- und Raumfahrt, in der Produktion von Werkzeugen und Maschinen. Die Maschinen "made in Bavaria" müssen die besten der Welt sein. Nur dadurch können wir die Zukunft sichern.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Unsere Innovationspolitik trägt dazu bei. Dazu gehört auch die berufliche Bildung, und dazu gehört, dass wir einen breit aufgestellten starken Mittelstand haben. Man sollte diesen produktiven Bereich der Wirtschaft nicht als Vergangenheit abtun; denn dieser Bereich ist für mich der entscheidende Schlüssel für die Zukunft.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das große Thema der nächsten Monate und Jahre sind die Landesentwicklung und die Zukunft der ländlichen Räume. Über den Zukunftsrat brauchen wir nicht länger zu reden. Das einschlägige Gutachten zur Metropolregion und zum ländlichen Raum ist durch klare Entscheidungen des Ministerpräsidenten und seines Stellvertreters widerlegt worden. Ich möchte dazu nur sagen: Es ist ein Ansatz, der im Übrigen stark an ein Gutachten der vbw (Anm.: Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft) von vor drei Jahren erinnert. Ich möchte da kein Plagiat unterstellen, aber die Ähnlichkeiten sind frappierend.

Für uns ist klar: Der ländliche Raum braucht Eigenständigkeit und eigenes Entwicklungsprofil. Er darf nicht so entwickelt werden, dass er die Leute als Pendler zu den Leistungszentren transportiert.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Da hat man etwas übersehen. Vielleicht haben manche Leute, die im Zukunftsrat mitgewirkt haben, noch nie den Raum Wunsiedel kennengelernt; sie kennen Passau nur von der Landkarte. Oder sie kennen das weltberühmte Reisbach überhaupt nicht. Wer das

nicht kennt, kann auch nichts über die Zukunft Bayerns schreiben - um es deutlich zu sagen.

Oberfranken ist nach wie vor der industrielle Kern Bayerns. Dort hat die Industrie einen hohen Anteil. Das muss auch so bleiben.

Niederbayern ist die Aufsteigerregion mit einer starken Wirtschaft. Es darf nicht sein, dass man diese Räume mehr oder weniger zu einem Anhängsel von Leistungszentren macht. Ich bin überzeugt: Die gute Sicherheit dort, eine gute Verkehrsverbindung, tüchtige Menschen, ein breiter Mittelstand, eine gute Landwirtschaft, eine Energiebasis - das gibt dem ländlichen Raum Eigenständigkeit und Zukunft in Partnerschaft auf gleicher Augenhöhe mit den Leistungszentren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich nenne noch einige Punkte, in denen sicherlich wieder Übereinstimmung zwischen der CSU-Fraktion und der Staatsregierung besteht.

Erstens. Wir müssen den Bereich von Forschung, Entwicklung und angewandter Innovationspolitik gerade auch im ländlichen Raum stärken. Die Hochschulen und Exzellenzhochschulen befinden sich natürlich in den Ballungsräumen. Wir wollen da München, Nürnberg und Erlangen nicht schwächen. Aber mit der größte Sprung für die ländlichen Räume war die Ansiedlung von Hochschulen in den Neunzigerjahren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir müssen jetzt Forschungseinrichtungen in den ländlichen Raum bringen. Dabei denke ich auch an die Fraunhofer-Gesellschaft und an die Max-Planck-Gesellschaft. Es muss nicht alles in München und Nürnberg sein.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Es handelt sich hier um einen entscheidenden Schlüssel für die Zukunft.

Zweitens. Wir brauchen weiterhin eine Verkehrsinfrastruktur in Straße und Schiene. Ich bin dankbar, dass Sie den Vorschlag von PPP-Investitionen und -Finanzierung (Anm.: Public Private Partnership) positiv aufnehmen. Wir müssen solches auch verstetigen.

Ich erinnere mich an das, was gestern die FREIEN WÄHLER gesagt haben. Sie haben mehr oder weniger ein Nein zu allen Großprojekten gesagt. Das betrifft die Straße, die Schiene, die Luft und dergleichen. Dazu muss ich sagen: Wer zu allen Großprojekten Nein sagt, verspielt die Zukunft des Landes.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Bei aller Sympathie für Sie, Herr Muthmann und Herr Glauber, und für die Dörfer: Anscheinend stellen Sie sich vor, dass wir am 1. Mai rund um den Maibaum sitzen und uns an den Händen fassen. Und dann hält der Hubert Aiwanger eine Rede zum Thema "gsund samma". Aber das kann es nicht sein.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Drittens. Bezüglich der Zukunft der ländlichen Räume ist es in der Tat die Frage, wie es mit dem schnellen Internet steht. Wir können die Auseinandersetzung der Vergangenheit noch lange fortführen. Wir werden in diesem Jahr vor allem durch die Informationstechnologie einen ganz gewaltigen Schub nach vorn erleben. Wir unterstützen das, nicht wahr, Herr Minister Zeil, mit insgesamt 92 Millionen Euro des Freistaates Bayern. Darunter befindet sich auch etwas Geld des Bundes. Damit werden die Mittel für einen schnellen Ausbau des Internet in ganz Bayern zur Verfügung gestellt. Aber die entscheidenden Investitionen werden natürlich in der Wirtschaft getätigt. Wenn die Funktechnologie nicht durch die linke Seite des Hauses und ihre örtlichen Ableger bekämpft wird, werden wir zum Ende dieses Jahres bei normaler Entwicklung eine flächendeckende Versorgung mit schnellem Internet haben. Das ist eine Grundvoraussetzung für attraktive Standorte im ländlichen Raum.

Als vierten wichtigen Punkt sehe ich etwas an, was wir im Bereich der Landesentwicklung machen müssen. Natürlich gibt es da Schwachpunkte und Problembereiche. Das sehe ich vor allem bezüglich der Abwanderung an der Ostgrenze, die sich als ein Risiko darstellt. Wir müssen von staatlicher Seite aus etwas dagegen tun. Ich sehe es als notwendig an, dass wir die soziale und kulturelle Infrastruktur aufrechterhalten, auch wenn in den betreffenden Regionen die Bevölkerungszahl zurückgeht. Es darf nicht sein, dass die öffentliche Infrastruktur wegen höherer Kosten zurückgeschraubt wird.

Ein attraktiver ÖPNV muss aufrechterhalten werden. Auch wenn weniger Leute im Omnibus sitzen, muss dieses Angebot da sein. Deshalb werden die Regierungsfraktionen auch in diesem Jahr die Weichen dafür stellen, dass vom Finanzausgleich über die Förderung des ÖPNV bis zu den Bereichen Kultur und Soziales dazu beigetragen wird, die Infrastruktur dauerhaft vorzuhalten, damit weiterhin Attraktivität gegeben ist.

Das Wichtigste wird sein, Arbeitsplätze im ländlichen Raum zu schaffen. Die Menschen bleiben dort, wo sie Arbeit haben. Eine weitere Zuwanderung in den überhitzten Raum München würde diesen Raum dagegen weiter aufheizen. Das wäre volkswirtschaftlich falsch. Stattdessen sollten wir lieber mehr Geld in die ländliche Räume pumpen, wo die Menschen eine Chance haben, Eigentum zu schaffen und in der Heimat dort ihre Zukunft zu finden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Seit Hans-Jochen Vogel gibt es die Idee, die ländlichen Räume sollten abgesiedelt werden, um der Natur zu dienen. Diese Idee ist aber noch im letzten Jahrhundert verankert.

(Anhaltende Zurufe von der SPD und den GRÜ-NEN - Glocke der Präsidentin)

Ich möchte jetzt noch ein paar Sätze zur Energiepolitik sagen.

(Anhaltende Zurufe)

Das einzige, was ich gestern und heute bisher von Ihnen erlebt habe, ist Lautstärke. Inhaltlich kam nichts.

(Beifall bei der CSU - Dr. Paul Wengert (SPD): Bis jetzt gab es von Ihnen noch kein einziges Wort zum Einzelplan 07!)

Zurück zum Energiebereich. Kein Mensch vertritt nach Japan die Position "Weiter so".

(Lachen und Zurufe von der SPD)

Das wäre dumm. Allerdings muss dieser Umstieg vernünftig und überlegt erfolgen.

(Beifall des Abgeordneten Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP))

Kollege Wengert, wenn Sie nun sagen, wir exportieren Strom, dann trifft das zu. Aber wir exportieren nur dann Strom, wenn die Sonne scheint und der Wind weht. In anderen Zeiten jedoch importieren wir Strom.

Die letzten Wochen nach der Abschaltung der acht Kernkraftwerke in Deutschland haben gezeigt, dass jetzt zum Teil bis zu 5.000 Megawatt elektrische Leistung aus Frankreich und aus Tschechien vorwiegend aus der Kernenergie importiert werden. Das darf doch keine Konsequenz aus Japan sein.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Da stimme ich dem "Münchner Merkur" von heute zu, der sagt, es könne nicht der Ausstieg propagiert werden und dem folge die neue Lebenslüge, dass wir uns nach österreichischer Manier reinhalten, dafür aber in extremer Weise Atomstrom aus dem umliegenden Ausland importieren. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, wäre eine Lüge gegenüber der Bevölkerung und es wäre zukunftsblind.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Huber, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Erwin Huber (CSU): Nein. - Ich komme jetzt zur Frage, wie es weitergehen soll. Natürlich müssen wir den Umstieg auf erneuerbare Energien schnell voranbringen. Ich bin aber auch der Meinung, dass man gleichzeitig auf das Klima achten muss. Es kann nicht sein, dass wir gestern der Weltmeister im Klimaschutz werden wollten und morgen immer mehr CO₂-Schleudern betreiben.

Beim Energiepreis geht es nicht nur um Arbeitsplätze, sondern es geht auch um die soziale Komponente. Wenn die Strompreise geradezu explodieren, hat das eine massive Einschränkung der Lebensqualität für Menschen mit niedrigem Einkommen zur Folge.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Sie sind doch immer gleich dabei, wenn es um soziale Gerechtigkeit geht. Ich meine, wir müssen das auch bei den Strompreisen berücksichtigen.

Deshalb sage ich: Umsteuerung mit Augenmaß, Umsteuerung unter Berücksichtigung sowohl der Klimaproblematik als auch der Preise. Es kann nicht sein, dass wir am Montag eine Energiepolitik des raschen Ausstiegs aus der Atomkraft machen, am Dienstag behandeln wir das Klima und bedauern den CO₂-Ausstoß und am Mittwoch machen wir Sozialpolitik und erinnern an die höheren Preise. Am Donnerstag machen wir dann Wirtschaftspolitik und stellen fest, dass eventuell die Arbeitsplätze verloren gehen, und am Freitag machen wir Finanzpolitik und stellen fest, dass wir die Milliarden nicht haben, und am Wochenende stellen wir dann fest, dass alles in die Hose geht. So kann es nicht sein.

(Beifall bei der CSU - Zuruf von der SPD: Streichen Sie doch ein paar Großprojekte!)

Ich bleibe dabei: Wir müssen bei den regenerativen Stromerzeugungsmöglichkeiten durchaus Investitionshemmnisse abbauen, beispielsweise bei der Wasserkraft. Es darf nicht sein, dass zahlreiche Energiewerke wegen einer engstirnigen Haltung der Wasserwirtschaftszentren in Bayern geschlossen werden.

(Beifall bei der CSU - Anhaltende Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Wir müssen auch im Bereich der Windenergie die Investitionshemmnisse beseitigen. Erst wenn wir dies schaffen, haben wir neue Perspektiven für die Zukunft.

Abschließend sage ich für meine Fraktion: Die CSU ist deshalb stark geworden, weil wir immer den Mut hatten, Entscheidungen nicht aus Angst, sondern mit Weitblick zu treffen, weil wir weitsichtig und nicht kurzatmig gehandelt haben, und weil wir nachhaltig und nicht aus Stimmungen heraus gehandelt haben. Das müssen auch die Tugenden der Zukunft sein.

(Anhaltender Beifall bei der CSU - Dr. Paul Wengert (SPD): Morgengebet der CSU!)

Präsidentin Barbara Stamm: Kollege Huber, kommen Sie noch einmal ans Mikrofon. Es gibt eine Zwischenbemerkung des Kollegen Wörner.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Huber, die eierlegende Wollmilchsau der CSU!)

Herr Kollege Wörner, bitte.

Ludwig Wörner (SPD): Herr Kollege Huber, Sie haben gerade vom sozialen Herz gesprochen, das Sie für sich entdeckt haben. Darf ich Sie daran erinnern, dass Sie als Wirtschaftsminister Lohndumping und ähnliches gerade im öffentlichen Nahverkehr gefördert und zugelassen haben?

(Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): So ein Schmarrn!)

Sie und Ihre Vorgänger waren es, die in Bayern den Anteil der Kernenergie auf 60 % hochgezogen und daran mit Zähnen und Klauen bis zum letzten Tag festgehalten haben.

(Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Helmut Schmidt und Georg Leber haben die Kernenergie hochgezogen! - Weitere Zurufe und Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Wenn Sie nun den Einkauf von Atomstrom aus dem Ausland ansprechen, so ist das gleichzeitig richtig und falsch. Sie müssten genau wissen, wie der Markt reagiert. Wenn Sie es nicht wissen, dann sage ich es Ihnen gern, aber Sie müssten es eigentlich selbst besser wissen.

(Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Das weiß er auch!)

Der Markt reagiert wie folgt: Der Strom wird dort eingekauft, wo er am billigsten ist. Nun ist die Frage, ob

man möglicherweise den Markt regulieren muss oder ob man darüber jammert, dass der vorhandene deutsche Strom nicht abgenommen, dafür aber der billigere Atomstrom aus dem Ausland eingekauft wird. Die Rechnung müssen wir später sowieso zahlen. Wäre es dann nicht klüger, den Markt so zu regulieren, dass so etwas nicht passiert, solange genügend Strom auf dem Binnenmarkt vorhanden ist?

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Huber, bitte sehr.

Erwin Huber (CSU): Herr Kollege Wörner, es freut mich durchaus, wenn Sie sich immer noch mit meinen Entscheidungen der Jahre 2005 bis 2007 herumschlagen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Da hat er ja recht!)

Ich bedanke mich dafür, dass Sie an meine ruhmreiche Zeit als Wirtschaftsminister erinnern.

Und nun zum Thema Strom. Sie, Kollege Wörner, haben an dieser Stelle vor einiger Zeit gesagt, es sei der Beweis erbracht, dass man in Deutschland acht oder neun Kernkraftwerke abschalten könne und die Stromversorgung dennoch mehr oder weniger gesichert sei. Man könne das mehr oder weniger zum Nulltarif haben. Dem habe ich entgegengehalten, dass es nicht um die Zahlen der letzten Jahre geht, sondern um Zahlen der letzten Wochen, und zwar seitdem das Moratorium gilt und die acht Kernkraftwerke vom Netz sind. Und wenn die Stromversorgung nun funktioniert, dann heißt doch die Frage: Warum? Sie funktioniert aus zwei Gründen: Erstens, weil Kohle- und Gaskraftwerke in die Höhe gefahren werden mit der Folge höherer CO₂-Emmissionen.

(Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Genau!)

Das ist der Preis.

Der zweite Grund ist, dass wir dann, wenn es eng wird, Strom importieren müssen. Diesen Strom erhalten wir in erster Linie aus den Kernkraftwerken Frankreichs und Tschechiens.

(Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): So ist es!)

Nun sagen Teile der GRÜNEN und der SPD: Ja, das geht doch alles, wir schließen schwuppdiwupp die Kernkraftwerke und nichts passiert. Ich meine, wer so redet, streut den Menschen Sand in die Augen.

(Beifall bei der CSU)

Das Umsteuern auf neue Energien machen wir mit Sicherheit nicht in dem Sinn, dass es einseitig zu Lasten des Klimaschutzes geht oder indem man sagt, wir schließen die sicheren Kernkraftwerke in Deutschland und ermuntern damit beispielsweise zu Investitionen in Temelin in Tschechien.

Ich höre, dass in der letzten Zeit in Tschechien bereits überlegt wird, in Temelin neue Blöcke zu bauen. Die Deutschen würden den Strom abkaufen. In Tschechien wird dann allerdings der Strom teurer, meine ich, weil er in das Euroland Bundesrepublik bzw. nach Bayern exportiert wird.

Eine solche Energiepolitik dürfen wir aus Verantwortung auch gegenüber den Menschen im übrigen Europa nicht betreiben.

(Beifall bei der CSU)

Deswegen sage ich zum Schluss: Die Energiepolitik von SPD und GRÜNEN führt in die Sackgasse.

(Beifall bei der CSU - Lachen und Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Ich darf nun in der Rednerliste fortfahren und erteile dem Kollegen Muthmann für die Fraktion der FREIEN WÄHLER das Wort.

Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Huber, Sie haben mehrere Themen angesprochen, zum Beispiel das wichtige Thema Finanzmarktregulierung, aber Sie haben auch Nordrhein-Westfalen gestreift und einen Blick auf Reisbach geworfen - lauter Dinge, die zwar durchaus interessant sind, aber mit dem Einzelplan 07 nichts zu tun haben. Ich meine aber, wir sollten uns an dieser Stelle mit den Entscheidungen und den Wegweisungen befassen, die im Einzelplan 07 getroffen werden. Nur einen Blick auf Niederbayern in Summe zu werfen, war immer falsch und ist nach wie vor falsch, weil ein Regierungsbezirk wirtschaftlich kein homogenes Gebiet ist und daher eine differenziertere Betrachtung erfordert, als das bislang und zu der Zeit, als Sie Wirtschaftsminister waren, der Fall war.

Zuletzt haben Sie beim Thema Großprojekte noch persönlich an uns herumgemeckert. Wie ist denn unsere Position beispielsweise zu Olympia oder zur A 94? Das sind zwei Großprojekte, die wir gern unterstützen. Aber wir sind eben weder pauschal dafür noch pauschal dagegen, sondern wollen die Dinge in allen Bereichen differenziert behandeln und beurteilen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Der Herr Ministerpräsident hat gestern in seiner Eingangsrede darauf hingewiesen, dass der Haushalt ein Kursbuch zu sein hat, und das auch zu Zeiten einer bärenstarken Wirtschaft. Wir sehen die Zahlen in den Bereichen von Industrie, Gewerbe und Handel. Das sind gute Konjunkturdaten, gute Arbeitsmarktdaten, und dies in allererster Linie dank des Engagements der Unternehmen und der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Darum geht es der Wirtschaft auch gut. Sie ist gut aus der Krise herausgekommen, weil sie in schwierigen Zeiten Ballast entsorgt hat, um zu Effizienzsteigerungen zu kommen, weil sie sich klare Ziele gesetzt und entschlossen gehandelt hat und weil sie Marktchancen wahrnimmt. So müsste auch das "Kursbuch" Haushalt der Bayerischen Staatsregierung aussehen: klare Ziele bei entsprechenden Effizienzsteigerungen.

Um nur kurz auf die Effizienzsteigerungen zu sprechen zu kommen: Das würde jedenfalls für uns auch ein Stück Bürokratieabbau bedeuten. Aber hierfür gibt es nach wie vor null Einsatz, es gibt null Ziele. Ich kann keine Aktivitäten erkennen. Damit ist natürlich auch Erfolg in diesem Bereich ausgeschlossen.

Ich will nur an unsere Debatte zum Thema Ladenschlussgesetz erinnern. Wir haben den Vorschlag gemacht, einen kleinen Schritt zu tun. Was ist uns damals seitens der CSU entgegengehalten worden? Es wurde gesagt: Wenn es einmal ein bisschen komplizierter ist, ist das vielleicht gar nicht so verkehrt. - Das ist der Beitrag der CSU zum Thema Bürokratieabbau.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Im Übrigen haben wir in dieser Beratung seitens der FDP überhaupt kein Votum gehört und damit auch keine Haltung erfahren. Der Herr Wirtschaftsminister sagt heute, deutlich schnellere Genehmigungsverfahren seien erforderlich. Darauf kann ich nur sagen, Herr Wirtschaftsminister: Dann schaffen Sie sie halt. Sie sind doch in der Verantwortung. Setzen Sie es halt um.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wie schaut es mit klaren Zielen im Bereich der Wirtschaftspolitik aus, da, wo wir in Bayern selbst verantwortlich sind? Wie viel Spitzenförderung und wie viel Breitenförderung, um einmal ein Bild aus dem Sport zu nehmen, gibt es? Das sind die zentralen Fragen, die zu stellen sind. Nur auf Spitzenförderung zu setzen - sehr viel anderes haben wir an dieser Stelle nicht gehört -, ist keine Spitzenpolitik, sehr geehrter Herr Zeil. Die Technologieförderung ist im Übrigen auch nicht auf einem Maximalwert. Insoweit ist ein Blick beispielsweise nach Baden-Württemberg sehr

hilfreich, um zu sehen, was dort im Bereich der Technologiespitzenförderung möglich ist.

(Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Die alte Regierung war das, nicht wahr? Die neue hat doch noch nichts gemacht, oder? - Dr. Paul Wengert (SPD): Herrschaftszeiten! - Alexander König (CSU): Man kennt sich ja gar nicht mehr aus! - Zuruf des Abgeordneten Dr. Paul Wengert (SPD))

- Herr Kollege Wengert, das geht mir doch von der Zeit ab. Lassen Sie es mich halt sagen.

Ich will noch etwas zum Thema gleichwertiger Lebensbedingungen in ganz Bayern sagen. Dazu müssen wir einmal in den Einzelplan 07 und dort auf Seite 75 schauen.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Zuletzt wurde uns immer versichert, die Staatsregierung - sowohl der Ministerpräsident als auch Wirtschaftsminister Zeil - stehe zu gleichwertigen Lebensbedingungen als Ziel in ganz Bayern.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Was lesen wir nun in der Begründung zum Haushaltsplanentwurf, Einzelplan 07, Seite 75? "(...) zur Schaffung möglichst gleichwertiger Lebensbedingungen (...)" Ist das das neue Ziel? Wenn jemand vor Gericht auf die Frage "Sprechen Sie die Wahrheit?" antwortet: "Ich sage möglichst die Wahrheit", dann wissen wir, was damit verbunden ist.

(Alexander König (CSU): Das ist ein Schmarrn! So ein großer Anfänger sind Sie auch nicht mehr!)

- Das wurde von der Staatsregierung vorgelegt. Schauen Sie einmal in die Begründung auf Seite 75. Dort ist noch von "möglichst gleichwertigen Lebensbedingungen" die Rede.

(Alexander König (CSU): Das war immer so!)

Zum Thema gleichwertiger Lebensbedingungen gibt es überhaupt kein Kursbuch der Staatsregierung. Das wäre nämlich das Landesentwicklungsprogramm. Dort müssten die Ziele bezüglich der Breitenentwicklung und auch bezüglich der Spitzenentwicklung enthalten sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN - Alexander König (CSU): Mecker- und Dagegen-Partei!)

Man müsste eine Entscheidung finden, wie es mit der Entwicklung der Studienplätze aussieht, wo und wie sie in Bayern verteilt werden sollen, wie es mit dem Verkehr, der Infrastruktur und mit der Entwicklung von Arbeitsplätzen, auch öffentlichen Arbeitsplätzen, aussehen soll. Das alles haben wir bereits vor ein paar Wochen als Forderungskatalog vorgelegt. Damals ist das von der Regierungskoalition abgelehnt und zum Teil auch als Miesmacherei diffamiert worden. Was erleben wir nun? Jetzt gibt es eine ganze Reihe von Initiativen, beispielsweise den Zukunftsrat II der CSU in Niederbayern, den Aktionsplan Aufbruch Niederbayern, einen Brief von Staatsminister Brunner an Ministerpräsident Seehofer, in dem er mehr Aktivitäten fordert, die Niederbayernkonferenz der FDP vom 2. April, bei der auch darauf hingewiesen und gesagt wurde - jedenfalls ist das der "Passauer Neuen Presse"; Sie sind mit dem Hinweis zitiert -, dass in Niederbayern in den letzten zwanzig Jahren einiges zum Stillstand gekommen sei. Plötzlich gibt es also eine ganze Reihe von Einschätzungen, denen zufolge mehr getan werden muss. Wenn mehr getan werden muss, dann hat das auch in den Haushaltsplanungen seinen Niederschlag zu finden; aber danach suchen wir leider in vielen Bereichen noch ein Stück weit vergebens.

Mit Blick auf die Uhr will ich nur noch zwei Aspekte herausgreifen, nämlich zum einen das Thema Infrastruktur/Breitband und zum anderen die regionale Wirtschaftsförderung.

Zum Thema Infrastruktur und Breitband muss man noch einmal deutlich machen, dass dieses moderne Kommunikationsmittel auch eine große Chance zur Dezentralisierung für ganz Bayern darstellt. Welches Ziel ist in Bayern im Förderprogramm festgelegt? Ein Mbit/s. Dieser Tage ist auf einer Konferenz in Berlin ein Mbit/s nur noch als Pseudo-Internet bezeichnet worden, und stattdessen wurde gefordert, dass in einer gemeinschaftlichen Aktion zwischen Bund und Ländern das Ziel von 50 Mbit/s ins Auge gefasst werden muss. Nach wie vor wird diese Aufgabe in Bayern den Kommunen allein zugewiesen.

(Zuruf des Abgeordneten Karl Freller (CSU))

Aber mittlerweile hat es jedenfalls die CSU in Niederbayern schon verstanden und gefordert, dass der Staat und die Kommunen dies gemeinsam machen sollen. Das entspricht auch unseren langjährigen Forderungen und stellt an dieser Stelle endlich ein hoffnungsvolles Signal dar. Das sollte man dann aber nicht bloß plakativ in Zeitungen verbreiten, sondern man sollte es auch hier durchsetzen, dass dies eine Aufgabenzuweisung an den Staat selbst ist.

Sehr geehrter Herr Wirtschaftsminister, Sie sagen, Bayern sei in diesem Bereich Spitze. Das mag, wenn es um ein Mbit/s geht, vielleicht richtig sein; aber über dieses Ziel ist die Zeit hinweggegangen. Bezüglich 50 Mbit/s besteht in Bayern aktuell ein Versorgungsgrad von 24,3 % der Haushalte; in Baden-Württemberg liegt er bei 75 %. - So viel zu dem Hinweis auf die Spitzenleistung des Freistaats an dieser Stelle. Hier ist viel versäumt worden und noch viel aufzuholen. Darauf warten wir.

Der andere Punkt, die regionale Wirtschaftsförderung, ist ebenfalls ganz wichtig. Das bestätigen Sie auch ununterbrochen. Das ist auch die Erfahrung der letzten Jahre, wenn wir gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Bayern erreichen wollen, insbesondere auch in Oberfranken und in den Gebieten, die der Zukunftsrat eher für wenig chancenreich hält. Dann muss da mehr passieren, als wir bisher erleben. Dieser Ansatz ist völlig unterfinanziert, und Sie werden die bestmögliche Förderung, die Sie immer ankündigen und auch für erforderlich halten, nicht annähernd mit dem Haushaltsansatz erreichen, den wir im Doppelhaushalt 2011/2012 vorgelegt bekommen haben.

Deswegen fordern wir auch, da mehr zu machen, um allen Regionen Bayerns die entsprechenden Chancen zu geben. Solange Sie da nicht auch den Haushalt entsprechend ausstatten, werden die Äußerungen und Zielsetzungen in Richtung gleichwertiger Lebensbedingungen in ganz Bayern nur ein Lippenbekenntnis bleiben.

In diesem Sinne: Wir brauchen mehr Engagement, mehr Geld und auch mehr eigene Aufgabenerfüllung im Bereich Infrastruktur und Breitband. Dann können Sie auch auf unsere Zustimmung hoffen. Aber bislang ist das noch nicht der Fall.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/ DIE GRÜNEN hat Herr Kollege Mütze das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Thomas Mütze (GRÜNE): Vielen Dank. - Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Minister! Für jemanden, der dem Wirtschaftsausschuss noch nicht so lange angehört und aus der Haushaltspolitik kommt, ist es kein Vergnügen, sich mit diesem Haushalt auseinanderzusetzen. Man hätte an diesem Haushalt erkennen müssen oder erkennen können, dass es der Staatsregierung ernst ist mit der Energiewende, dass es ihr ernst ist mit der Stärkung des ländlichen Raumes, um nur zwei Beispiele zu nennen. Schließlich soll man doch in diesem Haushalt, in dem Einzelplan 07, die Mittel für die rationelle Energiegewinnung und -verwendung finden oder zum Beispiel die Mittel für die Stärkung der regionalen Pla-

nungsverbände als Stützen bei der Begleitung des demografischen Wandels. - Wenn man das vielleicht nicht schon im Stammhaushalt - das ging möglicherweise ein bisschen schnell jetzt mit der Energiewende - erkennen konnte, so hätte man es aber doch mit Hilfe von Tischvorlagen erkennbar machen können. Tischvorlagen sind ein probates und bei diesen Haushaltsberatungen sehr ausgereiztes Mittel, um kurzfristig noch Änderungen im Haushalt zu bewirken. Aber - und da ist die erste Enttäuschung - im Haushaltsausschuss kamen im Bereich Energie null Tischvorlagen

(Zuruf von der SPD: Null Komma null!)

- Null Komma null. Danke!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch zur Stärkung von regionalen Planungsverbänden gab es keine Tischvorlage. Es gab eine Tischvorlage zum Staatsstraßenausbau. Das ist sozusagen der Klassiker, den hat man wieder mit stärkeren Mitteln ausgeschöpft. Das war klar, da konnte man agieren, da war man stark. Staatsstraßen - das ist auch relativ einfach; aber bei Energie tun Sie sich schwer.

(Zuruf von den GRÜNEN: Weil sie keine Ahnung haben!)

- Das kann sein, und ich werde, liebe Kollegin, gleich ausführen, wo hier die - sage ich einmal - Ahnungslosigkeit sitzt.

Der Ministerpräsident hat gestern auf uns gezeigt und uns als die Verhinderer dargestellt, als diejenigen, die zum Beispiel verhindern, dass Wasserkraftanlagen ausgebaut werden. Das finde ich schon sehr spannend; denn wenn ich mir diesen Haushalt Einzelplan 07 anschaue, lese ich dort "Förderung von Kleinwasserkraftanlagen: ausgelaufen". Eine Förderung findet also nicht mehr statt.

(Dr. Franz Xaver Kirschner (FDP): Dafür müssen Sie zuerst die Genehmigungen haben!)

Das Förderprogramm ist eingestellt.

An diesem kleinen Beispiel zeigt sich doch, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass die Wahrheit eine andere ist

Diese Staatsregierung war doch gar nicht darauf vorbereitet, ihre Energiekonzeption schnell einmal auf neue Füße zu stellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Von Energiekonzeption kann keine Rede sein bzw. konnte auch bisher keine Rede sein. Die Energiekonzeption ist doch 60 % Atomkraft, und beim Rest schauen wir mal!, Den Rest haben die Bürgerinnen und Bürger in Bayern mit dem Aufbau von Solarkraftanlagen, mit dem Aufbau von Biogasanlagen dazu gestellt. Von daher haben Bürgerinnen und Bürger den Großteil dazu getan; die Staatsregierung hat sich auf Atomkraft ausgeruht.

Jetzt muss man sich schleunigst neu erfinden und muss eine Idee haben. Dafür wäre der Haushalt kein schlechter Platz; im Haushalt müsste sich das ja abbilden

Aber wenn ich lese, dass für die rationelle Energieverwendung fast 1 Million Euro weniger ausgegeben wird als in den letzten Jahren, dann kann es mit der Energiewende in Bayern nicht weit her sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Noch gestern hat uns der Ministerpräsident als seine neuen Begriffe "Energiesparen, Energieeffizienz" hier in diesem Hohen Hause an den Kopf geschleudert. Fehlanzeige in diesem Haushalt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mich wundert schon, dass gerade Minister Zeil die Hand auf der Energie-konzeption des Freistaates haben will. Nichts in diesem Haushalt weist darauf hin, dass er kompetent dafür wäre, unser Land in eine neue Energiezukunft zu führen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP))

In seiner heutigen Rede hat er ein paar Leitlinien skizziert. Er hat von Gaskraftwerken gesprochen, die die Brücke sein müssen - da sind wir einverstanden, diese sind rasch regelbar und damit für die erneuerbaren Energien richtig und wichtig, anders als Atomkraftwerke.

Er hat von Energiespeichern gesprochen, die der Freistaat bauen wolle. Ich kenne bis jetzt nur einen, und den will Eon bauen, und zwar mitten ins Naturschutzgebiet. Liebe Kolleginnen und Kollegen, so kann es auch nicht gehen, so kann es nicht laufen,

(Beifall bei den GRÜNEN)

dass Eon uns sagt, wo wir unsere Energiespeicher bauen.

Er hat weiter gesagt, die Staatsregierung setze konsequent auf erneuerbare Energien. Der Beweis sei, dass Bayern bei den erneuerbaren Energien führend

sei. Lieber Herr Minister, dass Bayern führend ist, liegt an den Bürgerinnen und Bürgern, liegt an den Landwirten, die in den Ortschaften die Photovoltaikanlagen auf die Dächer gesetzt haben, weil sie die Chance erkannt haben - nicht weil die Staatsregierung die Chance erkannt hat - und weil dafür die Hintergründe geschaffen wurden, nämlich von Rot-Grün im Bund mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist der Grund, warum Bayern so weit vorn ist, und nicht die Politik der Staatsregierung!

(Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Das wird aber hoch subventioniert!)

- Na gut. Da sind wir ja bei der Atomkraft einiges gewöhnt, was Subventionen angeht, lieber Kollege.

(Zurufe von der SPD)

Sie subventionieren Eon und wir subventionieren die Bürger. Da können Sie sich einmal fragen, was besser ist, lieber Kollege.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zudem, Herr Minister Zeil, haben Sie die europäischen Stromnetze nicht verstanden, wenn Sie sagen: Wir wollen, dass Bayern autark ist. Bayern war nie autark. Bayern hat schon immer Strom exportiert und Strom importiert, und das wird auch weiterhin so sein. Wie wollen Sie denn Windstrom zukünftig von der Nordsee hierher lotsen, wenn Sie sagen: Wir nehmen den nicht, wir sind autark! Wie wollen Sie denn Strom aus Wasserkraft, der in Norwegen erzeugt wird und der hier nach Deutschland fließen kann, wie wollen Sie denn diesen Strom ablehnen? Wollen Sie da auch sagen: Wir sind autark, wir brauchen den nicht, Strom, der sauber in Norwegen zum Beispiel produziert wurde?

(Zuruf von der CSU)

Oder wie agieren Sie, wenn eine große Firma, die hier in München sitzt und sogar den Namen der Stadt in ihrem Firmennamen hat, Desertec, plant, und zwar mit Milliardenbeträgen? Ob man das immer noch machen will in Nordafrika, das wird sich in der nächsten Zeit erweisen. Sagen Sie dann: Wir sind autark, wir wollen den Strom aus der Sahara nicht haben? Was ist denn das für eine Politik, Herr Minister?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hingegen habe ich gehört, dass Sie gesagt haben, Atomenergie ist die Brücke. Das ist dieselbe Semantik wie vor zwei Monaten. Sie haben nichts begriffen! (Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben nichts begriffen! Atomenergie ist nicht die Brücke, Atomenergie ist eine Sackgasse.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das sollten Sie endlich verstanden haben; die Bürgerinnen und Bürger haben das verstanden.

Ich könnte auch noch etwas zu Herrn Huber sagen, aber ich habe nur noch drei Minuten und 30 Sekunden Redezeit. Herr Huber, was Sie hier geliefert hatten, war eine Schau.

(Zurufe von den GRÜNEN und der SPD)

Es war wirklich wieder eine Freude. Sie sind wenigstens fest in Ihrer Meinung: Da ist Beton, da hat sich kein Zentimeter bewegt. Sie stehen dazu. Das achte ich, aber dass Sie damit ganz weit außen stehen, muss Ihnen auch bewusst sein, Herr Huber.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kommen wir noch zu einem anderen Teil des Einzelplans, zur Landesentwicklung. Mehr Geld wäre nötig für einen Bereich, der für die Entwicklung Bayerns von essenzieller Bedeutung ist unter dem Eindruck des demografischen Wandels, unter dem Eindruck der Leerung der ländlichen Räume. Doch auch hier: Business as usual. Der Landesentwicklungsplan muss neu aufgelegt werden; dafür ist Geld da, circa 1,4 Millionen Euro. Die Planungsverbände werden für ihre Verwaltungsaufgaben bezahlt. Herr Minister Zeil, das ist ein bürokratisches Armutszeugnis, sonst nichts.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In diesem Haushalt ist mit keinem Wort davon die Rede, dass sich Bayern dem demografischen Wandel stellen muss und dass dafür vielleicht mehr Geld ausgegeben werden muss. Diesem Haushalt fehlt alles. Er hat kein Ziel, keine Vision und keine Schwerpunkte. Das ist offensichtlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dagegen birgt er viel Kleinklein.

Zur Wirtschaftsförderung: Herr Minister, Sie sagen immer wieder, der Mittelstand sei das Rückgrat. Der Ministerpräsident hat das gestern auch gesagt. Das ist vollkommen richtig. Sie loben sich dafür, dass Sie den Mittelstand fördern. Die Bayerische Staatsregierung können Sie damit jedoch nicht gemeint haben. Sehen wir uns einmal das regionale Wirtschaftsförderungsprogramm zusammen mit der Gemeinschafts-

aufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" an. Im Jahr 2008 hat man dafür noch 150 Millionen Euro ausgegeben. Aktuell sind es 116 Millionen Euro. Es geht aufwärts, aber nicht mit der bayerischen Wirtschaftsförderung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das nächste Beispiel ist das Mittelstandskreditprogramm zur Steigerung der Leistungskraft. Vor dem obskuren Jahr 2004 gab es in diesem Programm einmal 35 Millionen Euro. Inzwischen sind es 24 Millionen Euro. Herr Minister Zeil, das ist weniger als im absoluten Krisenjahr. Das bezeichnen Sie als Unterstützung des Mittelstands und als Unterstützung der Wirtschaft in Bayern? Da kann ich nur lachen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Die bayerische Wirtschaft brilliert nicht wegen der Staatsregierung, sondern trotz der Staatsregierung.

Noch einige kurze Worte zum Verkehr. Für die zweite Stammstrecke haben Sie doch noch die Verpflichtungsermächtigung eingestellt, obwohl die Finanzierungsvereinbarung mit dem Bund nicht geschlossen ist und obwohl Sie wissen, dass die Mittel für die zweite Stammstrecke dem Nahverkehr in ganz Bayern und der S-Bahn in München fehlen werden. Sie wissen auch, dass sich die bisherigen S-Bahn-Freunde im Stadtrat München von diesem Projekt abwenden, weil sie gemerkt haben, dass es nicht finanzierbar und nicht sinnvoll ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum Aufbruch Bayern habe ich jetzt nichts gesagt. Warum habe ich nichts dazu gesagt? Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie dieses kleine schmale Buch zum Haushalt 07 in die Hand nehmen, können Sie darin nichts vom Aufbruch Bayern lesen. Da steht nichts drin. Aufbruch Bayern, das ist ein Projekt, mit dem die Minister und der Ministerpräsident brillieren. Herr Kollege Dr. Wengert hat aber vorhin schon ausgeführt, dass dies ein Schauprogramm und ein Schaumschlägerprojekt ist, sonst nichts. In dem regulären Haushalt 07 ist nichts zu finden, was dieses Land nach vorne bringen würde. Herr Minister, Sie sollten sich wirklich Gedanken darüber machen, ob das so weitergehen kann.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Mütze, darf ich Sie bitten, noch einmal ans Redepult zu kommen? Herr Kollege Sinner möchte eine Zwischenbemerkung machen.

(Christine Stahl (GRÜNE): Eine weitere Sprechblase! - Simone Tolle (GRÜNE): Es wird schwarz bleiben!)

Eberhard Sinner (CSU): Herr Kollege Mütze, ich habe Herrn Kollegen Wörner in der letzten Debatte wegen der Landeshauptstadt München befragt. Sie haben sich heute vielleicht auf diese Frage vorbereiten können. Die Landeshauptstadt ist Mitbetreiber des Kernkraftwerks Isar 2. Schon 1993 hat die Landeshauptstadt beschlossen, sich von der Kernkraft zu verabschieden. Bis zum Jahr 2011 hat sie das noch nicht geschafft. Am Schuttberg dreht sich ein einsames Windrad, das eher wie ein Ventilator aussieht, aber keinen nennenswerten Beitrag leistet.

Claudia Roth berät die Stadt München. Die Biermösl Blosn weiß, wie es geht. Im Bayerischen Rundfunk können Sie hören, wie leicht es geht. Wir haben jedoch noch immer kein Ergebnis. Der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt, Herr Ude, sagt, dieses Kernkraftwerk sei eine Gelddruckmaschine. Herr Wörner hat mir neulich erklärt, dieses Geld würde benötigt. Es handle sich schließlich um einen Betrag, der an eine Milliarde heranreiche und notwendig sei, um in die regenerativen Energien einzusteigen. Ich habe außer bunten Prospekten zum Plataforma Solar-Konzept in Spanien oder zu dem Projekt, das Sie erwähnt haben, noch nichts gefunden. Sind hier irgendwelche komplette Trottel am Werk, die es nicht geschafft haben, von 1993 bis heute herauszukommen, oder gibt es irgendwelche anderen Hindernisse, die wir vielleicht nicht kennen? Könnten Sie uns einmal erklären, warum hier in München trotz des Willens, aus der Kernenergie auszusteigen, bis heute nichts passiert ist? Wir fühlen uns von Ihnen ein bisschen auf den Arm genommen, wenn wir Ihre Reden hören, und in München passiert nichts.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Alexander König (CSU): Anspruch und Wirklichkeit!)

Präsidentin Barbara Stamm: Bitte, Herr Kollege Mütze.

Thomas Mütze (GRÜNE): Lieber Herr Kollege Sinner, ich könnte mich jetzt darauf zurückziehen, dass ich für München keine Verantwortung habe und deshalb nicht weiß, wie das in München läuft. Ich weiß aber, dass München den Ausstiegsbeschluss unter Rot-Grün gefasst hat und dass der Münchner Energieversorger alles tut, um zu 100 % regenerative Energien einzuführen. Ich weiß jetzt nur den Zeitraum nicht.

(Klaus Stöttner (CSU): Rechnerisch!)

Sie wissen, dass jetzt eine grün-rote Landesregierung Mitinhaber eines Kernkraftwerkbetreibers ist. Sie können zusehen, wie das in den nächsten Jahren laufen wird.

(Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Das tun wir mit großem Interesse!)

Sie können zusehen, wie man aus der Atomenergie aussteigen kann. Wenn Sie sich das anschauen, können Sie vielleicht von Grün-Rot in Baden-Württemberg etwas lernen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD - Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Da könnt ihr was lernen!)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Mütze, bleiben Sie bitte da. Zu einer weiteren Zwischenbemerkung hat sich Herr Kollege Dr. Runge gemeldet.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Herr Kollege Thomas Mütze, vermuten Sie auch, dass Herr Kollege Eberhard Sinner nicht einmal das kommunale Haushaltsrecht und die einschlägigen Vorschriften kennt? Sonst müsste er eigentlich wissen, dass die Stadt München ihre Anteile am Kernkraftwerk weder herschenken noch unter Preis verkaufen darf. Das ist der Grund dafür, dass die Stadt München immer noch an diesen Anteilen klebt.

(Beifall bei den GRÜNEN - Alexander König (CSU): Mir kommen die Tränen! - Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Da steht die Gewinnmaximierung im Vordergrund!)

Thomas Mütze (GRÜNE): Lieber Herr Kollege Dr. Runge, das ist die Antwort, die man geben muss. Offenbar haben einige Kollegen auf der rechten Seite vergessen, dass sie aus der Kommunalpolitik kommen. Deswegen wissen sie das nicht mehr.

(Beifall bei den GRÜNEN - Dr. Paul Wengert (SPD): Das ist der blanke Neid auf München! Nirgendwo in ganz Deutschland tragt ihr Verantwortung für eine solche Stadt! Das ist kleinkarierte Mäkelei!)

Präsidentin Barbara Stamm: Zu einer weiteren Zwischenbemerkung erteile ich Herrn Kollegen Werner das Wort.

Hans Joachim Werner (SPD): Herr Kollege Mütze, hätten Sie vielleicht die Freundlichkeit und würden Herrn Kollegen Sinner erklären, dass München bis zum Jahr 2014 sämtliche Privathaushalte aus regenerativen Quellen mit Strom versorgen wird?

(Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Mit Atomstrom!)

Bis zum Jahr 2020 wird auch die gewerbliche Wirtschaft mit diesem Strom versorgt. Herr Sinner sollte deshalb die Trottel auf einer anderen Seite suchen, jedenfalls nicht bei Rot-Grün.

(Beifall bei der SPD - Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Aber auch nicht in der Bevölkerung!)

Thomas Mütze (GRÜNE): Herr Kollege Werner, ich übernehme das einmal ohne die Trottel. Im Jahr 2014 wird in München jeder Privathaushalt mit Ökostrom versorgt werden. Herr Kollege Sinner, wenn Sie das zur gleichen Zeit in Bayern schaffen, lade ich Sie zum Essen ein.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD - Dr. Paul Wengert (SPD): Das war ein Eigentor!)

Präsidentin Barbara Stamm: Mir liegen keine weiteren Wünsche nach Zwischenbemerkungen mehr vor. Wir können deshalb in der Rednerliste fortfahren. Für die FDP-Fraktion darf ich Herrn Kollegen Dr. Kirschner das Wort erteilen.

Dr. Franz Xaver Kirschner (FDP): Lieber Herr Kollege Mütze, Sie sind gelernter Lehrer. Null ist null und null Komma null ist ebenfalls null. Null bleibt null. Das wollte ich Ihnen nur auf den Weg geben.

(Beifall bei der FDP)

Herr Kollege Mütze, wenn Sie oder die GRÜNEN das Wirtschaftsressort hätten, würde unsere Wirtschaft auf das Thema "Atomstrom - wie kommen wir davon weg" reduziert. Der Rest würde untergehen, auch die Arbeitsplätze. Vielen Dank für den Beitrag, den Sie geleistet haben.

Die wirtschaftlichen Rahmendaten in Bayern sind nicht nur gut; sie sind exzellent. Bayern ist es innerhalb kürzester Zeit - besser als anderen Bundesländern - gelungen, aus der schwersten Wirtschaftskrise herauszukommen. Herr Kollege Dr. Wengert, ja, es gab Konjunkturpakete, ja, es gab Kurzarbeit, ja, es gab das Wachstumsbeschleunigungsgesetz. Dies alles ist ein Beleg für das Gelingen der Sozialen Marktwirtschaft.

Herr Kollege Dr. Wengert, Herr Kollege Mütze und Herr Kollege Muthmann, wenn ich Ihre Beiträge höre, könnte ich fast glauben, Bayern liege am Boden. Die Arbeitslosigkeit ist bei 10 %. Sie haben das Ganze nur schlechtgeredet.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Genau das Gegenteil von dem, was Sie sagen, ist der Fall. Wir bekommen nicht mehr genügend Fachkräfte, um die Wirtschaft nach vorne zu bringen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Ursache für diesen Erfolg war die über Jahrzehnte hinweg betriebene bayerische Wirtschaftspolitik.

Es gibt auch Risiken; Minister Zeil hat das eingehend angesprochen. Insbesondere in den europäischen Ländern gibt es Risiken aufgrund der Schuldenkrise. Wir wissen nicht, was in den nächsten Jahren auf uns zukommt. Es gibt Risiken für die Weltwirtschaft; wir wissen nicht, wie sich Japan weiterentwickeln und was in Nordafrika passieren wird.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Franz Xaver Kirschner (FDP): Ich bitte, die Frage später zu stellen. Ich habe von Herrn Dr. Runge gelernt, dass es besser ist, wenn man das später macht, weil man hinterher länger reden kann.

Die Auswirkungen der bestehenden Restrisiken können wir heute noch nicht abschätzen.

Noch vor einem Jahr haben wir darüber diskutiert, welche Sparmaßnahmen wir ergreifen müssen, um mehr als eine Milliarde einsparen zu können. Damals wurden massiv rückläufige Einnahmen prognostiziert; es wurde von einem Haushaltsdefizit in Höhe von drei bis vier Milliarden gesprochen. Wir sind froh darüber und glücklich, dass eine solche Situation nicht eingetreten ist. Wir haben mit dem "Aufbruch Bayern" nachgesteuert. Im Haushalt besteht nach wie vor ein strukturelles Defizit, und der Personalkostenanteil im bayerischen Haushalt liegt bei weit über 40 % mit steigender Tendenz. Das bringt Probleme bei der Investitionstätigkeit mit sich.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Was macht ihr dagegen?)

- Was wir dagegen machen? Wir sollten weniger Bürokratie verursachen. Lieber Herr Muthmann, jeder Änderungsantrag, der bei diesen Haushaltsberatungen gestellt wird, führt zu mehr Bürokratie; irgendwelche Verordnungen und Gesetze führen zu mehr Bürokratie. Das muss man den Menschen auch einmal sagen. Täglich werden Dringlichkeitsanträge vorgelegt, auch wenn sie völlig unnötig sind.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Hat die FDP noch nie einen gestellt?)

- Mit Sicherheit weniger als Sie. - Wir sind uns dessen bewusst, dass Sparmaßnahmen notwendig sind, obwohl nach Abzug der gebundenen Mittel insbesondere im Einzelplan 07 am Ende relativ wenig übrig bleibt. Allein in die Bahn fließt eine Milliarde an gebundenen Mitteln. Wir können also hier nichts organisieren. Die Personalkosten sind im Einzelplan 07 verschwindend gering.

Gleichzeitig müssen wir durch gezielte Investitionen die Zukunft Bayerns erfolgreich gestalten; darauf komme ich gleich noch zu sprechen. Ohne die Verlässlichkeit zu gefährden und bestehende Strukturen komplett zu kappen, ist es uns gelungen, hier eine gewisse Umsteuerung vorzunehmen. Ich bin davon überzeugt, dass uns der Spagat zwischen Sparen und dem Anstoß von zukunftsträchtigen Investitionen sehr gut gelungen ist. Das Gesamtvolumen des Einzelplans 07 liegt im Jahr 2011 bei 1,722 Milliarden Euro; im Jahr 2010 betrug es 1,728 Milliarden. Wir haben nur 6 Millionen einsparen müssen. Im letzten Jahr sind wir noch von 25 bis 30 Millionen Euro ausgegangen. Diese geringere Einsparnotwendigkeit ist den zusätzlichen Einnahmen geschuldet. Allein 60 % des Haushaltsvolumens von rund 1,7 Milliarden Euro fließen in den Schienenpersonennahverkehr; das sind gebundene Mittel.

Gegenüber 2010 müssen wir Zwangsminderungen verzeichnen. So sind die EU-Mittel um 26,2 Millionen auf 52 Millionen zurückgegangen. Das Konjunkturprogramm 1 läuft 2011 aus. Das bedeutet ein Minus von 2,8 Millionen. Die frei werdenden Kofinanzierungsmittel fließen 2011 in die regionale Wirtschaftsförderung. Das Zukunftsinvestitionsprogramm mit Bundesmitteln in Höhe von 17 Millionen Euro läuft aus. Als Sparmaßnahme 2011 nenne ich, dass das Cluster in der zweiten Förderperiode wie geplant um 10 Millionen nach unten gefahren wird. Das Mittelstandskreditprogramm wird um 2,5 Millionen reduziert. Es wurde kritisiert, dass das Mittelstandsprogramm nach unten gefahren wird. Meine Damen und Herren, wann sollen wir es denn dann nach unten fahren? Wir fahren es nach unten, wenn die Wirtschaft boomt, und wir fahren es nach oben, wenn die Wirtschaft nach unten geht. Das sind Gegensteuerungsmaßnahmen.

(Beifall bei der FDP)

Lieber Herr Mütze, das sind wirtschaftliche Gesetzmäßigkeiten. Anscheinend haben Sie den Unterricht in Volkswirtschaft und Betriebswirtschaft in der Schule geschwänzt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Kritisiert wurde, dass die Fördermittel für die Industrieund Handelskammern und die Handwerkskammern zurückgefahren wurden. Das ist doch völlig richtig! Wir haben gegengesteuert. Wo sind denn die Fördermittel zurückgegangen? - Doch nicht bei der Bildung und Ausbildung der Mitarbeiter, wofür wir 2 Millionen an zusätzlichen Mitteln zur Verfügung gestellt haben, um den jungen Menschen eine Zukunft zu geben.

Nun komme ich auf das Thema Investitionsland Bayern zu sprechen. Die Maßnahmen wurden bisher nicht aufgezählt, aber ich tue das absichtlich. Für die Breitbandförderung stehen 45 Millionen zur Verfügung. Kritisiert wurde die Übertragungsgeschwindigkeit von nur einem Mbit/s. Was bleibt uns denn anderes übrig, wenn wir innerhalb von zwei Jahren für eine Grundausstattung aller Bürger sorgen müssen? Wir werden dann nachsteuern, wenn die notwendige Technik vorhanden ist, um punktuell hochzukommen. Ich wohne in Eggenfelden und bin selbst Leidtragender, weiß also, wovon ich spreche. Ich akzeptiere das. Schließlich sind auch nicht sämtliche Weiler und Häuser in Bayern innerhalb von zwei Jahren an die Wasserversorgung angeschlossen worden. Man verkauft die Menschen draußen für dumm, wenn man ihnen verspricht, dass sie alle eine Breitbandversorgung bekommen. Wie soll das denn funktionieren? Das Investitionsvolumen dafür würde in Bayern 10 Milliarden Euro betragen. Wer soll denn das bezahlen? Auch hier befinden wir uns auf einem guten Weg.

Als weitere Investitionsmaßnahmen nenne ich: 34 Millionen für das F&E-Zentrum Elektromobilität in Garching und Würzburg, 30 Millionen für das Leuchtturmprojekt "Elektromobilität verbindet Bayern" sowie für Modellregionen in Neustadt a. d. Saale, Garmisch-Partenkirchen und im Bayerischen Wald, 20 Millionen für Technologietransferzentren zum Beispiel in Bad Neustadt und Kempten, 10 Millionen für das Zentrum für wissenschaftliche Services und Transfer Aschaffenburg, 18 Millionen für das Biosystem-Forschungsnetzwerk an bayerischen Universitäten, 16,5 Millionen für das Anwenderzentrum für Karbonfasertechnologien in Augsburg, 13,65 Millionen für das Forschungszentrum für molekulare Biosysteme in München, 10 Millionen für das Europäische Zentrum für satellitengestützte Katastrophenvorsorge und Krisenmanagement in Oberpfaffenhofen, 8,8 Millionen für Regionalförderprojekte von besonderer Bedeutuna. 8 Millionen für das umweltfreundliche Krankenhaus -Green Hospital - in Lichtenfels, ländlicher Raum, 8 Millionen für das Bayerische Zentrum für Bionik im Raum Nürnberg, 7 Millionen für die "Solarfabrik der Zukunft" in Oberfranken, 7 Millionen für das Zentrum Keramische Verbundstrukturen in Oberfranken, 5 Millionen für das Zentrum für angewandte Energieforschung in Würzburg, 5 Millionen für das ATZ-Entwicklungszentrum in Sulzbach-Rosenberg, 5 Millionen für das Zentrum für Werkstoff-Kreisläufe im Raum Aschaffenburg. Meine Damen und Herren, was sollen wir denn noch mehr machen? Damit entstehen ausschließlich Arbeitsplätze auf dem Land.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Wir sollten uns alle fraktionsübergreifend ins Stammbuch schreiben, dass wir nicht immer mehr und noch mehr fordern, sondern vielmehr darüber nachdenken sollten, wie es uns gelingen kann, die Einnahmen höher zu halten als die Ausgaben.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Dazu fühlen wir uns verpflichtet, da wir uns gegenüber der jungen Generation verantwortlich fühlen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Die Wirtschaftsförderung muss nach unten gefahren werden, wenn die Wirtschaft boomt. Wir sparen für konjunkturell schwächere Zeiten, die sicher wieder kommen werden. Wir handeln verlässlich und nachhaltig. Gleichwohl müssen wir in der Wirtschaftsförderung umsteuern, und das geht nicht von heute auf morgen. Wir müssen die Arbeitsplätze zu den Menschen bringen, und dafür bedarf es einer Existenzgründerförderung neuen Ausmaßes. Der erste Schritt wurde damit getan, dass wir die Wirtschaft und die Wissenschaft mit der Auslagerung von Fachhochschulen und Universitäten zusammenbinden, damit Arbeitsplätze auf dem Land entstehen und wir Menschen in die Selbstständigkeit bekommen. Es ist uns ein großes Anliegen, für kompetente Fachkräfte zu sorgen. Wir haben beim Handwerk mit über 2 Millionen in die Bildung investiert und damit nachgesteuert.

Wir müssen die Industriepolitik verstärken und die Wirtschaftsförderung umsteuern. Wir benötigen eine zukunftsfähige Existenzgründungsförderung insbesondere im ländlichen Raum; denn nur Arbeitsplätze sorgen für gleichwertige Lebensbedingungen, auch auf dem Land. Daher gilt mein besonderer Dank den Leistungsträgern, den Mitarbeitern unserer Betriebe und den Unternehmern sowie, wie schon angesprochen, den Banken, den Sparkassen und den Volksund Raiffeisenbanken, die diese schwierige Entwicklung mitgetragen haben.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Mir liegt keine Zwischenbemerkung vor. Dann erteile ich Herrn Kollegen Rotter für die CSU-Fraktion das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Eberhard Rotter (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem der Ausschussvorsitzende Huber die großen Linien gezeichnet hat,

(Lachen bei der SPD)

möchte ich noch einige Anmerkungen zu einem nicht unwichtigen Thema machen, nämlich zum Thema Verkehr, das am Gesamtvolumen des Einzelplans 07 keineswegs einen unterdurchschnittlichen Anteil einnimmt. Zu einer guten Entwicklung aller Landesteile gehört natürlich ein zuverlässiger, pünktlicher und bezahlbarer ÖPNV auf Straße und Schiene. "Keine Region wird abgehängt." Herr Minister, ich nehme dieses Zitat aus Ihrer Haushaltsrede gerne auf. Herr Kollege Muthmann, das sind keine bloßen Lippenbekenntnisse. Natürlich könnte man immer noch mehr tun und immer noch mehr Geld ausgeben, was durchaus sinnvoll wäre. Auf der anderen Seite sind die Mittel aber auch begrenzt, wenn man einen Haushalt ohne Neuverschuldung vorlegen muss. Ich erinnere daran, dass wir mit einem Kraftakt sehr viel für die Staatsstraßen erreichen konnten. Deshalb werden wir auch dafür sorgen müssen, dass sich diese Leistungen in den kommenden Jahren verstetigen. Genauso werden wir beim ÖPNV wachsam sein und darauf achten, was noch mehr zu tun ist und was zielgenau gefördert werden kann.

Gerade für den ländlichen Raum sind die Zuwendungen für den ÖPNV unerlässlich. Zum einen gibt es die Fördermittel nach dem ÖPNV-Gesetz. Davon fließen zwei Drittel in den ländlichen Raum und nur ein Drittel in die Ballungsräume. Ich erinnere an die Busförderung mit einem Volumen von 30 Millionen Euro pro Jahr. Sie wurde einmal ausgesetzt, aber wir haben sie wieder eingeführt und setzen sie fort. Gerade die Busförderung kommt überwiegend mittelständischen Betrieben zugute. Herr Kollege Mütze, Sie haben das angemahnt. Gerade mittelständische Unternehmen erhalten den Buslinienverkehr auf dem flachen Land aufrecht.

Garant dafür, dass dieser Verkehr funktioniert und ablaufen kann, sind natürlich auch die Ausgleichszahlungen nach § 45 a des Personenbeförderungsgesetzes. Auch bei diesen Mitteln ist es uns in diesem Haushalt endlich gelungen, sie zumindest um 2,5 Millionen Euro pro Jahr zu erhöhen. Diese Ausgleichszahlungen sind seit über zehn Jahren unverändert geblieben. Sie leiden immer noch unter den Kürzungen von Koch und Steinbrück, obgleich zwischenzeitlich die Spritpreise und die Löhne gestiegen sind und sich auch die Schülerfahrten ausgeweitet haben. Ich erinnere daran, dass es mehr Nachmittagsunterricht gibt. Ich erinnere daran, dass Schulstandorte konzentriert

worden sind. Deshalb ist diese Erhöhung der Ausgleichszahlungen unerlässlich.

Allerdings - und dazu möchte ich an Sie appellieren, Herr Minister - müssen wir jetzt durch eine Anpassung der Sollkostensätze dafür sorgen, dass die Mittel bei den betroffenen Busunternehmen ankommen. Ich weiß, dass Ihr Haus darüber intensive Gespräche führt. Ich hoffe, dass wir diese Gespräche in absehbarer Zeit auch abschließen können.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Bayerntakt ist ein Erfolgsmodell. Mindestens stündlich fahren auch auf dem Land Züge auf nahezu allen Strecken. Dieses Zugangebot ist in den vergangenen Jahren massiv ausgeweitet worden. Ich erinnere daran, dass wir in den achtziger und noch Anfang der neunziger Jahre über Streckenstilllegungen gesprochen haben. Diese Strecken werden weiter bedient, sie werden stündlich bedient, und jetzt sollen auch neue Haltepunkte an diesen Strecken eröffnet werden. Ich habe es angesprochen, als wir mit Frau Staatssekretärin Hessel über den Staatssekretärsausschuss gesprochen haben. Für den ländlichen Raum ist es wichtig, dass der Zug nicht nur durchfährt, sondern dass er auch dort hält, wo die Menschen wohnen und wo sich die Arbeitsplätze befinden.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und der FDP)

Dank zahlreicher Ausschreibungsprojekte, die im Wettbewerb günstige Preise ergeben haben, konnten wir diesen Zugverkehr ausweiten. Ärgerlich ist allerdings, dass es beim Start großer Ausschreibungsprojekte immer wieder zu Verzögerungen und auch zu berechtigten Protesten der Fahrgäste kommt. Die neuen Fahrzeuge sind häufig zu eng, haben unbequeme Sitzplätze, Probleme mit Kupplungen und sind technisch nicht ausgereift. Im Übrigen dürfen wir Reisende auf Fernpendlerstrecken nicht in S-Bahn-ähnliche Triebzüge quetschen.

(Zustimmung und Beifall des Abgeordneten Erwin Huber (CSU))

Das wird von den Fahrgästen nicht akzeptiert. Wir wollen, dass sie einigermaßen bequem fahren können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe darauf hingewiesen, was für den ÖPNV noch weiter getan werden kann. Ich weiß, dass Sie, Herr Staatsminister, in enger Zusammenarbeit mit der Bayerischen Eisenbahngesellschaft und mit dem Wirtschaftsausschuss des Bayerischen Landtags stehen, der den ÖPNV immer wieder in regelmäßigen Abstän-

den thematisiert und ein waches Auge darauf hat, dass es zu weiteren Verbesserungen kommt. In einem Flächenland wie Bayern, in dem flächendeckend Arbeitsplätze und Schulen angeboten werden, sind diese Infrastruktureinrichtungen unerlässlich. Mit diesem Haushalt stellen wir die weitere Finanzierung des ÖPNV sicher. Ich bitte um Zustimmung zum Einzelplan 07.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Dr. Wengert hat darum gebeten, seine Redezeit von 49 Sekunden noch nützen zu dürfen. Herr Kollege, das ist jetzt eine Herausforderung.

Dr. Paul Wengert (SPD): Lieber Herr Kollege Kirschner, bei aller Freundschaft, ich verwahre mich gegen Ihren Vorwurf, ich hätte Bayern schlechtgeredet. Ich habe genau das Gegenteil getan. Ich habe die Freude der Sozialdemokraten über die positive Wirtschaftsentwicklung zum Ausdruck gebracht. Ich habe mich nur dagegen gewandt, dass dies einseitig als Ergebnis einer hervorragenden Politik der Staatsregierung und der sie tragenden Parteien gewertet wird. Das bitte ich doch deutlich auseinanderzuhalten.

(Beifall bei der SPD)

Ich bitte Sie, nicht immer wieder beides miteinander zu vermischen.

Lieber Kollege Huber, zum Einzelplan 07 haben Sie gar nichts gesagt. Sie haben sich in Allgemeinplätzen ergangen. Wenn Sie schon pseudosoziale Krokodilstränen über die Energiepreise vergießen, müssen Sie um der Wahrheit willen auch sagen, dass die Entsorgung der Atommeiler Milliarden kosten wird, und zwar nicht die Anteilseigner, sondern die Steuerzahler in diesem Land. Von den Kosten für die überhaupt nicht geklärte Endlagerung der Brennelemente will ich gar nicht reden.

(Widerspruch des Abgeordneten Klaus Stöttner (CSU))

Das wird uns super teuer zu stehen kommen. Die Preise für regenerative Energien sind dagegen geradezu Peanuts. Von der staatlichen und damit steuerfinanzierten Förderung der Atomenergie in Höhe von rund 100 Milliarden Euro in den letzten dreißig, vierzig Jahren will ich ganz absehen.

(Beifall bei der SPD - Klaus Stöttner (CSU): Eine völlig falsche Aussage!)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die Staatsregierung hat Herr Staatsminister Zeil noch einmal ums Wort gebeten.

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium):

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich in aller Kürze zum Schluss der Debatte einige Worte sagen. Ich bedanke mich bei den Koalitionsfraktionen für die Unterstützung und auch für die über den engeren Bereich des Haushalts hinausgehenden sehr nachdenkenswerten Hinweise. Herr Kollege Huber, Sie haben auf die internationale Finanzmarktarchitektur hingewiesen. Hier ist in der Tat noch viel zu tun. Hier sind wir noch lange nicht da, wo wir sein müssten.

Ich bedanke mich auch bei der Opposition für die sehr häufig in Kritik gut verpackten Lobpreisungen unserer erfolgreichen Wirtschaftspolitik. Ich stelle fest, dass Ihnen nicht sehr viel mehr eingefallen ist, als mehr Geld zu fordern und Pressemitteilungen zu zählen.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU - Alexander König (CSU): Genauso war es!)

Ich sage aber auch, dass wir mit diesem Haushalt nachhaltig handeln müssen. Herr Kollege Mütze, Sie waren ein gutes Beispiel dafür, was passiert, wenn man vom Haushaltspolitiker zum Wirtschaftspolitiker mutiert. Sie haben bei der Finanzpolitik immer nachhaltiges Handeln eingefordert. Das heißt, wir müssen sparen können. Sie fordern jetzt aber nur mehr Geld. Ich glaube, das ist keine sehr phantasievolle Finanzund Haushaltspolitik.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Herr Kollege Muthmann, Sie haben gefordert, wir sollen Bürokratie abbauen. Ich darf Sie einmal bitten, dass Sie bestimmte Anfragen aus Ihrer Fraktion zurückstellen. Ich darf eine Anfrage des Kollegen Felbinger vorlesen:

Ich frage die Staatsregierung: Wie viele öffentliche Telefone sind bayernweit aufgestellt, und wie ist die kommunale Verteilung, wie ist die Verteilung von Telefonzellen und Basistelefonen, wie ist die Verteilung von Münz- und Kartentelefonen?

Auch solche Anfragen sollten Sie zurückstellen, wenn Sie selber einen Beitrag zum Bürokratieabbau leisten wollen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir brauchen auch keine Belehrungen zum europäischen Stromverbund. Leider funktioniert die Energie-

versorgung derzeit nur aufgrund der Beiträge aus energieschädlichen Kohlekraftwerken in anderen europäischen Ländern und aus Kernkraftwerken in West- und Osteuropa. Herr Kollege Mütze, Sie sagen, dass wir Desertec zurückgewiesen hätten. Vielleicht müssen Sie sich da noch einarbeiten. Diese Staatsregierung hat dafür gesorgt, dass Desertec seine Hauptniederlassung hier in München hat. Wir halten dieses Projekt für zukunftsfähig.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Sie haben schon wieder eine Andeutung gemacht: Ja, wir sind für Pumpspeicherkraftwerke, jedoch nicht an diesem Standort. Diese doppelbödige Politik lassen wir Ihnen nicht mehr durchgehen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Sie setzen sich für die erneuerbaren Energien ein, kämpfen jedoch nicht für die Infrastruktur. Die Staatsregierung wird die Energiewende einleiten und durchführen. Wir setzen die Energiewende mit Augenmaß um, weil wir die Zukunft des ganzen Landes im Auge behalten.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, bitte bleiben Sie am Mikrofon. Es gibt eine Zwischenbemerkung des Kollegen Dr. Runge.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Herr Minister Zeil, es ist wunderschön, wenn Sie so schreien. Wir freuen uns, wenn Sie etwas mehr Temperament zeigen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt möchte ich mich aber ganz nüchtern und sachlich zu der Anfrage des Herrn Kollegen Felbinger äußern. Die Anfrage ist grundrichtig. Es geht um die Versorgung der Menschen im Land, auch im flachen Land. Es liegt ebenfalls an Ihnen, dass es dabei zu vielen Fehlentwicklungen gekommen ist, weil Sie und Ihre Kolleginnen und Kollegen in den letzten Jahren viel zu häufig die Sitzungen des Beirats Telekommunikation geschwänzt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das muss festgehalten werden.

Zum zweiten Punkt haben Sie gebrüllt: Das lassen wir Ihnen nicht durchgehen. Bedauerlicherweise konnten Sie nicht der gestrigen Debatte beiwohnen. Derzeit liegen 70 solcher Fälle vor Ort vor. Wir prüfen sie alle ganz genau. In den allermeisten Fällen ist eine ganz andere Fakultät vor Ort gegen Solarparks, Windkraftanlagen und Stromleitungen. Dagegen begehren die

Leute Ihrer Fakultät auf. Das können wir alles dokumentieren. Mit Ihrem Gebrüll kommen Sie nicht weiter. Wir schauen mal, was Sie uns nicht durchgehen lassen wollen, solange Sie noch die Möglichkeit dazu haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium):

Herr Kollege Dr. Runge, ich bin Ihnen dankbar, dass Sie anerkennen, dass ich Ihnen meine Gedanken manchmal etwas lebhafter nahebringe. Sie kennen mich inzwischen und wissen, dass ich besonnen bin, weil wir nicht in Panik verfallen dürfen. Selbstverständlich schätze ich jedoch die Leidenschaft des Parlamentariers, wie auch Sie es tun, und bin ebenfalls dazu fähig.

Ihre erste Frage beantwortet sich schon fast von selbst. Selbstverständlich sind wir präsent. Ich wollte lediglich darauf hinweisen, dass wir es selbst in der Hand haben, auf welche Weise wir Apparate beschäftigen. Sie müssen zugeben, dass man hinter diese Fragen sehr viele Fragezeichen setzen kann, zumal es andere gibt, die sehr viel besser Auskunft über dieses Thema geben können.

Ihr Kollege hat eben zu Recht von Desertec und den Onshore- und Offshore- Windkraftanlagen gesprochen. Wir alle wissen, was dies für die deutschen Leitungsnetze bedeutet. Das ist schon für die Wasserkraftwerke in Deutschland problematisch, ganz zu schweigen von der Wasserkraft in Norwegen. Von den benötigten 3.600 Kilometern Spannungsleitungen stehen gerade mal 100 Kilometer. Das gilt ebenfalls für andere Infrastrukturmaßnahmen, zum Beispiel für die Gaskraftwerke. Das hat Herr Kollege Mütze angesprochen. Im Einzelfall kommt es darauf an, dass wir nicht nur darüber reden, sondern uns zu dem Ausbau bekennen und bei den Bürgern dafür werben. Wir sollten nicht, wie dies häufig auf der linken Seite des Saales der Fall ist, die Bürgerinitiativen gegen diese Standorte anführen.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Machen Sie es doch endlich!)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister Zeil, es gibt eine weitere Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Thalhammer.

Tobias Thalhammer (FDP): Frau Präsidentin, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Mütze hat freundlicherweise darauf hingewiesen, dass wir von Baden-Württemberg im Hinblick auf die Energiewende sehr viel lernen könnten. Dort soll uns gezeigt werden, wie wir aus der Kernenergie aussteigen und den Weg zu den erneuerbaren Energien

öffnen können. Ich bin sehr gespannt, was wir uns abschauen können. Nicht nur in Bayern wird der Bau von Pumpspeicherkraftwerken vonseiten der GRÜ-NEN behindert, sondern auch in Baden-Württemberg. Ich erinnere an das Pumpspeicherkraftwerk Schluchsee, das im Hinblick auf die Leistung ein Kernkraftwerk ersetzen soll. Die GRÜNEN möchten auf der einen Seite die Kernkraft in Baden-Württemberg abschaffen und weisen auf der anderen Seite ein großes Vorhaben für Pumpspeicherkraftwerke in der Dimension eines Kernkraftwerks - dreimal dürfen Sie raten zurück. Selbst wenn die GRÜNEN immer noch behaupten, sie würden die konsequente Umsetzung der erneuerbaren Energien vorantreiben, folgen sie nur ihren Träumen. Die GRÜNEN sind jedoch in der Realität und bezogen auf die Umsetzung der Projekte in Bayern, Baden-Württemberg und in ganz Deutschland nach wie vor eine Dagegen-Partei, die Protestbewegungen anführt.

(Beifall bei der FDP - Dr. Martin Runge (GRÜNE): Lüge!)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister Zeil hat das Wort.

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium):

Herr Kollege Thalhammer, ich bin Ihnen dafür dankbar, dass Sie das Hohe Haus über diesen Vorgang aufgeklärt haben. Vorhin ist davon gesprochen worden, dass maßgebliche Vertreter der Landeshauptstadt München Isar 2 als Geldmaschine bezeichnet und es mit dem Ausstieg aus der Atomenergie nicht eilig gehabt hätten. Wir werden dieses Projekt in den nächsten Monaten mit großer Glaubwürdigkeit auf die Beine stellen müssen. Dazu werden wir Ihnen konkrete Maßnahmen vorstellen. Jeder wird aufgefordert, den Worten Taten folgen zu lassen. Das gilt insbesondere für das Thema Infrastruktur.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte Sie, zur Abstimmung die Plätze einzunehmen. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2011/2012, Einzelplan 07, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/7659 mit 16/7672 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 16/7846 zugrunde.

Die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN hat beantragt, über die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/7669, 16/7670 und 16/7671 einzeln ab-

stimmen zu lassen. Deswegen lasse ich vorweg über diese Änderungsanträge einzeln abstimmen.

Wer dem Änderungsantrag auf der Drucksache 16/7669 "Programm zur Förderung von kleinen Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen" zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich bitte Sie, die Gegenstimmen anzuzeigen. - Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP und der FREIEN WÄHLER.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Nein-Sager! - Ulrike Gote (GRÜNE): Da sitzt die Dagegen-Partei!)

Enthaltungen? - Das ist die SPD-Fraktion. Bei Enthaltung der SPD-Fraktion ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag auf der Drucksache 16/7670 "Programm zur Energie-Effizienz: Umstellung von elektrischen Nachtspeicherheizungen auf moderne Heiztechnik und, oder erneuerbare Energien" zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FREIEN WÄHLER.

(Unruhe)

- Es tut mir leid. Darf ich die Abstimmung wiederholen? Wer dem Änderungsantrag auf Drucksache 16/7670 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen des BÜND-NISSES 90/DIE GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER und einige Stimmen aus der SPD-Fraktion. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Stimmenthaltungen? - Das sind einige Stimmen aus der SPD-Fraktion. Bei Stimmenthaltungen aus der SPD-Fraktion ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt. Wer dem Änderungsantrag auf der Drucksache 16/7671 betreffend "Programm dezentrale Energiespeicher: Unterstützung bei der Errichtung von Speichern bei Biogasanlagen" zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNIS-SES 90/DIE GRÜNEN sowie einige Stimmen aus der SPD-Fraktion. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Stimmenhaltungen? - Mit Enthaltungen aus den Reihen der SPD-Fraktion ist der Änderungsantrag ebenfalls abgelehnt.

Der Einzelplan 07 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/7846 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 07 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vor-

geschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Ich bitte die Gegenstimmen anzuzeigen. - Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90 DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? - Keine.

(Zurufe von der CSU: Nein-Sager!)

Damit ist der Einzelplan 07 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge gelten, soweit über sie nicht einzeln abgestimmt worden ist, gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 1)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen, insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD und der FDP. Ich bitte die Gegenstimmen anzuzeigen. - Keine. Stimmenthaltungen? - Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. So beschlossen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Beratung des Einzelplans 07 ist abgeschlossen. Herr Staatsminister, ich sage Ihnen dazu herzlichen Glückwunsch. Nun kann an die Arbeit gegangen werden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10 auf:

Haushaltsplan 2011/2012; Einzelplan 05 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus

hierzu:

Änderungsanträge

von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 16/7852 mit 16/7861)

und

Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 16/7862 mit 16/7878)

und

Änderungsanträge der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 16/7879 mit 16/7892)

Im Ältestenrat wurde für die Aussprache eine Gesamtredezeit von zwei Stunden vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 30 Minuten, auf die Fraktion der SPD 18 Minuten und auf die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, des BÜNDNISSES 90/ DIE GRÜNEN und der FDP jeweils 14 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Sie kann deshalb bis zu 30 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeit der Fraktionen verlängert.

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich bereits jetzt darauf hin, dass die SPD-Fraktion beantragt hat, über ihre Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/7857 und 16/7858 einzeln und zwar in namentlicher Form abstimmen zu lassen. Ich eröffne die Aussprache. Als dem ersten Redner darf ich für die CSU-Fraktion Herrn Kollegen Herold das Wort erteilen. - Bitte schön, Herr Kollege.

Hans Herold (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Einzelplan 05, Unterricht und Kultus, ist der mit Abstand größte Posten im Staatshaushalt. Ich denke, dieser Haushalt zeigt eindeutig die klare Prioritätensetzung der CSU-Landtagsfraktion und der Bayerischen Staatsregierung für Bildung, Familie und Innovation. Dass mit 9,55 Milliarden Euro im Haushalt 2011 und mit rund 9,78 Milliarden Euro für 2012 gerade auch der Einzelplan 05, Unterricht und Kultus, über 23 % der staatlichen Gesamtausgaben ausmacht, zeigt, Kolleginnen und Kollegen, sehr deutlich die große Bedeutung, die wir dem Bildungsbereich beimessen. Fügt man zu diesen Summen die Ausgaben für die Hochschulen und die Wissenschaft hinzu, kommt man im Bildungsbereich auf eine Summe von über 16 Milliarden Euro. Bei einem Gesamtetat von ca. 43 Milliarden Euro sind das etwa 37 % für die Bildungsaufwendungen aus dem Gesamthaushalt. Meine Damen und Herren, sagen Sie mir ein Bundesland in Deutschland, das einen solch hohen Anteil an Bildungsausgaben aufweisen kann.

(Beifall bei der CSU)

Den Gesamtetat für die Haushaltsjahre 2011/2012 bezeichne ich aus voller Überzeugung als zukunftsweisend, konjunkturgerecht und sehr solide.

Mit diesem Doppelhaushalt setzen wir gezielt die richtigen Schwerpunkte in den Zukunftsfeldern Kinder, Bildung, Familie und Innovation. Mit unserem Zukunftskonzept "Aufbruch Bayern" sichern wir zum einen einen ausgeglichenen Haushalt und zum anderen investieren wir in die entscheidenden Zukunftsbereiche. Deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, geben wir mehr Geld für Bildung, mehr Lehrerstellen und noch mehr Qualität im Unterricht aus.

Kolleginnen und Kollegen, uns gelingt im Unterschied zu den linksregierten Bundesländern der Gleichklang, zum einen keine Schuldenlast auf den Schultern unserer Kinder abzuladen und gleichzeitig intensiv in die Zukunft der Kinder zu investieren.

(Zuruf von der SPD: Was ist mit den 10 Milliarden Euro?)

- Immer das Gleiche, Herr Kollege. Ich kann es nicht mehr hören.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Es ändert sich halt nichts!)

Für die CSU-Fraktion hat die Bildungspolitik absolute Priorität.

(Beifall bei der CSU)

Diese zielgerichtete Bildungspolitik zeigt immer wieder Erfolge. Auch Sie, Kolleginnen und Kollegen der Opposition, wissen, dass sich unsere bayerischen Schüler bei jeder Bildungsstudie im nationalen Spitzenfeld befinden. Das heißt, die Leistungen unserer bayerischen Schülerinnen und Schüler liegen auf hohem Niveau.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das ist Unsinn!)

- Herr Pfaffmann, ich weiß, das hören Sie nicht gerne. Das ist mir völlig klar.

Es muss Gründe dafür geben, dass die bayerischen Schüler beispielsweise beim Handlungsfeld Schulqualität in den Kompetenzbereichen wie Deutsch, Englisch, Mathematik und Naturwissenschaften auf Platz 1 der bundesweiten Rankingliste stehen. Deshalb gilt heute mein ganz besonderer Dank allen Lehrkräften. Ich sage ganz bewusst und sehr deutlich. Wir brauchen wieder eine bessere Kultur der Anerkennung für die so wichtige Arbeit an unseren Schulen.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wollen mit dem Doppelhaushalt erreichen, dass das hohe Niveau nicht nur erhalten bleibt, sondern verbessert wird. Wir wollen, liebe Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfraktionen, das Land in Deutschland bleiben, in dem die wenigsten Jugendlichen die Schule ohne Abschluss verlassen. Hierbei stehen wir gemeinsam mit Baden-Württemberg auf Platz 1 im bundesweiten Vergleich. Natürlich sind 6 % noch zu viel; wir müssen den Wert verbessern. Aber nennen Sie mir ein anderes Bundesland, wo die Jugendarbeitslosigkeit mit 2,3 % so niedrig ist wie in Bayern. Das hat einen Grund: die langfristig ausgerichtete, gute Bildungspolitik bei uns.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren der Opposition, wir wollen uns nicht an einer Bildungspolitik wie in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg oder Berlin orientieren, wo bis zu 14 % - ich betone: bis zu 14 %! - der Schulabgänger die Schule ohne Abschluss verlassen. Wir wollen kein Bundesland werden, wo wie in Berlin die Plätze am Gymnasium verlost werden. Ein solches Bundesland soll Bayern nie werden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Deswegen lautet unser Credo: beste Bildung und damit beste Chancen für unsere jungen Menschen!

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir werden die Lehrerstellensituation und auch die Unterrichtsversorgung ganz bewusst weiter verbessern. Trotz rückläufiger Schülerzahlen stellen wir in diesem Doppelhaushalt mehr Geld für Lehrerstellen zur Verfügung. Das kommt unseren Schülerinnen und Schülern zugute.

Ich stelle heute mit Stolz fest, dass wir in Bayern die höchste Lehrerzahl seit 60 Jahren verzeichnen. Noch nie seit dem Jahr 1946 haben in Bayern so viele Lehrkräfte an staatlichen Schulen unterrichtet. Wir hatten im Jahr 2007 80.805 Planstellen, im Jahr 2011 sind es 86.528 Planstellen. Insgesamt unterrichten ca. 120.000 Lehrerinnen und Lehrer an bayerischen Schulen. Allein mit dem Doppelhaushalt 2011/2012 schaffen wir insgesamt 3.873 neue Lehrerstellen; ich denke, hierzu wird Kollege Georg Eisenreich noch einige Aussagen machen. Schon an dieser Stelle geht an ihn und den gesamten Arbeitskreis ein besonderes Dankeschön für die sehr gute Arbeit.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es muss doch Gründe haben, warum Bayern beim gesamtdeutschen Bildungs-Check und beim "Bildungsmonitor 2010" gemeinsam mit vier anderen unionsregierten Bundesländern auf den ersten Plätzen liegt.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Das Klima!)

Es muss doch Gründe haben, warum beim gesamtdeutschen Bildungs-Check und beim "Bildungsmonitor" linksregierte Bundesländer die letzten Plätze belegen.

Der Grund ist ganz einfach: Wir in Bayern machen seit Jahrzehnten gute Bildungspolitik. Natürlich müssen wir weitere Verbesserungen vornehmen - das tun wir mit dem Doppelhaushalt 2011/2012 -, etwa bei der Lehrerversorgung, der individuellen Förderung und der Ganztagsbetreuung.

(Zuruf von der CSU: Machen wir!)

Von 2008 - seitdem regieren CSU und FDP gemeinsam - bis zum Jahr 2012 haben wir den Etat des Kultusministeriums um 1 Milliarde auf 9,78 Milliarden Euro erhöht.

Wenn ich mir die Anträge der Opposition anschaue, dann sage ich eindeutig - diese Einschätzung betrifft alle Bereiche, insbesondere den Bildungsbereich -: Wir wollen keine Verhältnisse wie in Nordrhein-Westfalen.

(Zuruf von der CSU: Sehr richtig!)

In Nordrhein-Westfalen wurde der Haushalt wegen Überschuldung vom Verfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt. Wir in Bayern wollen kein NRW werden. Wir betreiben weiterhin eine zukunftsorientierte Politik, eine Politik für unsere Menschen. Bei uns werden auch in Zukunft die Einnahmen die Ausgaben und nicht, wie bei Ihnen, die Ausgaben die Einnahmen bestimmen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Was heißt das konkret? Wir in Bayern, wo eine CSU-FDP-Staatsregierung Verantwortung trägt, schaffen beides: zum einen einen ausgeglichenen Haushalt, zum anderen steigende Investitionen in die Bildung unserer Kinder. Es bleibt dabei: Bildung, Familie und Innovation sind die Schwerpunkte der CSU.

Erlauben Sie mir, einen Appell an die Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion zu senden: Nehmen Sie bitte Einfluss auf Ihre SPD-Kollegen in den anderen Bundesländern. Sorgen Sie dafür, dass die von Ihnen regierten Bundesländer durch eine gute Finanz- und Wirtschaftspolitik baldmöglichst auf eigenen Füßen stehen können.

Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck verkündet immer wieder mit großem Stolz - auch im Wahlkampf hat er das getan -: Wir brauchen keine Studiengebühren zu erheben. Bei uns ist auch der Kindergartenplatz kostenlos.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es kann doch nicht richtig sein, dass unsere bayerischen Bürgerinnen und Bürger über den Länderfinanzausgleich die Kindergarten- und die Studiengebühren in Rheinland-Pfalz bezahlen.

(Zuruf von der CSU: Das ist ein Skandal! - Zuruf des Abgeordneten Hans Ulrich Pfaffmann (SPD))

Bei allem Verständnis - mit diesen vier bis fünf Milliarden Euro, die wir jährlich in den Länderfinanzausgleich zahlen müssen, könnten wir alle Forderungen und Wünsche, die die Opposition im Zusammenhang mit dem Doppelhaushalt 2011/2012 geäußert hat, ich betone: mit links - erfüllen. Deswegen sage ich auch heute: Der Länderfinanzausgleich muss bei aller Solidarität geändert werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Bildung ist der Schlüssel für die Zukunft unserer Schülerinnen und Schüler. Deswegen sage ich mit großer Überzeugung: Der Einzelplan 05, Unterricht und Kultus, ist eine richtige, gute Antwort auf die großen Herausforderungen unserer Zeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Ich bedanke mich ganz herzlich bei Herrn Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle und seinen Mitstreitern für die geleistete sehr gute Arbeit. Ein Dankeschön geht auch an unseren Finanzminister Georg Fahrenschon und seine Mitarbeiter. Mein Dank geht auch an die Mitglieder des Arbeitskreises für Bildung, Jugend und Sport und des Arbeitskreises für Staatshaushalt und Finanzfragen, insbesondere an deren Vorsitzende, Georg Eisenreich und Georg Winter.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin davon überzeugt, dass wir mit diesem Einzelplan 05 die richtigen Weichenstellungen im Interesse unserer Kinder und Jugendlichen vornehmen. Deswegen bitte ich Sie um Zustimmung zu diesem Einzelplan. - Ich bedanke mich ganz herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege Herold. - Als Nächster hat Herr Kollege Reinhold Strobl das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Reinhold Strobl (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Erlauben Sie mir, mit einem Dank zu beginnen: Ich danke allen Lehrerinnen und Lehrern in unserem schönen Land, die trotz der Bildungspolitik der Staatsregierung gute Arbeit an den Schulen leisten.

(Beifall bei der SPD)

Damit die rechte Seite auch zufrieden ist, lassen Sie mich hinzufügen: Ich behaupte nicht, dass in Bayern alles schlecht sei; vieles könnte jedoch besser sein.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben immer wieder Vorschläge eingebracht, aber sie werden laufend abgelehnt. Ich würde mich freuen, wenn die Regierungsparteien bereit wären, unsere Anregungen auch einmal aufzunehmen - zum Wohle unserer Kinder.

(Beifall bei der SPD)

Seit Jahren werden in Bayern - in Anführungszeichen - "Reformen" durchgeführt, welche diese Bezeichnung aber nicht verdienen. Ich erinnere an die Einführung der sechsstufigen Realschule und die überstürzte Einführung des G 8. Ferner wurden Hauptschulen konzentriert und einige Standorte geschlossen. Das Büchergeld wurde zunächst eingeführt, aber über Nacht wieder abgeschafft. Nie ist an den Schulen Ruhe eingekehrt. Immer wieder wurde von Ihnen Unruhe in die Schulen getragen.

Das Schlimme daran: Die Minister, die das zu verantworten hatten und noch haben, kamen und gingen. Die Lehrerinnen und Lehrer sowie die Schülerinnen und Schüler mussten das, was ihnen diese Minister eingebrockt hatten, ausbaden. Ich habe einmal gedacht, wir seien aus dem Schneider. Aber jetzt fliegen erst richtig die Spaenle.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Dabei ginge es anders. Ich verweise auf die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Der gemeinsame Gesetzesvorschlag zeigt, dass es anders geht.

Auch heute haben wir wieder gehört, wir in Bayern seien die Besten, wir seien spitze. Herr Seehofer hat in Erbendorf gesagt, wir in Bayern hätten in Sachen Bildung die Nase vorn. Man muss sich oft fragen ob wir sie vielleicht nicht zu weit oben haben. Vonseiten der Koalition heißt es immer: Bayern hat das beste Schulsystem.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Überhaupt seien wir die Besten und die Größten. Gestern könnten wir hören, Bayern sei das Bildungsland der BRD, das Fünf-Sterne-Land, wir seien auf Platz eins in Deutschland.

Das erinnert mich an den italienischen Politiker, der gesagt hat: Mit mir kann sich keiner vergleichen, nicht in Europa und nicht in der Welt. - Den Namen nenne ich jetzt nicht.

(Unruhe bei der CSU)

Ich habe die Schulschließungen schon angesprochen. Dass in Sachen Bildungspolitik in unserem Land etwas nicht stimmt, wird auch daran deutlich, dass es immer wieder Petitionen gibt, in denen Eltern ihren Unmut über die Bildungspolitik zum Ausdruck bringen. Am Wochenende sind in München fast 3.000 Eltern und Schüler wegen Stundenausfalls, Unterrichtsausfalls und zu großer Klassen an den Schulen Bayerns auf die Straße gegangen. Auf ihren Plakaten standen Worte wie "Lehrerabbau", "Super-GAU". Sie forderten mehr Geld für Bildung, mehr Lehrer und kleinere Klassen.

Die Eltern sind über die Situation an den Schulen sehr verärgert. Sie sagen, die schwachen Schüler blieben völlig auf der Strecke. Wer zu Hause keine Unterstützung habe, könne das Gymnasium nicht schaffen. Solche Aussagen müssen einen nachdenklich machen. Aber wenn alles in Bayern so in Ordnung ist, wie gesagt wird, dann muss man sich fragen: Warum müssen die Eltern auf die Straße gehen?

Sie, Herr Kultusminister Spaenle, haben den Eltern gesagt, dass Sie deren Besorgnis sehr ernst nähmen und die Willensbekundung der Eltern deutlich gehört hätten. Aber wenn Sie das ernst nehmen, dann tun Sie doch etwas, um die Dinge in eine Linie zu bringen. Wenn Sie allerdings sagen, wir seien die Besten und brauchten nichts zu tun, dann passt Ihre Aussage, Sie wollten die Eltern ernst nehmen, nicht dazu.

(Beifall bei der SPD)

Vor einigen Tagen hat uns das Kultusministerium mit einer Pressemeldung überrascht, in der es geheißen hat:

Das bayerische Kultusministerium startet zum Schuljahr 2011/12 mit dem Instrument der Mobilen Reserve an den Gymnasien. Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle will ab dem neuen Schuljahr eine dreistellige Reserve an Lehrkräften für die Gymnasien zur Verfügung stellen. Diese sollen bei längerfristigen Erkrankungen und Ausfällen von Lehrkräften im Unterricht eingesetzt werden.

Ich kann nur sagen: Bravo! Nach 50 Jahren CSU-Staatsregierung kommt der zuständige und verantwortliche Minister schon darauf, dass man an den Gymnasien eine Reserve schaffen müsse.

(Beifall bei der SPD)

Es ist angekündigt worden, dass auch Aushilfskräfte beschäftigt werden sollen. Wir lassen uns überraschen.

Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, dafür zu sorgen, dass die Voraussetzungen für eine möglichst gute Bildung geschaffen werden. Es ist unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass keiner verloren geht. Solches können wir uns einfach nicht leisten. Wir brauchen jeden. Deshalb müssen wir die Schwächeren entsprechend fördern.

Lassen Sie mich hier Henry Ford zitieren. Ich habe das auch im Haushaltsausschuss schon getan. Das Zitat hat meinem Kollegen Miller sehr gefallen. Ford sagte einmal: Die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes beginnt nicht in der Fabrikhalle oder im Forschungslabor, sie beginnt im Klassenzimmer. - Mit dieser Aussage wird deutlich, dass praktisch im Klassenzimmer die Grundlagen gelegt werden. Für uns bedeutet das: Da muss investiert werden. Das gilt nach wie vor.

Tatsache ist, dass für Akademikerkinder die Chance, auf das Gymnasium zu kommen, 6,6-mal höher ist als für ein Kind aus einer Arbeiterfamilie, wohlgemerkt: bei gleicher Begabung. Was die soziale Ungerechtigkeit im Bildungssystem angeht, so ist Bayern damit bundesweit Spitzenreiter, allerdings negativ.

Einen der Hauptgründe hierfür sehen Kritiker des bayerischen Schulsystems in der frühen Trennung von Gymnasiasten, Real- und Hauptschülern. In Bildungssystemen, in denen die Weichen später gestellt werden, hat ein begabtes Kind, das von seiner Familie wenig gefördert wird, mehr Zeit, die Defizite mithilfe seiner Lehrer aufzuholen.

Mehr als 7 % der Schüler eines Jahrgangs verlassen die Schule in Bayern ganz ohne Abschluss. Diese Feststellung stammt nicht von mir, sondern steht in einer Studie der Bertelsmann-Stiftung, welche vor Kurzem in einer süddeutschen Tageszeitung veröffentlicht wurde.

Lassen Sie mich einiges Grundsätzliche zum Haushalt und zur Finanzierung unseres Bildungssystems sagen. Wie es ausschaut, wird es mit dieser Koalition nur langsam, wenn überhaupt, spürbare Verbesserungen im Bildungsbereich geben. Der uns vorgelegte Doppelhaushalt 2011/12 ändert trotz geringfügiger Erhöhung - sie ist wirklich äußerst geringfügig - nichts

daran. In der Mitte der Legislaturperiode 2008 bis 2013 zeigt sich, dass Sie den bildungspolitischen Herausforderungen der Zukunft nicht gewachsen sind. Diese Koalition ist weder bereit, die Bildungspolitik in den Mittelpunkt der Regierungsarbeit zu rücken, noch bereit, Finanzmittel bedarfsgerecht zur Verfügung zu stellen.

Das Schlimme ist: Wir könnten mehr finanzieren, wenn der Staat nicht Klientelpolitik betreiben und stattdessen seine Einnahmemöglichkeiten ausschöpfen würde. Es werden Steuergeschenke gemacht. Der Aufschwung Kärnten wird finanziert. Und Steuerprüfer werden nicht eingestellt.

Dieter Ondratschek von der Steuergewerkschaft spricht hier von einer bewussten politischen Entscheidung, die Steuerfahndung schwach zu halten. Es ist in der Tat so: Schwarz-Gelb verzichtet bewusst auf Einnahmemöglichkeiten. Würde das nicht getan, könnten wir viel mehr Geld in die Bildung stecken und vor allem für mehr Bildungsgerechtigkeit sorgen. Wenn wir dies nicht tun, versündigen wir uns an der Zukunft unserer Kinder.

Gestern haben wir gehört, dass der Ministerpräsident gesagt hat: Bildung ist die Sozialpolitik des 21. Jahrhunderts. Das sollten wir ernst nehmen und auch etwas dafür tun.

Meine Damen und Herren von der CSU und der FDP, wenn Sie nicht bereit sind, schnellstmöglich umzudenken, laufen wir Gefahr, manche Entwicklung zu verschlafen. Vor allem ist es notwendig, dafür zu sorgen, dass mehr Geld bei den Schülerinnen und Schülern ankommt. Die Etatsteigerung, die ich schon angesprochen habe, ist doch mit darauf zurückzuführen, dass an Mitteln für Versorgung und Beihilfen einiges draufgeht. Vom Versorgungsfonds möchte ich gar nicht sprechen.

Die Probleme sind nach wie vor gleich, obwohl uns jeden Tag etwas Neues verkündet wird. Es wäre notwendig, Kindergarten und Grundschule besser zu verzahnen. Das Ganze ist verbesserungsbedürftig. Ich erinnere an den Übertrittsdruck, an die frühe Selektion, an Leistungsstress, an Schulangst, an Nachhilfe. Man muss sich fragen, ob vielleicht auch bei uns der Satz des Fachbuchautors und Kinderarztes Remo Largo zutrifft, der gesagt hat: Die Schule ist mit Prüfungen und Noten zur Treibjagd verkommen.

Schlimm ist, dass viele Eltern viel Geld für Nachhilfe ausgeben müssen. 58 % der Nachhilfeanbieter sagen, dass die Nachfrage in den vergangenen fünf Jahren sprunghaft oder stetig gestiegen ist, hauptsächlich wegen des G 8. 17 % der Nachhilfeschüler besuchen die Grundschule.

Wir haben nach wie vor zu große Klassen an den Gymnasien oder Realschulen, zum Beispiel Klassen mit über 30 Schülern. Es gibt eine katastrophale Einstellungssituation im Bereich der Grundschule. Es gibt Unterrichtsausfall an Gymnasien usw.

Wir haben zu wenig Lehrer. Mit den Lehrerzahlen gibt es ja auch Tricksereien. Wir haben eine Überalterung der Lehrkräfte. Vor einiger Zeit habe ich im "Nordbayerischen Kurier" gelesen, dass eine Kollegin von Ihnen die Wirklichkeitsferne der Ministerialbürokratie in Spaenles Kultusministerium kritisiert und gesagt hat, der Wasserkopf des Ministeriums sei ein derart großes Einsparpotenzial, dass allein dadurch tausend Lehrer bezahlt werden könnten. Ich kann das nicht beurteilen; ich habe diese Aussage nur zitiert.

Vorhin ist die hohe Prozentzahl von Schulabgängern ohne Abschluss angesprochen worden. Ich darf daran erinnern, dass wir in Bayern Städte haben, in denen es bis zu 15 % Kinder ohne Schulabschluss gibt. Diese Zahl ist viel zu hoch. Wie schon gesagt, können wir uns das nicht leisten. Es geht nicht an, diese Kinder ohne Schulabschluss in ihre Zukunft und in das Berufsleben zu schicken.

(Beifall bei der SPD)

Zum Thema Ganztagsschulen. Die Mittelschule und die Schulverbünde lösen das Problem nicht.

Ich nenne auch das Thema Schulpsychologen und Schulsozialarbeiter. Von Ihrer Seite gibt es den Trick zu sagen, Jugendsozialarbeit sollten die Kommunen machen. Aber wir brauchen Schulsozialarbeiter.

Ich nenne ganz bewusst auch das Thema "Verwaltungskräfte an Schulen". Denn hier kommen mehr Aufgaben nicht nur auf die Schulleitungen zu, sondern auch auf die Verwaltungskräfte, die nicht besonders hoch bezahlt sind. Sie haben oft nur einen Jahresvertrag und fallen immer wieder hinten hinunter. Es muss wirklich noch etwas getan werden. Ich erinnere an den doppelten Abiturjahrgang. Zusammen mit der Aussetzung der Wehrpflicht drängen da zusätzlich circa. 5.500 Studierende an die Hochschulen.

Blicken wir noch einmal kurz zurück. Im Herbst 2008 kam die FDP in den Landtag. Sie hatte damals noch mehr eigene Vorstellungen beispielsweise von einer längeren gemeinsamen Schulzeit, von kleineren Klassen, mehr Selbstständigkeit und anderem. Davon ist wenig übrig geblieben.

Ich muss nun ein paar Themen überspringen, weil ich nur noch vier Minuten Redezeit habe. Die Probleme häufen sich in Bayern so an, dass man viel mehr Zeit bräuchte, um alles aufzuzählen. Wir haben mehrere Anträge zum Einzelplan 05 eingereicht und unter anderem gefordert, die kw-Vermerke bei den Stellen zu streichen. Damit würden im Doppelhaushalt dann zusätzlich 2.500 Stellen für Lehrkräfte zur Verfügung stehen.

Der Bildungshaushalt darf nicht zur Sparbüchse des Finanzministers werden. Wir bedauern, dass in bisher nicht bekanntem Ausmaß Stellen wegfallen sollen.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, die Lehrer, die wir jetzt nicht einstellen, fehlen uns in der Zukunft. Dies ist für die jungen Menschen, die den Lehrerberuf ergreifen wollen, ein verheerendes Signal. Deshalb ist es notwendig, die Lehrer einzustellen. Das, was bisher mit den Lehramtsanwärtern, den Referendarinnen und Referendaren gemacht wird, ist wirklich nicht vom Feinsten.

Ein paar Worte noch zum Thema Gemeinschaftsschule. Meine Damen und Herren der Mehrheitsfraktionen, Sie sind auf dem besten Weg, zu Dinosauriern der Bildungspolitik zu werden.

(Harald Güller (SPD): Sie sind es schon! - Widerspruch bei der CSU)

Überall - ich sage das jetzt auch für die Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne - zwischen Finnland und Portugal, zwischen Schweden und Italien gibt es längere gemeinsame Schulzeiten, nur hier in Bayern nicht. Auch viele deutsche Bundesländer sind schon auf dem Weg hin zu Gemeinschaftsschulen, weil sie sagen, das ist die Schule, die wir in unserem Land brauchen. Auch die Eltern wollen solche Schulen ebenso wie viele CDU-Bürgermeister sich diese wünschen. Ich frage mich, warum man in Bayern nicht bereit ist, auch hier solche Schularten zuzulassen.

Ein Wort noch zur Jugendarbeit und zum Sport. Für unseren Änderungsantrag zum vereinseigenen Sportstättenbau haben wir bereits namentliche Abstimmung beantragt wie auch zur Erhöhung der Vereinspauschale. Mir ist bekannt. dass Landessportbeirat beispielsweise auf seiner Sitzung im November einstimmig den Beschluss gefasst hat, die vom Landessportbeirat angestrebte Wartezeit von drei Jahren zu erreichen sowie eine Erhöhung der Haushaltsmittel auf zwei Millionen anzustreben. Ich weiß, dass zwei Kollegen aus dem Hohen Hause in diesem Beirat vertreten sind.

(Harald Güller (SPD): Wägemann und Kränzle!)

Ich bin neugierig, wie sie hier heute abstimmen werden.

(Harald Güller (SPD): Ich bin gespannt, ob die nur im Sportbeirat reden oder hier richtig abstimmen!)

Und nun noch ein Wort zum Jugendring. Aus der Art und Weise, wie Sie hier mit dem Bayerischen Jugendring umgesprungen sind, meine Damen und Herren - wir haben viele Petitionen bekommen -, wird deutlich, dass Sie die Jugendarbeit nicht ernst nehmen. Die Jugendarbeit ist für mich nach wie vor eine sehr wichtige Geschichte. Der Bayerische Jugendring und die Jugendverbände leisten eine gute und wichtige Arbeit und müssen deshalb entsprechend unterstützt werden

Gott sei Dank ist nun noch eine Tischvorlage gekommen, sodass die Mittel für 2011 erhöht werden. Wie es aber 2012 aussieht, wissen wir nicht. Ich darf Sie heute schon auffordern, für 2012 entsprechende Vorschläge auf den Tisch zu legen. Jugendarbeit ist wichtig, denn sie bedeutet außerschulische Bildung. Deshalb ist es wichtig, Geld zur Verfügung zu stellen. Nicht zuletzt gilt das für internationale Begegnungen, denn wenn sich junge Menschen kennenlernen, ist das die beste Friedenspolitik, die wir in unserem Lande betreiben können.

Erlauben Sie mir abschließend noch ein Wort zur Erwachsenenbildung. Auch dies ist ein wichtiger Bereich. Dass Sie vor ein paar Jahren die Mittel für die Erwachsenenbildung ganz streichen wollten, zeigt, dass Sie immer noch nicht begriffen haben, wie wichtig die Erwachsenenbildung ist, wie wichtig es ist, auch im Erwachsenenalter immer noch dazuzulernen. Da kann ich Sie nur bitten, ebenfalls dazuzulernen.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege Strobl. Als Nächste hat das Wort die Frau Kollegin Eva Gottstein. Bitte sehr, Frau Kollegin.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr verehrter Herr Minister, liebe Kolleginnen und Kollegen! In seiner gestrigen Grundsatzrede hat unser Ministerpräsident wichtige Worte zur Bildung gesprochen. Er hat folgenden Satz geprägt bzw. zitiert: Bildung ist die Sozialpolitik des 21. Jahrhunderts, weil sie Chancengerechtigkeit liefert und weil sie Partizipation für alle an der Gesellschaft bedeutet.

Wie wahr ist dieser Satz! Wie recht hat er damit. Er hat einen weiteren Satz geprägt: Bayern ist das Bildungsland per se. Bayern ist Bildungsland Nummer eins.

(Demonstrativer Beifall bei der CSU)

Wie unwahr ist dieser Satz! Dieser Satz stimmt nicht, außer man würde ihn nur an der Pisa-Studie messen. Die stellen Sie aber sonst auch in Zweifel und da haben Sie recht, denn Pisa kann nicht die Messlatte sein.

Die Begründung unseres Ministerpräsidenten und der Koalition lautet, in diesem kommenden Bildungshaushalt gebe es mehr Lehrer als je zuvor. Dabei ist das Rechenproblem mangels Masse aber noch nicht gelöst. Denn der Opposition konnte die Zahl der Intensivierungsstunden bisher immer noch nicht bekanntgegeben werden, die der Herr Minister versprochen hatte, damit man ihn versteht. Wir wollten seine Rechnung nachvollziehen. Inzwischen ist aber völlig egal, was hier gerechnet wird, denn entscheidend ist - das sehen Kinder, Lehrer und Eltern ebenso -, dass draußen zu wenig Personal vorhanden ist. Da können Sie rechnen, was Sie wollen; es ist zu wenig Personal da. Da beißt die Maus keinen Faden ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Sie begründen Ihre These vom Bildungsland Bayern auch damit, dass mehr Investitionen als je in die Bildung geflossen seien. Sie unterschlagen hierbei jedoch, dass sämtliche Versorgungsleistungen in diesem Einzelplan verankert sind und somit die Rechnung auch hier nicht stimmt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Das Hauptproblem in Ihren Behauptungen zum Bildungshaushalt ist, dass Sie bei solchen Aussagen inzwischen völlig den Wandel der Bildungslandschaft ignorieren. Sie tun so, als hätten wir noch die gleiche Relation von Lehrern zu Schülern wie vor 40 Jahren.

Ich habe 1972 in einer privaten klösterlichen Schule mit einer Mädchenklasse mit 42 Schülerinnen begonnen. Damals unterrichtete ein Lehrer 42 Schülerinnen. So kann man das heute nicht mehr rechnen. Wenn Sie allerdings auf dieser Basis rechnen, kommen Sie zu Ihren Thesen. Es wird aber sicherlich heute jeder einsehen, dass man nicht mehr auf das Jahr 1972 zurückgehen kann.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die Bildungslandschaft ist heute eine andere. Wir haben andere Lehrer, es sind oft Lehrer mit einem Burn-out Syndrom. Fragen Sie die Ärzte. Diese gehen nicht davon aus, dass die Lehrer simulieren. Wir haben Lehrer, denen Sie in der letzten Zeit sehr viel zugemutet haben. Sie haben Ihnen ein Arbeitszeitkonto aufgedrückt und vergessen, dass es möglicher-

weise bei der Auflösung Probleme geben könnte. Sie muten dem Lehrerpersonal jetzt zu, ohne Gehaltserhöhung weiterzuarbeiten, immer nach dem Motto: Rein in die Bütt, raus aus der Bütt. Dass die Lehrer dann nicht so motiviert sind, wie sie sein sollten, steht außer Frage.

Wir haben heute andere Schüler. Sie haben Legasthenie oder ADHS, sind hochbegabt oder vernachlässigt, kommen aus schwierigen Familien. Das können wir doch nicht ändern. Natürlich, Herr Kollege Pachner, sind die "bösen" Mütter schuld, die sich auf einmal selbst verwirklichen wollen und nun anscheinend auf diese Idee gekommen sind. Aber wir haben das doch als Fakt zu nehmen. Die Kinder in der Schule sind heute andere als früher, und diese Kinder müssen wir anders beschulen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Auch die Eltern sind anders. Man kann natürlich der Vergangenheit nachtrauern und fragen, wo das klassische Familienbild geblieben ist. Aber heutzutage ist nun einmal ein großer Teil der Eltern alleinerziehend, getrennt lebend, es gibt Patchwork-Familien. Es besteht das Problem der Überbemutterung. Früher war nicht bekannt, dass ein Kind von den mütterlichen, oft auch väterlichen Ansprüchen fast erdrückt wurde. Auf der anderen Seite gibt es die Vernachlässigung von Kindern. Es gibt eine Medienwelt, die in diesen Familien Platz genommen hat. Das war früher nicht so. Die Schule muss darauf reagieren und kann das nicht ignorieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Schließlich sind auch die heutigen Anforderungen an die Schule andere. Sie soll ganztags sein. Im Vergleich zu den anderen Ländern ist es ohnehin ein Wunder, wie wir immer noch flächendeckend ohne Ganztagsschulen zurechtkommen. Schule soll heute Werte vermitteln, wiederum, weil das teilweise daheim nicht erfolgt. Wenn es aber zu Hause nicht erfolgt, muss jemand anderer einspringen.

Wir fordern von der Schule heute ein hohes Fachwissen, andererseits wollen wir nach wie vor ein breites Allgemeinwissen haben. Wir trauern den Schlüsselkompetenzen nach. Das muss alles geleistet werden, und dazu sagen Sie: Es gibt doch mehr Lehrer als früher. Ja, das stimmt; aber es sind nach wie vor zu wenige.

Sie vergleichen bei Ihren Rechenmodellen inzwischen einfach Äpfel mit Birnen. Ich kann das nur darauf zurückführen, dass Sie im Biologieunterricht wahrscheinlich unter Unterrichtsausfall gelitten haben. Vielleicht waren Sie im Gymnasium. Dort heißt das

Fach ja nicht mehr "Biologie", sondern "Natur und Technik"; vielleicht kommen dort Äpfel und Birnen auch gar nicht mehr vor.

Wir brauchen einfach mehr Lehrer. Das ist die Basis unseres gesamten Bildungssystems. Wir brauchen mehr Lehrer für kleinere Klassen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben einen entsprechenden Antrag - jetzt auch wieder als Änderungsantrag - zumindest für die 5. Klassen gestellt, damit es, wie uns das die FDP so wunderbar vorgestellt hat, in dieser Gelenkklasse eine modulare und individuelle Förderung geben kann. Schauen Sie doch bitte in den Haushalt. Mit dieser Lehrerzahl können Sie nicht individuell fördern und Sie können auch nicht modular fördern. Damit können Sie vielleicht gerade einmal den normalen Unterrichtsbetrieb aufrechterhalten.

Wir brauchen mehr Lehrer für Projektarbeit. Sie reden immer von dem, was alles in der Schule geschehen muss. Natürlich sind die Projekte wichtig, weil sie wirklich Schlüsselqualifikationen und nachhaltiges Wissen vermitteln. Aber wie soll das geschehen, wenn jeder Lehrer, der in einem Projekt steckt, andererseits Unterrichtsausfall bedeutet?

Bezüglich des Unterrichtsausfalls hat mir Ihr Minister wunderbar geantwortet. Auf die Frage, warum in unserer Statistik nur der Fall, dass der Schüler nach Hause geschickt wird, als Unterrichtsausfall geführt wird, nicht aber der Fall, dass er mitgeführt wird, was bedeutet, dass die Tür seines Klassenzimmers offen ist und der Lehrer der Nachbarklasse das dritte Auge darauf wirft, habe ich eine wunderbare Begründung bekommen, die man wirklich verinnerlichen muss. Nur die Eltern und Schüler haben es anscheinend noch nicht kapiert. Das Mitführen von Klassen ist nach Aussage unseres Ministeriums wertvoll, weil der Lehrer, der krank ist oder aus anderen Gründen fehlt, eine Aufgabe vorbereitet hat, die die Schüler in dieser Zeit selbstständig lösen können und dadurch das selbstständige Arbeiten der Schüler gefördert wird. Deswegen ist bei uns Unterrichtsausfall sinnvoll. - Das muss man sich einmal vorstellen!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN - Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Man muss nur eine gute Begründung finden!)

Wir brauchen mehr Lehrer, damit die mobile und integrierte Lehrerreserve endlich an allen Schularten eingeführt werden kann. Auch ich, Kollege Strobl, habe natürlich erfreut gelesen, dass der Minister vorgestern oder vorvorgestern angekündigt hat, dass es jetzt am Gymnasium diese Reserve geben wird. Ich

weiß nicht, woher sie stammen soll. Aber vielleicht ist in dem komplizierten Rechenmodell, das man anscheinend nur mit Intensivierungsstunden in Mathematik versteht, doch noch eine Reserve enthalten, die wir nur noch nicht erkannt haben. Wir freuen uns nächstes Schuljahr darauf.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir brauchen natürlich auch mehr Lehrer für Ganztagsklassen, die nicht so zögerlich weitergeführt werden sollten; denn sie werden angenommen. Wo es die Ganztagsklassen gibt, erkennt man, wie wichtig sie in der heutigen Zeit sind. Deswegen muss das schneller gehen, und dazu brauchen wir mehr Lehrer.

Lehrer ist immer noch ein pädagogischer Beruf. Pädagogik hat mit Erziehen zu tun. Erziehen hängt mit Zuwendung zusammen. Zuwendung zu einem Kind erfordert Zeit. Diese Zeit geben wir unseren Schulen und ihrem Personal nicht mehr, auch nicht mit diesem Haushalt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Pädagogisches Personal an Schulen heißt mehr Zeit für die Beratungslehrer. Wir unterstützen Sie ja in Ihrem vielgliedrigen Schulsystem; aber dieses vielgliedrige Schulsystem darf natürlich nicht schwierig werden und nicht schon bei Kindern zu Magengeschwüren führen. Insoweit gebe ich den Kollegen auf der anderen Seite recht. Darum muss ich zumindest ein Beratungssystem haben, das das Kind und die Eltern an die Hand nimmt. Das ist aber mit einer Anrechnungsstunde für 500 Schüler nicht möglich.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Auch hierzu haben wir im Übrigen einen Antrag gestellt, der natürlich abgelehnt wurde.

Die schulpsychologischen Dienste müssen ebenfalls ausgebaut werden. Das gilt - jetzt schließe ich mich wieder dem Kollegen Strobl an - auch für den Schulsozialarbeiter. Es besteht ein gewisser Betrug im System. Die Jugendsozialarbeit ist nach wie vor für Einzelfälle gedacht und darf nicht flächendeckend für Streitschlichter und so weiter genommen werden, die wir aber im Schulsystem brauchen. Sie wollen Schulentwicklung, Sie wollen eine moderne Schulfamilie, Sie wollen die Identifikation der Betroffenen mit der Schule. Dann geben Sie doch bitte auch das dafür nötige Personal. Hierzu brauche ich auch offiziell den Schulsozialarbeiter, der nicht von der Ministerin Ha-

derthauer finanziert wird, sondern für den das Geld aus dem Kultusministerium kommt, wo es auch hingehört.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir brauchen mehr Verwaltungspersonal, auch eine Schulsekretärin. Jeder, der als Elternteil oder Schüler - nicht unbedingt als Minister nach Ansage - eine Schulfamilie besucht hat, weiß, dass die Schulsekretärin das Hansaplast hat, das sie die Beschwerden heranwachsender Schülerinnen in dringenden Fällen lindern kann. Diese Schulsekretärin ist heute auch pädagogisches Personal. Das Verwaltungspersonal kommt als Letztes, arbeitet auf der Kippe und kann mit so wenigen Stunden für so viele Schüler und inzwischen auch bei so vielen Problemen nicht weitermachen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Leider wurde auch dieser Antrag von Ihnen abgelehnt.

Auch zu Sport und Musik haben wir einen Antrag gestellt und gefordert, dass man die Sportvereine nicht nur mit Bitten und Betteln in die Schule bringt, sondern auch einen gewissen Etat dafür zur Verfügung stellt. Auch dieser Antrag wurde leider abgelehnt.

Wir brauchen insgesamt viel weniger Reformen - meistens sind es ohnehin nur Reförmchen -, wir müssen uns auf die wesentlichen Schwachstellen konzentrieren, sprich auf die flexible Eingangsklasse. Sie ist gut. Geben Sie doch zu, dass Sie sie nicht flächendeckend einführen, weil Sie das Geld dafür noch nicht in die Hand nehmen wollen. Sie hat sich bewährt. Das wissen wir aus anderen Bundesländern.

Konzentrieren Sie sich auf den flexiblen Abschluss unserer Hauptschüler und Mittelschüler. Momentan leisten wir uns im Berufsschulbereich fünf verschiedene Formen für Schüler, die ohne Abschluss aus der Schule kommen. Das ist doch Luxus. Investieren wir es bitte an der richtigen Stelle, an der Haupt- und Mittelschule.

Das berufliche Schulwesen kommt von Haus aus zu kurz. Wir reden von G 8, wir reden von G 9, aber von den Problemen, die die anderen haben, ist überhaupt nicht die Rede. Für sie ist auch in diesem Haushalt nur ein kleiner Tropfen auf den heißen Stein zu sehen.

Zur Lehrereinstellung wurde schon gesagt: Wir brauchen dauerhaft gute, qualifizierte Lehrer.

Visionen sind in diesem Haushalt sowieso nicht zu erkennen. Wenn Sie, was Ihr Koalitionspartner FDP dauernd so groß herausstellt, wirklich eine autonome Schule wollen, dann brauchen Sie auch die entsprechenden Stellen für die mittlere Führungsschiene und nicht wieder nur ein kleines Modell und noch ein kleines Modell, nur damit das Kind einen Namen hat.

Wir brauchen eine kindgerechte Schule. Wir haben zumindest gefordert - auch das wurde leider abgelehnt -, dass die Sportstätten entsprechend gefördert werden, damit wenigstens die Warteliste für die Fördergelder nicht mehr so lang ist. Aber auch das wird hier nicht geleistet.

Die Einbeziehung der Eltern ist im Haushalt überhaupt nicht vorgesehen, obwohl wir, wie gerade Ihre Zwischenrufe gezeigt haben, doch wissen, dass die Eltern mehr einbezogen werden müssen, damit sie ihre Aufgabe zu Hause besser erfüllen können. Für Elternarbeit gibt es keinen Pfennig.

Dieser Haushalt geht sicher in die richtige Richtung; das bezweifeln wir in gar keiner Weise. Die Schritte sind aber zu klein, zu zögerlich, und so kommt man eben nicht oder zu spät ans Ziel.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Jedes Unternehmen weiß, dass Investitionen nötig sind, um später eine entsprechende Amortisation zu haben bzw. Gewinn einzufahren. Wir wissen, jeder in die Bildung investierte Euro bringt sieben Euro zurück, aber wir verhalten uns hier nicht betriebswirtschaftlich, nicht volkswirtschaftlich.

(Zurufe von der CSU)

auch nicht menschlich. Der Hinweis auf Nordrhein-Westfalen ist nachgerade lächerlich. Wir brauchen menschlich und fachlich gut ausgebildete Kinder. Dafür bräuchten wir andere Zahlen in diesem Haushalt, und die fordern wir. Wir bedauern, dass Sie unsere Anträge und unsere Aufforderungen nicht ernst nehmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin Gottstein. - Als Nächster hat Herr Kollege Thomas Gehring das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Thomas Gehring (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bildung ist die Zukunftsaufgabe, die große Herausforderung für unsere Gesellschaft. Darin sind wir uns alle einig; wir hören diese Äußerung jeden Tag hundert Mal. Aber wenn wir

diese Herausforderung annehmen und sagen: bessere frühe Förderung, mehr Ganztagsangebote, kleinere Klassen, dann müssen wir uns auch über die finanziellen Dimensionen dieser Aufgabe, der wir uns stellen wollen, klar werden. Sie hat eine ungeheure Dimension.

Die Prognos AG hat in einer Studie für die Robert-Bosch-Stiftung ausgerechnet, dass wir bundesweit, um den Bedarf im schulischen Bereich zu erfüllen, knapp 16 Milliarden Euro zusätzlich ausgeben müssten.

Wenn wir uns anschauen, dass die Bundesregierung versucht hat, einen Anteil von 7 % am Bruttosozial-produkt für Bildung zu erreichen, und die grandios gescheiterten Bildungsgipfel zwischen Bundeskanzlerin und Ministerpräsidenten, dann relativiert sich das, was in diesem Haushalt jetzt veranschlagt und als Zuwachs verkauft wird, ganz gewaltig.

Wir müssen feststellen: Bund und Länder sind ihrem Anspruch nicht gerecht geworden und werden ihrem Anspruch nicht gerecht, die Bildungsausgaben in der Zukunft zu finanzieren. Sie können jetzt gern wieder auf den Länder-Finanzausgleich rekurrieren. Wir GRÜNEN haben einen Vorschlag gemacht, wie man den Finanzausgleich zwischen den Ländern reformieren kann. Sie, liebe Kollegen von der CSU, machen keinen Vorschlag. Bei Ihnen gehört das Jammern und das Nörgeln über den Finanzausgleich irgendwie zum Argumentationskasten, den Sie weiterhin brauchen. Deswegen verweigern Sie sich da auch Reformen und machen keine Vorschläge.

Was ich schon ärgerlich finde, ist: Ich habe noch nie gehört, dass man sich darüber beklagt, dass in den Empfängerländern Geld für Straßenbau oder unsinnige Bauprojekte ausgegeben wird. Nein, Sie reden dann immer von den Bildungsausgaben, die angeblich mit dem bayerischen Geld finanziert werden. Ich muss Ihnen sagen: Mir ist lieber, die Empfängerländer geben ihr Geld für gute Bildung aus; das ist insgesamt gut für die soziale Gerechtigkeit in diesem Land.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir müssen uns dieser gesamtstaatlichen Verantwortung stellen, und wir müssen auch überlegen, mit welchen Instrumenten, differenziert zwischen Bund und Ländern, wir diesen Aufgaben gerecht werden. Wir müssen auf Landesebene - das haben wir Ihnen mit unseren Haushaltsanträgen deutlich gemacht - zusätzliche Mittel zielgerichtet an wesentlichen Punkten in den Haushalt einbringen und auch diese zusätzlichen Mittel mit entsprechenden neuen Finanzierungsinstrumenten verbinden, um damit auch mehr Qualität zu erreichen.

Die Haushälter sprechen immer von den Prinzipien Wahrheit und Klarheit. Wie schaut es mit der Wahrheit in diesem Kultushaushalt aus? Was sagen diese Zahlen über die Wahrheit an den Schulen? Wie wird der Haushalt der Forderung nach Wahrheit an den Schulen gerecht?

Die Lehrerstellen reichen nicht aus, um den Herausforderungen an der Schule zu begegnen. Vor Ort kommen diese Stellen vielfach nicht an als tatsächlicher Gewinn. Wir haben nicht genug Lehrerinnen und Lehrer, um den Unterricht abzudecken. Wir haben nicht genug Lehrerinnen und Lehrer, um Unterrichtsausfall, bedingt etwa durch Krankheit, Schwangerschaft und Fortbildung, auszugleichen. Wir haben nicht genug Lehrerinnen und Lehrer, um individuell zu fördern, und wir haben nicht genug Lehrerinnen und Lehrer, um die Ganztagsschulangebote ausreichend und in guter Qualität auszubauen.

Sie reden immer von der verbesserten Lehrer-Schüler-Relation. Aber das ist eine Relation, die nichts aussagt. Entscheidend ist: Reichen die Lehrerinnen und Lehrer aus, um den Aufwand an Unterrichtsstunden abzudecken? Da sehen wir einfach: Es wird an den Realschulen immer noch Pflichtunterricht gestrichen, und das seit Jahren. Da wird also Unterricht, der eigentlich notwendig ist, wegen Lehrermangels nicht gehalten.

Wenn wir uns das Thema Ganztagsschulen ansehen, dann müssen wir akzeptieren: Wenn Schülerinnen und Schüler länger am Tag, mehr Stunden an der Schule sind, dann brauchen sie auch mehr Lehrerinnen und Lehrer, die diesen Unterricht abdecken. Deswegen reichen diese Stellen nicht aus.

Wir haben deshalb in einem Antrag vorgeschlagen, zusätzliche Lehrerstellen als Pools an die Schulen zu geben, damit die Lehrerversorgung dort vor Ort verbessert werden kann - je nach Schulart, je nach Schulort. Wir haben diesen Antrag gestellt, Sie haben ihm nicht zugestimmt, liebe Frau Will.

(Beifall bei den GRÜNEN - Renate Will (FDP): Ich habe ihn anders gestellt!)

- Sie haben ihn anders gestellt, aber er kam offensichtlich nicht an.

Jetzt haben wir gehört, dass der Kultusminister eine Mobile Lehrerreserve an den Gymnasien einführen will. Schauen wir einmal, was da herauskommt! Es ist ein Vorschlag. Ich sehe keine Haushaltsverankerung des Antrags, ich sehe nicht, woher die Stellen für diese Mobile Reserve kommen sollen. Mein augenblicklicher Eindruck ist: Es ist keine Mobile Lehrerre-

serve, es ist eher eine leere Reserve an den Gymnasien, die da vorhanden ist.

(Beifall bei den GRÜNEN - Renate Will (FDP): Jetzt aber!)

Wir haben einen Antrag gestellt, um die Situation an FOS/BOS zu verbessern. Es ist der alternative Weg zum Abitur neben dem Gymnasium. Diese Schulen leiden mittlerweile an ihrem Erfolg: Sie haben immer mehr Schülerinnen und Schüler; die Lehrerversorgung wird dem nicht gerecht. Es gilt als der zweite Weg zum Abitur, aber es ist ein holpriger Weg, es ist ein Weg mit vielen Schlaglöchern. Deswegen haben wir den Antrag gestellt, diesen Weg zu verbessern. Sie haben ihn abgelehnt.

Lehrerinnen und Lehrer fehlen auch, um der demografischen Entwicklung gerecht werden zu können. Wir haben immer mehr kleinere Grundschulen, und dafür brauchen wir immer mehr Lehrer. Das liegt so in der Systematik. Wir haben die Situation - das liegt an der Art und Weise der Lehrerzuweisung -, dass uns die Lehrer für die kleinen Grundschulen ausgehen. Pro Kind werden 1,23 Lehrerstunden zugewiesen. Einer kleinen Grundschule mit zum Beispiel 75 Kindern werden vielleicht 90 Stunden zugewiesen. Wenn es etwa 85 Kinder sind, werden 98 Stunden zugewiesen. Der Pflichtunterricht an den Grundschulen beträgt aber 106 Stunden. Das heißt, diesen kleinen Grundschulen fehlen von vornherein zehn, zwölf oder noch mehr Stunden, um den Unterricht abzudecken. Das wiederum heißt für die Schulräte: Sie müssen diese Stunden anderen, den großen Schulen wegnehmen und den kleinen Schulen geben. Dort haben wir dann die großen Klassen mit den schwierigen Kindern, die nicht ausreichend beschult werden können.

Insgesamt reicht die Masse nicht aus. Wir werden mit diesem Versorgungsinstrument die kleinen Grundschulen nicht mehr bedienen können. Aber es gilt eigentlich der Grundsatz: Kurze Beine - kurze Wege. Wenn wir die kleinen Grundschulen im ländlichen Raum nicht mit Lehrerstellen versorgen können, dann werden diese Grundschulen irgendwann fusionieren müssen, sie werden geschlossen werden, und wir stehen vor einem Sterben der Grundschulen im ländlichen Raum.

(Renate Will (FDP): Jetzt aber!)

- Wir stehen davor. Schauen Sie sich in allen Schulamtsbezirken an, wie sich das entwickelt. Es wird diese kleinen Schulen geben, die Sie zumachen werden.

(Renate Will (FDP): Das werden wir verhindern!)

Allenfalls, wenn Sie das machen, was wir beantragt und Ihnen immer wieder vorgeschlagen haben, könnte es gehen: Sie führen einen zusätzlichen Faktor in der Stundenzuweisung ein, dass zusätzliche Lehrerstunden an die kleinen Grundschulen kommen.

Sie haben die Schullandschaft im ländlichen Raum offensichtlich aufgegeben, weil wir bei den Mittelschulen den gleichen Prozess erleben. Auch das wird das Ende der Hauptschulen im ländlichen Raum verzögern.

(Renate Dodell (CSU): Das Gegenteil ist der Fall!)

- Wir haben doch immer weniger Schülerinnen und Schüler im ländlichen Raum und immer weniger an den Hauptschulen. Es weiß doch jeder, dass über kurz oder lang die Schullandschaft zurückgeht.

(Renate Dodell (CSU): Sie reden das herbei!)

Wir haben mit unserer Überzeugungskraft einen großen Einfluss. Die Eltern in Bayern entscheiden aber nicht nach unseren Empfehlungen, wohin sie ihre Kinder schicken. Immer weniger Kinder gehen auf die Hauptschulen und die Mittelschulen. Wir müssen deshalb eine Schulstruktur schaffen, die mehr Möglichkeiten eröffnet. Wir brauchen die Möglichkeit, dass mehr Kinder in ihrem Dorf in die Schule gehen können. Das ist nur mit einer anderen Schulstruktur möglich.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wir sagen immer, dass wir vor Ort andere Schulmodelle zulassen müssten. Gestern hat jedoch Ihr Fraktionsvorsitzender Schmid gesagt: Über das gegliederte Schulwesen wird nicht geredet. Er hat dafür keinen Grund genannt. Das ist eine ideologische Argumentation, die die Augen vor der Situation im ländlichen Raum verschließt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Ideologisch hat Herr Kollege Schmid auch bezüglich der Ganztagsschulen argumentiert. Er hat davor gewarnt, dass es eine Ganztagsschulpflicht geben könnte. Dagegen würde sich die CSU verwahren. Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei einem Versorgungsgrad mit Ganztagsschulen für 6 % der Schülerinnen und Schüler ist es absurd, von einer 100-prozentigen Versorgung oder einer Pflicht zu reden, geschweige denn, davor zu warnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Politisch Verantwortliche, die sagen, sie wollten keine 100 %, die aber gerade 6 % erreicht haben, verschlie-

ßen ihre Augen vor der Verantwortung. Sie bräuchten exorbitante Steigerungsraten beim Ausbau von Ganztagsschulen, um überhaupt die von Ihnen so vielbeschworene Wahlfreiheit der Eltern zu erreichen; damit die Eltern überhaupt ein Angebot haben, um darüber entscheiden zu können, ob sie ihr Kind in eine Ganztagsschule schicken oder nicht. Ich glaube, beim Thema Ganztagsschulen ist die Ideologie in der CSU-Fraktion stärker, als ich das bis gestern gedacht habe.

Wir brauchen außerdem mehr Qualität bei den Ganztagsschulen. Für die gebundenen Ganztagsgrundschulen gibt es 12 zusätzliche Stunden. Diese zusätzlichen Stunden reichen gerade aus, um die Vormittage mit qualitativem Unterricht zu füllen. Für die Nachmittagsstunden reicht dies nicht. Deswegen gibt es so wenig Nachfrage nach diesen Angeboten, obwohl vor Ort ein Bedarf vorhanden ist. Hier muss etwas getan werden.

Ich komme damit zu den zusätzlichen Lehrerstellen, die vorhin genannt worden sind. Hier geht es um die Klarheit. Klar war bei dem, was in den letzten Wochen zu hören war und diskutiert worden ist, überhaupt nichts. Sie sprechen davon, dass Sie mit diesem Doppelhaushalt 3.873 neue Stellen schaffen. Hier gibt es unterschiedliche Zahlen. Dem gegenüber stehen 3.848 Stellen mit einem kw-Vermerk. Ein Großteil dieser kw-Stellen ist zeitlich terminiert, nämlich auf August 2011 bzw. August 2012. 1.300 Stellen sind für die Rücknahme der Arbeitszeitverlängerung erforderlich. Diese Stellen haben einen kw-Vermerk. Auch die Zuwächse durch Sonderausgaben sind mit kw-Vermerken versehen. Insgesamt muss ich feststellen: Sie erwirtschaften die Stellen aus dem Kultushaushalt heraus. Das kann man so machen: dann sollte man das aber auch sagen. Sie verschieben in diesem Haushalt Stellen, schaffen aber keine neuen Stellen.

Bei dieser Verschieberei verstehe ich eines nicht: Nachvollziehbar ist, wenn Stellen für das G 9 künftig auf die Hochschulen verlagert werden. Ich verstehe aber nicht, warum Sie 1.000 Stellen von den Grund- und Hauptschulen an die Hochschulen geben. Damit opfern Sie die demografische Rendite und etwa 1.500 Stellen, die am neunjährigen Gymnasium frei werden, und geben diese Stellen dem Finanzminister. Das ist ein schlechter Deal für die Grund- und Hauptschulen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Eine weitere Zahl fehlt in diesem Haushalt, sie wird sich aber auf die Schulen auswirken. Ich spreche von einer Summe in Höhe von 50 Millionen Euro Plus. Dieses Geld bringen die Kommunen nicht etwa für den Schulhausbau oder die Schulbusförderung auf,

sondern für die Ganztagsschule. Die Kommunen zahlen 5.000 Euro pro Ganztagsgruppe bzw. -klasse an das Land. Von diesem Geld haben die Kommunen nichts. Außerdem müssen die Kommunen zusätzliche Mittel für die Ganztagsangebote aufwenden, weil die Mittel des Landes hierfür nicht reichen.

Herr Kollege Kreuzer ist gerade nicht da.

(Renate Will (FDP): Doch, doch! Er hört genau zu!)

Herr Kollege Kreuzer, als Stadtrat wissen Sie, in welcher Höhe die Stadt Kempten zusätzliche Mittel für Ganztagsangebote aufwenden muss. Dieses Geld müsste eigentlich zusätzlich in diesem Landeshaushalt verankert werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Das Gleiche gilt für die Schulsozialarbeit. Die Kommunen geben etwa 25 Millionen Euro für die Schulsozialarbeit aus. Sie nennen das dann Jugendsozialarbeit an Schulen. Letztlich geht es jedoch darum, die pädagogische Arbeit an den Schulen und das pädagogische Klima an den Schulen zu verbessern. Diese Summe müsste in diesem Kultushaushalt verankert werden.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Zum Schluss möchte ich noch etwas zum Thema Inklusion sagen. Ich möchte darum bitten, dass wir kurz das Spiel "Opposition hier, Regierung da" unterbrechen, bei dem die Opposition etwas fordert und die Regierung sagt: Das geht nicht. Wir haben zum Thema Inklusion mit großer Ernsthaftigkeit einen gemeinsamen Gesetzentwurf erarbeitet. Jetzt geht es darum, mit der gleichen Ernsthaftigkeit für die Ressourcen zu sorgen. Das Kultusministerium muss jetzt Rahmenrichtlinien schaffen, um eine möglichst gute Förderung zu ermöglichen. Die Mittel dafür dürfen nicht zu knapp bemessen und müssen flexibel sein. Wir alle müssen beobachten, ob diese Mittel ausreichen oder ob wir nachsteuern müssen. In diesem Fall müssten wir noch einmal zusätzliches Geld in die Hand nehmen und zusätzliche Lehrerstellen schaffen, um die Inklusion auf den Weg zu bringen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ärgerlich bei diesem Kultushaushalt ist der Umstand, dass in den Randbereichen des Haushalts in Dimensionen gespart worden ist, die sich zwar auf den Gesamthaushalt nicht auswirken, die aber vor Ort großen Schaden verursachen. Ich nenne als Beispiel die Schulen in freier Trä-

gerschaft. Die Mittel, die Sie hier draufgelegt haben, reichen einfach nicht aus. Durch die Pauschalierung werden vor allem Schulen in freier Trägerschaft im ländlichen Raum leiden und in ihrem Fortbestand gefährdet. Bei den Altenpflegeschulen haben Sie sich ein starkes Stück geleistet. Wir brauchen Menschen, die in diesen Beruf gehen. Sie führen Werbekampagnen für diesen Beruf durch. Sie sind aber nicht in der Lage, für die Altenpflegeschulen die nötigen 2 oder 3 Millionen Euro zusätzlich in den Haushalt einzustellen. Das ist ein Armutszeugnis.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege, Sie haben über eine Minute überzogen, kommen Sie bitte zum Schluss.

Thomas Gehring (GRÜNE): Ich komme zu meinem zusammenfassenden Satz: Insgesamt wird dieser Haushalt den Anforderungen und den Ansprüchen an eine Bildung der Zukunft nicht gerecht.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als nächste Rednerin kommt Frau Renate Will zu Wort.

Renate Will (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte jetzt von der Schwarzmalerei wegkommen und muss Ihnen sagen: Seit dem Eintritt der FDP in die Regierung wird kräftig in die Bildung investiert.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Trotz der erforderlichen Konsolidierungsbeiträge haben wir es geschafft, eine bemerkenswerte Steigerung der Bildungsausgaben im Doppelhaushalt 2011/2012 zu realisieren.

(Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Indem Sie Äpfel mit Birnen vergleichen!)

Das ist ein großer Erfolg der schwarz-gelben Koalition. Wir haben einen ausgeglichenen Haushalt ohne Neuverschuldung bei gleichzeitigen Investitionen in das Zukunftsfeld Bildung erreicht.

(Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Welche Steigerungen denn? - Markus Rinderspacher (SPD): Das glaubt Ihnen doch kein Mensch!)

Unser Ziel heißt: Vorfahrt für Bildung. Pro Jahr werden 1.000 Lehrerstellen geschaffen, wie dies im Koalitionsvertrag steht. Versprochen, gehalten.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Fakten, Fakten!)

Für den Doppelhaushalt 2011/2012 wurden 3.873 neue Lehrerplanstellen ausgewiesen. Wir haben erreicht, dass die Anzahl der Lehrerplanstellen von 2008 auf 2012 insgesamt um 5.671 Stellen anwachsen wird. Das entspricht einem Plus von 5,6 %. Noch nie haben so viele Lehrer an Bayerns Schulen unterrichtet.

(Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Sie haben vorher nicht zugehört!)

Noch nie war in Bayern die durchschnittliche Schüler-Lehrer-Relation so günstig.

(Markus Rinderspacher (SPD): Wenn das günstig ist! Das ist doch ein Witz!)

- Ja, ja. Immer nur meckern.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Meine Damen und Herren, wir können den Wettbewerb um die besten Köpfe nur führen, wenn wir gute Schulen haben, sowohl im öffentlichen als auch im privaten Schulwesen.

(Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Eine Supererkenntnis!)

Die Privatschulen in Bayern leisten einen wichtigen Beitrag, um diese Qualität zu verbessern. Sie brauchen bei der Schulfinanzierung Planungssicherheit und Verlässlichkeit.

(Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Dafür sind Kürzungen erfolgt!)

Im Rahmen der Änderungen des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes wurde nun ein weiterer Schritt zu der in der Koalition vereinbarten Erhöhung des Schulgeldersatzes realisiert.

(Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Unter dem Strich besteht noch ein Minus!)

Im Jahr 2011 erfolgt rückwirkend zum 1. Januar 2011 eine Erhöhung um 5 Euro von 75 auf 80 Euro. Zum Schuljahresbeginn 2012 erfolgt eine weitere Erhöhung.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Renate Will (FDP): Nein. - Der von uns Liberale initiierte Antrag zu dieser Erhöhung wurde im Haushaltsausschuss mit den Stimmen der CSU, der FDP und SPD bei Enthaltung der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN angenommen.

Auch für die staatlich genehmigten privaten Volksschulen haben wir deutliche Verbesserungen nachverhandelt. Im Rahmen des Haushaltsgesetzes für den Doppelhaushalt 2011/2012 soll nun auch der Schulaufwand pauschal gefördert werden. Herr Gehring, das steht so im Koalitionsvertrag. Wir wollen die Privatschulfinanzierung vereinfachen und verbessern.

(Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Für viele ist das eine Verschlechterung!)

- Nein, die zukünftige Pauschale muss selbstverständlich den Anforderungen eines Flächenstaates standhalten und die laufenden Kosten in privater Trägerschaft abdecken; dafür haben wir gesorgt.

(Zurufe der Abgeordneten Eva Gottstein (FREIE WÄHLER))

- Hören Sie doch zu! Wir haben deshalb eine Erhöhung der Pauschale von den ursprünglich geplanten 1.510 Euro auf 1.624 Euro beschlossen. Da die Einführung einer Pauschale eine Eingewöhnungszeit benötigt, haben wir zudem die Übergangsphase von fünf auf acht Jahre ausgeweitet.

(Zurufe der Abgeordneten Eva Gottstein (FREIE WÄHLER))

In diesem Zeitraum erhalten Schulen mit Mehrausgaben einen Ausgleichsbetrag, der jährlich prozentual abgesenkt wird. Wir achten also sehr genau darauf, dass die Schulen in privater Trägerschaft in Bayern eine wichtige Rolle spielen.

(Margarete Bause (GRÜNE): Warum kürzen Sie dort dann? - Anhaltende Zurufe der Abgeordneten Eva Gottstein (FREIE WÄHLER))

Sie bilden eine wichtige Alternative im bayerischen Schulwesen und sorgen für Vielfalt. - Frau Bause, Sie wissen sehr wohl, dass die privaten Schulen, vor allem die Ersatzschulen, die Montessori- und Waldorfschulen in der Finanzierung wesentlich besser gestellt sind als Privatschulen in allen anderen Bundesländern; jetzt machen Sie mal halblang.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Wir bessern nach und achten darauf, dass wirklich gar nichts anbrennt.

(Lebhafte Zurufe von den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- Ja, ja, ja. Meine sehr verehrten Damen und Herren, im schwarz-gelben Koalitionsvertrag wurde erstmals festgeschrieben, dass wir ein flächendeckendes und bedarfsorientiertes Angebot an Ganztagsschulen für alle Schularten brauchen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Papier ist geduldig!)

An diesem Ziel halten wir unverändert fest. Wenn Familien eine wohnortnahe Ganztagsschule wünschen, dann müssen wir ihnen diese anbieten; denn Eltern brauchen Verlässlichkeit.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Sie brauchen Ganztagsschulen nicht nur wegen ihrer Verlässlichkeit, damit sie Familie und Beruf in Einklang bringen können, sondern auch deswegen, weil sie einen pädagogischen Mehrwert für die Schülerinnen und Schüler haben. Bei guter Qualität der Schule und einer dauerhaften Teilnahme an der Ganztagsschule haben die Schüler bessere Noten in den Kernfächern, sie bleiben seltener sitzen, haben mehr soziale Kompetenzen und gehen lieber in die Schule. Dies bestätigt eindeutig die StEG-Studie, die Studie zur Entwicklung von Ganztagsschulen. Wir als Koalitionspartner legen darauf wirklich großen Wert. Wenn Sie eines Tages Regierungsverantwortung haben, werden Sie sehen.

(Heiterkeit und lebhafter Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN - Florian Streibl (FREIE WÄHLER): War das ein Koalitionsangebot? - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

dass die Wunschliste groß ist. Bis dahin können Sie Ihre Wunschliste bei jedem Doppelhaushalt endlos erweitern.

(Zurufe von der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- Jetzt wieder zur Sache. Für uns Liberale gilt: Die Schule ist nicht nur Lernort, sondern sollte auch ein Lebensraum sein. Wir betrachten es als erfreulich - das haben wir im Koalitionsvertrag festgeschrieben -, dass es sukzessive vorwärtsgeht und wir nun endlich auch bei den Realschulen und den Gymnasien mit dem Ausbau der gebundenen Ganztagsschule beginnen.

(Lebhafte Zurufe von der SPD und den FREIEN WÄHLERN - Anhaltende Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Herr Gehring, inzwischen gibt es 785 gebundene Ganztagsschulen über alle Schularten hinweg.

(Anhaltende Zurufe)

Das ist selbstverständlich erst der Anfang. Für mich ist die rhythmisierte Ganztagsschule die Schule der Zukunft.

(Markus Rinderspacher (SPD): Dann machen Sie es doch!)

- Das geschieht sukzessive; man muss auch Geduld haben. Sie haben zehn Jahre lang Anträge auf die Einführung von Ganztagsschulen gestellt, haben dazu Wahlkämpfe geführt, und nichts ist passiert. Jetzt meckern Sie, wenn wir damit anfangen und schon einiges auf den Weg gebracht haben.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Der Freistaat fördert immerhin den Auf- und Ausbau der Ganztagsschulen mit insgesamt 62 Millionen Euro. Das sind 6,7 Millionen Euro mehr als vorher. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das muss man einfach einmal sehen.

(Beifall bei der FDP)

Nun komme ich zum interfraktionellen Gesetzentwurf zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im bayerischen Schulwesen. Er ist der Anfang für die Teilhabe behinderter Schülerinnen und Schüler am gesellschaftlichen Leben. Wir wollen den Weg, der mit der Arbeitsgruppe der fünf Fraktionen eingeschlagen wurde, gemeinsam weitergehen. Das ist eine große Herausforderung. Im Doppelhaushalt sind erst einmal 200 Planstellen für Lehrkräfte, jeweils 100 pro Jahr, vorgesehen, um die Schulen zu stärken, die bereit sind, jetzt schon mit der Inklusion zu beginnen. Das ist ein länger währender Prozess, und das ist erst der Anfang. Wir sind davon überzeugt, dass die Schulen, die jetzt den Inklusionsprozess einleiten, als Vorbild und als Leuchtturm für andere Schulen wirken können. Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Bildungsbereich ist eines der wichtigsten Projekte der nächsten Jahre und bedeutet große finanzielle Herausforderungen, wenn man die Qualität sichern will.

Die FDP betrachtet diese Herausforderung als eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen als Bildungspartner. Deshalb halten wir gemeinsame Programme, zum Beispiel für den Ausbau von Ganztagsschulen oder die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, für dringend erforderlich. Das im Grundgesetz verankerte Kooperationsverbot verhindert jedoch faktisch gemeinsame Initiativen von Bund und Ländern.

(Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Dann müsst ihr das in Berlin ändern!)

Die FDP wird deshalb einen entsprechenden Antrag stellen.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Aber nicht erst 2020!)

- Nein, beim nächsten Parteitag.

(Zurufe von der SPD und den FREIEN WÄH-LERN)

Da haben wir unsere Bundespolitiker mit im Boot. Das ist selbstverständlich; denn wir brauchen jeden Euro.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Ja, was denn?)

Damit Deutschland insgesamt wettbewerbsfähig bleibt und gut ausgebildete Menschen hervorbringt, brauchen wir tatsächlich jeden Euro. Da sind Bund, Land und Kommunen gemeinsam in der Verantwortung. Selbstverständlich steht es außer Frage, dass wir den Wettbewerb der Länder untereinander wollen. Der Bildungsföderalismus an sich steht nicht zur Diskussion, aber gemeinsame Projekte müssen möglich sein, und deshalb muss das Kooperationsverbot weg.

Mit dem Eintritt der Liberalen in die Regierung hat sich schon einiges bewegt.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Ei, ei, ei!)

Trotz dieser Erfolge dürfen wir nicht stehen bleiben, sondern müssen weiterhin in die Köpfe unserer jungen Menschen investieren. Alle Kinder müssen unabhängig von ihrer Herkunft, ihren individuellen Fähigkeiten und ihren Begabungen gerechte Chancen haben.

(Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Dazu brauchen wir aber kleinere Klassen!)

Dazu müssen wir aber - das ist vorhin schon angeklungen, das sehe ich genauso -in Zukunft noch mehr in den Primärbereich investieren, denn der Bildungserfolg hat seine Wurzeln in frühester Kindheit. Das bayerische Konzept,

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Welches Konzept?)

das Modell der flexiblen Grundschule, ist ein sehr gutes Konzept.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Wo ist das?)

- Vielleicht haben Sie es noch nicht mitbekommen, aber es ist ein sehr gutes Konzept, und es ist deshalb auch ein wichtiger Schritt in diese Richtung.

(Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Dazu müssen Sie aber Mittel zur Verfügung stellen! - Weitere Zurufe von den FREIEN WÄHLERN)

Jedes Kind hat in der flexiblen Grundschule in der Eingangsstufe die Zeit, die es individuell braucht. Davon reden Sie doch immer. Und deshalb gilt es - Entschuldigung, ich bin das Schreien gar nicht so gewöhnt.

(Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Sie haben doch mit dem Schreien angefangen!)

- Man muss Sie doch übertönen. Irgendwie muss man weiterkommen. Meine Redezeit geht schließlich zu Ende.

Ich will nur noch sagen: Dieses Modell muss vorangebracht und evaluiert werden. Es ist ein ganz wichtiger Beitrag zur Chancengerechtigkeit. Ich bin mir sicher, dass wir diese flexible Grundschule flächendeckend anbieten können.

Wir brauchen für die individuelle Förderung auch unsere Förderlehrerinnen und Förderlehrer. Diese sind noch gar nicht angesprochen worden.

(Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Die stehen auch im Haushalt nicht drin!)

Sie leisten einen wichtigen Beitrag. Deshalb ist es neben der Wertschätzung, die die Förderlehrer erfahren, nach meiner Meinung längst an der Zeit und dringend erforderlich, ihre Besoldung mindestens an die Besoldung der Fachlehrer anzugleichen.

(Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Dann müssen Sie aber Fakten schaffen und nicht nur reden!)

Dabei sind wir schon. Wir sind da schon am Puls der Zeit.

(Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Wir reden aber vom jetzigen Haushalt! - Weitere Zurufe - Glocke des Präsidenten)

Vorhin ist gefragt worden, was denn kommt. Mehr Qualität ist wichtig. Das verspricht auch unser Konzept der eigenverantwortlichen Schule. (Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Welches Konzept?)

Das Konzept, das wir haben und das wir gemeinsam mit unserem Koalitionspartner in Gesetzesform gießen, um es dann zu realisieren. Wir wollen das Konzept nicht überstülpen, sondern - -

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Vielleicht stellen Sie uns das ausführlicher vor!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin Will, Sie haben bereits eine Minute überzogen.

Renate Will (FDP): Dieses Konzept wird umgesetzt,

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das Konzept von Schleswig-Holstein?)

und die Schulen werden die Freiheit erhalten, die sie brauchen, allerdings brauchen auch die Kommunen mehr Freiheit, um ihre Schulentwicklung individuell umsetzen zu können.

Zum Schluss sage ich es noch einmal: Uns ist der Dreiklang "Investieren, sparen und keine neuen Schulden" gelungen. Wir haben zwei Milliarden in den Bildungshaushalt gesteckt. Herr Pfaffmann, im Wahlkampf haben Sie von einer Bildungsmilliarde geträumt. Wir haben sie umgesetzt. Ich danke allen, die sich dafür eingesetzt haben, dass dies möglich wurde.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin, bleiben Sie bitte schön am Redepult. Wir haben eine Wortmeldung zu einer Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Reichhart.

Markus Reichhart (FREIE WÄHLER): Frau Will, vielen Dank dafür, dass Sie herausstellen, wie gut die Finanzausstattung im Einzelplan 05 ist. Ist Ihnen bekannt, dass wir von 2007 bis 2012 eine Steigerung des Etats um 1,4 Milliarden hatten? Ist Ihnen auch bekannt, dass von diesem Steigerungsbetrag 0,6 Milliarden für Versorgungslasten, also für Pensionen und Beihilfen vorgesehen waren, sodass daraus ein Saldo von 0.8 Milliarden entsteht? Dies bedeutet, dass der Kultusetat im Durchschnitt pro Jahr um 133 Millionen gestiegen ist. Wollen Sie immer noch behaupten, dass mit diesen Zahlen überhaupt eine qualitative Steigerung möglich ist, vor allem wenn man berücksichtigt, dass auch noch neue Schularten wie das R 6 und das G 8 initiiert wurden? Glauben Sie, dass damit überhaupt eine qualitative Schulpolitik im Sinne der FDP möglich ist?

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin Will, Sie haben das Wort.

(Margarete Bause (GRÜNE): Das war zu schwierig!)

Renate Will (FDP): - Das war nicht zu schwierig. Es war viel. Ich habe eingangs - leider bin ich zu oft unterbrochen worden - sehr deutlich gemacht, dass es ein Anfang ist, um die Qualitätssicherung in die Wege zu leiten.

(Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Dann ist es aber ein schwacher Anfang!)

Ich habe nicht gesagt, dass wir am Ende angekommen sind. Natürlich wollen die Bildungspolitiker insgesamt immer mehr. Auch ich will mehr. Natürlich könnte es immer noch mehr sein. So leicht, wie Sie es dargestellt haben, ist es aber nun einmal nicht.

(Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Reicht jetzt das Geld aus oder nicht?)

Es ist ein Anfang. Die Schulen werden evaluiert. Sie erhalten dann auch mehr Eigenverantwortung und ein eigenes Budget.

(Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Wenn Sie keinen Lehrer dafür haben, hilft Ihnen das gar nichts!)

Wir müssen natürlich auch für das sorgen, was Sie angesprochen haben. Die Pensionsrückstellungen nehmen nun einmal einen riesigen Betrag weg. Deshalb muss man sich überlegen, ob alle Lehrer immer noch verbeamtet werden müssen. Das ist eine ganz wichtige Überlegung.

(Markus Rinderspacher (SPD): Sie sind in der Exekutive! Sie sind nicht in der parlamentarischen Opposition!)

Ich möchte Ihnen noch etwas sagen. Die Qualität der Lehreraus- und Lehrerfortbildung zu verbessern, kostet überhaupt nichts, und da sind wir gemeinsam mit dem Koalitionspartner dran.

(Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Das kostet auch etwas! - Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Das stimmt überhaupt nicht!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin Will, bitte bleiben Sie noch da. Herr Kollege Pfaffmann hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Herr Kollege Pfaffmann, Sie haben das Wort. (Markus Rinderspacher (SPD): Sei aber ganz lieb zu ihr, nicht zu streng!)

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Liebe Frau Will, 2008 haben Sie sich landauf, landab als größtmöglicher Kontrast zur CSU präsentiert. Sie haben den Menschen in diesem Land versprochen, dass es keine Klassen mit mehr als 25 Kindern geben wird. Sie haben den Menschen in diesem Land versprochen, mehr Ganztagsschulen einzurichten, und zwar nicht nur an der Hauptschule. Sie haben den Menschen in diesem Land eine längere gemeinsame Schulzeit versprochen, und das sogar mit mir zusammen auf dem Podium. Sie haben immer wieder mit uns um die besseren bildungspolitischen Konzepte gewetteifert.

Können Sie mir nach Ihrer Haushaltsrede die Frage beantworten, wann Sie die Versprechungen, die Sie den Schülern, den Eltern und den Lehrern gemacht haben, einlösen wollen, nachdem jedermann weiß, dass dieser Doppelhaushalt bis 2013, also bis zum Ende der Legislaturperiode, gilt und dass dieser Haushalt, der auch unter Ihrer Beteiligung entstanden ist, keinen einzigen Euro für die Einlösung dieser Versprechen enthält? Das heißt, am Ende dieser Legislaturperiode werden Sie Ihre eigenen Versprechungen, die Sie landauf, landab gemacht haben, nicht eingehalten haben. Sind sie denn bereit, mit uns zusammen auch nur einen einzigen Antrag zu unterstützen und ihm zuzustimmen, der den Versprechungen, die Sie den Menschen gemacht haben, Rechnung trägt? Stimmen wir doch gemeinsam für mehr Lehrer an Bayerns Schulen. Vielleicht könnten Sie dem zustimmen.

(Zuruf von der FDP: Haben wir doch!)

Eine letzte Bemerkung: Wie wollen Sie den Menschen erklären, dass Sie nicht nur Ihre Versprechungen nicht eingehalten haben, sondern dass Sie auch jeden parlamentarischen Antrag, der genau die Ziele, wie zum Beispiel mehr Lehrer, kleinere Klassen, längere gemeinsame Schule, verfolgt, in diesem Hause abgelehnt haben? Wie würden Sie ein solches Verhalten bezeichnen?

(Jörg Rohde (FDP): Koalitionstreue!)

Sind Sie mit mir einer Meinung, dass das entweder heuchlerisch ist, oder dass Sie die Menschen in diesem Land belogen haben?

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FREI-EN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Pfaffmann, Ihre Redezeit ist abgelaufen. Frau Will, Sie haben das Wort.

Renate Will (FDP): Natürlich kann ich darauf antworten, aber es war ein bisschen viel. Es war viel Polemik.

(Beifall bei der FDP)

Herr Pfaffmann, wir hatten schon oft miteinander zu tun gehabt. In vielen Punkten sind wir auch gar nicht so weit auseinander. Das möchte ich hier auch sagen. Es war aber Wahlkampf. Im Wahlkampf vertrete ich das Programm der FDP, und das mache ich auch aus meiner Überzeugung heraus.

(Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Wo ist dann Ihre Glaubwürdigkeit? - Markus Rinderspacher (SPD): Wahlkampf und Realität! - Weitere Zwischenrufe - Glocke des Präsidenten)

Also hören Sie einmal, Herr Rinderspacher. Sie haben eine Wunschliste, und Herr Pfaffmann auch. Sie erzählen immer, was Sie alles wollen. Diese Wunschliste habe ich auch.

(Markus Rinderspacher (SPD): Wahlkampf und Realität! Das wollen die Leute wissen!)

- In der Realität - -

(Weitere Zurufe von der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

- Mann o Mann, das kann doch gar nicht so schwer sein!

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Moment, Frau Kollegin Will.

Renate Will (FDP): Also jetzt zum Mitschreiben: Das Eine ist - -

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Will, hören Sie bitte einmal zu.

(Zuruf von der SPD: Das kann sie doch gar nicht!)

Nach der Geschäftsordnung sind Zwischenrufe erlaubt, aber nicht, wenn sie die Rede der Kollegin oder des Kollegen dauernd stören. Jetzt haben Sie wieder das Wort, Frau Will. Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen, sich mit Ihren Zwischenrufen zurückzuhalten.

(Beifall bei der FDP)

Renate Will (FDP): Noch einmal von Anfang an: Jeder kann die Ziele und die Wege aufzeigen. Das machen Sie andauernd. Das ist richtig und gut. Sie haben ein Ziel vor Augen. Das hatte ich auch. Das Ziel bleibt das gleiche. Lediglich die Wege dorthin hängen davon ab, ob ich in der Opposition oder in der Regierung bin. Um diese Ziele zu erreichen, muss ich selbstverständlich sowohl mit dem Koalitionspartner als auch mit den eigenen Kollegen, den Haushältern, Verhandlungen führen. Was ist realisierbar? Was ist nicht realisierbar? Mit Eintritt in die Koalition gilt das Parteiprogramm nicht mehr. Das sollten Sie wissen. Es gilt der Koalitionsvertrag.

(Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Den müssen Sie verbessern!)

In diesem Koalitionsvertrag ist Gott sei Dank einiges festgeschrieben. Dort steht: Mindestens 1.000 Lehrerstellen pro Jahr. An diese Vereinbarung haben wir uns gehalten.

(Beifall bei der FDP)

Außerdem steht im Koalitionsvertrag, dass die FDP die eigenverantwortliche Schule will. Diese wird in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode eingeführt.

(Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Wo stehen wir im bundesweiten Vergleich?)

Im Koalitionsvertrag ist festgeschrieben, dass wir mit dem Ausbau der Ganztagsschulen für alle Schularten beginnen. Damit haben wir begonnen. Ich räume ein, bisher gibt es zu wenige Ganztagsschulen.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin Will, zur Beantwortung hatten sie zwei Minuten Zeit. Diese zwei Minuten sind um. Jetzt gebe ich Herrn Kollegen Klein für eine Zwischenbemerkung das Wort. Bitte bleiben sie noch am Redepult, damit Herr Kollege Klein seine Zwischenbemerkung abgeben kann.

Karsten Klein (FDP): Frau Kollegin Will, vielleicht sollten Sie in diesem Hohen Haus die Frage einbringen, wie viel Prozent des SPD-Wahlprogramms in der letzten Legislaturperiode umgesetzt worden sind.

(Markus Rinderspacher (SPD): Wir regieren nicht!)

Zuhören ist nicht die Stärke von Herrn Pfaffmann, dem bildungspolitischen Sprecher der SPD-Fraktion. Das erwartet er nur von Schülern. Das ist nichts Neues. Wie viel Prozent des SPD-Wahlprogramms sind im Vergleich zum FDP-Wahlprogramm umgesetzt worden?

(Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Wer ist an der Regierung?)

Beim Thema Ganztagsschule sind wir einen Schritt weitergekommen. Wir haben das Übertrittsverfahren reformiert. Wir haben Kooperationsschulen eingeführt. Wir schaffen 1.000 Lehrerstellen pro Schuljahr.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Da Sie nicht zuhören, können Sie es auch gar nicht wissen. Die Lügen, die Sie heute verbreitet haben, werden Sie den Bürgerinnen und Bürgern noch jahrelang erzählen. Herr Pfaffmann vollzieht jedes Mal irgendwelche Rechenspielchen. Frau Will, erhellen Sie den Landtag.

(Beifall bei der FDP)

Renate Will (FDP): Ich möchte wiederholen: Trotz des Sparprogramms investieren wir in die Bildung ohne Neuverschuldung. Für mich ist Bildung nicht nur der Einzelplan 05. Ich verbinde Bildung ebenfalls mit Hochschule, Wissenschaft und Forschung.

(Zurufe von der SPD)

Ich sage, jeder Euro, der in die Bildung fließt, bringt Rendite, von der Bänker nur träumen können. Selbstverständlich ist das so. Deshalb muss die Bildung Priorität bei der Konsolidierung des Haushaltes haben. Diese Priorität kommt der Bildung in diesem Doppelhaushalt zu. Das wird auch so bleiben. Dafür werde ich mich einsetzen.

(Beifall bei der FDP)

Herr Pfaffmann, dass wir nicht alle Wünsche erfüllen können, ist klar. Die Bildung wird jedoch weiter Priorität im Haushalt haben.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat Herr Kollege Georg Eisenreich das Wort.

Georg Eisenreich (CSU): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! So viel Unterhaltung wie vorher kann ich wahrscheinlich nicht bieten. Ich möchte Sie jedoch dazu anregen, wieder zur Sachlichkeit zurückzukehren.

(Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Frau Will war sachlich!)

Im Vorfeld zum heutigen Tage hat es engagierte Diskussionen zu diesem Haushalt gegeben. Obwohl ich die engagierten Diskussionen schätze, werden wir uns weder durch eine Demonstration noch durch eine unseriöse E-Mail-Aktion des BLLV-Präsidenten noch durch Ihr Getöse einen Bildungsabbau unterschieben lassen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Gegenteil ist der Fall. Genauso wie der letzte ist auch dieser Haushalt ein Bildungshaushalt. Für die CSU ist die Bildung ein Investitionsschwerpunkt. Die Bildung bleibt auch ein Investitionsschwerpunkt. Daran rütteln wir nicht, und daran lassen wir auch nicht rütteln.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Für die Verbesserung der Rahmenbedingungen und die Wahrnehmung zusätzlicher Aufgaben war es unser Ziel, 1.000 zusätzliche Lehrerstellen im Jahr zu schaffen. Das Versprechen werden wir in diesem Doppelhaushalt auch einhalten.

(Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Abzüglich der Gymnasiallehrer!)

Sowohl im Jahr 2011 als auch im Jahr 2012 wird es jeweils 1.000 zusätzliche Lehrer für zusätzliche Aufgaben geben. Wir halten unsere Zusage ein. Sie können formalistisch versuchen, den Wegfall der Stellen aufgrund des letzten G 9-Jahrgangs gegenzurechnen. Das ist nicht seriös, weil im gleichen Umfang ebenfalls Unterricht und Aufgaben wegfallen.

(Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Das stimmt nicht! Was ist mit den Ganztagsschulen und den anderen Aufgaben?)

- Selbstverständlich fallen die Aufgaben weg. Die 1.000 zusätzlichen Lehrer pro Jahr stehen für zusätzliche Aufgaben und für die Verbesserung des Unterrichts zur Verfügung. Dazu kommen 1.320 zusätzliche Stellen für den Ausgleich der Arbeitszeitverkürzung und noch einmal über 500 Stellen zur Sicherung der gebundenen Ganztagszüge. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das kann sich sehen lassen. Darauf sind wir zu Recht stolz.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Immer wieder wird öffentlichkeitswirksam die Forderung nach einer Bildungsmilliarde erhoben. Das haben wir schon zwei Mal gemacht. Das wiederhole ich gerne in jeder Rede. In den Jahren 2003 bis 2008 gab es eine Steigerung des Kultusetats von 7,6 auf 8,6 Milliarden Euro. Das war die erste zusätzliche Milliarde. In den Jahren 2008 bis 2012 wird es die zweite Milliarde geben. Die Aussage, dass ein Teil davon für die Pensionslasten verwendet werde, ist völlig richtig.

Lehrer haben einen Anspruch auf ihre Pension. Selbstverständlich gehören Pensionszahlungen auch dazu.

(Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Keine Verbesserung der Situation!)

Angestellte haben zwar keinen Anspruch auf eine Pension, jedoch auf eine Rente. Auch das gehört zur Finanzierung der Lehrer. Wenn Sie Lehrer ohne Pensionszahlungen einstellen wollen, sollten Sie dies mit den Lehrerverbänden ausmachen. Darauf bin ich sehr gespannt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die zusätzlichen Mittel bewirken einen Zuwachs von Lehrerstellen. Ich möchte die Zahl wiederholen, damit es wirklich jeder mitbekommt. In den Jahren 2007 bis 2012 wird es einen Zuwachs um insgesamt 5.880 Lehrerstellen geben. Das ist ein großer Beitrag für die von uns gewünschten Verbesserungen. Die Lehrer, Eltern und Schüler fordern zu Recht mehr Lehrer. Als Bildungspolitiker unterstütze ich diese Forderung. Es kann nie genug Lehrer geben. Zur Wahrheit gehört auch, dass wir seit Jahren konsequent zusätzliche Lehrerstellen schaffen. Es hat noch nie so viele Lehrer wie heute gegeben, obwohl die Schülerzahlen zurückgehen.

Es wird gesagt, man könne die Schule von heute nicht mit früher vergleichen. Das macht niemand. Ich gebe jedem recht, der sagt, die Aufgaben hätten sich geändert. Die Aufgaben sind auch mehr geworden. Darauf haben wir reagiert. Das möchte ich Ihnen darstellen. Sie haben völlig recht. Eine Klassengröße von 40 Schülern pro Klasse will keiner. Deshalb ist die Betreuungsrelation ein ganz wichtiger Parameter. Die Betreuungsrelation hat sich in den letzten Jahren von 1999/2000 bis jetzt von 18,2 auf 16,8 Schüler pro Vollzeitlehrer verbessert. Das ist für die Förderung in der Schule und in der Klasse gut und wichtig. Wir haben und sind noch dabei, die Klassenstärken zu senken. An den Grund- und Hauptschulen sind wir schon weit gekommen. An den Grundschulen haben wir aktuell eine durchschnittliche Klassenstärke von 21,8 und an den Haupt- und Mittelschulen von 20,2. An den Realschulen und Gymnasien hat sich die Situation leicht verbessert. Ich gebe Ihnen recht, dass wir dort noch einiges tun müssen.

(Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Nennen Sie doch die Zahlen!)

Ein großer Schwerpunkt ist der Ausbau der Ganztagsangebote. Hierzu muss ich die Kollegin Will etwas korrigieren. Die Beschlüsse für die Hauptschule stammen aus dem Jahr 2006 und für alle anderen Schular-

ten vom Juni 2008. Die Koalition aus CSU und FDP hat diese Beschlüsse übernommen und kraftvoll vorangetrieben. Bei den gebundenen Ganztagszügen kommen wir gut voran. Die Hauptschulen sind fast abgedeckt. Bei den Grundschulen sind wir dabei, und an den Realschulen und Gymnasien werden wir im Herbst beginnen. Sie sehen, das ist uns ein ganz zentrales Anliegen, und wir setzen hier einen großen Schwerpunkt.

In Bezug auf die Zusagen an die Privatschulen wurde ein großer Schritt gemacht. Die Regelung zum Schulgeldersatz und die Pauschalierung sind nicht nur für uns, sondern auch für die Privatschulen sehr wichtig.

(Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Aber nicht in dieser Form!)

Der Aufwand ist sowohl für die Regierungen als auch für die Privatschulen sehr groß. - Wir haben in den Debatten den Fördersatz pro Schüler von 1.510 Euro auf 1.624 Euro erhöhen können. Wir werden auch für die Inklusion - ein gemeinsames Anliegen des Hohen Hauses, weshalb ein gemeinsamer Gesetzentwurf erarbeitet wurde - in den nächsten beiden Jahren insgesamt 200 zusätzliche Lehrkräfte zur Verfügung stellen. Sie sehen, wir tun etwas. Ein gutes Zitat lautet: Investitionen in Bildung bringen noch immer die besten Zinsen. CSU und FDP wissen das und handeln auch danach.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Anders als die Opposition erkennen viele Lehrkräfte und Eltern in diesem Land unsere Bemühungen an.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD) - Weitere Zurufe von der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Wir werden in unseren Bemühungen nicht nachlassen, sondern diesen Weg konsequent fortsetzen. Wir haben schon viel gemacht und werden noch weiter viel tun.

Die Debatte zum Einzelplan 05 ist immer auch eine Generalabrechnung mit der Bildungspolitik der Bayerischen Staatsregierung. Ich kann Ihnen versichern, wir nehmen jede Anregung, jeden Vorschlag und auch die Kritik sehr ernst. Uns geht es um eine pragmatische Bildungspolitik und um Verbesserungen. Gegen das ständige Schlechtreden werden wir uns aber immer zur Wehr setzen. Es ist zwar schön, wenn die Opposition nicht mehr alles schlecht redet, aber sie haben immer noch zu vieles schlecht geredet. Ich sage mit aller Deutlichkeit: Die Substanz des Bayerischen Schulsystems ist gut. Daran lassen wir nicht rütteln.

(Beifall bei der CSU)

Ich muss nicht auf alle Studien verweisen, weil Sie die Studien kennen. Das weiß ich aus dem Bildungsausschuss. Sie kennen die Studien gut, versuchen aber im Plenum einen anderen Eindruck zu erwecken.

Die CSU-Fraktion weiß, dass noch Handlungsbedarf besteht. Das Motto unseres Ministers heißt: Qualität und Gerechtigkeit. Niemand in Bayern und niemand in der CSU möchte, dass begabte Arbeiterkinder nicht auf das Gymnasium wechseln können.

(Zuruf der Abgeordneten Eva Gottstein (FW))

Niemand möchte, dass Kinder mit Migrationshintergrund unter ihren Möglichkeiten bleiben. In Bayern wird jeder gebraucht. Jeder muss entsprechend gefördert werden.

(Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): 8 % Schulabbrecher!)

Gestern hat Ministerpräsident Seehofer den früheren Ministerpräsidenten Dr. Günther Beckstein zitiert: Die Bildungspolitik ist die Sozial- und Wirtschaftspolitik des 21. Jahrhunderts. Wir handeln ganz konsequent danach. Wir bauen die Frühförderung aus. Mit dem Modell "flexible Grundschule" flexibilisieren wir die Eingangsstufe für die Grundschüler.

(Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Zu wenig!)

Wir bauen die Ganztagsangebote ganz massiv aus, weil sie zum einen ein qualitativ hochwertiges pädagogisches Angebot und zum anderen ein großer Beitrag für die Chancengerechtigkeit sind. Mit dem Konzept der Mittelschule haben wir ein zukunftsfähiges und tragfähiges Konzept für die Hauptschule entwickelt. Wir brauchen eine Schulart mit vertiefter Berufsorientierung und Praxisbezug, und wir brauchen die Schüler, die die Kompetenzen in dieser Schule erworben haben. Mit der Schaffung der Verbünde wollen wir so viele Standorte wie möglich erhalten. Im Herbst werden wahrscheinlich 95 % der Hauptschulen bereits Mittelschulen sein. Das ist ein großartiger Erfolg für uns und für dieses Konzept.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die Realschule ist beliebt und hat mit dem Profil 21 ein gutes Konzept für die Zukunft. Beim Gymnasium gibt es jetzt den doppelten Abiturjahrgang, den wir mit Begleitung gut ins Ziel bringen wollen. Wir werden danach Bilanz zum G 8 ziehen und uns überlegen, wie wir das Gymnasium weiterentwickeln können. Wir wollen aber die Weiterentwicklung des Gymnasiums und keine Verstümmelung des Gymnasiums. Wir wol-

len die Realschule nicht abschaffen. Deswegen werden wir und wahrscheinlich auch viele Bürgerinnen und Bürger beobachten, wie sich in Baden-Württemberg die Bildungspolitik von Grün-Rot in der Realität auswirken wird.

(Markus Rinderspacher (SPD): Verbessern!)

In Bayern wird es mit uns keinen Anschlag auf das Gymnasium und die Realschule geben. Die berufliche Bildung leistet einen großen Beitrag zur Durchlässigkeit und Chancengerechtigkeit. Man kann die Zahl gar nicht oft genug wiederholen: 40 % der Hochschulzugangsberechtigungen werden über die berufliche Bildung erworben. Insofern leistet die berufliche Bildung einen riesigen Anteil zur Chancengerechtigkeit und Durchlässigkeit. Wir werden uns dem Thema "Kooperationen an den Übergängen" widmen. Die individuelle Förderung ist dem Minister ein großes Anliegen. Wir werden Sie weiter verbessern. Wir werden uns um die Inklusion kümmern, um noch mehr Kinder mit Behinderung in das Regelschulsystem aufnehmen zu können.

Sie sehen, wir haben Konzepte und Ziele. Mit diesem Haushalt stellen wir Geld zur Verfügung.

Lassen Sie mich am Schluss noch auf zwei Punkte eingehen. Bildung ist nicht nur die Aufgabe des Staates, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Ich mache mir vor allem um die Familien Sorgen, in denen der Stellenwert der Bildung nicht hoch ist oder in denen der Stellenwert der Bildung möglicherweise gar nicht vorhanden ist. Der Staat muss Chancen bieten. Das ist unsere Aufgabe. Die Chancen muss aber jeder Einzelne selbst nutzen. Ich bin viel in Schulen unterwegs. Unter den besten Schülern einer Schule sind immer auch Kinder mit Migrationshintergrund. Das sind Familien, die in das Land gekommen sind, die die Chancen sehen und gewillt sind, diese Chancen zu nutzen. Andererseits gibt es Eltern, die sich nicht für die Kinder und ihre Bildung interessieren, bei denen das Fernsehgerät den Platz der Eltern eingenommen hat, egal, ob dann die Schüler stundenlang auf Deutsch, Englisch oder Türkisch fernsehen. Nach fünf Stunden ist alles weg, was die Schüler am Vormittag gelernt haben.

(Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Was tun Sie dagegen?)

Deswegen müssen wir mit Blick auf den Bildungshunger in weiten Teilen dieser Welt in unserem Land darauf dringen, dass die Einstellung zur Bildung besser wird. Sonst werden wir überholt.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Wie machen Sie das?)

Dies kann der Staat nur zum Teil leisten. Einen Beitrag müssen auch die Familien, Eltern und Schüler selbst leisten.

(Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Das ist eine Armutserklärung! - Zuruf des Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD))

Uns ist es wichtig, pragmatische Bildungspolitik zu machen. Deswegen ist uns der Dialog mit allen Beteiligten sehr wichtig.

(Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Das ist ein bildungspolitischer Offenbarungseid!)

Dazu gibt es gute Beispiele. Eines davon ist das Dialogforum bei der Einführung der Mittelschulen oder die Begleitung des jetzigen doppelten Abiturjahrgangs.

(Christa Naaß (SPD): Das ist lachhaft!)

Wir werden die Schülerinnen und Schüler begleiten, bis der letzte Schüler, die letzte Schülerin Abitur geschrieben hat. Uns ist enorm wichtig, dass diese beiden Jahrgänge die gleichen Chancen haben wie die früheren Jahrgänge.

Ein gutes Beispiel ist auch die interfraktionelle Arbeitsgruppe zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Sie bedeutete für alle Beteiligten intensive Arbeit mit einem sehr guten Ergebnis. Ich kann Ihnen zusichern: Wenn die Opposition auf Ideologie und realitätsferne Forderungen verzichtet - wie in dieser Arbeitsgruppe - und wenn stattdessen pragmatisch und lösungsorientiert gearbeitet wird - wie in dieser Arbeitsgruppe -, dann sind wir gern bereit, gemeinsam mit Ihnen weitere Themen anzugehen und zu bearbeiten.

Ich danke den Lehrern, den Eltern und den Schülern. Sie können sich darauf verlassen: Wir tun unser Bestes, um die Rahmenbedingungen an unseren Schulen zu verbessern. Dieser Haushalt ist der beste Beleg dafür.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Eisenreich, bleiben Sie bitte noch am Redepult. Kollege Gehring hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön, Herr Kollege Gehring.

Thomas Gehring (GRÜNE): Herr Kollege Eisenreich, ich mag es nicht, wenn man mich der Ideologie bezichtigt, aber selbst jeden Ideologieverdacht von sich weist. Wir sollten uns auf ein Level einigen: Entweder sind wir beide Ideologen oder keiner, je nachdem.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Niemandem ist damit gedient, wenn die Regierungsparteien die Probleme, die im Land durchaus bestehen, durch Schönfärberei kaschieren wollen. Wir dürfen nicht so tun, als ob in Bayern alles super laufe, obwohl wir vor Ort die Probleme sehen.

Dass Probleme bestehen, konnten wir heute Morgen wieder erleben. Wir haben eine Petition entgegengenommen, die von dreieinhalbtausend Eltern von Schülerinnen und Schülern an Gymnasien unterzeichnet worden ist. Die Initiative entstand innerhalb kürzester Zeit und ohne Verbände. Daran sieht man: Vor gibt es Probleme, vor Ort ist Druck da. Den Eltern brennen die Probleme an den Schulen ihrer Kinder auf den Nägeln. Darauf müssen wir reagieren.

Georg Eisenreich (CSU): Das widerspricht aber nicht dem, was ich gesagt habe.

Thomas Gehring (GRÜNE): Ich glaube, ich habe zwei Minuten Redezeit.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Eine Minute haben Sie noch.

Thomas Gehring (GRÜNE): Ich komme zum Thema Lehrerstellen: Der Minister hat uns eine Mathematik-Intensivierungsstunde angeboten. Die nehme ich gern in Anspruch; denn ich bin auf seine Erklärung gespannt. Aber ich denke, hier geht es nicht um Mathematik, sondern um Sprache. Vielleicht brauchen wir eine Deutsch-Intensivierungsstunde.

Worin liegt das Problem? Sie reden von zusätzlichen Stellen, erwähnen aber nie die wegfallenden Stellen. Das muss man jedoch zusammen sehen. Wenn Sie einen Raum verlassen und ich hineingehe, dann bin ich, Thomas Gehring, zwar zum ersten Mal in diesem Raum, aber es sind insgesamt nicht zusätzliche Personen in diesem Raum. Genauso verhält es sich mit den Stellen, die laut Haushalt vorgesehen sind. Sie haben einfach Stellen umgeschichtet. Sagen Sie das doch so; damit wäre allen besser gedient.

Ich möchte etwas zum Thema Ganztagsschule sagen. Auch Sie kennen die Probleme; wir müssen die Qualität verbessern. Kennen Sie die Stellungnahme des Bayerischen Städtetages, in der auf die bei der gebundenen Ganztagsgrundschule bestehenden Probleme hingewiesen wird? Wissen Sie, dass die Stellen nicht ausreichen, um diese Schulen überhaupt auszustatten? Darauf müssten Sie reagieren. In Ihrem Haushalt reagieren Sie darauf nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein letztes Wort - -

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Gehring, danke schön. Sie haben die Redezeit bereits überschritten. - Herr Eisenreich, Sie haben das Wort zur Beantwortung.

Georg Eisenreich (CSU): Sehr geehrter Herr Kollege Gehring, Sie wissen - bei aller Diskussion zwischen uns -, dass ich Sie sehr schätze. Insofern weiß ich auch, dass wir auf sachlicher Grundlage gute Diskussionen im Interesse einer guten Politik führen können.

Zu den Stellen: Selbstverständlich gibt es hier wie in jedem Haushalt Umschichtungen; denn die Situation im Schulbereich ändert sich ständig. Das betrifft zum Beispiel die Schülerzahlen und die Pensionierungen. Deswegen wird es auch immer Änderungen geben.

Uns ist es wichtig, dass wir für die Erfüllung zusätzlicher Aufgaben und für die Verbesserung der Rahmenbedingungen zusätzliche Lehrer haben, und die haben wir.

Man kann formalistisch argumentieren wie Sie. Es ist jedoch nicht redlich, wenn Sie Folgendes nicht erwähnen: Wenn ein kompletter Jahrgang am Gymnasium wegfällt - das ist ein Sonderereignis -, entfällt damit auch die entsprechende Unterrichtspflichtzeit. Der Wegfall dieser Stellen ist also neutral. Darauf weisen wir ausdrücklich hin. Das berücksichtigend sehen wir für zusätzliche Aufgaben und zusätzliche Verbesserungen 1.000 zusätzliche Stellen vor. Daran ändern die Rechenbeispiele von Ihnen und anderen Kollegen nichts.

Die Stellungnahme zum Thema Ganztagsschule kenne ich. Dazu gibt es Gespräche zwischen den kommunalen Spitzenverbänden und der Bayerischen Staatsregierung. Das nächste Gespräch findet nächste Woche statt. Insofern sind wir ständig im Dialog. Es freut mich, dass den Kommunen und den kommunalen Spitzenverbänden das Thema Ganztagsschule besonders wichtig ist; uns ist es auch wichtig. Deswegen haben wir einen entsprechenden Schwerpunkt im Haushalt gesetzt.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege Eisenreich. - Damit ist die Aussprache beendet. Jetzt hat noch Herr Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle das Wort. Bitte schön.

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sprechen über eines der zentralen Gebiete der Landespolitik: die Zukunft unserer jungen Menschen, die uns zu treuen Händen anvertraut ist. Das ist der Auftrag, den wir wahrnehmen und verantworten. Wir

wollen die Zukunft unserer jungen Menschen, die Entwicklung ihrer Talente und Fähigkeiten unter Berücksichtigung der Fördernotwendigkeiten nach bestem Wissen und Gewissen politisch gestalten. Darum ringen alle Fraktionen in diesem Haus. Ich bin deshalb auch für die Intensität der Debatte dankbar.

Wir haben unterschiedliche Grundauffassungen. Lassen Sie mich diese an einigen Beispielen verdeutlichen.

Für die Koalitionsfraktionen ist Grundprinzip, dass das einzelne Kind in seiner Unverwechselbarkeit im Mittelpunkt unseres bildungspolitischen Arbeitens und Planens steht. Deshalb gehen wir davon aus, dass wir mit der Förderung des einzelnen Kindes in einem differenzierten Bildungswesen die richtigen Grundantworten geben. Warum? Wir glauben, dass mit unterschiedlichen Angeboten in einem differenzierten Bildungswesen, dessen Qualität bei gleichzeitiger Beachtung des Themas Teilhabegerechtigkeit stets fortentwickelt wird, die Bildungschancen der jungen Menschen besser entwickelbar sind als in dem Grundentwurf, der auf eine einheitliche Schulform setzt.

Die Kolleginnen und Kollegen der Koalitionsfraktionen benennen zu Recht die Punkte, die zeigen, dass die Entwicklung in unserem Bildungswesen in die richtige Richtung geht. Wir sind in den vergangenen Jahren auf diesen Themenfeldern entscheidende Schritte vorangekommen. Ich verweise auf einen Vergleich der Leistungsfähigkeit junger Menschen in diesem Land, der die 9. Klassen aller Schularten - Hauptschulen, Wirtschaftsschulen, Realschulen, Gymnasien - umfasste. Es hat sich gezeigt, dass wir in Bayern, was die abgefragten Bereiche angeht, unter allen 16 Ländern nicht ganz hinten liegen.

Auf der anderen Seite - das nehme ich auch für mich persönlich in Anspruch - habe ich von Anfang an, seit Übertragung der Verantwortung für die Bildungspolitik in Bayern auf mich, die Problemstellen benannt, also von den Eltern benannte Schwachstellen und Bereiche, in denen wir besser werden müssen. Ich habe auch darauf hingewirkt, dass wir an der Lösung dieser Probleme - denn wo Licht ist, ist auch Schatten - gemeinsam weiterarbeiten.

Die Gesamtstrategie der Bildungspolitik des Freistaates Bayern - ein wichtiges Politikfeld! - schlägt sich in einem Doppelhaushalt natürlich nieder. Wir nehmen genauso für uns in Anspruch, dass wir dem Prinzip "Klarheit und Wahrheit" folgen. Bereits im Koalitionsvertrag haben wir Festlegungen zur Bildungspolitik getroffen; Frau Kollegin Will hat dazu ausgeführt. Beide Parteien verfügen über profilierte Vorstellungen

und programmatische Gedankengebäude zur Fortentwicklung der Bildungspolitik, die wir in einem sehr guten Koalitionsvertrag zusammengeführt haben. Dazu zählt unter anderem, dass wir in Bildung massiv investieren. Wenn die Zahlen, die Sie heute beschließen werden, schlicht und einfach zur Kenntnis genommen werden, stellt man fest, dass der Bildungshaushalt seit Beginn dieser Legislatur um etwa 1 Milliarde Euro gewachsen ist. Dass darin auch die Aufwendungen für Pensionslasten und Ähnliches geführt werden, ist Allgemeingut und nachvollziehbar.

Die weiteren Festlegungen des Koalitionsvertrages, zum Beispiel 1.000 Planstellen für die Erfüllung zusätzlicher Aufgaben, werden in diesem Doppelhaushalt umgesetzt.

Genauso deutlich ist - das haben wir zu jedem Zeitpunkt öffentlich dargelegt -, dass wir im Zusammenhang mit dem Wegfall des neunten Gymnasialjahres eine bildungsgeschichtlich einmalige Situation; 1953 war das neunte Gymnasialjahr wieder eingeführt worden - einen Wegfall von Unterrichtsverpflichtungen im Umfang von 1.819 Planstellen zu vollziehen haben. Dass der Kultusminister und Bildungspolitiker an dieser Stelle natürlich weiterhin entsprechende Akzente setzen möchte, ist doch nachvollziehbar.

Die Frage der Planstelleneinzüge haben wir genauso präzise deutlich gemacht. Wir haben eine auf die Schularten heruntergebrochene Darstellung der Entwicklung der Vollzeitlehrereinheiten seit 2008 mit entsprechenden konkreten und präzisen Fundstellen in einem komplexen Haushaltswerk auf den Tisch gelegt. Wenn man die Bilanzsumme von 9,8 Milliarden Euro eines Unternehmens mit etwa 110.000 Beschäftigten darstellt, dann ist das nicht auf einer A4-Seite möglich. Deshalb haben wir die Zahlen ganz präzise öffentlich vorgestellt.

Man kann zu Recht darum ringen, inwieweit das alles ausreicht. Herr Kollege Eisenreich hat gesagt: Natürlich sind Bildungspolitiker von Amts wegen dazu verpflichtet, beim Einsatz von Planstellen und Haushaltsmitteln auf mehr angelegt zu sein.

Trotzdem kann in diesem Haushalt die Dualität der Ziele erreicht werden. Das eine Ziel ist die Generationengerechtigkeit mit einer entsprechend nachhaltigen Haushaltspolitik, die ohne Nettoneuverschuldung auskommt. Das andere Ziel ist das kraftvolle Investieren in Bildung.

Wir stellen das einzelne Kind in den Mittelpunkt. Wir müssen mit unterschiedlichen sozialen Startbedingungen umgehen. Auch das gehört zur Beschreibung der Bildungswirklichkeit in diesem Land, die von mir selbst und von den Kolleginnen und Kollegen der Koalition immer deutlich unterstrichen wird.

Wenn uns die empirische Bildungsforschung darlegt, dass die soziale Herkunft eines Kindes nach wie vor einen zu starken Einfluss auf seinen persönlichen, individuellen Bildungserfolg ausübt - das gilt für Bayern wie für die Bundesrepublik Deutschland -, dann ist diese Schere auszugleichen. Das heißt: Der Staat hat in der Bildungspolitik darauf hinzuwirken, dass soziale Startnachteile in dem familiären sozialen Hintergrund in ihrer Wirkung auf den Bildungserfolg zurückgedrängt werden. Wir benennen beides ganz deutlich.

Den Hinweis, dass ein Arbeiterkind 6,5-mal weniger häufig den Weg zum Abitur findet als ein Akademikerkind, kann ich nur unterstreichen und wiederholen. Der zweite Teil der Wahrheit ist aber - er ist in den Erhebungen nicht eingerechnet -, dass, wie es Kollege Eisenreich angesprochen hat, etwa 42 % der jungen Menschen, die eine Hochschulzugangsberechtigung erwerben, diesen Faktor deutlich absenken.

Ich nenne Ihnen Zahlen. Im vergangenen Jahr haben 35.000 junge Menschen das Abitur an einem bayerischen Gymnasium gemacht. 26.000 junge Menschen haben ihren Bildungsweg über den Weg der beruflichen Oberschule oder über einen der anderen 14 Zugänge zur Hochschule abgeschlossen. In diesem Bereich stecken die Dynamik und die soziale Teilhabegerechtigkeit im bayerischen Bildungswesen. Zum Beispiel bildet sich im Bereich der beruflichen Oberschulen genau der prozentuale Anteil ab, den die Bevölkerung mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung bereits ausmacht. Aber deswegen verweisen wir genauso darauf - daran müssen wir weiter arbeiten -, dass die jungen Menschen mit Migrationshintergrund natürlich einen ihrem Bevölkerungsanteil entsprechenden oder eventuell mit einem höheren Anteil Zugang zur Realschule oder zum Gymnasium finden.

Wir benennen die Fakten, wo sie verbesserungswürdig oder die Probleme zu lösen sind. Wir benennen aber auch die Fakten, wo das Bildungswesen in Bayern den jungen Menschen gute oder sehr gute oder bundesweit sogar herausragende Chancen bietet. Wir wollen den Weg der individuellen Förderung konsequent weitergehen.

Uns geht es darum, dem Einzelnen einen persönlich auf seine Entwicklung zugeschnittenen Bildungsweg zu eröffnen, ein Stück weit auch abgekoppelt von der pädagogischen Konzeption einer Schule. Das ist ein zentrales Anliegen. Darin unterscheiden wir uns fundamental von den Kolleginnen und Kollegen der Opposition, die mit dem Konzept "für alle dasselbe" un-

terwegs sein möchten. Die Kollegen nennen das "Gemeinschaftsschule". Wir erlauben uns, dieses Projekt "Einheitsschule" zu nennen.

Ich mache Ihnen das deutlich. Mit dem Projekt der flexiblen Grundschule werden wir in der Lage sein, die Grundschulverweildauer eines Kindes seiner Entwicklung mit dem reformpädagogischen Instrument der jahrgangskombinierten Klasse anzupassen. Wie Sie wissen, kann die Grundschule in der Regel in vier, aber auch in fünf Jahren durchlaufen werden.

Wir haben unter erheblichem Planstelleneinsatz die individuelle Förderung an der Stelle ermöglicht, wo der erste Übergang in einem differenzierten Bildungswesen stattfindet. Kein Ergebnis der empirischen Bildungsforschung, das ernst zu nehmen ist, kann die Berechtigung, eine entsprechende Schullaufbahn am Ende der vierten Klasse einzuleiten, infrage stellen. Man kann zwar andere Wege gehen, aber sie sind aufgrund der empirischen Bildungsforschung nicht abstützbar.

Wir gehen unseren Weg. Wir haben das Instrument, das am Gymnasium im Rahmen des achtjährigen Zuges neu ist, neu eingeführt.

Dann gibt es die doppelt besetzte Förderstunde unter dem Begriff "Intensivierungsstunde". Dieses Instrument haben wir an allen bayerischen Hauptschulen und Mittelschulen eingeführt. Wir werden in der Lage sein, das Instrument der doppelt besetzten Förderstunde in der sechsten Klasse der bayerischen Mittelschule fortzuführen.

Eine Förderstunde mit normaler Lehrerbesetzung haben wir in der fünften Jahrgangsstufe der Realschule in Bayern flächendeckend eingeführt. Wir teilen die Förderstunde in der vierten Klasse jeder Grundschule in Bayern ab dem 25. Schüler.

Es gibt keine Klasse mehr mit über 25 Schülern an einer bayerischen Volksschule, die einen höheren Anteil an Jugendlichen mit Migrationshintergrund von 50 % und mehr hat. Dies hat allein für die Landeshauptstadt München eine zusätzliche Zahl von über 100 Klassen im vergangenen Schuljahr bedeutet. Diesen Weg der individuellen Förderung und der Investitionen in diese Förderung gehen wir konsequent weiter. Wir wissen um die Beschränktheit der Ressource. Wir können zusätzliche Lehrerplanstellen, nämlich diese 1000 Stellen pro Jahr für zusätzliche Aufgaben, auf den Weg bringen. Ich bin dem Kollegen Fahrenschon und den Haushaltspolitikern der Koalition sehr dankbar, dass dies im Umfeld einer sehr schwierigen Haushaltsaufstellung möglich ist und möglich war.

Wir widmen uns nicht nur den zwei neuen Herausforderungen. Es handelt sich einmal um den Ausbau des flächendeckenden und bedarfsgerechten Ganztagsangebots. Antragsberechtigt für die entsprechende Ausbringung von Ganztagsangeboten sind, wie Sie wissen, die Kommunen. Wir gehen - Kollege Eisenreich hat es beschrieben - mit dem Instrument der offenen Ganztagsangebote weiter in die Fläche. Wir gehen Schritt für Schritt weiter in den Bereich der Volks- und Förderschulen. Wir beginnen die politische Zusage im Herbst mit gebundenen Ganztagsangeboten an Realschulen und Gymnasien.

Wir gehen den Weg, die Bildung bei den Menschen zu lassen. Wir gehen mit dem Konzept der bayerischen Mittelschule den Weg, die Bildung bei den Menschen zu lassen und die weiterführende Bildung zu den Menschen zu bringen. Das selbstverantwortliche Instrument der Schulverbünde weist hier den Weg.

Kommunen, Schulfamilien, die Schulen selbst entscheiden über ihren Bildungsweg, suchen in der interkommunalen Zusammenarbeit Partner, mit denen sie ein wohnortnahes weiterführendes Schulangebot in der Fläche organisieren.

Wir haben eine Mittelschulklasse mit einer Klassenstärke von sage und schreibe neun Schülern. Das ist die Mittelschulklasse mit der geringsten Klassenstärke, die es in Bayern gibt. Wir haben über hundert Mittelschulstandorte, an denen die Jahrgangsfolge fünf, sechs, sieben, acht, neun nicht mehr gehalten werden kann. Wir haben Hunderte von Klassen, die die bisherige Klassenmindeststärke von 15 Schülern unterschreiten, weil sich die Schulverbünde im Rahmen ihrer neuen Budgetkompetenz dazu entschlossen haben.

Diese zwei Faktoren, nämlich die Unterschreitung der Mindestklassenstärke und das Ausfallen der Jahrgangsfolge, wären bis zu diesem Schuljahr zwingende Gründe gewesen, einen Schulstandort zu schließen. Wir haben das Hauptschulsterben in Bayern fast zum Stehen gebracht.

(Unruhe bei den Oppositionsfraktionen)

- Die Zahlen sind für Sie abrufbar und einsehbar. Sie mögen Ihnen in politischer Sicht nicht zusagen. Aber es ist so, dass wir das Schließen von Hauptschulstandorten nahezu zum Stehen gebracht haben.

Unsere Aussage ist wie immer politisch verantwortbar und realistisch. Wir sagen: Wir wollen in diesem Land so viele Standorte wie möglich und so lange wie möglich erhalten. Wir wollen mit der bayerischen Mittelschule und ihrem Alleinstellungsmerkmal - das ist das Kernstück der Überlegungen zum differenzierten Bildungswesen - im allgemeinbildenden Bereich den jungen Menschen und den jungen Familien Bildungsangebote unterbreiten, die mit besonderen Profilen und besonderen Antworten und ihren pädagogischen Alleinstellungsmerkmalen einen Weg anbieten, der für die jeweilige Bildungslaufbahn die richtige Antwort ist.

Wir wollen das Alleinstellungsmerkmal der bayerischen Hauptschule, nämlich die intensive Berufsorientierung durch die symbiotische Zusammenarbeit zwischen den Ausbildungsbetrieben der örtlichen Wirtschaft und den beruflichen Schulen, intensiv fortentwickeln. Wir wollen den Weg der jungen Menschen, wohnortnah zu einem vergleichbaren mittleren Abschluss zu kommen, genauso intensiv ausbauen. Deshalb werden wir in Zukunft in der 7., 8. und 9. Klasse der Mittelschulen eine zusätzliche Stunde Englischunterricht anbieten. Wir werden den mittleren Abschluss auf die entsprechenden Standards der Kultusministerkonferenz für die mittleren Abschlüsse hin entwickeln, was insbesondere im Fach Englisch eben ein Mehr bedeutet. Das heißt, die inhaltlich vergleichbaren Anforderungen der mittleren Reife der Realschule, des mittleren Abschlusses der Wirtschaftsdes mittleren Abschlusses schule und bayerischen Mittelschule werden ein Stück Bildungsgerechtigkeit mit wohnortnaher Versorgung schaffen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Wir entwickeln die bayerische Realschule, die erfreulicherweise stark nachgefragt wird, weiter im Rahmen der strategischen Profilbildung Realschule 21.

Wir haben eine MINT-Initiative mit Unterstützung der bayerischen Wirtschaft auf den Weg gebracht. Wir werden das Instrument der Begabten- und Hochbegabtenförderung von den Gymnasien auf die Realschulen ausdehnen. Wir haben insbesondere mit dem verbreiterten Zugang zur Fachoberschule einen Weg geschaffen, der dazu führt, dass wir inzwischen 40 % der jungen Menschen mit einer Hochschulzugangsberechtigung über diesen Weg begrüßen können. Das habe ich bereits dargelegt.

Wir haben die große Aufgabe, die beiden Abiturjahrgänge des letzten neunjährigen und des ersten achtjährigen Zuges in diesen Tagen mit Erfolg zum Abschluss zu führen. Das schriftliche Abitur des neunjährigen Zuges ist vergangenen Freitag zu Ende gegangen.

Wir haben diesen Prozess mit aller Intensität begleitet. Auch hier gilt: Wir haben Schwächen, Systemfehler und Probleme, die sich in der Umsetzung der gym-

nasialen Oberstufe im achtjährigen Zug gezeigt haben, mit der Monitoring-Strategie ganz bewusst aufgegriffen. Wir haben sie bewertet und haben an Dutzenden von Einzelpunkten nachgesteuert und systemische Veränderungen vorgenommen, um den jungen Menschen des ersten achtjährigen Zuges eine vergleichbare Chance zu eröffnen, das Abitur zu erwerben.

Diese Dinge sind Ihnen bekannt. Es gibt dazu Maßnahmenkataloge erheblichen Umfangs. Wir haben nicht nur für das achtjährige Gymnasium eine solche Strategie des steten Begleitens und Veränderns wo notwendig entwickelt, sondern auch den Schülerinnen und Schülern des neunjährigen Zuges mit der sogenannten Günstigkeitsklausel der besonderen Situation des letzten G-9-Jahres Rechnung getragen. Sie wissen: Die Schüler können je nachdem, wie es für sie günstiger ist, wählen, ob sie die Benotung schriftlich/mündlich in der Gewichtung 2: 1 wie bisher in der Kollegstufe einbringen wollen oder mit der Gewichtung 1: 1.

Wir werden diesen Weg des intensiven Begleitens auch für den achtjährigen Zug bis zur Aushändigung des Abiturzeugnisses gehen. Wir werden Hinweise aufgreifen, entsprechend notwendige Bewertungen vornehmen und gegebenenfalls entsprechende Nachsteuerungen bis zum letzten Tag, so es erforderlich sein sollte, angehen, um diesem Anspruch gerecht zu werden.

Wir wissen, dass das achtjährige Gymnasium in seiner Gänze einer kritischen Würdigung bedarf. Deshalb habe ich veranlasst, dass die Monitoring-Strategie für die beiden Jahrgänge neun und zehn im Herbst des kommenden Schuljahres aufgenommen wird. Das Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung München - ISB - ist bereits beauftragt, entsprechende Vorbereitungen zu treffen, um eine wissenschaftlich abgestützte Abfrage vornehmen zu können. Wir werden auch die gymnasiale Unterstufe einer solchen Revision, einem solchen kritischen Blick noch einmal unterziehen und da, wo notwendig, auch Konsequenzen ziehen.

Der Weg der jungen Menschen in die berufliche Bildung in Bayern ist sehr breit. Eine knappe halbe Million junger Menschen besucht in Bayern insgesamt die beruflichen Schulen. Hier werden qualitativ hochwertige Abschlüsse erzielt, die den jungen Menschen einen sicheren Weg in ihre berufliche Zukunft eröffnen und auch den Weg von einem regulären Erstausbildungsgang mit einem Berufsabschluss über weitere Abschlüsse bis hin zur allgemeinen Hochschulreife ermöglichen.

Wir werden auch den konsequenten Ausbau der beruflichen Schulen vorantreiben. Hier haben wir ähnliche Probleme zu bewältigen wie bei der Frage einer wohnortnahen Versorgung mit allgemeinbildenden Angeboten im Bereich der Mittelschule. Wir müssen nämlich das Thema Demografie und Verbleib beruflicher Bildungsangebote in den ländlichen Räumen in besonderer Weise in den Focus nehmen.

Die Bayerische Staatsregierung und die sie tragende Koalition verstehen sich als Schulbaumeister.

(Beifall bei der CSU - Zurufe von der CSU: Bravo! - Lachen und Widerspruch bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir bringen die Schule zu den Menschen. Wir haben seit 2008 über zehn neue Realschulen genehmigt bzw. sie befinden sich im Bau. Seit 2008 haben wir zehn neue Gymnasien genehmigt bzw. sie befinden sich im Bau.

(Alexander König (CSU): Wo gibt es das sonst in Deutschland? - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Wir haben mit dem neuen Instrument des Kooperationsmodells zwischen Mittelschule und Realschule ein Realschulangebot an Standorten insbesondere in ländlichen Räumen ins Werk setzen können, wo es bisher nicht möglich war.

Wir haben mit einem neuen Kooperationsmodell versucht, ein Modell zwischen Mittelschule und Wirtschaftsschule zu erproben, das die erfolgreichste Schulart im beruflichen Bildungswesen, nämlich die Wirtschaftsschule, noch ein Stück näher an die allgemeinbildende Schule heranführen wird.

Wir konnten im Bereich der beruflichen Schulen, insbesondere der Fachoberschulen und der Berufsoberschulstandorte, zusätzliche Standorte in zweistelliger Zahl aufbringen oder bestehende Standorte ausbauen. Dies alles sind Anstrengungen um das zentrale Thema: Wie können wir der Zukunft unserer jungen Menschen mit einem adäquaten, einen die Zukunft eröffnenden Bildungsangebot gerecht werden? Wir wissen um die besonderen Anforderungen etwa bei der Entwicklung der Klassenstärken oder im Bereich des Unterrichtsausfalls. Dies sind Themen, die die Menschen in diesem Land bewegen und umtreiben.

Selbstverständlich nehmen wir auch öffentliche Äußerungen zu diesen Themen sehr ernst. Wir können deshalb darauf verweisen, dass wir in Übereinstimmung mit dem Obersten Rechnungshof die Methode zur Erhebung des Unterrichtsausfalls vor einem Jahr erweitert haben. Wir legen nicht nur die bisher übli-

chen, auf einem Landtagsbeschluss fußenden stichpunktartigen Erhebungen vor, die sehr differenziert ausweisen, warum Unterricht ausfällt, sondern wir sind auch zum ersten Mal dabei, im laufenden Schuljahr für alle Schularten den Verlauf des Schuljahres und den entsprechenden Unterrichtsausfall in Gänze abzubilden.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Wir können die Ergebnisse des ersten Halbjahres, die jetzt ausgewertet sind, inzwischen vorlegen. Diese weisen Gott sei Dank aus, dass sich der Unterrichtsausfall im Wesentlichen bei den Prozenten bewegt, die wir auch bei den Stichproben bisher feststellen konnten. Mit den Anstrengungen, die die Koalition in diesem Doppelhaushalt unternimmt, mit dem Ausbringen zusätzlicher Lehrerplanstellen und dem entsprechenden Einsatz der demografischen Rendite für die entsprechenden Schülerströme und die neu einzuschreibenden Kinder, um die Klassenbildung abzustützen, haben wir die Möglichkeit, dem Unterrichtsausfall mit den herkömmlichen Instrumenten zu begegnen. Dass wir uns diesen Problemen stellen, wird von niemandem verheimlicht oder kleingeredet. Ich selbst habe die Erweiterung der Erhebungsstrategie für den Unterrichtsausfall deutlich öffentlich gemacht und habe dafür ein besonderes Lob des Obersten Rechnungshofes erhalten, der festgestellt hat, dass das Kultusministerium selbst im Umgang mit diesem sehr, sehr wichtigen Thema des Unterrichtsausfalls auf neue validere Erhebungsmethoden zugeht.

Damit möchte ich die Grundaufstellung unserer Bildungspolitik deutlich machen. Wir nehmen die Realität an den Schulen mit all ihren Problemen, die dort festzumachen sind, mehr als ernst. Ich habe zu Beginn meiner Arbeit im Kultusministerium zum Beispiel das Problem der Unterrichtsversorgung an den Förderschulen in unserem Lande, das leider, was die Lehrerversorgung angeht, die schlechteste in der Bundesrepublik Deutschland ist, öffentlich genannt

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

und habe dies erst in der vergangenen Woche im Zusammenhang mit dem Einbringen des gemeinsamen, parteiübergreifenden Gesetzentwurfs zur Weiterentwicklung des Themas Inklusion erneut getan.

Wir nehmen die Problembeschreibungen mehr als ernst. Wir stellen uns diesen Fragen und engagieren uns mit den entsprechenden massiven Investitionen in die Bildung auch bei diesen Fragestellungen. Von Schönfärberei der Situation an den Schulen in Bayern kann keinerlei Rede sein.

Zur Wahrheit gehört aber auch - ich möchte es abschließend noch einmal sagen -, dass das, was das differenzierte Bildungswesen den jungen Menschen in Bayern als Zukunftschancen eröffnet, erhärtet durch die Ergebnisse von zehn Jahren empirischer Bildungsforschung, mit das Beste ist, was das Bildungswesen in der Bundesrepublik Deutschland den jungen Menschen anzubieten vermag.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich sage es noch einmal: Dies geschieht bei gleichzeitiger Benennung der Probleme, der Schwierigkeiten und der Dinge, die wir verbessern müssen, als Auftrag einer ganzheitlich verstandenen Bildungspolitik.

Ich gehöre diesem Hohen Hause mittlerweile 16 1/2 Jahre an. In der vergangenen Woche konnten wir eine besondere Stunde erleben: Alle fünf Fraktionen haben sich in einem sehr sensiblen Politikfeld, dem Thema, wie wir mit der Bildungszukunft der jungen Menschen mit Förderbedarf umgehen, gemeinsam gestellt. Sie wollen parteiübergreifend Lösungen entwickeln, die einen wichtigen Anfang markieren. Mit dem Schulprofil Inklusion gibt es etwas Neues, das wir im Bereich der allgemeinbildenden Schule und, so gewünscht, auch im Bereich der beruflichen Schulen anbieten können, um der gleichberechtigten Teilhabe an Bildung von jungen Menschen mit Förderbedarf zukunftsweisend gerecht zu werden. Ich sage bewusst: Dies ist ein Anfang. Auch die zweimal einhundert Planstellen, die in diesem Doppelhaushalt zur Verfügung gestellt werden können, um das Thema der Fortentwicklung der Lehrerversorgung in diesem Bereich zu unterstreichen, haben die Kollegen mit einem gemeinsamen Beschluss festgelegt. Dem werden wir natürlich folgen.

Diese neue Sichtweise wird auch die Bildungslandschaft in Bayern verändern, wenn dann nämlich Kinder mit Förderbedarf in der Mitte unserer Schullandschaft unterwegs sind.

Gleichzeitig freut es mich sehr, dass die erfolgreiche Arbeit der Förderschulen und sonderpädagogischen Förderzentren als Ort von Schulen, aber auch als Kompetenzzentrum weitergeführt werden kann.

Ich freue mich sehr, dass wir mit diesem Doppelhaushalt, so das Hohe Haus zustimmt, der zentralen Aufgabe unserer Gesellschaft, die Bildungschancen der jungen Menschen in unserem Land mit aller Nüchternheit, mit offenem Blick für Schwächen und Fehler, mit klarem Blick für Chancen und Möglichkeiten weiterzuentwickeln, ein Stück weit gerecht werden können. Ich bin stets zum Dialog mit allen Vertretern hier in diesem Hohen Hause bereit, im Sinne der jungen Menschen und Familien in unserem Land.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Staatsminister Dr. Spaenle. Damit ist die Aussprache zum Einzelplan 05 abgeschlossen.

Bevor ich in die Abstimmung eintrete, möchte ich Folgendes mitteilen: Wir führen jetzt alle Abstimmungen zum Einzelplan 05 durch. Anschließend gehen wir in eine Mittagspause von einer halben Stunde. Das heißt, die Mittagspause verschiebt sich gegenüber der ursprünglichen Planung.

Wir kommen also jetzt zur Abstimmung. Dieser Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2011/2012, Einzelplan 05, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/7852 mit 16/7892 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 16/8168 zugrunde.

Vorweg lasse ich jetzt, wie von der SPD-Fraktion beantragt, über die beiden Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/7857 und 16/7858 in namentlicher Form abstimmen.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag auf der Drucksache 16/7857, betreffend Erhöhung der Vereinspauschale, abstimmen. Für die Stimmabgabe sind Urnen auf beiden Seiten des Sitzungssaals und auf dem Stenografentisch bereitgestellt. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Hierfür stehen fünf Minuten zur Verfügung. -

(Namentliche Abstimmung von 13.24 bis 13.29 Uhr)

Die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt. Das Ergebnis gebe ich später bekannt.

Wir führen zwischenzeitlich die namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag auf Drucksache 16/7858,

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

betreffend Vereinseigener Sportstättenbau, durch. Die Urnen sind wieder bereitgestellt. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Hierfür sind drei Minuten vorgesehen.

(Namentliche Abstimmung von 13.30 bis 13.33 Uhr)

Die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Zur Ermittlung des Abstimmungsergebnisses wird die Sitzung kurz unterbrochen. Ich bitte aber, hier im Plenum zu bleiben, weil wir noch weitere Abstimmungen einschließ-

lich der Schlussabstimmung vor uns haben und diese nicht auf den Nachmittag verschieben wollen.

(Unterbrechung von 13.34 bis 13.37 Uhr)

Die Sitzung wird wieder aufgenommen. Ich gebe das Ergebnis der vorher durchgeführten namentlichen Abstimmungen bekannt.

Beim Änderungsantrag, betreffend Erhöhung der Vereinspauschale, Drucksache 16/7857, haben mit Ja gestimmt 51, mit Nein 94; Stimmenthaltungen: 20. Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Beim Änderungsantrag, betreffend Vereinseigener Sportstättenbau, Drucksache 16/7858, haben mit Ja gestimmt 51, mit Nein 95; Stimmenthaltungen: 21. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Der Einzelplan 05 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/8168 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen. Wer dem Einzelplan 05

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Gegenstimmen? - Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der SPD und der GRÜNEN und die Abgeordnete Dr. Pauli. Stimmenthaltungen? - Sehe ich keine. Damit ist der Einzelplan 05 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge gelten, soweit über sie nicht einzeln abgestimmt worden ist, gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 4)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor. Ich zitiere:

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen, insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen, beim endgültigen Ausdruck des Einzelplanes vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP und der SPD. Gegenstimmen? - Keine. Stimmenthaltungen? - Das sind die Fraktionen der FREI-EN WÄHLER, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und Frau Kollegin Dr. Pauli. Es ist so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 16/8168 weise ich darauf hin, dass der Änderungsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf der Drucksache 16/7864, betreffend Kosten der Schülermitverwaltung, seine Erledigung gefunden hat. Die Beratung des Einzelplans 05 ist damit abgeschlossen.

Ich unterbreche damit die Sitzung und berufe sie für den Zeitpunkt 14.10 Uhr wieder ein. Ich wünsche eine schöne Mittagspause.

(Unterbrechung von 13.41 bis 14.14 Uhr)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Meine Damen und Herren, wir fahren in der Sitzung fort.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 11 auf:

Haushaltsplan 2011/2012; Einzelplan 04 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 16/7283 mit 16/7299)

und

Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 16/7333 mit 16/7339)

und

Änderungsanträge der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 16/7369 mit 16/7382)

Im Ältestenrat wurde für die Aussprache eine Gesamtredezeit von 1 Stunde und 30 Minuten vereinbart. Davon entfallen auf die CSU-Fraktion 22 Minuten, auf die SPD-Fraktion 14 Minuten, auf die

Fraktionen der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNIS-SES 90/DIE GRÜNEN jeweils 11 Minuten

(Christine Stahl (GRÜNE): Zu wenig!)

und auf die FDP-Fraktion 10 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion, sie kann deshalb bis zu 22 Minuten sprechen,

(Christine Stahl (GRÜNE): Zu viel!)

ohne dass sich dadurch die Redezeit der Fraktionen verlängert.

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich schon jetzt darauf hin, dass die Fraktion der FREIEN WÄH-LER beantragt hat, über ihre Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/7333 und 16/7337 einzeln, und zwar in namentlicher Form abstimmen zu lassen. Nun eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat die Frau Staatsministerin der Justiz. Bitte schön.

Staatsministerin Dr. Beate Merk (Justizministerium):

Herr Präsident, liebe anwesende Kolleginnen und Kollegen! Es ist heute das vierte Mal, dass ich gemeinsam mit Ihnen den Einzelplan 04 auf den Weg bringe. Es ist das vierte Mal, dass ich Ihnen den Entwurf eines Haushalts vorlege, der das Fundament legt für eine leistungsfähige und innovative Justiz, für eine Justiz, die in der Bundesrepublik einen Spitzenplatz einnimmt, für eine Justiz, die als Motor der deutschen Rechtspolitik gilt. Genauso wie in den Vorjahren ist dieser Entwurf ausgewogen. Er gewährleistet die Umsetzung des Notwendigen, gleichzeitig gibt er aber auch Raum für neue ambitionierte Projekte. Er ist das Ergebnis zähen Ringens, harter Verhandlungen, mühsamer Rechnungen. Wir mussten auf manches verzichten, was uns sehr wichtig war und bleibt. Das Ergebnis erlaubt der Justiz aber, ihren Auftrag, die Gewährung von Rechtsfrieden und Rechtssicherheit, in gewohnt qualitätvoller Weise zu erfüllen. An dieser Stelle danke ich meinem Kollegen Georg Fahrenschon und seinem Staatssekretär Franz Pschierer, die beide stets ein offenes Ohr für das Anliegen der Justiz haben und die hart, aber fair das Mögliche möglich gemacht haben. Ein Vergelt's Gott gilt auch Petra Guttenberger, Thomas Kreuzer, Alexander Radwan und ganz besonders Georg Winter für den gemeinsamen Einsatz. Mein Dank gilt selbstverständlich auch den Kollegen des Koalitionspartners und ganz besonders Herrn Dr. Fischer für die gute Zusammenarbeit. Hier möchte ich ganz besonders das gute Miteinander im Zusammenhang mit dem Untersuchungshaftvollzugsgesetz nennen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, was macht diesen Einzelplan 04 aus? - Sie werden auf den ers-

ten Blick erkennen, dass der Schwerpunkt auf die Einhaltung der Sicherheit gelegt ist. Sicherheit ist in einem freiheitlichen Rechtsstaat essenziell. Ohne Sicherheit sind alle Rechte wertlos, ohne Sicherheit können unsere Bürgerinnen und Bürger ihre Rechte nicht leben.

Wichtig war uns aber nicht nur die Erhaltung von Bewährtem, wichtig war uns auch die Verlässlichkeit der Justiz zu sichern, indem wir gesellschaftliche Veränderungen berücksichtigen. Wie sieht das konkret aus? - Was das Thema Sicherheit anbelangt, so wissen Sie alle, dass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte uns gezwungen hat, den Vollzug der Sicherungsverwahrung neu zu gestalten. Das Abstandsgebot zum Strafvollzug erfordert die Errichtung eines gesonderten Gebäudes mit einem eigenen Sicherheits- und Behandlungskonzept für Sicherungsverwahrte. Der Bedarf liegt bei rund 80 Plätzen. Straubing, wo die Sicherungsverwahrten schon heute untergebracht sind, ist dafür der richtige Platz, denn die Anstalt dort ist sicher und mit modernster Technik ausgestattet. In Straubing können wir nicht zuletzt Synergieeffekte nutzen, beispielsweise eine sehr breite Palette an qualifizierten Arbeitsplätzen vom Handwerker bis zu demjenigen, der am Computer hoch qualifizierte Arbeiten leistet. Die Gesamtkosten für den Neubau liegen bei 18 bis 20 Millionen Euro. 12 Millionen Euro konnten wir in den aktuellen Haushalt einstellen, und damit ist gewährleistet, dass Planung und Bau schnellstmöglich beginnen. Ich will damit sicherstellen: Es müssen keine hochgefährlichen Straftäter auf freien Fuß gesetzt werden.

Meinen lieben Kolleginnen und Kollegen, der Bau der besten und der sichersten Einrichtung reicht nicht aus. Was wir brauchen, ist ein modernes Behandlungskonzept, ein Konzept, das die Resozialisierung in den Vordergrund stellt. Wir brauchen ein Behandlungskonzept, das dazu dient, dass der Sicherungsverwahrte irgendwann wieder auf freien Fuß gesetzt werden kann, weil die Gefährlichkeit nicht mehr besteht. Für die Straftäter, die trotz aller Bemühungen bei ihrer Entlassung nach wie vor gefährlich sind, müssen engmaschige Konzepte ein Höchstmaß an Sicherheit bieten. Dazu wird in Kürze ergänzend die elektronische Aufenthaltsüberwachung gehören. Schon seit Jahren habe ich mich dafür stark gemacht. Der Bundesgesetzgeber hat nun, zum Anfang des Jahres, die rechtlichen Grundlagen geschaffen. Das heißt, die Gerichte können jetzt bei rückfallgefährdeten schweren Gewalt- und Sexualstraftätern die unter Führungsaufsicht stehen, die elektronische Überwachung ihres Aufenthalts anordnen.

Lassen Sie mich klarstellen, die elektronische Aufenthaltsüberwachung ist kein Allheilmittel. Sie ist, auch

wenn man sie immer wieder Fußfessel nennt, eben keine Fesselung, die Straftaten ausschließt. Daher ist sie auch kein Ersatz für eine geschlossene Unterbringung. Wenn aber ein gefährlicher Straftäter nach seiner Haft aus rechtlichen Gründen auf freien Fuß gesetzt werden muss, kann sie vor allem wegen ihrer Abschreckungswirkung ein wertvoller Bestandteil der Sicherheitsmaßnahmen für unsere Bevölkerung sein. Die Betroffenen wissen: Wenn sie eine neue Straftat begehen, können sie mit den registrierten Aufenthaltsdaten überführt werden. Um diese Technik unverzüglich zum Einsatz zu bringen, wurden die erforderlichen Mittel im aktuellen Doppelhaushalt bereitgestellt. Ich bin zuversichtlich, dass sie Anfang des Jahres 2012 einsatzfähig ist. Ich muss hinzufügen: Das ist nichts, das man von der Stange kaufen kann, sondern es muss erst erprobt werden, weil das eine völlig neue Technik ist, die fast nirgendwo in Echtzeit erprobt wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir nutzen unser Budget noch für weitere Maßnahmen der Sicherheit für die Menschen. Ich nenne das Präventionsprojekt "Kein Täter werden" in Bayern, mit dem wir Menschen mit pädosexuellen Neigungen erreichen wollen, bevor aus ihren Neigungen Missbrauchstaten werden. Das Programm wurde in Regensburg gestartet und kann dank ungekürzter Finanzmittel auch in den nächsten beiden Jahren fortgesetzt werden.

Zum Thema Sicherheit gehört auch, das der aktuelle Doppelhaushalt die Voraussetzungen für wichtige Sanierungs- und Bauvorhaben schafft, zum Beispiel für das Gefängnis in Gablingen und für ein neues Münchner Strafjustizzentrum. Die Sanierung der Gerichtsgebäude an der Nymphenburger Straße ist schlicht und einfach nicht wirtschaftlich.

Meine Kolleginnen und Kollegen, ich stehe hier nicht nur in der Jacke der Justiz-, sondern auch in der Jacke der Verbraucherschutzministerin. Im Schnittbereich von Justiz und Verbraucherschutz gibt es immer Brennpunkte, die wir mit dem aktuellen Haushalt entschärfen. Tag für Tag sind zahlreiche Verbraucher mit dem Problem ungewollter oder untergeschobener Vertragsabschlüsse konfrontiert. Die Geschwindigkeiten und die Möglichkeiten des Internets sind gewiss segenreich, aber die Möglichkeiten, Betrug über dieses Medium zu begehen, sind groß. Ein Nachteil: Viele Verbraucher sind nur einen Mausklick entfernt von dem Jahresabonnement einer nutzlosen Kochrezeptesammlung. Immer häufiger greifen schwarze Schafe unter den Unternehmern neben dem Telefon und neben der Werbung auf das Internet zurück. Hier besteht Handlungsbedarf. Was das Telefon angeht, sind wir längst einen Schritt weiter. Durch die Erweiterung des Widerrufrechts auf telefonische Bestellungen

von Zeitschriften sind entsprechende Werbeanrufe weitgehend verschwunden. Auch hier liegen noch Schritte vor uns.

Trotz des Bußgeldtatbestands für unerlaubte Werbeanrufe ist das Problem nicht völlig beseitigt. Cold Calling, also Anrufe, die man nicht will und die eine Belästigung darstellen, ist immer noch ein wirtschaftlich attraktives Unternehmen. Daher müssen wir den unseriösen Unternehmern die Suppe versalzen. Wenn der Aufwand höher ist als der schnelle Gewinn, lohnen sich solche Überrumpelungsanrufe nicht mehr. Gesetzgeberische Maßnahmen allein werden für die Sicherheit unserer Verbraucher aber nicht ausreichen. Unsere Verbraucherschutzpolitik stellt daher die Eigenverantwortung der Bürger in den Vordergrund. Dafür tun wir eine ganze Menge. Wir kümmern uns darum, früh das Wissen zu vermitteln, das in den Bereichen Finanzen, Ernährung oder World Wide Web notwendig ist. Das ist eine gute Basis, die wir den jungen Menschen mit auf den Weg geben können. Wir sorgen für eine verständliche und übersichtliche Aufklärung. Das Verbraucherportal der Staatsregierung ist tagesaktuell und bietet Hilfe zur Selbsthilfe in nahezu allen verbraucherrelevanten Lebensbereichen. Ich danke den Kolleginnen und Kollegen, die daran mitwirken und die Informationen aus den anderen Ressorts einstellen. Für das persönliche Gespräch stehen darüber hinaus bayernweit 31 Stellen der Verbraucherberatung zur Verfügung. Der Haushaltsansatz stellt sicher, dass Verbraucherzentrale und Verbraucherservice ihre Arbeit auf hohem Niveau fortsetzen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die beste Eigenverantwortung des Verbrauchers wird ihn nie gänzlich davor schützen können, doch in seinen Rechten verletzt zu werden. Kriminelle Energie ist offensichtlich doch zu lukrativ. In einem solchen Fall muss der Verbraucher darauf vertrauen dürfen, dass er seine Rechte durchsetzen kann. Der Weg zu Gericht kann sich bisweilen als hohe Hürde erweisen. Kostengünstiger und schneller ist oft eine außergerichtliche Klärung. Verbraucher und Unternehmer haben hier in Bayern vielfältige Möglichkeiten, vom Ombudsmann bis hin zur klassischen Mediation; doch leider werden diese Möglichkeiten noch nicht ausreichend genutzt. Ich bin davon überzeugt, dass wir mit einer gezielten Information das Bewusstsein für alternative Wege der Streitbeilegung stärken; denn diese sind vielfach viel nachhaltiger und umfassender, als es ein Urteil je sein könnte.

Mit der einvernehmlichen Streitbeilegung ist ein Stichwort angesprochen, das für mich eine zentrale Rolle spielt. Eine meiner ersten Forderungen kurz nach Amtsantritt im Herbst 2003 betraf die Prozessleiden-

schaft unserer Gesellschaft. Deswegen haben wir damals begonnen, an innovativen und kreativen Lösungen zu arbeiten, um eine Änderung der Streitkultur zu erreichen. Mittlerweile ist unser Modell "Güterichter" auf die Landgerichte, das Familiengericht München und das Oberlandesgericht München ausgedehnt und wird auf weitere Amtsgerichte erweitert. Der Erfolg gibt uns recht. Unseren Güterichtern gelingt es, in scheinbar hoffnungslosen Fällen die Kuh vom Eis zu bringen und gemeinsam mit den Parteien einen Weg zu finden, mit dem alle zufrieden sind und der in die Zukunft reicht. So können lange Prozesse und Folgeprozesse vermieden werden. Das bedeutet auch - das gebe ich unumwunden zu - eine Entlastung der Justiz.

Damit sind wir bei dem Thema, das mir am meisten am Herzen liegt, bei der Personalausstattung. Wir alle wissen und beklagen, wie belastet die bayerische Justiz ist, dass sie nur funktioniert, weil sich unsere großartigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Unglaubliches abverlangen. Dass sie auch noch herausragend dasteht, macht mich stolz auf die Angehörigen der bayerischen Justiz, denen ich von Herzen danke. Es ist aber ganz klar festzustellen: Uns fehlen Richter, Staatsanwälte, Rechtspfleger, Servicekräfte und Strafvollzugsbeamte. Ich weiß das, und Sie wissen das. Ein Mehr an Stellen ist aber im Moment nicht machbar, nicht, wenn wir unsere Verantwortung als gewählte Vertreter des Volkes ernst nehmen und über die nächsten fünf Jahre hinaus denken. Gesamtverantwortung für nachfolgende Generationen - das ist leicht gesagt. Weniger leicht ist es, sich diese Worte für das eigene Handeln zu Herzen zu nehmen. Dennoch müssen wir das tun, egal, welcher politischen Couleur wir angehören. Deswegen kann niemand guten Gewissens eine gute Personalausstattung fordern, ohne gleichzeitig ein Finanzierungskonzept auf den Tisch zu legen, allerdings kein Konzept, das in den Schuldenstaat führt und schließlich am Verfassungsgericht scheitert.

Ich weiß, dass sich auch die höchste Motivation und das stärkste Engagement nicht ewig durchhalten lassen. Deshalb habe ich seit 2003 bei allen Haushaltsverhandlungen die Personalausstattung in den Mittelpunkt gestellt. Ich habe meine Leute gleichzeitig mit Maßnahmen unterstützt, die ihnen ihre Arbeit erleichtern. Mit dem Projekt BayTech 2000 wurden alle 14.500 Arbeitsplätze mit modernster vernetzter PC-Technik ausgestattet. Das ist gut, aber darauf können wir uns jetzt nicht ausruhen, im Gegenteil. Wir sind mitten auf dem Weg zu einem elektronischen Rechtsverkehr. Hier erwarten uns neue Herausforderungen, die angepackt werden müssen.

Für dieses und nächstes Jahr haben wir mit einem beachtlichen Stellenhebungsprogramm etwas er-

reicht, was den Beschäftigten auf allen Ebenen zugutekommt. Nur ein Stichwort: Allein in diesem Jahr gibt es 71 Stellenhebungen für Richter und Staatsanwälte und fast 650 Hebungen für Justizwachtmeister. Enorm wichtig war es mir aber auch, befristete Beschäftigungsverhältnisse in unbefristete endlich umzuwandeln.

Meine sehr verehrten Damen und Herren Kollegen, wir haben die Zahl der Stellen für Richter und Staatsanwälte in den letzten zwei Doppelhaushalten um 60 erhöht. Für den Justizvollzug haben wir allein im letzten Haushalt 205 zusätzliche Planstellen geschaffen. Das Verhältnis Strafgefangene zu Beschäftigten hat sich damit weiter verbessert.

Eine traurige Erkenntnis ist es aber, dass der Mensch dazu neigt, Maßnahmen, die anscheinend selbstverständlich sind, nicht zu schätzen, obwohl sie überaus wertvoll sind. Bei meinen Besuchen in den Beitrittsländern spürte ich, was es bedeutet, wenn sich das Rechtssystem noch im Aufbau befindet. Wir haben das Glück, in einem funktionierenden Rechtsstaat leben zu dürfen.

(Beifall bei der CSU)

Unsere Polizei, unsere Strafjustiz und der Strafvollzug tun ihr Bestes, um die Bürgerinnen und Bürger zu schützen. Unser Rechtspflegesystem arbeitet verlässlich und zügig. Unsere Bürgerinnen und Bürger vertrauen der Justiz. Lassen Sie uns gemeinsam alles tun, damit dies so bleibt. Ich werde in den kommenden Haushaltsverhandlungen dafür kämpfen, dass das in der Koalitionsvereinbarung verankerte Ziel einer Verbesserung der Personalausstattung bei der Justiz um 400 Stellen weiter verfolgt wird. Ich bin überzeugt davon, dass ich auch Ihre Unterstützung dafür und für weitere Verbesserungen bekomme, die unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern weiter unmittelbar zugute kommen. Dazu gehören weitere Umwandlungen von befristeten in unbefristete Arbeitsverhältnisse. Erst letzte Woche haben wir mit den Fraktionsvorsitzenden darüber gesprochen, dass diese Maßnahme genauso notwendig ist wie eine Verbesserung bei den Eingangsgehältern der Gerichtsvollzieher. Wenn wir uns das gemeinsam vornehmen, haben wir einen Teil dazu beigetragen, dass das anscheinend Selbstverständliche noch ein Stück selbstverständlicher wird.

Der Einzelplan 04 ist die Basis für Recht und Sicherheit in Bayern, für die Sicherheit, die Jahr für Jahr Tausende von Privatpersonen und Unternehmen in unseren Freistaat zieht. Die Sicherheit ist unser Markenzeichen. Damit das so bleibt, bitte ich Sie um Zustimmung zum Justizhaushalt.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Den nächsten Wortbeitrag hat der Kollege Franz Schindler für die SPD-Fraktion.

Franz Schindler (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Staatsministerin! Ich bitte um Verständnis, dass ich jetzt, am zweiten Tag der Haushaltsberatungen, diese ewig gleichen Lobhudeleien darüber, dass wir doch in allen Bereichen Spitze seien, einfach nicht mehr hören mag.

(Beifall bei der SPD - Albert Füracker (CSU): Das stimmt doch!)

Meine Damen und Herren, so richtig es ist, dass an den bayerischen Gerichten, Staatsanwaltschaften und in den Justizvollzugsanstalten gute Arbeit geleistet wird, wofür ich namens der SPD-Landtagsfraktion allen Mitarbeitern an dieser Stelle ganz herzlich danken möchte, so richtig ist es aber auch, dass der Justizhaushalt und im Übrigen auch die Haushalte der Fachgerichtsbarkeiten, insbesondere der Sozialgerichtsbarkeit und der Arbeitsgerichtsbarkeit, auf Kante genäht sind, wie man heutzutage sagt. Das ist nicht nur die für Sie wahrscheinlich unmaßgebliche Meinung der Opposition in diesem Haus, sondern das ist auch die übereinstimmende Einschätzung aller Berufsverbände in der Justiz, vom Richterverein über den Verband der Justizvollzugsbediensteten, Verdi und Anwaltverband bis hin zum Hauptpersonalrat der Justiz und sogar bis zum Hauptstaatsanwaltsrat. Der Anwaltverband spricht davon, dass sich der Skandal um die Finanzierung der Justiz immer mehr ausweite und dass die Staatsregierung beim Doppelhaushalt 2011/2012 abermals - wörtlich zitiert - "bewusst auf Konfrontationskurs zur Justiz und zur Anwaltschaft gehe. Dringend benötigte Mittel würden nicht bereitgestellt." Soweit der Bayerische Anwaltverband.

Meine Damen und Herren, ich kann es Ihnen auch nicht ersparen, wenigstens einige Schlagzeilen aus der Presse der letzten Monate zu zitieren, so zum Beispiel die "Mittelbayerische Zeitung" vom 22. Januar 2011 - ein wörtliches Zitat:

Justitia am Abgrund - "Sparkurs an Gerichten und Staatsanwaltschaften führt zu einer krankmachenden Arbeitslast", so Walter Groß, der Vorsitzende des Bayerischen Richtervereins.

Ein anderes Beispiel aus der "Süddeutschen Zeitung" vom 14. Januar dieses Jahres: Zitat:

Wenn Straftäter unerlaubten Freigang genießen -Arbeitsüberlastung am Amtsgericht Augsburg führt zu gefährlichen und peinlichen Fällen. Justizministerin schweigt dazu.

So die "Süddeutsche Zeitung". Der Pressesprecher der Strafabteilung des Amtsgerichts Augsburg wird mit den Worten zitiert, die Politik spare ständig Planstellen ein, jetzt sei der Punkt erreicht, an dem das System kippt. Das sind nicht meine Worte, sondern die Worte des Pressesprechers des Amtsgerichts Augsburg.

Am 18. Januar dieses Jahres schrieb die "Süddeutsche Zeitung" - Zitat:

Ein Konjunkturprogramm für Straftäter - nach mehreren Sparrunden in der Vergangenheit herrscht in der bayerischen Justiz eklatanter Personalmangel.

"Die Justiz vor dem Kollaps" heißt es dort, keine gute Figur gebe hierbei Justizministerin Beate Merk ab. Ihre Aufgabe sei es nicht, Entscheidungen des EuGH öffentlichkeitswirksam zu kritisieren, sondern vielmehr solle sie sich darauf konzentrieren, funktionierende Strukturen im bayerischen Justizapparat herzustellen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Schließlich zitiere ich noch aus der "Süddeutschen Zeitung" vom 19. Juli letzten Jahres. Auch das sind nicht meine Worte, sondern die Worte des Präsidenten des Amtsgerichts München, Herrn Zierl. Er sagt: "Es fehlen uns 21 Richter, ich weiß nicht, wie es weitergehen soll." Ich könnte noch lange aus Pressemeldungen über die angespannte Lage bei der bayerischen Justiz und im Justizvollzug zitieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, angesichts der seit Jahren und Jahrzehnten vorhandenen und bekannten Unterfinanzierung und der strukturellen Defizite der Justiz und des Justizvollzugs möchte man eigentlich erwarten, dass die Justizministerin dafür kämpft, dass Abhilfe geschaffen wird. Davon habe ich leider nichts bemerkt. Im Gegenteil, im Haushaltsausschuss hat die Frau Staatsministerin ausweislich des Protokolls ausgeführt, dass mit einem Verzicht auf Mehrforderungen in den beiden Haushaltsjahren insgesamt 137 Millionen Euro eingespart worden seien und dass die echten Einsparungen pro Jahr 18 Millionen betragen würden. Da möchte ich schon wissen, auf welche Mehrforderungen Frau Ministerin Merk eigentlich verzichtet hat, sicherlich nicht auf die Mehrforderungen, die sich in den bescheidenen Haushaltsanträgen der Oppositionsfraktionen widerspiegeln. Die machen nämlich nur 46 Millionen aus. Wahrscheinlich waren es die Mehrforderungen aus dem eigenen Haus. Ich kann dem Herrn Finanzminister nur dazu gratulieren, dass er die Justizministerin so auf Linie gebracht hat, dass sie im Haushaltsausschuss nicht wie eine Justizministerin argumentiert und gekämpft hat, sondern wie ein Staatssekretär im Finanzministerium.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, weder heute noch im Haushaltsausschuss wurde ein Wort darüber verloren, dass die Justiz eine besondere Rolle in diesem Staat einnimmt. Ich habe mir viel Ärger zugezogen, als ich vor Kurzem bei einem Pressegespräch gesagt habe, die Justiz sei nicht irgendein x-beliebiger Teil der Verwaltung dieses Staates wie etwa die Wasserwirtschaft. Darauf habe ich böse Briefe bekommen. Ich habe mich rechtfertigen müssen, aber ich bleibe dabei: Die Justiz ist nicht ein x-beliebiger Teil der Staatsverwaltung,

(Beifall bei der SPD)

auch wenn unter der Überschrift "Verwaltungsreform" das Bayerische Oberste Landesgericht aufgelöst und die Zweigstellen der Amtsgerichte geschlossen worden sind. Die Justiz hat eine besondere Rolle. Sie ist nämlich die dritte Staatsgewalt und hat ihre Rolle als unabhängige Justiz auszuüben.

(Beifall bei der SPD)

Kein Wort davon. Das sollte die Ministerin in den Mittelpunkt rücken, anstatt dem Finanzminister dafür zu danken, dass er ihr nicht gestattet hat, 137 Millionen Euro auszugeben, die dringend benötigt werden, um die Unabhängigkeit der Justiz in Bayern gewährleisten zu können.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄH-LERN)

Meine Damen und Herren, es geht nicht um Vorrechte für die Justiz - mitnichten. Es geht um eine Ausstattung, die der Aufgabe und Bedeutung einer unabhängigen Justiz angemessen ist. Sie haben kein Wort darüber verloren, dass Gerichte Staatsanwaltschaften genauso systemrelevant sind wie große Banken. So hat es der Bayerische Richterverein ausgedrückt. Kürzungen und Einsparungen bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften nützen in erster Linie Straftätern und säumigen Schuldnern und schaden den Bürgerinnen und Bürgern sowie der Wirtschaft in Bayern. Dabei sind die Ausgaben für die Justiz und den Justizvollzug in Bayern insgesamt bescheiden. Die Frau Staatsministerin hat das ausgerechnet. Die Ausgaben für die Justiz seien pro Bürger und Jahr vergleichbar mit dem Gegenwert einer Pizza, sie betragen in Bayern zurzeit 1,8 Milliarden Euro. Das sind noch nicht einmal 5 % des Gesamthaushalts bei einer Einnahmendeckungsquote von über 40 %.

Es ist ein ehrenwertes Ziel, die Verschuldung begrenzen zu wollen. Dieses Ziel hätte man jedoch angesichts sprudelnder Einnahmen und des relativ geringen Volumens des Justizhaushalts auch dann erreichen können, wenn man die Vorschläge der SPD-Fraktion zu Beginn dieser Haushaltsberatungen beachtet hätte. Dann könnte die Justiz angemessen ausgestattet werden.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, stattdessen wird die hohe Leistungsbereitschaft und Loyalität der Mitarbeiter an den Gerichten und in den Justizvollzugsanstalten in einem Maße ausgenutzt, die der Fürsorgepflicht des Dienstherrn extrem widerspricht.

Es bleibt dabei, dass nach dem Personalbedarfsberechnungssystem - PEBB§Y -zum Stichtag 31.12.2010 403 Richter und Staatsanwälte in Bayern fehlen. Diese Zahlen sind noch viel zu niedrig angesetzt. Die meisten bayerischen Staatsanwälte haben bis Ende März 2011 jeweils schon mindestens über 100 Überstunden geleistet. Das Jahr ist aber noch nicht zu Ende. Wöchentlich kommen acht bis 18 Überstunden hinzu, ohne Aussicht auf Abbau. Frau Staatsministerin, das sind nicht meine Worte. Das sind die Worte des Hauptstaatsanwaltsrats der bayerischen Justiz.

Meine Damen und Herren, wenn keine neuen Stellen ausgewiesen, sondern lediglich einige der 400 Stellen zurückgegeben werden, die durch die Arbeitszeitverlängerung gesperrt und eingezogen worden sind, bedeutet dies, dass die Staatsregierung, speziell das Justizministerium, den bekannten Missstand auch für die Zukunft hinnehmen will, obwohl die Aufgaben bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften sowie im Justizvollzug von Jahr zu Jahr mehr werden. Der Verweis im Haushaltsausschuss, dass die Staatsregierung seit dem Jahr 2003 innerhalb von acht Jahren ganze 66 Stellen geschaffen hat - das sind pro Jahr ganze acht Stellen -, kann mit Verlaub nur als peinlich bezeichnet werden. Wenn es in diesem Tempo weitergeht, dauert es zumindest noch 50 Jahre, bis der Fehlbestand ausgeglichen ist.

(Beifall bei der SPD)

Zur Steigerung der Motivation gibt es jetzt 71 Hebungen bei Richtern und Staatsanwälten. Das ist gut so. Da stimmen wir sofort zu. Das gleicht jedoch die Motivationskiller auf der anderen Seite, die Nullrunde beim Gehalt, die Wiederbesetzungssperre und die Absenkung der Eingangsgehälter, bei Weitem nicht aus. Im

Übrigen, hinsichtlich der Wiederbesetzungssperren bewegen Sie sich an der Grenze zur Verfassungswidrigkeit. Hinzu kommt, dass 160 Stellen für Rechtspfleger fehlen und dass Bewährungshelfer in befristeten Beschäftigungsverhältnissen arbeiten. Hinzu kommt auch noch, dass immer noch hunderte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Geschäftsbereich des Ministeriums nur befristet beschäftigt sind.

Wir nehmen zur Kenntnis, dass es Ihnen zu gelingen scheint, 120 Stellen in unbefristete Beschäftigungsverhältnisse umzuwandeln. Es bleiben aber immer noch 16,5 % befristete Beschäftigungsverhältnisse übrig.

Meine Damen und Herren, bei den Gerichtsvollziehern ist es nach wie vor so, dass über 100 Beamte ihren Dienst tun, ohne zum Gerichtsvollzieher ernannt und entsprechend bezahlt zu werden.

Ich möchte noch ein paar Anmerkungen zum Justizvollzug machen. In der letzten Legislaturperiode haben wir nach intensiven Beratungen ein neues bayerisches Strafvollzugs- und Jugendstrafvollzugsgesetz beschlossen. Die Probleme des Strafvollzugs sind damit aber noch nicht gelöst. Nach wie vor fehlen circa 1.500 Haftplätze. Etwa 40 % aller Gefangenen sind in Mehrfachhafträumen untergebracht. Selbst in neuen Haftanstalten sind Einzelhafträume doppelt belegt. Von dem Ziel, alle Gefangenen in Einzelhafträumen unterzubringen, sind wir ganz weit entfernt. Meine Damen und Herren, es gibt keine Gewissheit, sondern nur die Hoffnung, dass es, wenn es Nacht wird, in einer mehrfach belegten Zelle, bei uns nicht auch zu Vorfällen wie in Siegburg kommt und dass es keine Beschwerden zum Bundesverfassungsgericht über die Haftbedingungen gibt.

Noch problematischer ist, dass mehr als 800 Stellen im Justizvollzug fehlen, davon 650 im Vollzugsdienst. Die Personalausstattung im bayerischen Justizvollzug liegt im Vergleich zu allen anderen Ländern an letzter Stelle - kein Wort darüber. Bei den Bediensteten im Justizvollzug haben sich 350.000 Mehrarbeits- und Überstunden sowie 36.000 Tage noch nicht eingebrachter Urlaub angehäuft. Die Frau Ministerin hat im Haushaltsausschuss darauf hingewiesen, dass innerhalb von 20 Jahren von 1990 bis 2010 - ich hatte das Vergnügen, es miterleben zu dürfen - 1.000 zusätzliche Planstellen geschaffen worden sind. Im gleichen Zeitraum ist jedoch die Zahl der Gefangenen um 27 % gestiegen. Es ist allgemeine Meinung, dass die Gefangenen aus unterschiedlichsten Gründen immer schwieriger geworden sind. Es ist ebenfalls allgemeiner Konsens, dass die Therapieangebote noch weiter ausgebaut werden müssen. Das geht nicht ohne mehr qualifizierte Mitarbeiter.

Jetzt haben Sie im Rahmen der Offensive "Aufbruch Bayern" verkündet, dass in Straubing eine ausbruchsichere neue Anstalt für Sicherungsverwahrte gebaut wird. Das ist ein schöner "Aufbruch". Zwar sind wir dafür, aber allein diese Begrifflichkeit - mit Verlaub - lässt Zweifel an der Ernsthaftigkeit des Vorhabens aufkommen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir haben immer noch kein Untersuchungshaftvollzugsgesetz. Es sind immer noch keine ausreichenden Alarmeinrichtungen in den Justizvollzugsanstalten installiert. Es gibt aber noch viel zu tun.

Meine Damen und Herren, die Justiz und der Justizvollzug sind nicht nur kein Schwerpunkt dieser
schwarz-gelben Koalition, sondern sie sind Stiefkinder. In diesen Tagen war zu vernehmen, dass die
FDP der Meinung ist, in den letzten beiden Jahren
seit ihrem Erscheinen auf der landespolitischen
Bühne außerordentlich erfolgreich gewesen zu sein
und den Koalitionsvertrag erfüllt zu haben. Da reibt
man sich doch die Augen. Im Koalitionsvertrag heißt
es wörtlich: "Wir streben die Verbesserung der Personalausstattung der Justiz mit 400 Stellen an." Es
scheint sich alles nur um diejenigen Stellen zu handeln, die der Justiz durch die Verlängerung der Arbeitszeit vorher weggenommen worden sind. Das ist
ein toller Erfolg für die FDP.

Meine Damen und Herren, in der Justiz und im Justizvollzug ist nicht alles schlecht - weiß Gott nicht. Ich möchte noch einmal den vielen engagierten Mitarbeitern in den Justizvollzugsanstalten und an den Gerichten ausdrücklich für ihre Arbeit danken.

(Beifall bei der SPD)

Aber es ist auch nicht alles gut. Es wird vor allem dann nicht besser, wenn die Justizministerin auf Mehrforderungen verzichtet und dabei die besondere Rolle der Justiz und ihrer Bedeutung für den Rechtsstaat aus den Augen verliert. Es ist schon problematisch genug, dass die Justizverwaltung die Arbeitsbedingungen der unabhängigen Justiz definiert. Wenn alles auch noch schlecht gemacht und die besondere Rolle der Justiz nicht eingefordert wird, braucht sich niemand wundern, wenn die treuesten der Treuen, nämlich die Richterinnen und Richter, die Geduld verlieren und die Selbstverwaltung der Justiz einfordern.

Ich muss jetzt zum Ende kommen. Leider kann ich keine rechtspolitischen Themen mehr ansprechen wie die Sicherungsverwahrung, das Problem der Insolvenzgerichte, die besondere Behandlung des Gadda-fi-Sohnes durch die Münchner Staatsanwaltschaft und

den Umgang der Staatsanwaltschaft München mit linken Demonstranten gegen Rechtsextremisten. Darüber müsste man noch stundenlang reden.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Zum Verbraucherschutz möchte ich nur noch ein Wort sagen: Ein Nachweis dafür, dass die Umressortierung der Abteilung Grundsatzfragen des Verbraucherschutzes in das Justizministerium eine gute Idee war, ist bis heute nicht erbracht worden.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege, Sie haben schon eine Minute überzogen.

Franz Schindler (SPD): Den Justizhaushalt müssen Sie schon selbst verantworten. Wir tun es nicht und stimmen deshalb auch nicht zu.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Kollegen Radwan von der CSU-Fraktion.

Alexander Radwan (CSU): Herr Präsident, Frau Ministerin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten den Justizhaushalt. Positiv ist, Herr Schindler, darin stimmen wir überein, dass die Justiz in Bayern leistungsfähig, motiviert und gut ist. Das ist eine gute gemeinsame Basis. Zu Ihren Anmerkungen gegenüber Frau Ministerin Merk: Wir müssen mit dem Doppelhaushalt 2011/2012 den Spagat vollbringen, dass wir sparen wollen und müssen, da wir die Generationengerechtigkeit zum Ziel haben. Ein Haushalt, der zu 65 % von Personalausgaben geprägt ist, macht es schwer, diesen Weg zu gehen. Anders als Sie möchte ich - das wird Sie nicht verwundern - der Ministerin ausdrücklich dafür danken, dass sie in den Verhandlungen einerseits die Verantwortung für diesen Haushalt getragen hat und andererseits für die Mitarbeiter der Justiz gekämpft und herausgeholt hat, was möglich war. Sie hat schon früher Prioritäten gesetzt. Als Neuling habe ich mir die Zahlen geben lassen. Der Justizvollzug und die personelle Aufstockung dort war der Ministerin stets wichtig. Deshalb ist es nicht richtig, ihr zu diesem Punkt Vorhaltungen zu machen.

Der Haushalt hat auch Steigerungen erfahren. Ich erinnere daran, dass die Sachmittel erhöht wurden. Die geplanten Bauten der Justiz in München und Hof können weitergeführt werden, aber auch die Neubauten in Gablingen. Dort war ursprünglich ein Public-Private-Partnership-Projekt - PPP-Projekt - geplant. Dieses konnte wegen der schlechten Rahmenbedingungen nicht vollzogen werden. Ich weise aber darauf hin, dass dieses PPP-Projekt ein Lernmodell ist. Wir wollen PPP weiterhin prüfen und künftig die Möglichkei-

ten nutzen, um Baumaßnahmen voranzubringen. Gleiches trifft für die Neubauten in Straubing zu.

Vorhin wurde die Wiederbesetzungssperre kritisiert. Die Zeiten konnten verkürzt werden. Die Zahl der Hebungen, die motivationsfördernd sind, konnte auf 71 Stellen erhöht werden. Die Langzeitarbeitnehmer konnten in den Beamtenbereich übergeführt werden. Diese Maßnahmen konnten im Rahmen dieses Haushalts durchgesetzt werden.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Claudia Stamm? - Frau Stamm, bitte.

Claudia Stamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege Radwan! Sie haben sich soeben auf PPP bezogen und davon gesprochen, dass wir aus den Fehlern lernen sollten. Ich wundere mich darüber etwas, weil im Haushaltsausschuss, dem wir beide angehören, klar darüber diskutiert wurde, dass kein einziges PPP-Projekt geplant sei.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Frau Kollegin, bitte formulieren Sie eine Frage.

Claudia Stamm (GRÜNE): Es sollen also solange keine PPP-Projekte geplant werden, bis der Bericht der Obersten Baubehörde vorliegt, was 2014 sein wird. Ist Ihnen das auch so in Erinnerung?

Alexander Radwan (CSU): Ich weiß nicht, wie ich verstanden wurde. Ich habe nicht gesagt, dass PPP grundsätzlich gestorben sei, weil das ursprüngliche Projekt in Gablingen nicht umgesetzt wurde. Heißt das für Sie, dass es bereits gestorben ist?

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Stamm (GRÜ-NE))

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Bitte keinen Dialog, die Zwischenfrage wurde bereits gestellt.

(Claudia Stamm (GRÜNE): Die Frage ist nicht beantwortet!)

Herr Kollege Radwan, Sie sind am Wort.

Alexander Radwan (CSU): Wir werden unter Berücksichtigung des Berichts der Obersten Baubehörde PPP weiter verfolgen und dort, wo es Stärken hat, verwenden. Dort, wo es Schwächen hat, werden wir auf Verbesserungen achten. Ich sage nicht, dass PPP von Haus aus das Allheilmittel ist.

Der Haushalt hat einige Steigerungen. Für die ambulante Versorgung konnte eine Steigerung von 350.000 Euro für 2011 und 550.000 Euro im Folgejahr erreicht werden. Wegen der Verfahrensdauer gab es regelmä-

ßig Kritik. Wir konnten die Verfahrensdauer bei der bayerischen Justiz im Durchschnitt senken. Regelmäßig wird Augsburg als Beispiel angeführt. Hier konnten die Justizministerin und das Justizministerium, bevor etwas publik wurde, rechtzeitig Einfluss nehmen. Die Bedingungen vor Ort waren singulär. Ich halte es aber nicht für richtig, das auf die gesamte bayerische Justiz zu übertragen.

Ich danke der Justizministerin, dass sie die Arbeit der Verbraucherschutzverbände insbesondere finanziell weiterhin stützt. Sie leisten wertvolle Arbeit. Ich erinnere nur an den Schwerpunkt Fortbildung z.B. für Finanzdienstleistungen oder Internet oder Telefonbetrug. Dafür, dass sie diese Maßnahmen aufrecht erhält, danke ich der bayerischen Justizministerin.

Ich gehe davon aus, dass wir mit Blick auf den nächsten Haushalt sehr stark darum ringen werden, um die Vorgaben des Koalitionsvertrages zu erfüllen und insbesondere die Richterstellen anzuheben. Die Legislaturperiode dauert noch eine Zeit lang. Von daher bleibt das Ziel des Koalitionsvertrages bestehen.

Ich komme zum Eingangsstatement zurück. Die Ministerin hat entsprechend der Möglichkeiten die Fahne der Justiz hochgehalten, ist aber trotzdem der Verantwortung des Gesamthaushalts gerecht geworden. Dafür danke ich und hoffe auf Zustimmung zu diesem Haushalt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Radwan, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Wir haben eine Zwischenintervention von Frau Kollegin Claudia Stamm. Bitte schön.

Claudia Stamm (GRÜNE): Ich habe eine Nachfrage, nachdem Sie meine Frage nicht beantwortet haben. Ich habe nicht gefragt, ob wegen Gablingen PPP-Projekte für immer beerdigt sind. Meine Frage war, ob wir im gleichen Ausschuss sind, in dem ein eindeutiger Beschluss gefasst wurde, dass kein einziges PPP-Projekt vonseiten der CSU-Fraktion angedacht wird, bis der Evaluationsbericht der Obersten Baubehörde vorliegt. Das soll im Jahr 2014 sein. Ich habe Sie dahingehend verstanden, dass Sie über neue PPP-Projekte sprechen, aber man aus den Fehlern der alten PPP-Projekte lernen müsse. Ich meine, der Bericht wird völlig ignoriert, wenn Sie jetzt schon wieder über solche Projekte reden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Radwan, Sie haben das Wort.

Alexander Radwan (CSU): Die erste Frage kann ich kurz und knapp mit ja beantworten. Wir sind im selben Ausschuss. Das war die erste Frage.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Ha, ha, ha! - Christa Naaß (SPD): Wie witzig!)

Zweitens. Ich weiß gar nicht, weshalb Sie zu diesem Bereich so emotional reagieren, wenn ich sage - -

(Christine Stahl (GRÜNE): Das war nicht emotional, das war engagiert!)

- Das kam nicht von mir, sondern aus Ihren Reihen. Frau Kollegin, ich habe nicht "emotional" gesagt.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Wir haben das doch alle gehört!)

- Meinetwegen.

Ich habe gesagt, wir sollen von den Problemen aus PPP lernen. Deshalb will ich ansehen, woran Gablingen gescheitert ist. Zum Beispiel waren das die Finanzierungskosten. Gablingen ist unter anderem gescheitert, weil die Finanzierungskosten überproportional hoch waren. Bei konventionellem Bauen wäre PPP konkurrenzfähig gewesen. Die Struktur war so angelegt, dass PPP nicht realisiert werden konnte. Deshalb ist es legitim, über Konsequenzen nachzudenken, ohne ein weiteres, konkretes Projekt zu haben.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Streibl für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. - Bitte sehr.

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Der hier vorgelegte Haushalt ist nicht bärenstark, wie der Ministerpräsident gestern gesagt hat, sondern er ist äußerst schwach. Er ist nur ein gewöhnlicher Sparhaushalt zulasten der Justiz als der dritten Gewalt im Staat. Hier muss man mit dem griechischen Dichter Äsop sagen: Gewohnheit macht selbst schlimme Dinge erträglich. Sie macht sie leider nur für die Koalition, aber nicht für uns erträglich. Wir halten das für unerträglich.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Frau Ministerin, Gewaltenteilung ist nicht nur ein Wort, sondern sie ist das Grundprinzip jeglicher rechtsstaatlichen Demokratie. Daher treten wir FREIEN WÄHLER für eine unabhängige, wohnortnahe und finanziell wie personell gut ausgestattete Justiz ein. Die Justiz in Bayern ist si-

cherlich noch effektiv und leistungsstark - das aber dank der 2.581 Richter und Staatsanwälte sowie der unzähligen Menschen, die sonst noch in der Justiz beschäftigt sind und sich das Äußerste abverlangen, ja abringen, damit dieser Apparat - noch - funktionieren kann. Diesen Menschen gelten ausdrücklich unser Dank und unsere Hochachtung. Ihnen muss aber geholfen werden; denn die Justiz ist das System, das noch funktioniert, in das die Bürgerinnen und Bürger in Bayern noch Vertrauen haben. Wir müssen hier Einrichtungen und die Personaldecke schaffen, damit dies weiterhin möglich ist.

Für uns steht die Unabhängigkeit der Richter außer Frage. Aber auch insoweit kann man noch nachbessern. Wir müssen darauf hinwirken, dass die Staatsanwälte weisungsungebunden handeln können, das heißt, nicht den Weisungen externer Stellen unterliegen, und dass die Besetzungen aufgrund von Ausschreibungen erfolgen.

Die vielen Sparrunden der vergangenen Jahre haben dem Personalkörper der Justiz schwer geschadet. Beispielhaft dafür ist der Zusammenbruch der Strafabteilung am Amtsgericht Augsburg. Ein solcher Zusammenbruch kann in Bayern jederzeit an jedem Gericht passieren. Augsburg ist kein Einzelfall, sondern Augsburg ist überall. Der Einzelplan, der hier vorgelegt wird, bringt keine Linderung der Personalnot in der Justiz.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die PEBB§Y-Studie zeigt, dass bei Richtern und Staatsanwälten über 400 Stellen fehlen. Hier müssen wir nachbessern, damit der Justizkörper wieder gut arbeiten kann.

Der Umstand, dass viele Richterinnen und Richter in absehbarer Zeit die Altersgrenze erreichen werden, wird die Justiz weiter belasten. Das Arbeitspensum wird immer weiter steigen. Es wird sich so drastisch erhöhen, dass die Justiz "am Anschlag" tätig ist.

Wir müssen einen neuen Weg einschlagen. Der falsche Weg ist der, den die Staatsregierung einschlägt; sie verlangt nämlich eine Wiederbesetzungssperre von zwölf Monaten. Dadurch werden noch mehr Stellen nicht besetzt. Eine effektive Rechtspflege ist dann nicht mehr möglich. Hinzu kommt, dass die Steuereinnahmen im vergangenen Jahr deutlich höher waren, als vermutet worden war. Auch für die Jahre 2011 und 2012 sind mehr Steuereinnahmen zu erwarten. Angesichts dessen kann eine Wiederbesetzungssperre nur als Hohn verstanden werden. Letztlich ist sie ein Schlag in das Gesicht der Justitia.

Gegen diese Wiederbesetzungssperre haben wir auch grundsätzliche verfassungsrechtliche Bedenken. Im Jahr 1985 gab es sie schon einmal, allerdings nur für sechs Monate. Davon waren ungefähr 17,8 % der Stellen in der Justiz betroffen. Der Bayerische Verfassungsgerichtshof hat geurteilt, dass das gerade noch hinnehmbar sei. Von der nunmehr vorgesehenen zwölfmonatigen Wiederbesetzungssperre wären ungefähr 52 % der Stellen betroffen. Das kann nicht mehr hinnehmbar sein. Damit wird der Grundsatz des gesetzlichen Richters ausgehebelt. Der rechtsuchende Bürger wird im Grunde im Stich gelassen. Auch hier muss nachgebessert werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Wenn man die vorherige Rede gehört hat, könnte man den Eindruck gewinnen, dass sich Justiz in manchen Augen auf Strafverfolgung und Strafvollzug, das heißt auf den Sicherheitsaspekt, beschränke. Justiz ist aber mehr; das zeigt schon der große Komplex der Zivilgerichtsbarkeit. Der normale rechtsuchende Bürger, der effektiven Rechtsschutz braucht, muss diesen in angemessener Zeit erlangen können. Hierzu brauchen wir das entsprechende Personal.

Deswegen fordern wir mehr Stellen für Richter und Staatsanwälte. Wir verlangen aber auch mehr Stellen für Gerichtsvollzieher. Es gibt 110 Personen, die entsprechend geprüft sind und seit Jahren ihren Dienst tun, die aber - wohl aus Spargründen; etwas anderes kann man sich nicht vorstellen - noch nicht zum Gerichtsvollzieher ernannt worden sind.

Ähnlich stellt sich die Beförderungssituation bei Justizfachwirten dar. Diese muss verbessert werden. Dazu haben wir entsprechende Anträge gestellt.

Im bayerischen Justizvollzug fehlen insgesamt 800 Bedienstete, davon 650 im allgemeinen Vollzugsdienst. Die Überbelegung der JVAs und die Zunahme der Aufgaben im Justizvollzug müssen ihren Niederschlag auch in der Personalausstattung finden. Geschieht dies nicht, können wir uns einen sicheren Justizvollzug "abschminken".

Hinzu kommt die hohe Arbeitsbelastung der Justizwachtmeister. Wir fordern zwar mehr Sicherheit in Gerichtssälen, aber das Personal, das dafür sorgen soll, fehlt. Mindestens 100 Planstellen sind zu schaffen, damit die Aufrechterhaltung der Ordnung in den Gerichtssälen während der Verhandlungen möglich ist

Wir fordern 40 zusätzliche Stellen für Rechtspflegeranwärter. Auch dieser Berufszweig ist mit dem Problem der Überalterung konfrontiert, und es herrscht generell ein Mangel an Rechtspflegern. Wir müssen schon bei den Anwärtern beginnen, das heißt, es müssen genug Nachwuchskräfte ausgebildet werden, damit sie in ein paar Jahren nachrücken können. Im vergangenen Doppelhaushalt war dafür jedoch keine einzige Stelle vorgesehen.

Des Weiteren fordern wir eine unabhängige Justiz, die das Gut der Rechtsprechung absolut sichert. Deswegen sind, wie ich vorhin schon sagte, alle Stellen in der Justiz auszuschreiben, auch die der Präsidenten der Oberlandesgerichte und des Generalstaatsanwalts. Dort sollen keine politischen Besetzungen stattfinden.

Wenn gesagt wird - Herr Schindler, Sie haben es vorhin so schön formuliert -, die Justizministerin sei sozusagen Staatssekretärin bzw. Erfüllungsgehilfin des Finanzministers, dann muss man sich die Frage stellen, ob sich die Justiz nicht besser selbst verwalten würde. Wenn sie die Mittelhoheit hätte und ihre Verwaltung selbst in die Hand nehmen könnte, könnte sie auch eigenständig agieren.

Die Parlamentarische Versammlung des Europarats hat am 30.09.2009 dazu aufgefordert, in Europa ein System der Selbstverwaltung der Justiz zu schaffen. Was das angeht, hinken wir in Deutschland hinterher. Im ENCJ, einem Netzwerk von Justizverwaltungsinstitutionen der EU-Mitgliedsländer, ist Deutschland nur als Beobachter vertreten, weil es hier in den Augen der anderen keine selbstständige Justiz gibt. Von daher gibt es durchaus Ansprüche und Forderungen, denen wir uns auch stellen müssen. Es wäre interessant, darüber nachzudenken, ob wir die Autonomie hinsichtlich der Mittelverwaltung und der Verantwortung nicht direkt bei der Justiz ansiedeln sollten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Nach unserer Meinung ist eine selbstverwaltete Justiz eine Bereicherung für die Unabhängigkeit der Justiz und letztlich für die demokratische Rechtsstaatlichkeit.

Man muss auch in diesem Haushalt feststellen: Die Justiz in Bayern ist nicht gut aufgestellt. Das müssen wir ändern. Das ist unsere Pflicht als Legislative. Wir müssen das fordern, damit wir wieder mehr Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Bayern haben. Wir wollen uns nicht - in den Worten Martin Luthers - vorwerfen lassen: "Ein Jurist - ein schlechter Christ".

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Danke schön, Herr Kollege Streibl. - Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Stahl. Bitte schön, Frau Kollegin.

Christine Stahl (GRÜNE): "Auf hoher See und vor Gericht sind wir allein in Gottes Hand." Diesen Satz, sehr geehrter Herr Präsident, meine Herren und Damen, konnte ich, ehrlich gesagt, noch nie leiden. Diesem Satz wohnt keinerlei Gestaltungswille inne. Er verlagert die Verantwortung für das Hier und Jetzt auf eine Meta-Ebene und impliziert, dass Gerechtigkeit eher etwas Zufälliges sei. Das Justizministerium zeigt bei seinem Haushalt im Übrigen sehr viel dieses Gottvertrauens. Ich glaube, wir dürfen nicht zulassen, Frau Justizministerin, dass Rechtsetzung und Rechtsumsetzung davon abhängen, ob der Himmel gerade gut gelaunt ist und ob wir in einem Bundesland leben, das, wie Kollege Schindler es schon angesprochen hat, mehr für die Justiz ausgibt.

Ich stelle einen kurzen Vergleich an. In Bayern werden 4,28 % des Gesamthaushalts für die Justiz ausgegeben. Zu schwarzen Zeiten waren es in Nordrhein-Westfalen 6,5 % und in Rheinland-Pfalz zu ebenfalls schwarzen Zeiten 5,28 %.

Sie rühmen sich in Bayern einer durchschnittlich kurzen Verfahrensdauer. Man mag glauben, dass Bayern tatsächlich niemals Entschädigungszahlungen an die Bürger wegen überlanger Verfahren wird leisten müssen, zumal das Gesetz so ausgestaltet ist, dass kaum jemand in diesen Genuss kommen wird.

Aus meiner Sicht ist es so, dass es zuvorderst gar nicht um Entschädigungszahlungen gehen wird, sondern dass die Probleme in Bayern viel früher beginnen.

Ich gehe jetzt einmal von einem Fall aus, der zugegebenermaßen sehr extrem ist, von dem ich aber glaube, dass sich in ihm außerordentlich viel kumuliert hat. Wie ist bitte schön zu erklären, dass vier erwachsene Menschen ein Geständnis für einen Mord ablegen, den sie nie begangen haben? Angeblich wurde ein Familienangehöriger zerteilt und an die Hofhunde verfüttert. Dann hat man aber plötzlich seine Leiche in einem Fluss aus einem Mercedes gezogen.

Diese vier erwachsenen Menschen haben über fünf Jahre im bayerischen Strafvollzug verbracht. Natürlich erlaube ich mir da die Frage: Wie kann so ein Fehlurteil zustande kommen? Hat es im Vorfeld lediglich falsche Ermittlungen gegeben? Oder haben sich hier, wie von mir befürchtet - aber ich harre da Ihres Antwortschreibens -, Dinge im Vorfeld kumuliert, die zu einem solchen Exzess geführt haben?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kann es vielleicht sein, dass die personelle und finanzielle Ausstattung bei den mittleren Behörden nicht ausreicht und dass der Zeitdruck, unter dem die Ermittler stehen, und der öffentliche Druck, den es auch gibt, zusammen dazu geführt haben, dass Tatverdächtige unter Druck gesetzt wurden? War es unter Umständen so, dass Zeuginnen und Zeugen für so etwas gibt es ja Belege - aus Kostengründen oder wegen eines Zeitdrucks nicht vernommen worden sind?

Diese armen Menschen haben einen Freispruch zweiter Klasse erhalten, im Übrigen aber keine Haftentschädigung. Sie würden auch wegen überlanger Verfahren keine Entschädigung bekommen. Aber sie saßen über fünf Jahre unschuldig in Haft. Sie saßen in einem Strafvollzug, in dem es an rund 650 Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen sowie an zusätzlicher Betreuung fehlt, die kaum stattfindet. Sechs Stellen für Anstaltsärzte sind nicht besetzt. Zur Durchführung der Sozialtherapie fehlt es an den baulichen Voraussetzungen.

Wer die vier Freigesprochenen beim Übergang in die Freiheit betreut hat, weiß ich nicht. Glücklicherweise haben sie keinen Bewährungshelfer benötigt. Denn die Bewährungshilfe hat mit einem Bewährungshelfer auf ca. 100 Probanden ausreichend zu tun. Ob Bewährungshelfer wirklich Hilfe hätten leisten können, wage ich zu bezweifeln.

Ich zitiere aus einem Brief eines Strafgefangenen aus Straubing:

Selbst als Gefangener muss ich bei sachlicher Betrachtung erkennen, dass das System hier nur durch den außergewöhnlich großen Einsatz des Personals über die Runden kommt.

Er spricht von fahrlässig großer Überstundenbelastung. Er führt weiter aus:

Wie lange kann man einen Beamten hier nach zwei Wochen Dienst am Stück unter Dauerbelastung seine zunehmend anwachsende Anzahl von Überstunden vor sich herschieben lassen?

Er schreibt:

Der Personalschlüssel der Fachdienste ist hier so gering, dass zwei Psychologen für ca. 400 teils sehr schwierige Gefangene zuständig sind.

So gut - so hoffnungslos, sage ich dazu. Weiter:

Die für uns zuständige Mitarbeiterin des Sozialdienstes hat sich in ein anderes Bundesland versetzen lassen. Die Stelle ist für 12 Monate unbesetzt. Hier hat sich ein Sozialarbeiter um ca. 250 Gefangene zu kümmern.

Wir sind weit gekommen, wenn mittlerweile sogar Strafgefangene Mitleid mit ihren Bewachern haben. Ich habe jedoch eine andere Vorstellung vom Strafvollzug.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Nun gut. Man könnte auch sagen: Wenigstens sorgt sich, wie es auch die Justizministerin gesagt hat, das Justizministerium um unsere Sicherheit. Ich verweise hier auf eine Pressemitteilung vom 31. Januar 2011 zum Pilotprojekt Mobilfunkunterdrückung in JVAs.

Es sind zwei Anlagen angeschafft worden, die technisch zur Unterdrückung überhaupt nicht taugen. Was hat das gekostet?

Über die Medien werden immer wieder die Hardliner-Forderungen mitgeteilt, ohne dass die dafür notwendige Infrastruktur, wie etwa Therapieplätze oder Spezialeinrichtungen, in der Sicherungsverwahrung vorgehalten werden kann. Wir werden uns nächste Woche in einem Fachgespräch zur Neuausrichtung der Sicherungsverwahrung in unserer Fraktion austauschen.

Klar sollte sein: Die Neukonzeption, die in der Justizministerkonferenz beschlossen worden ist, wird wohl kaum umgesetzt werden können, wenn man bedenkt, an welchen Stellen es an Geld fehlt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In jeder Pressemitteilung eines jeden bayerischen Ministeriums ist mittlerweile zu lesen, dass wir mit dem Haushalt den Steuerzahlern und der Zukunft unserer Kinder verpflichtet sind. - Sie sehen mich hier intensiv nicken. Das kann man in das Protokoll so leider nicht aufnehmen.

Natürlich sind wir den Steuerzahlern verpflichtet. Aber wir sind auch verpflichtet und gefordert, unseren Kindern ein funktionierendes Justizsystem zu übergeben, wie es Herr Schindler und auch Sie, Herr Streibl, gesagt haben. Es ist die dritte Staatsgewalt. Wir sind verpflichtet, dafür zu sorgen, dass das, was die Bürger in Zivil-, Familien-, Sozial-, Straf- und Verwaltungsgerichtsverfahren haben möchten, umfassend und ausreichend behandelt wird. Ein gestaltender Strafvollzug muss für mehr Sicherheit sorgen, weil er nicht nur Taten sühnt, sondern auch resozialisiert.

Gläubiger müssen zeitnah zu ihrem Recht kommen. Ich bin ziemlich sicher, dass die Veranstaltung der

Gerichtsvollzieher am Samstag in Regensburg keine Jubelveranstaltung für die Justiz wird.

Schuldner müssen nach einem Insolvenzverfahren wieder auf die Beine kommen können.

Der Schutz von Kindern findet nicht nur im Internet statt, sondern beginnt schon dadurch, dass man im Sorgerecht darauf angewiesen ist, ordentliche Gutachten erstellen zu lassen, die aber nichts kosten dürfen, weil es den Etat belasten würde.

Die Beschleunigung von Verfahren darf auch nicht auf Kosten des rechtlichen Gehörs oder einer umfänglichen Beweiserhebung gehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kinder haben ein Recht darauf, dass diejenigen, die im Justizdienst arbeiten, nicht mit Akten unter dem Arm nach Hause kommen und überarbeitet und ausgelaugt sind. Diese Beamten müssen doch auch für ihre Familien Zeit haben.

In diesen Zeiten knapper Ressourcen verbietet sich jede personelle Energieverschwendung. Ich fordere Sie deswegen auf, kostbare Zeit nicht damit zu verschwenden, sich in einen Wettlauf mit dem Innenminister zu begeben, wenn es um den Abbau von Bürgerrechten geht. Sparen Sie sich die Zeit, die Sie für Pressemitteilungen z. B. zur Vorratsdatenspeicherung aufwenden. Kümmern Sie sich lieber um den Schutz der Verfassung. Damit wären Sie in diesem Haus ausgelastet.

Ich verstehe gut, dass Sie versuchen, mit der Staatskanzlei mitzuhalten, die hier wirklich ein schlechtes Beispiel gibt. Wir erinnern uns noch an den Internetauftritt von Ministerpräsident Seehofer, der seinen Beamten geschrieben hat, um Verständnis für seine Politik zu bekommen. Das Blöde war, dass alle Beamten zurückgeschrieben haben. Zur Beantwortung ihrer Schreiben musste eine feste Stelle eingerichtet werden, damit die Kommentare, die sicher nicht nur positiv waren, in einer vertretbaren Zeit bearbeitet werden konnten. Nehmen Sie sich daran bitte kein Beispiel. Sparen Sie den Aufwand. Machen Sie eine ordentliche Politik. Dann werden Sie keine negativen Mails von Ihren Mitarbeitern bekommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Damit aber nicht genug. Zu der seit Jahren personell und finanziell schwierigen Situation gesellt sich ein weiteres Problem: die gegenseitige Blockade in der schwarz-gelben Koalition. Ich denke da an das Untersuchungshaftvollzugsgesetz. Dieses ist übrigens schon herausgegeben. Man kann es lesen. Ich lese

darin schon seit einer Woche. Seit über einem Jahr sollte es schon vorliegen.

Wir haben aber auch noch eine ganze Reihe anderer Themen gehabt, bei denen man sich fragen muss, ob man sich einen Gefallen tut, wenn man sich gegenseitig blockiert.

Ich könnte als Rechtspolitikerin und Bürgerrechtlerin sagen: Wenn die FDP blockiert, könnte am Ende vielleicht etwas Gescheites herauskommen. Aber das ist leider nicht so, Herr Fischer. Wir warten z. B. immer noch auf den unabhängigen Datenschutz und anderes.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich erinnere mich auch sehr gut daran, wie Herr Zeil mit dem Bestattungsgesetz und der Kinderarbeit umgeht. Sein letzter Erguss ging hier durchs Haus. Er hat überhaupt nichts verstanden. Aber wir werden an anderer Stelle darüber noch einmal diskutieren. Ich glaube allerdings, dass sich die FDP aus dieser Haushaltsdebatte inhaltlich sowieso verabschiedet hat. Herr Rohde hat sich bereits gestern in den "Nürnberger Nachrichten" zu den Spielhallen zitieren lassen. Ich fand das sehr apart, was er da sagte. Das sei eine Bagatellsteuer; sie bringe landesweit nur 40 Millionen Euro. Lieber Herr Rohde, wenn ich diese 40 Millionen Euro für unseren Justizhaushalt hätte, ginge es mir etwas besser.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In dieser Situation von Peanuts zu reden, halte ich schlichtweg für falsch.

Meine Redezeit ist zu Ende. Elf Minuten im Schweinsgalopp zu diesem Thema zu reden, ohne dann auch noch auf den Verbraucherschutz eingehen zu können, den ich ebenfalls für ein sehr wichtiges Thema halte, ist Körperverletzung an mir. Es ist vielleicht weniger Körperverletzung für Sie, denn Sie werden dafür ja auch gut bezahlt.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Meinem Arbeitskreis danke ich im Übrigen nicht; er macht einfach seinen Job.

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Danke sehr, Frau Kollegin Stahl. Nächster Redner ist Herr Dr. Fischer. Weil ich Sie gerade sehe, Herr Kollege Rohde. Ich weiß nicht, ob Ihnen schon zu Ihrem heutigen Geburtstag gratuliert wurde.

(Zurufe: Ja!)

Nun gut, das hat möglicherweise nicht jeder mitgekommen, also hole ich das für alle nach, die das noch nicht wissen. Alles Gute noch einmal!

Herr Dr. Fischer, bitte sehr.

Dr. Andreas Fischer (FDP): Herr Präsident, Frau Staatsministerin, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir alle stehen in der Verantwortung für die kommenden Generationen. Ich möchte zunächst der Staatsministerin der Justiz eine vorbildliche Mitwirkung an der Konsolidierung des bayerischen Staatshaushaltes bestätigen. Als Rechtspolitiker, der ich in erster Linie bin, möchte ich allerdings hinzufügen: Für meinen Geschmack war es eine fast schon zu vorbildliche Mitwirkung.

(Beifall bei der FDP)

Natürlich ist der den Justizhaushalt abdeckende Einzelplan 04 knapp gehalten. Natürlich wird er der Verantwortung für kommende Generationen gerecht, aber natürlich wird auch hier der Gürtel enger geschnallt. Und immer, wenn man den Gürtel enger schnallt, muss man aufpassen, dass genug Luft zum Atmen bleibt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition, es scheint Ihr Vorrecht zu sein, Forderungen zu stellen, ohne Finanzierungsvorschläge zu machen oder mit unrealistischen Finanzierungsvorschlägen zu kommen.

Ein solcher unrealistischer Finanzierungsvorschlag kommt von Ihnen, Frau Stahl; Sie übersehen nämlich bei Ihrer Berechnung, dass auch die Erhebung einer solchen Steuer Geld kostet.

(Beifall bei der FDP - Jörg Rohde (FDP): Und auch Prozesskosten!)

Auch scheint es ein Vorrecht der Opposition zu sein, alles pauschal schlechtzureden. Kollege Streibl, Ihre Zweifel an der Unabhängigkeit der Justiz und Ihre Vorhaltungen bezüglich politischer Stellenbesetzungen sind unangemessen; ich weise sie zurück.

(Beifall bei der CSU - Zurufe von der CSU: Oh, oh!)

Ihre Vorhaltung, die Justiz sei nicht gut aufgestellt, ist ebenso falsch. Man könnte danach den Eindruck gewinnen, die bayerische Justiz stehe vor dem Zusammenbruch und würde nicht mehr funktionieren. Das kann und will ich so nicht stehenlassen. Im Gegenteil. Die Statistik ist hervorragend.

(Christa Naaß (SPD): Das stimmt nun wirklich nicht!)

Im bundesdeutschen Vergleich kann sich die bayerische Justiz sehen lassen mit einer Verfahrensdauer von 3,9 Monaten vor den Amtsgerichten in Bayern und von 4,6 Monaten im Bund. Bei den Landgerichten liegt Bayern im Bundesvergleich auf Platz vier in Zivilsachen und auf Platz eins in Strafsachen. Das ist eine hervorragende Leistung all derer, die im Justizbereich tätig sind. Ich möchte in diesem Zusammenhang allen Angehörigen des Justizdienstes, Richtern, Staatsanwälten und Rechtspflegern, meinen Dank und meine Anerkennung aussprechen.

(Beifall bei der FDP)

Es ist aber auch eine Frage der Ehrlichkeit zuzugeben, dass die Richter und Staatsanwälte in Bayern unter schwierigen Bedingungen arbeiten und dass Belastungen von 114 % bei Richtern und 119 % bei Staatsanwälten, wie sie das Personalberechnungssystem PEBB§S ermittelt, nicht hinzunehmen sind. Es fehlen Richter und Staatsanwälte in Bayern; es fehlen Rechtspfleger. Die Folge ist, dass viele am Rande der Belastbarkeit arbeiten und manche darüber hinaus.

(Christa Naaß (SPD): Also hat er doch recht!)

Kollege Schindler, Sie haben die Koalitionsvereinbarungen angesprochen. Ja, in dieser Koalitionsvereinbarung steht, dass die Personalausstattung der Justiz um 400 Stellen zu verbessern ist. Es geht hier nicht um diese 98 Stellen, die durch unser gehaltenes Wahlversprechen mit der Rückkehr zur 40-Stundenwoche bei den Beamten verbunden sind. Es geht darum, dass von diesen 400 Stellen 234 Stellen umgesetzt sind und davon über 200 im Bereich des Strafvollzugs, wo sie dringend nötig waren. Wir haben den ersten Teil unseres Versprechens gehalten.

(Beifall bei der FDP)

Ich sage aber auch genauso offen, dass auch der zweite Teil noch gehalten werden muss. Es fehlen noch Stellen. Die Legislaturperiode ist noch nicht zu Ende. Deshalb möchte ich schon heute nicht nur auf den Haushalt 2013/2014, sondern auch auf den Nachtragshaushalt verweisen. Der Grundsatz, dass hier keine Personalausgaben erfolgen, kann und darf für den Bereich des Einzelplanes 04 keine Gültigkeit haben.

(Beifall des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Denn sonst werden wir die Spitzenposition, die Bayern im Bereich der Rechtspflege hat, nicht halten kön-

nen. Eine funktionierende Rechtspflege ist nicht nur ein Gebot, das für jeden Rechtsstaat selbstverständlich sein sollte, sondern sie ist auch ein wesentlicher Standortvorteil für unser Land.

Frau Staatsministerin, ich versichere Ihnen, Sie werden auch bei den Verhandlungen zum Nachtragshaushalt die FDP an Ihrer Seite haben.

(Beifall bei der FDP)

Es freut mich heute aber umso mehr, auch einige positive Dinge ansprechen zu können, weil ich es nicht so mache, wie die Opposition, alles schlechtzureden. Ich spreche von den kostenwirksamen Hebungen im Bereich der Richter und Staatsanwälte. Ich spreche von den deutlichen Strukturverbesserungen und den Beförderungsmöglichkeiten in allen Bereichen. Ich spreche auch bei den Gerichtsvollziehern, wo wir eine äußerst schwierige Situation haben - das gilt es einzuräumen -, davon, dass 30 zusätzliche Ernennungsmöglichkeiten im Eingangsamt bestehen und dass der dort bestehende Ernennungsstau zumindest abgebaut werden kann.

Damit kein Missverständnis aufkommt: All das war notwendig, und es ist alles andere als ein staatlicher Gnadenakt. Aber in Zeiten eines so konsequenten Sparkurses, wie wir ihn erleben, sind selbst notwendige Mehrausgaben nicht selbstverständlich.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Kollege Fischer, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Kollegin Stamm?

Dr. Andreas Fischer (FDP): Am Ende. Meine Zeit ist ziemlich knapp.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Dann fahren Sie bitte fort.

Dr. Andreas Fischer (FDP): Ich spreche auch davon, dass wir unser Versprechen gehalten haben und die Arbeitszeitverkürzung für die Beamten und Richter kommen wird. Das bedeutet 98 neue Stellen. Ich habe es vorhin bereits erwähnt. Es ist richtig so.

Ein Lichtblick ist auch bei den Baumaßnahmen zu sehen. 45 Millionen Euro gibt es hier im Jahr 2011 und 77 Millionen Euro im Jahr 2012. Alleine für die Justizvollzugsanstalt Gablingen schlagen 17 Millionen Euro zu Buche. Das sind keine Luxusaufwendungen; das alles betrifft nur das Allernotwendigste.

Schmerzliche Einschnitte haben wir leider auch in anderen Bereichen. Ich spreche den Opferschutz an. So muss beispielsweise die Bezuschussung des Vereins

"Ausgleich München e.V." mit 120.000 Euro beendet werden.

(Christine Stahl (GRÜNE): Warum?)

Die Staatsministerin der Justiz versucht, hier weiterzuhelfen, indem man bei der Auswahl der Zuwendungsempfänger von Geldauflagen durch die Staatsanwaltschaft diesen Verein und alle, die für den Opferschutz tätig sind, weiter fördern wird. Diese Idee ist richtig, aber ihre Umsetzung wird genau zu beobachten sein. Ansonsten sind auch hier Nachbesserungen unumgänglich.

Ich spreche auch den Verbraucherschutz an. Die Verbraucherzentrale e. V. und der Verbraucherservice im Katholischen Deutschen Frauenbund leisten hervorragende Arbeit. Hier sind Dank und Anerkennung angebracht. Sie unterhalten ein flächendeckendes Netz von derzeit 31 Beratungsstellen. Ich bin froh, dass die Unterstützung in diesem Bereich aufrechterhalten werden konnte. Ich sage aber auch, die dringend notwendige Erhöhung des Stellenplans, die ich mir gewünscht hätte, ist aufgrund der angespannten Haushaltssituation nicht möglich.

Meine Damen und Herren, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich appelliere an Sie: Stimmen Sie dem Einzelplan 04 zu, auch wenn er schwierige Einschnitte enthält. Ich appelliere zugleich an unseren Koalitionspartner und hier insbesondere an die Haushaltspolitiker: Lassen Sie Ihre Staatsministerin der Justiz nicht im Regen stehen. Das hat weder sie verdient noch haben es die Beschäftigten in der Rechtspflege und im Strafvollzug verdient, die eine hervorragende Arbeit leisten.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Herr Kollege. Frau Stamm hat nun das Wort zu einer Zwischenbemerkung. Bitte sehr.

Claudia Stamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege Fischer, seit gestern wabert hier der Mythos der angespannten Haushaltssituation durch den Raum. Das finde ich sehr erstaunlich. 2010 und 2011 sind durch Steuermehreinnahmen ziemlich gute Jahre. Im Jahr 2010 werden es voraussichtlich 31,4 Milliarden Euro sein. - So viel zum Mythos.

Zum anderen möchte ich Sie fragen, ob Sie schon einmal mit dem Finanzminister geredet und ihn gefragt haben, ob er endlich den Doppelhaushalt abschafft. Wir hören die ganze Zeit - jetzt auch wieder von Ihnen -, dass im Nachtragshaushalt am Stellenplan des Justizhaushalts, Einzelplan 04, gedreht wird.

Es ist aber gar nicht zulässig, schon mit dem Nachtragshaushalt zu argumentieren, wenn der Doppelhaushalt aufgestellt wird. Die Haushaltsordnung lässt das nicht zu.

Haben Sie mit Herrn Fahrenschon bereits darüber geredet, wann Sie den Doppelhaushalt abschaffen werden?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Bitte sehr, Herr Kollege Fischer.

Dr. Andreas Fischer (FDP): Frau Kollegin Stamm, Sie können gerne selbst mit dem Herrn Staatsminister sprechen und ihm Ihre Vorschläge unterbreiten.

(Claudia Stamm (GRÜNE): Unsere Anträge sind abgelehnt worden!)

Ich sage Ihnen hier so viel: Es ist schwer genug gewesen, einen ausgeglichenen Haushalt ohne Nettoneuverschuldung auf den Weg zu bringen. Es ist schwer genug gewesen, nicht auf Kosten der nächsten Generation zu leben, so wie es Ihre Parteifreunde in Nordrhein-Westfalen tun.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Wir halten es mit einer konsequenten und verantwortungsbewussten Politik. Einen vernünftigen Finanzierungsvorschlag für die Mehrausgaben habe ich leider nicht gehört.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Danke schön, Herr Kollege.

Zu Ihrer Orientierung, meine Damen und Herren: Es sind jetzt noch zwei Redebeiträge angemeldet. Dann folgen die Abstimmungen über die Änderungsanträge, davon zwei in namentlicher Form. Das wird also in Kürze der Fall sein.

Frau Kollegin Guttenberger ist die nächste Rednerin. Anschließend erhält Frau Staatsministerin Dr. Merk das Wort. - Bitte sehr, Frau Guttenberger.

Petra Guttenberger (CSU): Herr Präsident, Frau Staatsministerin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Haushaltsplanberatungen haben immer ihren eigenen Zauber. Wir haben heute sehr viel darüber gehört, wie man bestmöglich weitere Stellen und anderes schaffen könnte. Als Rechtspolitikerin würde ich dem voll und ganz zustimmen und würde das auch nachhaltig unterstützen. Aber ich halte es ebenfalls für wichtig, dass wir als Abgeordnete des Bayeri-

schen Landtags auch Verantwortung darüber hinaus übernehmen, nämlich dafür, dass wir einen Haushalt aufstellen, der sich nicht immer wieder aus neuer Verschuldung speist, der nicht immer wieder Perspektiven auf Kosten nachfolgender Generationen, die die Zinsen und Zinseszinsen zahlen müssen, eröffnet. Deshalb gilt es, eng abzuwägen. Uns allen, die wir hier sitzen, ist bewusst, dass ein funktionierendes Rechtssystem für die Lebens- und Wirtschaftsbedingungen eines Landes wichtig ist, dass Rechtssicherheit ein wichtiges Fundament ist. Aber hier gilt es abzuwägen.

Ich muss offen sagen: Der Begriff des Stiefkindes, geprägt von Herrn Schindler, hat mich jetzt doch einigermaßen überrascht. Ich glaube nicht, dass man für ein sogenanntes Stiefkind eine neue Justizvollzugsanstalt in Gablingen baut, dass man eine neue Einrichtung für Sicherungsverwahrung auf dem Gebiet der Justizvollzugsanstalt Straubing auf den Weg bringt, das Justizgebäude in Nürnberg saniert, neue Möglichkeiten für die Unterbringung von Justizbediensten in Hof schafft und sich auch im Süden Münchens mit einem neuen Justizzentrum befasst. Das tut man, um es einmal so auszudrücken, für Stiefkinder eher nicht.

Eines ist natürlich richtig: In diesem Haushalt werden keine neuen Stellen geschaffen. Und es ist auch richtig, dass 65 % des Justizhaushalts auf Personalkosten entfallen. Aber zum einen - darauf hat Herr Kollege Fischer richtigerweise hingewiesen, und das darf man auch nicht aus den Augen verlieren - sind noch Stellen aus dem Koalitionsvertrag offen, die wir bis zum Ende der Legislaturperiode entsprechend umsetzen werden. Ich hoffe, wir werden das sogar aufstocken können.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Andreas Fischer - Zuruf von der SPD: Einer klatscht!)

Wir dürfen zum anderen auch nicht übersehen, dass sich durch die anstehende Arbeitszeitverkürzung positive Auswirkungen ergeben werden, und wir dürfen auch nicht darüber hinwegsehen, dass bereits seit 2003 eine Vielzahl neuer Stellen geschaffen und insoweit bereits wichtige Akzente gesetzt wurden. Auch stehen wir keineswegs so schrecklich da, wie das hier anklingt. Es wurde gesagt, Augsburg sei überall, und die Justiz stehe vor dem Kollaps.

(Harald Güller (SPD): Wie ist es denn sonst?)

Die Gründe für Augsburg waren örtlich bedingt. Sie lagen in der Organisation und in einer massiven Häufung von Krankheitsfällen.

(Harald Güller (SPD): An wenig Personal ist es halt gelegen!)

Das war also kein strukturbedingtes, sondern ein rein örtliches Augsburger Problem.

(Harald Güller (SPD): So ein Quatsch!)

Dies war sozusagen kein schlechtes Omen für die gesamte Justiz. Wir müssen doch die Erledigungszeiten sehen. Bei uns in Bayern sind es 2,7 Monate, in anderen Bundesländern sind die Bearbeitungszeiten wesentlich höher. Dort gibt es eine Schwankungsbreite von 2,8 bis 5,4 Monaten. Auch darüber sollten wir nicht hinwegsehen.

(Harald Güller (SPD): Das ist doch wohl nicht Ihr Verdienst, oder?)

Woran liegt das? Das liegt daran, dass wir hervorragend motivierte, hoch kompetente Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bereich der Justiz haben, denen ich an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich meinen Dank sagen möchte und deren Arbeit wir auch in ganz besonderer Weise würdigen.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Wie denn?)

Wir müssen auch sehen, dass bei den offenen Verfahren nicht etwa eine Zunahme zu verzeichnen ist, die den herannahenden Kollaps ankündigen würde. Nein, in den letzten drei Jahren ist die Anzahl der Verfahren sogar leicht zurückgegangen. Also auch hier sehe ich keinesfalls, dass die Justiz schlecht aufgestellt wäre.

Lassen Sie mich auch ein Wort zu den Wiederbesetzungssperren sagen. Die Wiederbesetzungssperre und das Recht auf den gesetzlichen Richter sind immer eine Gratwanderung. Das sehen wir auch so. Auch wir kennen die klare Rechtsprechung in diesem Bereich, zum Beispiel zu den R-1-Richtern. Deshalb sind wir froh, dass wir eine Regelung gefunden haben, die ganz klar dahingehend zu verstehen ist, dass bei R-1-Richtern im Einzelfall regelmäßig eine Verkürzung auf drei Monate zu erfolgen hat und auch erfolgen kann. Ich will auch nicht verhehlen, dass es weitgehende Ausnahmen von der Wiederbesetzungssperre gibt. Auch dazu habe ich von der Opposition keine Silbe gehört. Zum Beispiel gibt es eine ermäßigte Wiederbesetzungssperre von sechs Monaten für Präsidenten, Vizepräsidenten und Direktoren von Amtsgerichten, für Richter bei den Oberlandesgerichten und bei den Landgerichten der Besoldungsgruppe R 1, bei den Amtsgerichten für Richter der Besoldungsgruppe R 2, für Generalstaatsanwälte, für den gehobenen Rechtspflegerdienst, für Bewährungshelfer, für Beamte des mittleren Justizdienstes und so weiter. Keine Wiederbesetzungssperre gibt es zum Beispiel im Bereich der Vorsitzenden Richter, der Präsidenten und Vizepräsidenten bei den Oberlandesgerichten und Landgerichten. Auch hier sind wir der festen Überzeugung, dass Wiederbesetzungssperren eine einschneidende Maßnahme sind. Das ist keine Maßnahme, die man als Rechtspolitiker gern ergreift, aber sie ist letztlich unvermeidbar, wenn wir uns davon verabschieden wollen, immer wieder neue Verschuldungen einzugehen und damit - das wird Sie, Herr Schindler, jetzt wieder langweilen - die Perspektiven künftiger Generationen zu minimieren und zu zerstören. Wir wollen das nicht, und darum wägen wir ab.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Ich bin auch etwas irritiert davon, Herr Streibl, dass Sie hier sagen, Staatsanwälte und Richter müssten einem Ausschreibungsverfahren unterzogen werden und Sie wollten keine politischen Besetzungen. Mir wäre neu, dass es hier politische Besetzungen gibt.

(Beifall bei der CSU)

Hier wird nach Eignung und Befähigung besetzt. Sollte es hier zum Beispiel um die kleine Gruppe der Generalstaatsanwälte und der Vorsitzenden Richter am OLG gehen, die wir hier schon einmal behandelt haben, dürfte Ihnen noch gegenwärtig sein, dass dies auch keine politisch besetzten Positionen sind, sondern dass es hierbei weitreichende Mitwirkungsrechte zum Beispiel des Hauptstaatsanwaltsrates oder des Präsidialrates gibt und dass nicht eine Fraktion oder eine Partei - das wäre eine politische Besetzung festlegt, wer an welchem Ort wann und wo Dienst tut. Übrigens: Wenn Sie eine gewisse Dezentralisierung anmahnen, kann ich nur betonen: Alles, was Verwaltungsbereich ist, wird von den OLGs selbstständig, ohne Hinzuziehung des Ministeriums eingestellt.

Lassen Sie mich einen weiteren Punkt ansprechen, und zwar Arbeitsüberlastungen und diesen bedauerlichen Fall mit den vier Personen, die alle gestanden haben, einen bestimmten Mord begangen zu haben. Wenn ein Richter aufgrund eines Geständnisses ein Urteil fällt, muss ich ehrlich sagen, geht es eigentlich mich als Legislative nichts an, und ich gehe davon aus, dass der Richter in seiner richterlichen Unabhängigkeit richtig gehandelt hat. Wenn ich ein Geständnis vor mir habe, dann kann ich nur fragen: Ist das glaubhaft, ist es nicht glaubhaft? Aber ob ich das glaube oder nicht, hat sicher nichts damit zu tun, ob ich noch zehn Fälle auf dem Schreibtisch habe oder nur noch fünf.

Das Gleiche gilt für Entschädigungen. Auch Entschädigungsleistungen setzt der Richter im Rahmen seiner richterlichen Unabhängigkeit fest. Also auch da habe ich keinen naheliegenden Zweifel daran, dass das Gericht entsprechend Recht und Gesetz gehandelt hat.

Lassen Sie mich einen weiteren Punkt erwähnen. Es geht noch einmal um das Stiefkind. Wir haben weitere Initiativen gestartet, um den Schutz und die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu verbessern, zum Beispiel mit der automatisierten elektronischen Aufenthaltskontrolle, die mit dem Schlagwort "Elektronische Fußfessel" bezeichnet wird. An der Umsetzung wird länderübergreifend gearbeitet, nachdem seit Januar eine Gesetzesmöglichkeit besteht. Ziel ist der Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor rückfallgefährdeten, vor gefährlichen Gewalt- und Straftätern.

Es wurde mehr Geld in die Nachsorge bei dieser Personengruppe im Bereich der Sexualstraftäter investiert, indem die Fachambulanzen ausgebaut werden.

Für einen besonders wichtigen Punkt halte ich, dass wir nunmehr ein Präventionsprojekt haben, das Jahr für Jahr mit 200.000 Euro zu Buche schlägt, in dem man sich gerade um potenzielle Täter kümmert, die eben noch nicht straffällig geworden sind, aber für sich pädophile Neigungen nicht ausschließen können. - Auch das macht man bei Stiefkindern übrigens nicht so negativ, wie das dargestellt worden ist.

Wir können letztendlich sagen: Trotz angespannter und schwieriger Haushaltslage ist uns doch ein Haushalt gelungen, der sich, wie ich meine, sehen lassen kann. Er krankt daran, dass wir nicht sehr viel mehr Geld haben, das wir in die Bezahlung der Richter und Richterinnen, Staatsanwälte und Staatsanwältinnen, der Rechtspfleger, Gerichtsvollzieher usw. stecken können. Aber wir müssen das abwägen vor dem Hintergrund: Inwieweit will ich die Perspektiven künftiger Generationen angreifen?

Da freut es mich natürlich ganz besonders, dass wir auch in den Bereichen Verbraucherschutz und Beratung keine Kürzungen vornehmen mussten, diese 31 Beratungsstellen auch in Zukunft gesichert sind und ihre gute und kompetente Arbeit weiter fortführen können.

Auch die Initiativen für die Button-, die Bestätigungslösung gehen für mich in die richtige Richtung, auf der wir weitergehen müssen. Es ist für mich der richtige Weg, um hier gemeinsam die Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger zu verbessern: durch Beratung im Bereich des Verbraucherschutzes, durch eine effiziente Justiz, eine rasche Rechtsverfolgung und auch ein gut arbeitendes, schnelles zivilgerichtliches Verfahren.

In diesem Sinne werden wir diesem Haushalt zustimmen.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Frau Kollegin. Wenn Sie bitte noch einen Moment hier bleiben würden. - Jetzt Frau Kollegin Stahl zu einer Zwischenbemerkung. Und bitte etwas mehr Aufmerksamkeit.

Christine Stahl (GRÜNE): Danke schön. - Ich meine, wir sprechen über etwas, was schon längst erledigt ist, weil der Haushalt laut Pressemitteilung des Justizministeriums schon beschlossen ist. Aber wer jetzt glaubt, dass ich deswegen auf meinen Wortbeitrag verzichten werde, bloß weil angeblich alles schon in trockenen Tüchern ist, täuscht sich.

Also: Augsburg ist kein Omen mehr; Augsburg ist in weiten Teilen, in anderen Bereichen der Justiz, auch wenn es so vielleicht nicht nach außen dringt, bereits Realität. Ein Omen, und zwar ein böses Omen, ist es, wenn man an erster Stelle nicht einen Rechtspolitiker sprechen lässt, sondern einen Haushälter wie Herrn Radwan. Dann weiß man, dass rechtspolitische Überlegungen nur die zweite Geige spielen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es hat auch so ausgesehen, als wenn man hier das Justizministerium an die kurze Leine legen will. Sie sprechen von Arbeitszeitverkürzung. Also wissen Sie, es ist schon sehr mutig, von Arbeitszeitverkürzung zu reden, wenn man einfach Verhältnisse wiederherstellt, die vormals normal waren, also im Grunde genommen ein Zustand wiederhergestellt wird, der allen Beteiligten angemessen ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist nämlich ein positiver Begriff, der auf die Abschaffung der 42-Stunden-Woche nicht zutrifft.

Ich hätte gern auch noch ein bisschen mehr zum Verbraucherschutz gehört, denn was Frau Aigner bisher gemacht hat, war - in diesen Zielsetzungen unterstütze ich sie -, Ziele zu formulieren. Sie wurden auch im Bundesrat von Bayern formuliert. Nur kann ich nicht erkennen, wann diese Ziele endlich umgesetzt werden.

Und diese Ziele sind nicht mehr die neuesten. Wir haben bereits neue Herausforderungen. Wir haben zum Beispiel die Gesichtserkennung mit Handy, wir haben beispielsweise auch schon wieder diese Microsoft-Streetview-Beobachtungen. Dabei ist noch nicht einmal in dem bisher diskutierten Bereich etwas passiert.

Deswegen kann mich Ihre Rede überhaupt nicht zufriedenstellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Frau Kollegin Stahl. Bitte, Frau Guttenberger.

Petra Guttenberger (CSU): Liebe Frau Kollegin Stahl, Sie haben das Thema überhaupt nicht angesprochen, überhaupt nicht gestreift. Jetzt bin ich natürlich etwas ratlos. Was Frau Aigner tut, das kann ich aus dem Bayerischen Landtag ja wohl schlecht beurteilen.

(Zuruf von der SPD)

Aber was wir als Bayerischer Landtag tun können oder ich als "Landtaglerin" tun kann, was wir an wichtigen Initiativen setzen konnten, das haben wir jedenfalls getan, indem wir zum Beispiel sagen: Die Welt hat sich dadurch verändert, dass eben nicht mehr das Geschäftsmodell Face-to-face das Entscheidende ist, sondern hier über das Internet eine Vielzahl von Gefahren besteht. Also zum Beispiel: dass man fortan über einen Button bestätigen muss, dass man weiß, es ist eine entgeltliche Kontraktion, die man gerade abschließt, dass man das beispielsweise bei Telefonverträgen bestätigen muss. Ich weiß auch, dass das in einem klar definierten System eines juristisch denkenden Menschen ein gewisser Bruch ist, aber die Gefahren für die Menschen haben sich geändert.

Das sind Bereiche, in denen wir massiv vorzugehen versuchen. Da muss man sich natürlich auch überlegen, wie man bei all dem Datensammeln in den verschiedensten Bereichen, wo sich Menschen eigen und selbstständig einbringen, schützen kann, zum Beispiel, wenn sie in irgendwelchen Foren sehr weitgehende Daten von sich abgeben und sich meistens überhaupt nicht bewusst sind, welche Folgen das hat. Da sind wir durchaus auf einem guten Weg, weil man hier - Verbraucherschutz ist Querschnittsaufgabe - die Jugendlichen sensibilisieren muss.

Aber auch die Sensibilisierung der Erwachsenen halte ich für wichtig. Das muss man in den nächsten Wochen und Monaten ganz speziell angehen.

Mein Kompliment an die bayerische Staatsministerin und ihr Team: Der Verbraucherschutztag, auf dem Sie ja auch waren, Frau Kollegin, war von den Themen her aus meiner Sicht ein sehr wichtiger Impuls. Da sind viele Fragen gestellt worden, auf die wir gemeinsam mit allen Mitgliedern des Landtags in den nächsten Wochen und Monaten eine Antwort finden müssen.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Danke, Frau Kollegin. - Damit darf ich als nächster Rednerin Frau Staatsministerin Dr. Merk noch das Wort geben.

Staatsministerin Dr. Beate Merk (Justizministerium):

Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wir haben gerade gesehen, dass es die Opposition nicht so gern hat, wenn man das Thema Sicherheitspolitik behandelt und vor allem, wenn man Dinge anspricht, die die Menschen in unserem Lande bedrücken und interessieren. Dies gilt vor allem, wenn es um den Schutz der Bürgerinnen und Bürger und der Kinder geht. Sonst hätte man mir nicht den Ratschlag gegeben, dass ich in dieser Hinsicht rechtspolitisch nicht tätig sein muss.

(Beifall bei der CSU)

Herr Schindler, ich glaube, Sie haben nicht richtig zugehört. Ich habe nichts schön geredet, sondern ich habe dargestellt, was geht. Das, was geht, scheint schon ganz schön gut zu sein; sonst hätten Sie sich nicht so abfällig darüber geäußert. Dieser Haushalt zeigt aber auch - das habe ich sehr deutlich gesagt -, dass wir weiter kämpfen müssen. Tun Sie also bitte nicht so, als ob ich die Probleme nicht angesprochen hätte. Tun Sie auch nicht so, als ob wir uns ohne Weiteres neue Stellen leisten könnten, ungeachtet der Versorgungskosten, die damit auf Dauer auf uns zukämen.

(Beifall bei der CSU)

Diese Verantwortung muss, wenn sie die Opposition schon nicht sehen will, zumindest von der Regierungskoalition übernommen werden. Wir werden kämpfen, um in dieser Legislaturperiode die noch offenen Stellen, die im Koalitionsvertrag genannt sind, umsetzen zu können. Das haben wir bereits gesagt. Herr Kollege Schindler, Sie haben einen rhetorischen Trick benutzt und aus Zeitungen zitiert, weil Sie wissen, dass es in Augsburg anders war. Sie wissen, dass die Augsburger - das ist uns wohl bewusst schwer belastet sind. In diesem Falle ist aber etwas ganz Besonderes passiert: Durch eine besondere Situation, die durch Krankheiten und Fehlzeiten entstanden ist, ist es zu einem Engpass gekommen, der zu einem Riesenproblem geführt hat. Dies haben die Augsburger aber nicht, wie man das erwarten würde, rechtzeitig dem Oberlandesgericht gesagt, sondern das Oberlandesgericht musste dies anlässlich einer Organisationsprüfung erkennen und hat dann entsprechend gehandelt.

(Harald Güller (SPD): Nur zur Klarstellung: Die Präsidentin ist schuld!)

- Sorry, ich habe nicht so viel Zeit.

Lassen Sie mich einen weiteren Punkt nennen: Herr Schindler, wir haben für den Justizvollzug 279 neue Planstellen bekommen. Wir haben außerdem 900 neue Haftplätze bekommen. Wir haben uns intensiv darum bemüht, in einem alten Gebäudekonglomerat dafür zu sorgen, dass die Menschen in den Gefängnissen so untergebracht werden, wie wir uns das vorstellen. Ich kann mitteilen, dass es dabei keine unzulässigen Doppelunterbringungen gibt.

Seit 2008 haben wir 90 neue Haftplätze in der Sozialtherapie geschaffen. Wir werden an diesem Ausbau weiterarbeiten; denn diese Plätze sind für die Verwirklichung des Paradigmenwechsels in unserem Strafvollzugsgesetz notwendig. Sie haben nicht die Bauvorhaben in Augsburg, Regensburg, Bamberg und Aschaffenburg angesprochen. Sie haben auch nicht die Notwendigkeit des Neubaus in Straubing angesprochen. Wir bringen hier neue technische Maßnahmen ein.

Frau Kollegin Stahl, Sie haben den Strafvollzug angesprochen. Ich habe Ihnen schon einmal in einer Antwort mitgeteilt, dass die ärztliche Versorgung in Ordnung ist. Nur dort, wo wir in den Anstalten keine Ärzte als Beamte haben, müssen wir outsourcen. Das bedeutet, dass Ärzte von außen in die Anstalten gehen und dort die ärztliche Behandlung übernehmen. Weil Sie das Personal so in den Vordergrund gestellt haben, möchte ich sagen: 178 Hebungen sind schließlich auch nichts, oder? Das ist eine ganze Menge Butter bei die Fische. Wir haben 30 weitere Ernennungsmöglichkeiten und 44 zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten geschaffen.

(Horst Arnold (SPD): Brosamen!)

- Natürlich sind das Brosamen angesichts der vielen Zahlen, die wir seit Jahrzehnten mit uns schleppen. Wir gehen aber den Weg in die richtige Richtung. Herr Arnold, es wird Ihnen noch wie Schuppen von den Augen fallen, wenn Sie sehen, was wir in dieser Legislaturperiode erreichen werden.

Meine Kollegin Petra Guttenberger hat bereits über die Wiederbesetzungssperren und über die Abkürzungszeiten gesprochen, sodass ich dazu nichts mehr sagen muss.

Die kurzen Verfahrensdauern, die wir bei uns im Land haben, sind immer kürzer geworden. Hier stehen wir hervorragend da. Frau Kollegin Stahl, Sie sprechen immer wieder über die Unabhängigkeit unserer Richter. Ich halte es für einen Hammer, dass Sie eine richterliche Entscheidung als Exzess bezeichnet haben. Das Urteil war falsch. Es beruhte aber auf Geständnissen. Dies ist ein Thema der richterlichen Unabhängigkeit, genauso wie die Frage, ob und in welcher

Höhe eine Haftentschädigung zugesprochen wird. Dies ist eine Frage der unabhängigen Justiz. Ich habe mich noch nie, und werde das auch in Zukunft nicht tun, in die Unabhängigkeit unserer Justiz eingemischt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Frau Staatsministerin, würden Sie noch einen Moment hier verweilen? Frau Kollegin Stahl hat sich noch einmal gemeldet.

Christine Stahl (GRÜNE): Mittlerweile finde ich es schon fast unwürdig, dass wir uns hier im Galopp über diese Themen austauschen müssen. Das ist aber leider nicht zu ändern. Wir haben nur elf Minuten Zeit, Sie haben etwas mehr.

Nur zur Richtigstellung: Ich habe nicht von einem richterlichen Exzess gesprochen, sondern ich habe von dem kompletten Verfahren bis hin zur richterlichen Entscheidung gesprochen. Ich habe zum Beispiel die Ermittlungen angesprochen. Sie müssen sich mit der Frage befassen, ob hier Druck ausgeübt worden ist. Anders ist es nämlich nicht zu erklären, dass sich vier Personen in ihren Aussagen für schuldig erklärt haben. Ich lasse das einmal dahingestellt. Wir werden das klären. Ich habe Ihnen in meinem Brief meine Rechtsauffassung mitgeteilt. Das hat mit den Richtern zunächst einmal überhaupt nichts zu tun. Ich tue mich schwer zu akzeptieren, dass es für solche Fälle keine Möglichkeit geben soll.

Ich wollte aber eigentlich etwas ganz anderes fragen: Heute hat die Europäische Kommission Deutschland aufgefordert, die Unabhängigkeit seiner Datenschutzbehörden sicherzustellen. Ich frage hier noch einmal nach, weil ich bisher im Ausschuss recht unglücklich war über das, was man mir dort erzählt hat. Die Kommission hat Deutschland heute förmlich aufgefordert, dem Urteil des EuGH nachzukommen und die Richtlinie umzusetzen, das heißt, für Unabhängigkeit zu sorgen. Sie sagen auch ganz deutlich, dass die Aufsicht, der viele unserer Stellen unterliegen, die für den nicht öffentlichen Bereich und den öffentlichen Bereich zuständig sind, nicht der EU-Datenschutzrichtlinie entspricht. Können Sie mir jetzt endlich sagen, ob wir hier zu einem unabhängigen Datenschutz kommen werden oder nicht?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Bitte, Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Dr. Beate Merk (Justizministerium): Herr Präsident, es wurden zwei Fragen gestellt. Die erste Frage betrifft den Datenschutz. Der Datenschutz ressortiert bei uns im Innenministerium, sodass ich mich ohne einen Kontakt mit meinem Kollegen im Innenministerium zu dieser Frage nicht äußern kann.

(Zuruf von der SPD: Oh!)

- Seien Sie nicht so ironisch. Sie wissen ganz genau, dass das richtig ist.

(Unruhe bei der SPD)

Darf ich auf die Frage von Frau Kollegin Stahl bitte antworten?

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit.

Staatsministerin Dr. Beate Merk (Justizministerium):

Frau Kollegin Stahl, Sie haben gesagt, Sie könnten sich nicht vorstellen, dass das Geständnis dieser vier Personen ohne Druck zustande gekommen sei, der von irgendjemanden auf sie ausgeübt worden sei. Ich sage: Das ist Spekulation. Warum jemand etwas gesteht, muss man eruieren. Sie können sich darauf verlassen, dass dies eruiert wird und Ihre Fragen beantwortet werden. Ihre Fragen sind immer beantwortet worden. Ich werde dies selbstverständlich auch in Zukunft so handhaben. - Ich bedanke mich sehr.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Ich bedanke mich auch bei Ihnen, aber nur vorerst; denn es gibt noch eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Arnold.

Horst Arnold (SPD): Verehrte Frau Justizministerin, was haben Sie dagegen unternommen, dass durch Stellensperren massive Einbrüche bei der Justiz entstanden sind? Haben Sie sich einmal mit dem Finanzminister darüber unterhalten, dass die Justiz ähnlich zu besorgen ist wie die Polizei? Wir haben sechsmonatige Stellensperrungen, trotzdem passiert nichts, aber auch gar nichts. Diese Situation wird in jedem Landgerichtsbezirk gegeißelt. Hat es hierauf eine Resonanz gegeben, oder ist das an Ihnen vorbeigegangen? Das würde mich interessieren.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Bitte schön, Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Dr. Beate Merk (Justizministerium):

Herr Arnold, zu den Abkürzungen der Stellensperren hat Frau Guttenberger bereits etwas gesagt. Sie wissen genau, dass für die Vorsitzenden Richter an den Oberlandesgerichten und den Landgerichten keine Stellensperren gelten. Für die R-1- und für die R-2-Richter gilt ein Zeitraum von drei Monaten. Für die übrigen Bereiche gelten sechs Monate. Wo es Schwierigkeiten gibt, haben wir mit dem Finanzministerium

eine Aufrechnung in unserem Hause vereinbart. Im Notfall können wir also eine Abkürzung erreichen. Selbstverständlich ist mir bewusst, wie wichtig es ist, über dieses Thema zu sprechen und eine Abkürzung zu erreichen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Danke schön, Frau Staatsministerin, das war's. Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, darf ich die Aussprache hiermit schließen. Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Hauhaltsplans 2011/2012, Einzelplan 04, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/7283 mit 16/7299, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/7333 mit 16/7339 und die Drucksachen 16/7369 mit 16/7382 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 16/7594 zugrunde.

Auf Antrag der SPD-Fraktion lasse ich zunächst in einfacher Form über die vom federführenden Ausschuss zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/7287 sowie 16/7291 abstimmen.

Wer dem Änderungsantrag auf Drucksache 16/7287, Stellenplan der Gerichte und Staatsanwaltschaften: Ernennungsstellen für Gerichtsvollzieher, Erhöhung der Beförderungsstellen, zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Das sind die Kolleginnen und Kollegen von der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN. Gegenstimmen? - Das sind die Kolleginnen und Kollegen von der CSU, der FDP und Frau Kollegin Pauli. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag auf Drucksache 16/7291, Stellenplan der Gerichte und Staatsanwaltschaften: Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Das sind die Kolleginnen und Kollegen der SPD und der GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. - Das sind CSU, FDP, FREIE WÄHLER und Frau Kollegin Pauli. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Nun kommen wir, wie von der Fraktion der FREIEN WÄHLER beantragt, zu den namentlichen Abstimmungen über die Änderungsanträge 16/7333 und 16/7337. Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag auf Drucksache 16/7333, Haushaltsplan 2011/2012; hier: Richter und Staatsanwälte, in namentlicher Form abstimmen. Die Urnen sind, wie üblich, aufgestellt. Mit der Abstimmung kann begonnen werden. Es stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 16.02 bis 16.07 Uhr)

Die fünf Minuten sind um, die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt. Wir geben das Ergebnis später bekannt. Zwischenzeitlich, das heißt jetzt, führen wir die namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag auf der Drucksache 16/7337 durch, Haushaltsplan 2011/2012; hier: Rechtspfleger. Die Urnen zur Stimmabgabe stehen wieder bereit. Wir können deshalb sofort anfangen. Dieses Mal stehen für die Stimmabgabe drei Minuten zur Verfügung. Los geht's.

(Namentliche Abstimmung von 16.08 bis 16.11 Uhr)

Die drei Minuten sind um. Die Stimmabgabe ist damit abgeschlossen. Wir können jetzt leider nicht unmittelbar in der Sitzung fortfahren, sondern wir müssen unterbrechen, bis das Abstimmungsergebnis bekannt gegeben werden kann. Gleich anschließend findet die Abstimmung über den Einzelplan 04 statt. Daran anschließend folgt Einzelplan 08 für das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Ich unterbreche hiermit die Sitzung.

(Unterbrechung von 16.12 bis 16.15 Uhr)

Wir setzen die Sitzung fort. Ich bitte Sie, Platz zu nehmen. Wir können das Ergebnis der soeben durchgeführten namentlichen Abstimmungen bekannt geben. Die Abstimmung über den Änderungsantrag der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 16/7333, betreffend "Richter und Staatsanwälte", hat 48 Ja-Stimmen, 91 Nein-Stimmen und 17 Enthaltungen ergeben. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Bei der Abstimmung über den Änderungsantrag der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 16/7337, betreffend "Rechtspfleger", haben 47 Abgeordnete mit Ja gestimmt, 88 mit Nein, und es gab 17 Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Änderungsantrag ebenfalls abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

Der Einzelplan 04 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/7594 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 04 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Danke schön. Das sind die Kolleginnen und Kollegen der CSU und der FDP. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. - Das sind die Kolleginnen und Kollegen von SPD, FREIEN WÄHLERN und GRÜNEN. Stimmenthaltungen? - Keine. Damit ist der Einzelplan 04 mit den vom Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung - soweit über sie nicht einzeln abgestimmt worden ist - gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung vorgeschlagenen Änderungsanträge gelten als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 7)

Außerdem schlägt der Ausschuss folgende, Ihnen bereits bekannte Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen, insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen, beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Bei einigen Stimmenthaltungen aus den Reihen der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN ist das so beschlossen.

Damit ist die Beratung des Einzelplans 04 abgeschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 12 auf:

Haushaltsplan 2011/2012; Einzelplan 08 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 16/7474 mit 16/7481)

und

Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 16/7482 mit 16/7485)

und

Änderungsanträge der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 16/7486 mit 16/7496)

Im Ältestenrat wurde für die Aussprache eine Gesamtredezeit von einer Stunde und 30 Minuten vereinbart. Davon entfallen auf die CSU-Fraktion 22 Minuten, auf die SPD-Fraktion 14 Minuten, auf die Fraktion der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN jeweils 11 Minuten und auf die FDP-Fraktion 10 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Sie kann deshalb bis zu 22 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeit der Fraktionen verlängert.

Bevor ich die Aussprache eröffne, darf ich bereits jetzt darauf hinweisen, dass die SPD-Fraktion beantragt hat, über die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/7475, 16/7478 und 16/7480 einzeln, und zwar in namentlicher Form, abstimmen zu lassen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile Herrn Staatsminister Brunner das Wort. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Helmut Brunner (Landwirtschaftsministerium): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Bayern hat sich zu einer modernen, leistungsfähigen Hightech-Gesellschaft entwickelt. Ganz Europa bestaunt unsere Entwicklung. Wir haben es trotzdem geschafft, dass Bayern nach wie vor das Agrarland Nummer 1 in Deutschland ist. Bayern ist ohne seine leistungsfähige, vielfältige und nachhaltige Land-, Ernährungs- und Forstwirtschaft nicht denkbar. Unsere Landwirtschaft verleiht Bayern ein besonderes Gesicht.

Meine Damen und Herren, wir sind stolz darauf, dass wir nicht nur eine hohe Qualität der Nahrungsmittel sicherstellen können, sondern dass wir auch einen wesentlichen Beitrag zur Energieversorgung leisten und unsere Kulturlandschaft und unser Tourismusland weiterhin so schön und vielfältig gestalten können. Das verdanken wir letzten Endes unseren Bäuerinnen und Bauern.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Es muss unsere vornehmste Aufgabe sein und bleiben, unsere Konkurrenz- und Leistungsfähigkeit mit unseren bäuerlichen Strukturen auch für die Zukunft sicherzustellen. Deswegen habe ich zusammen mit Ministerpräsident Horst Seehofer im letzten Jahr die "Zukunftskommission Landwirtschaft" eingerichtet. Diese Zukunftskommission hat sich ein dreiviertel Jahr lang ausgetauscht. 25 verschiedene Verbände und Organisationen waren eingebunden - nicht nur

die Nutzerorganisationen, sondern auch andere gesellschaftlich relevante Gruppen. Sie haben ein Leitbild für die nächsten zehn bis 15 Jahre entworfen und klargemacht, dass wir unseren bayerischen Weg fortsetzen sollen. Dieser hat sich hervorragend bewährt, sonst hätten wir heute nicht 115.000 landwirtschaftliche Betriebe. Jeder dritte Bauernhof Deutschlands steht in Bayern.

Diese Zukunftskommission hat uns aber auch wertvolle Ratschläge dafür gegeben, welche Schwerpunkte wir in Zukunft setzen sollen. Sie hat uns Ratschläge zu den Themen Ernährung, nachwachsende Rohstoffe, Klimaveränderung, Diversifizierung, Forschung und Innovation gegeben. Diese Ratschläge greife ich gerne auf. Deswegen habe ich auch einen eigenen Prozess eingeleitet, um die Landwirtschaftsverwaltung noch professioneller, moderner und schlagkräftiger aufstellen zu können, und das trotz des Personalabbaus, der bis zum Jahr 2019 vorgegeben ist.

Mir geht es nicht nur darum, dass wir unsere Hausaufgaben erfüllen, sondern mir geht es auch darum, dass wir den Anforderungen, die morgen oder übermorgen auf uns zukommen, gerecht werden. Dabei will ich die flächendeckende Versorgung mit unseren Fachämtern sicherstellen. Ich möchte unsere 47 Fachämter, die sich auf insgesamt 70 Behördenstandorte verteilen, bis zum Jahr 2019 sichern.

Dabei möchte ich aber auch noch Spielraum für Zukunftsfelder bekommen. Die Menschen erwarten, dass wir moderne Dienstleister sind und Dienstleistungsangebote unterbreiten können. Ich behaupte, dass die Agrarpolitik keine Klientelpolitik ist, sondern im Interesse der gesamten Gesellschaft und aller Bürgerinnen und Bürger ausgeübt wird. Deswegen müssen wir auch die Verbraucher im Blickfeld haben und nicht nur die Erzeuger.

Ich versuche mit meiner Politik ganz bewusst, auf einen gesellschaftlichen Dialog zu setzen nach dem Motto: nicht spalten, sondern zusammenführen. In den letzten zweieinhalb Jahren habe ich viele Gespräche mit unterschiedlichen Verbänden und Organisationen geführt, bei denen es scheinbar Zielkonflikte gab. Immer konnten aber vernünftige Kompromisse erzielt werden. Ich erinnere an das Thema Milch. Wegen der steigenden Milchpreise habe ich im letzten Jahr ohne spektakuläre Medienberichterstattung einen runden Tisch einberufen. Mir ging es um die Sache. Die Arbeitsgruppe hat mehrmals getagt und erste Ergebnisse erzielt. Die verschiedenen Verbände und Organisationen sind eingebunden. Sie schätzen dies sehr. Ich habe den Eindruck, diese Arbeitsgruppe könnte Vorbildcharakter für ganz Deutschland haben. Unser Ziel muss es sein, die Bündelung voranzutreiben und die Erzeugergemeinschaften gegenüber den großen Discountern zu stärken.

Ein anderes Thema, das mir seit jeher besonders wichtig ist, ist der Bürokratieabbau. Davon möchte ich nicht nur reden, sondern ich möchte auch entsprechend handeln, nämlich nach dem Motto: Die Tat ziert den Minister. Deswegen habe ich auch den zuständigen EU-Agrarkommissar, Herrn Ciolos, Mitte März nach Bayern eingeladen. Er hat diese Einladung angenommen. Aus 13 verschiedenen Ländern waren hohe Vertreter hier. Ich habe selbst von meinem Haus 44 Vorschläge erarbeiten lassen und diese Herrn Ciolos nach Brüssel mitgegeben, um die Agrarpolitik auch nach 2013 unbürokratischer und pragmatischer im Sinne unserer Bäuerinnen und Bauern gestalten zu können.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ein Thema, das wir in den vergangenen Monaten innerhalb der Landwirtschaft verstärkt zu hören bekamen, ist die Flächenkonkurrenz zwischen N- und E-Betrieben, also Nahrungsmittelerzeugern und den Energieproduzenten. Wir haben in Bayern derzeit 2.030 Biogasanlagen. Wegen der Zunahme der Biogasanlagen habe ich zu einem Fachkongress eingeladen, an dem ein Vertreter des Naturschutzes genauso teilnahm wie der Präsident des Bayerischen Gemeindetages. Bei diesem Kongress kamen alle Betroffenen zu Wort.

Wir wollen von Bayern aus selbst Vorschläge zum Energieeinspeisegesetz unterbreiten, das zum 1. Januar 2012 geändert werden soll. Ich möchte dem zuständigen Minister Röttgen die praktischen Erfahrungen Bayerns zukommen lassen, damit wir unsere Vorstellungen über die neue Vergütungsordnung vorbringen können. Deswegen bin ich der Meinung, dass wir diese Pachtflächenkonkurrenz entzerren müssen.

Die Interessen der Nahrungsmittelproduzenten müssen ebenso gewahrt werden wie die Hoffnungen der Energieerzeuger, die sich ein zusätzliches Standbein schaffen wollen. Ich sehe Möglichkeiten, beiden Interessen gerecht zu werden, vor allem dann, wenn wir auf die Regionen Rücksicht nehmen, wenn wir den Güllebonus auf die Gülle beschränken und wenn wir bevorzugt Kleinanlagen unterstützen und nicht irgendwelche Großkonzerne, die anonym investieren. Ich bin überzeugt davon, dass wir vonseiten der Landwirtschaft gerade in einer Zeit, in der wir über die Energiewende diskutieren, beiden Interessen gerecht werden können. Es geht mir also nicht um Teller oder Tank, sondern um Teller und Tank. Dafür gibt es intelligente Lösungsansätze. Diese möchte ich weiterverfolgen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das heißt aber auch, meine Damen und Herren, dass wir uns verstärkt einem Thema widmen müssen, über das gerade diskutiert wird. Es ist der Flächenverbrauch und der daraus resultierende Anspruch auf Ausgleichsflächen, der erhoben wird. In Bayern verbauen wir täglich 16 Hektar. Deutschlandweit sind es hundert Hektar. Zudem nehmen wir in einem weit größeren Umgang Flächen aus der Produktion, weil wir einen vermeintlich ökologischen Mehrwert damit erzielen. Ich meine, wir müssen das aufs Tapet bringen. Wir können uns nicht von der Atomenergie verabschieden, fossile Energieträger minimieren, gleichzeitig aber uns den Grund und Boden buchstäblich selbst entziehen, wenn wir Alternativen für nachwachsende Rohstoffe haben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Deswegen fordere ich für den Flächenverbrauch und den Flächenausgleich intelligentere Lösungen. Der langen Rede kurzer Sinn: Ich werde noch im Sommer zu einem Symposium laden, um mit den Kommunen, aber auch mit den Umweltverbänden über Lösungen nachzudenken, wie wir dem Anspruch der Gesellschaft gerecht werden, aber auch die Flächenkonkurrenz entschärfen, anstatt sie zu verschärfen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mein Agraretat von rund 1,2 Milliarden Euro setzt neue Akzente. Mir geht es nicht nur darum, bewährte Förderprogramme weiterzuführen, sondern ich will, dass sich der Agrarstandort Bayern für die Zukunft entsprechend positionieren kann. Dabei ist mir aber daran gelegen, dass wir an unserem Leitbild, am Leitbild einer modernen, leistungsfähigen, nachhaltig wirtschaftenden Landwirtschaft nach bäuerlichen Strukturen nicht zweifeln. Das ist mein Ziel und mein Motto. Ich bin überzeugt davon, dass wir diesem Anspruch mit einem Bündel von maßgeschneiderten Maßnahmen gerecht werden können.

Wir müssen uns von 08/15-Vorschlägen und Patentlösungen verabschieden, weil das dem einzelnen Landwirt nicht gerecht wird. Ich möchte einen Akzent auf die größere Unabhängigkeit von Importen insbesondere von Eiweißfuttermitteln setzen. Ich habe bereits eine Eiweiß-Strategie gestartet, weil ich der Meinung bin, dass dies im Interesse der Erzeuger und der Verbraucher ist. Wir importieren 800.000 Tonnen Eiweißfuttermittel vornehmlich aus Brasilien, Argentinien und den USA, die zu 90 % gentechnisch verändert sind. Wenn wir unabhängiger werden wollen, müssen wir die Produktion von Eiweiß, also zum Beispiel von Luzernen, Erbsen oder Bohnen im eigenen Land vorantreiben.

Ganz entscheidend ist die Ernährung. Auch für die Ernährung habe ich strukturell und strategisch Weichen für die Zukunft auch aufgrund des Programms "Aufbruch Bayern" stellen können. Das Ernährungskompetenzzentrum, das wir in Bayern einrichten wollen, wird eine Bündelung von Wissenschaft und Wirtschaft in sich vereinen. Ich bin davon überzeugt, dass unsere Ansprechpartner in den 47 Ämtern den verschiedenen Bevölkerungsgruppen viele Ernährungsbildungsmaßnahmen nahebringen können. Meine Damen und Herren, mit dem Geld, das wir für die vorsorgende Beratung einsetzen, können wir bei der Reparatur das Doppelte einsparen.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Staatsminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Staatsminister Helmut Brunner (Landwirtschaftsministerium): Ich bitte Frau Kollegin Noichl zu warten, bis ich mit meiner Einführungsrede fertig bin. Danach bin ich gerne bereit, auf die Frage zu antworten.

(Volkmar Halbleib (SPD): Warum haben Sie die Ernährungsberatung unter Stoiber abgeschafft?)

- Jetzt haben Sie doch eine Frage gestellt. Ich gebe Ihnen eine kurze Antwort. Das sind zwei paar Stiefel. Wir haben uns damals von der personenbezogenen Ernährungsberatung verabschiedet. Mit einer entsprechenden Aufklärung und einer Bündelung der bereits vorhandenen Kompetenzen im privaten Bereich wollen wir einen gesundheitsförderlichen Lebensstil unterstützen. Das ist ein anderer Ansatz. Das Thema Ernährung ist jedoch aktueller als je zuvor.

Meine Damen und Herren, wir müssen unsere Produkte auf dem Binnenmarkt und auf den ausländischen Märkten noch effektiver positionieren. Die Marke Bayern genießt weltweit einen hervorragenden Ruf. Gerade die bayerischen Lebens- und Nahrungsmittel können mit Nahrungsmitteln aus anderen Ländern problemlos konkurrieren. Wichtig ist, die Vermarktung professionell zu gestalten. Deshalb will ich eine bayerische Agrarmarketing-Agentur aufbauen, damit unsere hochwertigen Produkte noch erfolgreicher vermarktet werden.

Zu unseren Förderprogrammen werde ich nichts sagen, da ich davon ausgehe, dass die nachfolgenden Redner meiner Fraktion dazu Stellung nehmen werden. Das Kulturlandschaftsprogramm - KULAP - könnte die Opposition jedoch zum Anlass nehmen, um einzuhaken. Ja, wir haben leichte Korrekturen aus verschiedenen Gründen vornehmen müssen. Trotzdem stellen wir fest, dass unser bayerisches Kulturlandschaftsprogramm von den Bäuerinnen und Bauern begehrt wird. Wie sonst hätten wir wieder 168 Millionen Euro hierfür binden können? Das baye-

rische Kulturlandschaftsprogramm ist das umfangreichste, das erfolgreichste und wirkungsvollste Umweltprogramm in ganz Deutschland.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Ich weise noch darauf hin, dass wir heuer das Internationale Jahr der Wälder haben. Wir werden mit verschiedenen Veranstaltungen auf die Bedeutung des Waldes in all seinen Funktionen für die Gesellschaft hinweisen. Ich möchte eigens im Steigerwald ein Zentrum für die Nachhaltigkeit des Waldes einrichten. Damit möchte ich zum Ausdruck bringen, dass Bayern uneingeschränkt für eine naturnahe und nachhaltige Bewirtschaftung des Waldes steht, da wir nicht nur die ökologischen, sozialen und kulturellen Werte des Waldes schätzen, sondern dem Holz als Rohstoff einen hohen Stellenwert beimessen. Das wird beweisen, welche Wirtschaftskraft vom Wald ausgeht. Wir verfügen noch über eine Milliarde Festmeter Holzreserven in Bayern. Das gibt es nirgendwo anders.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zum Abschluss bedanke ich mich bei allen, die meine Arbeit wohlwollend und konstruktiv begleitet haben. Ich danke aber auch der Opposition für die Vorschläge und Meinungsäußerungen, die im Ausschuss und darüber hinaus an mich herangetragen werden. Ich nehme diese gerne auf und setze sie, soweit es mir möglich ist und die Vorschläge aus meiner Sicht vernünftig und zielführend sind, gerne um.

Zum Abschluss möchte ich noch etwas zum Ausdruck bringen. Wir sollten immer bedenken, dass unsere Bäuerinnen und Bauern die Garanten für einen prosperierenden ländlichen Raum, eine vitale Landschaft und für die Fortentwicklung unserer Kommunen sind. Sie sichern die Kulturlandschaft. Sie garantieren die Produktion der Nahrungsmittel und sichern die Vielfalt und die hohe Qualität unserer Produkte. Deswegen bitte ich um Ihre Unterstützung und die weitere positive Begleitung meiner Arbeit.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Staatsminister, bitte bleiben Sie am Mikrofon. Meine Kollegin, Frau Noichl, hat sich für eine Zwischenbemerkung zu Wort gemeldet.

Maria Noichl (SPD): Herr Minister, einerseits verkünden Sie, dass die Berechnungen zum KULAP objektiv seien. Man mache sich im Ministerium über eine genaue und ehrliche Berechnung Gedanken. Geht man aber der Sache auf den Grund, stellt man fest, dass

die Objektivität überhaupt nicht gewährleistet ist. In der letzten Sitzung des Landwirtschaftsausschusses haben wir darüber diskutiert. Rückwirkend wird das KULAP nicht für 24 Monate, sondern beliebig für viereinhalb Jahre berechnet. Würden die Berechnungen anders durchgeführt werden, könnten die Landwirte bessergestellt werden. Die Landwirte brauchen nicht nur einen Minister, sondern eine verlässliche Politik. Die Berechnung der KULAP-Sätze war in gar keiner Weise verlässlich. Dazu interessieren mich Ihre Ausführungen.

Staatsminister Helmut Brunner (Landwirtschaftsministerium): Frau Noichl, Sie sind so gut informiert, dass Sie wissen, dass mehrere Gründe für die Korrektur der Prämienhöhen verantwortlich waren. Entscheidend ist auch die Frage der Finanzierung gewesen. In unserem Haushalt müssen wir irgendwo Einsparungen und Anpassungen vornehmen. Das ist weniger den Sparvorgaben des bayerischen Haushaltes geschuldet, sondern der Kürzung der Gemeinschaftsaufgabe auf Bundesebene. Bayern erhält jährlich 18,5 Millionen Euro weniger. Wir haben uns die Frage gestellt: Wollen wir bei der Investitionsförderung noch mehr sparen? Wollen wir die Ausgleichszulage antasten, die von den Landwirten wie ein goldenes Kalb gehütet wird? Sollten wir nicht das tun, wozu uns Brüssel sowieso aufgefordert hat? Wir sind von Brüssel aufgefordert worden, die Höhe der Prämie zu korrigieren.

Der Zweck des Kulturlandschaftsprogramms ist es, Mehraufwendungen und Mindereinnahmen auszugleichen. Anfang des Jahres 2008 ist die Genehmigung zur Erhöhung der Prämien nur erteilt worden, weil die damaligen Erzeugerpreise für Milch, Getreide oder Fleisch relativ hoch waren. Brüssel hat uns im Jahr 2008 schon darauf hingewiesen, dass wir nach zwei Jahren erneut prüfen müssen, ob die Prämienhöhe noch gerechtfertigt ist. 2008, 2009 und teilweise 2010 sind die Erzeugerpreise in den Keller gefallen. Sie erinnern sich sicher an die Milch-Diskussionen und an Getreidepreise von 10 Euro. Deswegen mussten wir eine Anpassung vornehmen. Diese Anpassung hat die Landesanstalt für Landwirtschaft berechnet.

(Maria Noichl (SPD): Nicht zugunsten der Landwirte!)

- Frau Noichl, ursprünglich sind uns Kürzungen von 30 % und mehr vorgerechnet worden.

Ich wollte die Kürzungen auf ein Minimum begrenzen, aber gleichzeitig die Finanzierung im Auge behalten. Ich will gar nicht um den heißen Brei herumreden: Wir haben bei verschiedenen Kulturlandschaftsprogram-

men eine Anpassung zwischen 5 % und 15 % vorgenommen.

(Maria Noichl (SPD): 50 %?)

Ausnahme war das Blühflächenprogramm mit durchschnittlich 24 %. Sie müssen aber hinzufügen, dass Bayern selbst nach der Anpassung im Durchschnitt 610 Euro pro Hektar zahlt. Im Vergleich dazu zahlt Baden-Württemberg 500 Euro. Wir haben 19.000 Hektar im Blühflächenprogramm, Baden-Württemberg 3.000 Hektar. Wir können jedem Vergleich mit allen anderen Bundesländern durchaus standhalten

Wir haben nur dort, wo es unbedingt notwendig war, gekürzt. Bis 1,4 Großvieheinheiten wurden aus dem Gründlandprogramm bisher 180 Euro bezahlt, jetzt gibt es 170 Euro. Das ist zumutbar. Das wird akzeptiert. Die Anträge unter den neuen Gesichtspunkten haben unsere Erwartungen weit übertroffen. Ich müsste fast sagen "leider", weil ich nicht so recht weiß, wie wir das finanzieren können. Ich muss auf den Nachtragshaushalt und auf das Verständnis meiner Kolleginnen und Kollegen im Kabinett und im Parlament hoffen.

Das Kulturlandschaftsprogramm mit seiner aus Ihrer Sicht erheblichen Kürzung kann nach wie vor allen Vergleichen in Deutschland standhalten.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Staatsminister, vielen Dank. Herr Fahn hat sich zu einer nächsten Zwischenintervention gemeldet. Ich bitte darum, dass die Antworten auf Zwischeninterventionen nicht um das Doppelte überzogen werden. Herr Fahn, zwei Minuten.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Herr Minister, das Thema ist im Moment auch der Klimaschutz. Ich habe in Ihrer Rede nichts zum Thema Landwirtschaft und Klimaschutz vernommen. Mich interessiert, welchen Beitrag Ihrer Ansicht nach die Landwirtschaft zum Klimaschutz leisten soll und welche Rolle dabei die ökologische Landwirtschaft spielt, weil diese bei der Energieeinsparung sehr gute Werte hat. Müsste man die ökologische Landwirtschaft in Bayern nicht noch mehr fördern, als es bisher der Fall ist?

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Bitte, Herr Staatsminister.

Staatsminister Helmut Brunner (Landwirtschaftsministerium): Dabei geht es um die Schwerpunktsetzung. Ich bitte zur Kenntnis zu nehmen, dass wir die

Umstellung zur ökologischen Bewirtschaftung in den letzten Jahren mit einer eigenen Umstellungsprämie von 300 Euro pro Hektar unterstützt haben, wir bei den jährlichen Förderprogrammen die Ökoprogramme bewusst weit über den konventionellen halten und bisher 210 Euro zahlten; künftig zahlen wir 200 Euro pro Hektar. Das wird von den Ökoverbänden anerkannt und geschätzt. Ich rate Ihnen, mit den Verbandsvertretern ein Gespräch zu führen. Sie werden Ihnen bestätigen, dass sich Bayern mit allen anderen Bundesländern vergleichen lassen kann. Sie schätzen die verlässliche Unterstützung in Bayern. Wichtig ist auch, dass wir einen jährlichen Zuwachs an Ökobetrieben haben. Inzwischen sind es knapp 6.500 Betriebe in Bayern. Bei der letzten "BioFach" in Nürnberg wurde das bestätigt. Ich habe sehr wohl zur Kenntnis genommen, dass bei verschiedenen Produkten durchaus importiert werden muss. Wir haben noch Spielraum. Ich möchte die Umstellung unterstützen und sie vorantreiben. Allerdings müssen wir dann auch den Absatz sichern, sonst würde sich in der Folge der Preis nach unten korrigieren.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Weitere Wortmeldungen haben wir hierzu nicht. Danke, Herr Staatsminister. Für die SPD hat sich Herr Kollege Strobl zu Wort gemeldet. - Bitte schön.

(Eberhard Sinner (CSU): Geht Ihnen das Personal aus?)

Reinhold Strobl (SPD): - Nein, bei Ihnen ist es auch so, dass Mitglieder des Haushaltsausschusses zu Sachthemen sprechen.

(Eberhard Sinner (CSU): Die Redezeit ist zu schade für eine solche Erklärung!)

- Darin haben Sie recht.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Landwirtschaft steht weltweit vor einer gewaltigen Herausforderung. Unter anderem ist das die zunehmende Zahl hungernder Menschen. Bei uns gibt es Armut, in vielen Ländern Elend. Das ist ein großer Unterschied. Wir haben es mit dem Klimawandel zu tun und mit einer negativen Klimabilanz der europäischen Land- und Ernährungswirtschaft. Wir haben es damit zu tun, dass die biologische Vielfalt immer weiter verlustig geht. Wir haben es mit dem Verlust mehrerer Millionen Arbeitsplätze in der europäischen Landwirtschaft und damit der weiteren Schwächung der ländlichen Regionen zu tun. Wir verzeichnen eine Öffentlichkeit und Verbraucherschaft, die ihre qualitativen Wünsche und Ansprüche an die Art und Weise der Lebensmittelerzeugung zum Beispiel in Bezug auf Tierschutz, fairen Handel oder Gentechnik einfordert.

Meine Damen und Herren, wir sind uns sicherlich darin einig, dass die vielfältige bäuerliche Welt weit über die Produktion von Lebensmitteln hinaus geht. Moderne landwirtschaftliche Betriebe erfüllen zusätzlich Dienstleistungs-, Öko- und Ausgleichsfunktionen für unsere Gesellschaft, Natur und Umwelt. Sie erbringen zudem vielfältige Vorleistungen für andere Wirtschaftsbereiche und tragen so maßgeblich zur Entwicklung und Stabilität der ländlichen Räume bei.

Die Landwirtschaft in Bayern steht nicht nur jetzt, sondern auch in Zukunft vor großen Herausforderungen. Es geht um die Produktionsgrundlagen, die wir für die nachkommenden Generationen erhalten wollen. Es geht darum, dass die erneuerbaren Ressourcen bei Gewährleistung der Regenerationsfähigkeit effizient genutzt und nicht erneuerbare Ressourcen geschont werden müssen. Es geht um den Verlust von Arbeitsplätzen in der bäuerlichen Landwirtschaft und damit um eine weitere Schwächung der ländlichen Räume. Es geht um die Erhaltung der biologischen Vielfalt. Der Minister hat es angesprochen. Dieses Thema wird von uns diskutiert weil immer mehr Flächen für den Maisanbau gebraucht werden. Hier stehen wir im Spannungsfeld zwischen Landwirtschaft und Energieerzeugung. Wir müssen die Weichen gemeinsam richtig stellen. In diesem Zusammenhang geht es grundsätzlich um den Einsatz erneuerbarer Energien. In vielen Gemeinden in unserem Land gibt es Bemühungen, energieautark zu werden. Diese Gemeinden brauchen Unterstützung. Wir haben einen Antrag eingereicht, damit die Gemeinden mit zwei Millionen Euro unterstützt werden. Dieser Antrag wurde von der CSU und der FDP abgelehnt.

Bereits im Haushaltsausschuss habe ich gesagt, dass Sie zum nächsten Haushalt den Antrag stellen sollten, weil das Thema so wichtig ist und die Kommunen Unterstützung brauchen. Machen Sie es wie mit vielen Anträgen und stellen Sie selbst unseren Antrag. Wir sichern Ihnen zu, dass wir Sie hierin unterstützen werden.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, es geht ferner um die artgerechte Tierhaltung in der Produktion. Sie muss gesichert werden. Es geht um Sicherheit und Transparenz für Verbraucherinnen und Verbraucher.

Meine Damen und Herren, in meinem Wahlkreis gibt es viele engagierte Landwirte. Sie sind gerne Landwirte und wollen es bleiben. Sie sind engagiert und kennen sich gut aus. Diese Landwirte leben in und mit der Natur, erzeugen gute Lebensmittel und orientieren sich an der Ökologie. Das ist die eine Seite.

Die andere Seite ist, dass immer mehr Bauern aufgeben müssen. Alle zehn Jahre halbiert sich die Zahl der Höfe in Bayern. 50 % der Landwirte sind inzwischen Nebenerwerbslandwirte, mit all den negativen Folgen, die wir in diesem Zusammenhang diskutieren müssen. Die bayerischen Bauern sind unter besonderen Bedingungen tätig. Unsere Milchbauern können sich nicht mit denen in Neuseeland, unsere Schweinehalter nicht mit denen in China und unsere Getreideproduzenten nicht mit denen in den USA messen. Wir haben es mit einem Preisverfall zu tun. Der Milchpreis ist einmal zurückgegangen, ein anderes Mal wieder gestiegen. Wir stellen fest, dass das nicht unbedingt etwas mit dem Marktgeschehen zu tun hat. sondern unter Umständen auch mit Marktmacht. Dieses Thema muss man sich noch einmal genauer anschauen.

Mein nächstes Stichwort ist die grüne Gentechnik. Wir wollen ein gentechnikfreies Bayern. Auch in diesem Bereich haben wir es wiederum mit Konzernen zu tun, welche die Landwirte von sich abhängig machen wollen; wir brauchen uns nur die Geschichten im Zusammenhang mit Monsanto anschauen. Das ist etwas, worauf wir sehr achtgeben müssen.

All das erfordert ein Umdenken in der Landwirtschaftspolitik. Anstatt weiterhin vor allem auf das Prinzip "Wachsen oder Weichen" zu setzen und damit immer mehr eine industrielle Landwirtschaft einzuführen, ist das Leitbild der SPD-Landtagsfraktion eine multifunktionale bäuerliche Landwirtschaft, die ihrer sozialen und ökologischen Verantwortung gerecht wird - vor allem aber: gerecht werden kann. Wir wollen keine Landwirtschaft, die agrarindustriell erzeugte Rohstoffe für die Nahrungsmittel- oder die Energiewirtschaft liefert. Wir wollen eine Lebensmittelerzeugung, die - flächendeckend betrieben - ökologisch intakte Kulturlandschaften prägt, Arbeitsplätze schafft und Tierschutzanliegen ebenso ernst nimmt wie globale Entwicklungsfragen und Klimaschutz. Und wir wollen gerechte Preise für die qualitativ hochwertigen Produkte der Landwirtschaft.

Meine Damen und Herren, wenn wir uns über die Landwirtschaft unterhalten, dann spielen einige weitere Punkte eine Rolle, die für die Situation auf dem Land bedeutsam sind. Wir müssen leider feststellen, dass die Mittel für die Dorferneuerung gekürzt worden sind. Auf dem Land gibt es oft zu wenige Arbeitsplätze. Wir müssen schauen, dass da nicht weiter etwas falsch läuft.

Wir weisen seit Jahren darauf hin, dass der Zugang zu DSL auch in ländlichen Regionen wichtig ist. Herr Huber hat das immer so dargestellt, als ob sich das von allein einpendeln werde. Es sind Jahre verschlafen worden, bis man darauf gekommen ist, dass man hier sehr wohl etwas tun kann. Wir könnten schon viel weiter sein.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Das Thema Schule und Ausbildung - ich habe es heute früh schon angesprochen - spielt auch in ländlichen Regionen eine wichtige Rolle. Wer soll in die kleinen Gemeinden ziehen und sich vielleicht ein Häuschen bauen, wenn es dort keine Schule mehr oder nur noch eine Grundschule gibt? Wer soll dort noch bleiben? Wir werden Sie daran messen, ob Sie auf diesem Feld etwas tun. Auf jeden Fall werden wir Sie an Ihren Taten messen.

Ich nenne weitere Punkte: Die Notwendigkeit für einen öffentlichen Personennahverkehr und Schülerbeförderung besteht auch auf dem Land. Da muss entsprechend gefördert werden. Einkaufsmöglichkeiten sind ebenfalls wichtig. Es darf nicht sein, dass in den Dörfern keine Geschäfte mehr sind und es nur noch Einkaufsmärkte in den größeren Städten gibt. Auch die ärztliche Versorgung ist ein ganz wichtiger Punkt.

Auf den Ausbau der Staatsstraßen will ich etwas ausführlicher eingehen. Im Zusammenhang mit den Staatsstraßen hat sich eine interessante Geschichte abgespielt. Wir haben das aber bei anderen Straßen genauso erlebt. Die amtierende Koalition streicht Mittel, und den GRÜNEN wird der Vorwurf gemacht, sie wollten nichts für die Infrastruktur tun. Erst unter dem Druck der Öffentlichkeit, insbesondere der Kommunen, sind die Mittel wieder ein kleines bisschen erhöht worden. Wie es 2012 läuft, wissen wir noch nicht. Wenn Sie von der Koalition der Meinung sind, wir brauchten auf dem Land keine ausgebauten Straßen, dann müssen Sie das den Menschen draußen auch sagen. Wir jedenfalls werden an dem Thema dranbleiben.

Auch der Tourismus ist in diesem Zusammenhang ein Thema; denn viele Landwirte haben dort ein zusätzliches Standbein. Wenn es nur noch Monolandschaften, zum Beispiel mit Mais, gibt, dann ist das nicht unbedingt etwas, was die Touristen anreizt, in solche Regionen zu kommen.

All diese Themen kommen auf uns zu.

Vorhin ist an die "blühenden Landschaften" erinnert worden, die Herr Kohl in den neuen Bundesländern

versprach. Die blühenden Landschaften, die ich jetzt meine, haben damit aber nichts zu tun. Herr Minister, auch Sie haben wahrscheinlich heute früh die Mail des Imkernetzwerks Bayern bekommen. Darin heißt es zum Beispiel:

Ohne blühende Flächen in der Landschaft haben unsere Bienen wie auch Schmetterlinge und andere Insekten keine Überlebenschance. Wo man hinsieht, nur noch Maisäcker und kurzgeschorene Wiesen, aber keine Blüten mehr. Mit dem Blühflächenprogramm A 36 konnten immerhin 19.000 Hektar Blühflächen in Bayern geschaffen werden. Nicht nur wir Imker haben die positive Auswirkung auf die Natur erlebt; auch die Jäger haben von positiven Auswirkungen berichtet. Alle Menschen wollen eine bunte, blühende Natur.

Wir sind gespannt darauf, wie hier weiter verfahren wird. Wir wollen nicht nur Worte hören, sondern wir wollen auch Taten sehen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch ein paar Worte zu dem Thema "Forst und Wald" sagen. Wir, die SPD-Landtagsfraktion, setzen uns für eine naturnahe, funktionsgerechte Bewirtschaftung ein. Wir sind gegen eine auf kurzfristigen Gewinn ausgerichtete Forstwirtschaft. Gerade der Staatswald ist durch das Bayerische Waldgesetz den Gemeinwohlfunktionen besonders verpflichtet. Dazu gehören neben den Nutzwaldfunktionen vor allem Schutz- und Erholungsfunktionen. Für uns dient der Staatswald als Bürgerwald nach wie vor der Allgemeinheit in besonderem Maße. Die Gemeinwohlfunktionen haben daher Vorrang vor den Nutz- und Einkommenserzielungsfunktionen.

Der Wald ist jedoch auch Arbeitsplatz im Rahmen einer verantwortungsvollen und zukunftsfähigen Bewirtschaftung. Um unsere Wälder auch in Zukunft fachgerecht bewirtschaften zu können, brauchen wir gut ausgebildete Förster und Waldarbeiter. Dazu hat der Arbeitskreis Landwirtschaft unserer Fraktion entsprechende Anträge eingebracht. Unsere Vorsitzende Maria Noichl ist an diesen Themen immer dran. Leider sind unsere Anträge im Haushaltsausschuss abgelehnt worden.

Der Personalabbau in diesem Bereich ist zu stoppen und umzukehren. Gerade angesichts der Herausforderungen, die wegen des Klimawandels auf unsere Wälder zukommen, brauchen wir mehr gut ausgebildetes Personal. Uns ist es wichtig, dass der Einstellungskorridor für Förster erhöht wird und dass auch weiterhin Waldarbeiter ausgebildet und eingestellt werden.

Ich komme zu einem Thema, das nicht neu ist, über das aber besonders in der letzten Zeit in der Öffentlichkeit intensiv diskutiert worden ist: Bitte helfen Sie mit, dass auch die Forstarbeiter bei den privaten Arbeitgebern einen Mindestlohn bekommen.

(Beifall bei der SPD)

Ähnlich wie in Diskussionen über einen Mindestlohn in anderen Bereichen stellen wir auch hier wieder fest, dass Sie die Bedeutung dieses Themas überhaupt noch nicht begriffen haben. Wenn aber beim Mindestlohn nichts passiert, dann entzweit das unsere Gesellschaft. Wenn Sie von der Koalition es hinnehmen wollen, dass Menschen von dem, was sie für ihre Arbeit bekommen, nicht leben können und dass sie später auch keine ausreichende Rente bekommen, dann müssen Sie das den Menschen draußen auch sagen. Das ist jedoch eine unverantwortliche Politik. Ich bitte Sie wirklich, Ihre Meinung zum Thema Mindestlohn zu überdenken.

Ich komme zum Schluss. Wir wollen den Waldumbau und die forstlichen Zusammenschlüsse mehr fördern, den Bergwald schützen und den Waldumbau vorantreiben. Für uns gehört Wild zum Wald. Ich bin durchaus jemand, der, wenn er draußen ist, auch Wild sehen will. Für uns gilt aber auch der Grundsatz: Wald vor Wild.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Denke Sie bitte an das Ende Ihrer Redezeit.

Reinhold Strobl (SPD): Herr Minister, Sie haben auf jeden Fall unsere Unterstützung, wenn Sie bei diesen Themen, die auch in der öffentlichen Diskussion sind, vorankommen kommen wollen. Wenn nicht, werden wir weiterhin im Widerstreit sein. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Die nächste Wortmeldung stammt vom Kollegen Eckstein von der CSU.

Kurt Eckstein (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich soll ich nur zu den Zahlen des Haushalts reden. Denn die politischen Ausführungen wird Kollege Albert Füracker machen. Aber zwei Dinge muss ich doch ansprechen.

Herr Kollege Strobl, Sie sprechen sich gegen eine industrielle Landwirtschaft aus. Ich glaube aber, dass in Bayern industrielle Landwirtschaft nicht stattfindet, sodass Ihre Bemerkung Eulen nach Athen tragen bedeutet. (Beifall bei der CSU)

Ich nenne ein Beispiel. In meinem Dorf waren wir 17 Bauern. Jetzt gibt es noch zwei: einen Nebenerwerbslandwirt und einen Vollerwerbslandwirt, der mein Nachbar ist. Dieser hat für 120 Milchkühe einen Stall mit zwei Melkrobotern gebaut. Er hat das ganze Dorf zusammengepachtet. Er bearbeitet jetzt die Fläche, die wir früher mit siebzehn Bauernfamilien bearbeitet haben.

Ich sage Ihnen: Seine Kühe leben viel glücklicher als die Kühe in vielen anderen, kleineren Betrieben. Sie können davon ausgehen, dass größere Landwirtschaft nicht mit Tierquälerei verbunden ist, wie es oft dargestellt wird. - Dies ist das eine.

Das Zweite ist das angesprochene Blühflächenprogramm. Die Diskussion darüber kann ich fast nicht mehr hören. Erstens war das Programm nach meiner Meinung zu gut dotiert. Darum wurden die 6.000 bis 7.000 Hektar, die in Planung waren - ich weiß ungefähr, wie solche Programme laufen -, auf 19.000 Hektar aufgestockt, weil das Entgelt gut bemessen war. Jetzt wird so getan, als würden die 19.000 Hektar sofort unter den Pflug kommen und würde dann Mais angebaut. Aber diese 19.000 Hektar werden nun fünf Jahre blühen. Der Minister wird sicherlich einen Weg finden, dieses zweifellos gute Programm weiterzuführen.

Jetzt zum Haushalt. Wie alle Ressorts hat auch der Einzelplan 08 zum ausgeglichenen Haushalt seinen Beitrag leisten müssen. Der Konsolidierungsbeitrag beträgt jährlich 25 Millionen Euro. Davon konnten aber 20 Millionen Euro durch Gewinne der bayerischen Staatsforsten erwirtschaftet werden, und 5 Millionen Euro sind durch Kürzungen bei den Ausgaben gewonnen worden. Einen Teil der Einsparungen hat die Verwaltung durch Kürzungen bei den Ausgabemitteln ermöglicht. Es handelt sich zum Teil um Kürzungen bei Bau-, Sach- und Investitionsausgaben.

Zusätzlich gibt es im Haushalt Umschichtungen, durch die an anderer Stelle ein Mehrbedarf abgedeckt wird.

Bei den Fördermaßnahmen wurden ebenfalls maßvolle Einsparungen und zahlreiche Umschichtungen durchgeführt.

Wie es der Minister schon angesprochen hat, handelt es sich hauptsächlich um Kürzungen der GAK (Anm.: Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes) in Höhe von 18,5 Millionen Euro, die wir natürlich hier in Bayern vollziehen müssen.

Die eigentlich frei werdenden Landesmittel von 12,3 Millionen Euro, die der Finanzminister nach dem Haushaltsrecht eigentlich hätte einziehen können, bleiben in vollem Umfang erhalten und dienen den landwirtschaftlichen Förderprogrammen.

An dieser Stelle möchte ich mich bei Herrn Minister Brunner recht herzlich bedanken, dass es ihm und seinem Haus gelungen ist, mit dem Finanzminister günstig zu verhandeln. Ich möchte mich auch für die Arbeit bedanken, die er und sein Haus für die Bäuerinnen und Bauern in ganz Bayern tun. In den Dank schließe ich ausdrücklich alle Stellen ein, die für die Landwirtschaft vor Ort tätig sind.

Laut Stellenplan sind rund 7.200 Mitarbeiter im Einzelplan 08 ausgewiesen. Herr Kollege Strobl hat gesagt, der Abbau dieser Stellen muss gestoppt werden. Es wäre schön, wenn wir dies schafften. Aber es gibt auch andere Zwänge.

Andere Parteien haben andere Ansichten. Ich kann nicht nachvollziehen, wenn immer wieder von einer bestimmten Stelle aus der Eindruck erweckt wird, dass diese Beschäftigten überflüssig oder zuviel seien. Kaum ein Haus hat die Personaleinsparungen bei den inneren Reformen so konsequent vollzogen wie das Landwirtschaftsministerium; das merkt man auch.

Nun zu einigen Zahlen. Der Haushalt umfasst 1,2 Milliarden Euro. 1,1 Milliarden Euro betragen die Direktzahlungen der EU. Diese müsse von der Verwaltung auf die Landwirtschaft verteilt werden. Die Umsetzung des Einzelplans 08 bedeutet also einen großen Arbeitsaufwand.

Die Fördermaßnahmen wurden auf relativ hohem Niveau von 490 Millionen Euro jährlich fortgeführt. Die am stärksten ausgestatteten Maßnahmen sind die einzelbetrieblichen Investitionsförderungen mit 72,6 Millionen Euro.

Das Kulturlandschaftsprogramm ist bereits genannt worden. Die Ausgleichszulage ist ein wichtiger Motor, um eine flächendeckende Landwirtschaft in den Bereichen, die für die Landwirtschaft nicht besonders interessant sind, zu erhalten.

Flurneuordnung, Dorferneuerung und LEADER werden auf hohem Niveau weitergeführt. Sie haben recht, dass im Jahr 2012 Bundesmittel in Höhe von 6 Millionen Euro wegfallen. Außerdem läuft das Programm "Bayern 2020" aus.

Wir haben im Haushaltsausschuss schon darauf hingewiesen, dass im Nachtragshaushalt Aufstockungen vorgenommen werden müssten.

In Kapitel 08 03 sind die reinen Landesmittel aufgelistet und die Selbsthilfeeinrichtungen EKV, EKP, Milchprüfring, Verbundberatung und Ähnliches ausgewiesen.

Die Bildungszentren im ländlichen Raum und die Landjugendorganisationen werden weiterhin mit 1,6 Millionen Euro pro Jahr gefördert. Das ist eine stolze Summe, die gut angelegt ist.

Für den Bereich "gesunde Ernährung" einschließlich des Kompetenzzentrums wurde der Ansatz von 3,8 Millionen auf 5,4 Millionen Euro im Jahr 2011 und auf 6 Millionen Euro im Jahr 2012 angehoben.

Für das Schulungsprogramm stehen im Doppelhaushalt pro Jahr 4,4 Millionen Euro EU- und Landesmittel zur Verfügung.

Die forstliche Förderung bleibt auf hohem Niveau. Die Zuschüsse zur Förderung von Maßnahmen im Privatund im Körperschaftswald sind mit 23,1 Millionen Euro veranschlagt. Die Zusammenschlüsse sollen 3,3 Millionen Euro im Jahr bekommen.

Die Rücknahme der Kürzung der Wegstreckenentschädigung ist für die Bediensteten der Forstbetriebe von besonderer Bedeutung.

Diese Zahlen zeigen, dass sich die Ernährungs-, Land- und Forstwirtschaft wie auch der gesamte ländliche Raum auf die Koalitionsregierung aus CSU und FDP und auf diese Parteien verlassen können.

Auch wenn sich die Erlössituation in der Land- und Forstwirtschaft verbessert hat, sind Förderung und Beratung durch den Staat weiterhin nötig, um den gesamten Bereich zukunftsfest zu machen. Zu diesen Aufgaben stehen wir.

Ich bitte um Zustimmung zu dem Einzelplan 08.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Für die FREIEN WÄHLER bitte ich Frau Müller ans Redepult.

Ulrike Müller (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Land- und Forstwirtschaft im Verbund mit der Lebensmittelwirtschaft ist eine wichtige Säule der Wirtschaftskraft unseres Heimatlandes. Daneben prägt die Arbeit unserer Bäuerinnen und Bauern die Kulturund Erholungslandschaft in besonders außerordentlicher Weise.

Bayerns Schönheit ist weltweit bekannt. Die Schaffenskraft seiner Bevölkerung, seine kulturelle Vielfalt und die unvergleichliche Qualität seiner Lebensmittel -

ich nenne beispielhaft Bier, Milch, Fleisch - lassen viele andere Länder neidisch zu uns blicken.

Bayerns Bauern haben in der zurückliegenden Zeit sehr schwierige Jahre gemeistert. Die Wirtschaftskrise hat auch hier tiefe Gräben gerissen. Wir können alle glücklich sein, dass die heutige Haushaltsdebatte unter ganz anderen Vorzeichen stattfindet, als es 2009 der Fall war. Ich habe mir bei der Vorbereitung zu dieser Rede die Haushaltsdebatte zum letzten Doppelhaushalt angesehen. Damals kam ganz klar die Hilflosigkeit der Politik gegenüber der weltweiten Agrarpolitik und die Überlegung zum Ausdruck, was Bayern tatsächlich leisten könnte.

Falsch wäre es heute sicherlich zu sagen, es habe sich alles gewandelt; der Weltmarkt werde besser. Die Agrarproduktion steige im Moment, also könne sich Bayern zurücklehnen. Das wäre sicherlich falsch.

Herr Brunner hat im Jahre 2009 gesagt, es sei das Recht der Opposition in solchen Debatten völlig unrealistische Forderungen zu stellen. Ich habe mir mit Blick auf damals unsere heutigen Haushaltsanträge angesehen. Ich glaube, Herr Minister, Ihre Aussage von damals kann für die FREIEN WÄHLER so nicht gelten. Unsere damaligen Anträge zur Ausgleichszulage, zur einzelbetrieblichen Förderung und zur Förderung der Ernährungsbildung wurden damals von CSU und FDP abgelehnt und als völlig unrealistisch abgetan. Umso erstaunlicher ist es, dass all diese Forderungen, die wir damals gestellt haben, heute im Haushaltsentwurf Berücksichtigung gefunden haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN - Albert Füracker (CSU): Dann könnt Ihr doch zustimmen und braucht nicht abzulehnen!)

Ich bin der Meinung: Was damals richtig war, ist es auch heute noch. Wenn Sie schon damals zugestimmt hätten, hätten wir keine zwei Jahre verloren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die FREIEN WÄHLER haben diesmal nur vier Änderungsanträge mit Mehrkosten von 2,1 Millionen Euro für 2011 und von 780.000 Euro für 2012 gestellt. Das war sehr moderat, aber leider fanden nicht einmal diese Anträge Ihre Zustimmung.

Bei der einzelbetrieblichen Förderung hätte einiges besser laufen können, wenn Sie schon früher reagiert hätten. Die Entwicklung war klar absehbar.

Bei der Ausgleichszulage regieren Sie nur deshalb, weil Ihre Bundesministerin Aigner diese 18,5 Millionen Euro streicht. Für die Bauern bleibt unter dem Strich nichts übrig; es gibt da keine echte Verbesserung. Natürlich sind wir dankbar, dass im Haushalt die vorgesehenen 12 Millionen Euro erhalten bleiben und nicht auch noch wegfallen; aber eine echte Verbesserung ist es nicht.

Herr Staatsminister, Sie haben in der letzten Zeit vieles angekündigt, was zumindest gut klingt. Sie entwickeln eine Eiweißstrategie, Sie haben ein Forum zum Mais geplant und jetzt auch noch eines zum Flächenverbrauch. Gerade im Bereich der Eiweißstrategie haben wir konkrete Anträge eingebracht. In diesem Zusammenhang möchte ich mich bei den Kollegen im Agrarausschuss herzlich bedanken, denn dort haben die Fachleute aus den Regierungsparteien zunächst zugestimmt. Leider wurden diese Anträge dann von der FDP ausgebremst. Schade! So werden wir nun wieder Jahre warten müssen, bis unsere Vorschläge umgesetzt werden.

Bayern ist ein Exportland auch und insbesondere im Agrarbereich. Wir exportieren Zuchttiere, agrarische Rohstoffe und glücklicherweise in steigendem Umfang auch hochwertige Nahrungsmittel wie unseren hervorragenden Käse. Dies muss natürlich in erster Linie die Wirtschaft selbst meistern. Aber das Hohe Haus kann eine ganz bedeutende Hilfestellung dazu leisten. Wir haben auch dazu Anträge eingereicht. Leider waren auch diese umsonst.

Ich sage Ihnen: Unsere Anträge sind nicht völlig unrealistisch, sondern sie wurden halt einfach nur von der falschen Seite eingebracht.

(Widerspruch bei der CSU)

Es ist ein Unding, wenn im Bereich der Absatzförderung EU-Mittel von Deutschland und von Bayern nicht vollständig abgerufen werden, weil in Bayern keine Nachfolgeorganisation der CMA auf die Beine gestellt wurde.

Sie planen jetzt eine Agrarmarketingagentur, Herr Minister. Eine Abteilung im Ministerium wird ausgegliedert und als Agrarmarketingagentur betitelt. Ich bin gespannt, was in zwei Jahren passiert, ob diese Stellen dann wieder zurück ins Ministerium kommen oder ob wir sehen müssen, wo wir die Leute nach wie vor dauerhaft beschäftigen können.

Beim Kompetenzzentrum Ernährung ist es das Gleiche: Auch hier wird nur befristet etwas geschaffen und wir wissen nicht, ob es nur eine Mogelpackung ist oder ob wir davon einen Nutzen haben werden.

Wir brauchen eine echte Stärkung der Absatzförderung; es darf keinen Verschiebebahnhof geben. Verschiebebahnhöfe! Ein schönes Stichwort: Die laufenden KULAP-Verträge wurden schon ein paar Mal

angesprochen. Dabei wird auf Brüssel verwiesen. Mich erstaunt schon, dass nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, die uns Brüssel bietet. Die Berechnungen sind in Brüssel ja noch nicht einmal eingegangen. Das Politikrisiko ist das höchste Risiko für unsere Bäuerinnen und Bauern, Herr Minister! Diese Erkenntnis ist wahrlich nicht neu.

Wir Bäuerinnen und Bauern erwarten wahrlich keine Wunderheiler oder unhaltbare Versprechungen. Die Wanderprediger, die in den letzten Jahren über die Dörfer gezogen sind und in deren Gesang viele, die hier im Hohen Hause sitzen, mit eingestimmt haben oft wider besseres Wissen - haben kein Heil gebracht. Ganz im Gegenteil! Diese Erfahrung war bitter für manche meiner Berufskollegen.

Unsere Land- und Fortwirtschaft braucht klare Perspektiven für die Zukunft. Man bringt die Bauernfamilien zurzeit und damit den gesamten ländlichen Raum in ein Spannungsfeld aus Nahrungsmittelerzeugung, erneuerbaren Energien und dem ständigen Verlust von Anbauflächen mit dem Wunsch, Bayern in ein großes Biotop für Bär, Luchs, Wolf und Biber zu verwandeln. Gleichzeitig wird unseren Landwirten gesagt: Nun behaupte dich einmal schön am Markt!

Der jetzt vorliegende Haushaltsentwurf hätte ein Baustein mit klarer Zielorientierung sein können. Er ist es aber nicht. Er verwaltet die immer noch vorherrschende Ratlosigkeit der Staatsregierung, die zurzeit - man muss sagen: glücklicherweise - von einer positiven Marktentwicklung überdeckt wird.

Wir brauchen ein entschlossenes Anpacken, wenn wir die Herausforderungen der Zukunft meistern wollen. Die FREIEN WÄHLER werden diesem Einzelplan nicht zustimmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Frau Kollegin Müller. Nächster Redner: Kollege Sprinkart für das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte sehr.

Adi Sprinkart (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister Brunner, vorweg einige Worte an Sie: Ich darf mich zunächst für die gute Zusammenarbeit bedanken.

(Zuruf des Abgeordneten Erwin Huber (CSU))

Sie haben doch immer auch ein offenes Ohr für Positionen, die nicht unbedingt die Ihrigen sind. Darin unterscheiden Sie sich auf erfreuliche Weise von manchen aktuellen und ehemaligen Kollegen, Herr Huber.

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Minister, Sie haben in Ihren Ausführungen einige Positionen angesprochen, unter anderem die Konkurrenz zwischen Tank und Teller, zwischen Energieerzeugung auf landwirtschaftlichen Flächen und der Erzeugung von Lebensmitteln. Hier gibt es in der Tat ein Problem. Sie haben für den Sommer Aktionen angekündigt; ich bin gespannt auf Ihre Vorschläge. Immerhin besteht Übereinstimmung darin, dass Sie hier etwas tun müssen, wobei ich ganz klar sagen möchte, dass für unsere Fraktion der Teller und die Nahrungsmittelerzeugung Vorrang haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben auch den großen Flächenverbrauch angesprochen, Herr Minister. Da bitte ich Sie, sich einmal mit Ihrem Kollegen Innenminister in Verbindung zu setzen. Gestern hat die Mehrheit in diesem Hohen Hause nämlich zusätzlich 41 Millionen Euro für den Staatsstraßenausbau bewilligt. Darunter sind viele Straßen zu finden, deren Verkehrswirksamkeit sehr fragwürdig ist, die aber unnötig viel Fläche verbrauchen.

Und dann haben Sie auch noch über die Entbürokratisierung gesprochen. Da empfehle ich Ihnen, bei Ihrer Bundesministerin Frau Aigner vorzusprechen, die eine Biokontrollverordnung durchsetzen will, wo ich sagen darf, dass die Biokontrollen ohne staatliche Verordnung mindestens genauso gut funktionieren wie die staatlichen Kontrollen. Auch die Fachleute sagen, dass diese Biokontrollverordnung absolut überflüssig ist. Hier würden wir eine neue Bürokratie schaffen, die wir nicht brauchen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, für uns GRÜNE hat der Erhalt der bäuerlichen Landwirtschaft und der dortigen Arbeitsplätze absolut Vorrang, genauso wie der Schutz von Wasser und Boden und die gesunde Ernährung, vor allem die gesunde Ernährung unserer Kinder. Diese Ziele müssen wir auch im Haushalt finden.

Grundsätzlich kann man sagen, dass der Agrarhaushalt nur in sehr geringem Maße hat Kürzungen hinnehmen müssen. Dennoch gibt es teilweise nicht unerhebliche Verschiebungen. Es gibt Kürzungen beim Kulturlandschaftsprogramm; demgegenüber gibt es Ausgabensteigerungen bei der Investitionsförderung und der Absatzförderung. Dort, wo die Bauern und Bäuerinnen eindeutig gesellschaftliche Leistungen erbringen, nämlich beim Kulturlandschaftsprogramm, wurde gekürzt. Investitionsförderung heißt in der Regel Wachsen und Weichen. Hier sind meines Erachtens die gesellschaftlichen Leistungen zumindest fraglich. Beim Bio-KULAP geht es nicht sosehr

um die Höhe der Kürzungen. Die zehn Euro werden nicht über das Wohl und Wehe eines Biobetriebes entscheiden. Vielmehr geht es um ein Signal in einer Zeit, in der der Biolandbau in der Bundesrepublik Marktanteile verliert, anstatt Marktanteile zu gewinnen. Wäre das in der konventionellen Landwirtschaft so, dann wäre der Aufschrei groß und man würde sofort handeln. Mit der Kürzung des Bio-KULAP haben Sie umstellungswilligen Bauern und Bäuerinnen ein negatives Signal gesendet. Das ist das Problem daran.

In der aktuellen Diskussion wird immer wieder Planungssicherheit gefordert. Damit meint man Planungssicherheit in der ersten Säule. Dabei haben wir in der ersten Säule für mindestens sieben Jahre Planungssicherheit. Davon können die Bauern und Bäuerinnen, die Programme in der zweiten Säule belegen, nur träumen. Dort werden Programme nach zwei Jahren schon wieder gekürzt. Ich nenne das Stichwort der Blühflächen. Diesbezüglich höre ich nichts von Planungssicherheit.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Gerade die Kürzungen bei der Förderung der Blühflächen haben zu einem erheblichen Vertrauensverlust bei den Landwirten geführt.

Ich weiß zwar, dass das juristisch alles abgesichert ist, aber man muss sich das einmal vorstellen: Sie haben vor zwei Jahren einen Vertrag abgeschlossen, und jetzt kürzen Sie ihnen die Förderung um bis zu 40 %, ohne dass sie aus dem Vertrag herauskommen. Aus jedem lausigen Versicherungsvertrag kann ich aussteigen, wenn die Versicherungsprämie steigt. Diese Bauern müssen aber weitermachen. Ich nenne so etwas einen Knebelvertrag.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Gemeinschaftsaufgabe wird auf Bundesebene um insgesamt über 30 Millionen Euro gekürzt, und Sie tun so, als ginge Sie das nichts an. Ich darf Sie daran erinnern: Frau Aigner gehört der CSU an und kommt aus Bayern. Also, auch dafür tragen Sie als CSU ein Stück Mitverantwortung.

Die EU-Mittel für ELER (Anm.: Entwicklungsprogramm für den ländlichen Raum) steigen um circa 30 Millionen Euro, und der bayerische Anteil steigt eigentlich nur durch die Umschichtung aus der Gemeinschaftsaufgabe.

Nun zu einigen weiteren Punkten und zu unseren Anträgen.

Unserer Meinung nach ist Tierzucht keine hoheitliche Aufgabe. Das hat unter anderem auch schon der Rechnungshof festgestellt. Nebenbei bemerkt: In Frankreich beteiligt sich der Staat an der Tierzucht mit null Euro. Die gesunde Ernährung unserer Kinder ist demgegenüber eine ganz wichtige Aufgabe, auch eine wichtige staatliche Aufgabe. Deshalb haben wir beantragt, die Mittel aus der Tierzucht umzuschichten und für die Ernährungsberatung zu verwenden.

(Zuruf des Abgeordneten Josef Miller (CSU))

Nun zur Maiswurzelbohrer-Forschung. Es ist auch keine Aufgabe des Staates, die Agro-Gentechnik weiterzuentwickeln. Man könnte auch sagen, hier wird Geld für ein Problem ausgegeben, das es eigentlich nicht gibt. Wenn man es abgeschwächt ausdrücken will, kann man sagen, dass man dieses Problem mit einfachen ackerbaulichen Mitteln, nämlich mit einer vernünftigen Fruchtfolge, lösen könnte. Pikant an dieser Sache ist, dass die Landesanstalt nach Rumänien auswandern muss, um Maiswurzelbohrer-Forschung betreiben zu können. In Bayern ist das anscheinend gar nicht möglich.

Herr Minister Brunner, Sie versuchen, das Ende der CMA mit Landesmitteln aufzufangen, indem Sie eine Marketing-Agentur für Bayern gründen. Damit zielen Sie in erster Linie auf den Export ab. Wir halten den Aufbau regionaler Vermarktungsmöglichkeiten und regionaler Wertschöpfungsketten für absolut vorrangig. Hier gibt es noch ein breites Feld zu beackern. Hier können wir im Gegensatz zum Export die Wertschöpfung in der Landwirtschaft steigern. Hier profitieren nicht nur die Bäuerinnen und Bauern, sondern auch die Verbraucherinnen und Verbraucher. Hier bedeutet Förderung Anschubfinanzierung und nicht Dauersubvention wie bei der Exportförderung, und hier tun Sie auch noch zusätzlich etwas für den Klimaschutz und die Umwelt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mein nächster Punkt ist die Alm- und Alpwirtschaft, die heilige Kuh der bayerischen Agrarpolitik. Heutzutage geht es zumindest im Allgäu nicht mehr darum, Alpen mit Wegen und Straßen zu erschließen, sondern es geht um die Erschließung bestimmter Weideflächen, auf denen die Rinder vielleicht gerade einmal zwei bis drei Wochen weiden. Angesicht dieser Situation halte ich eine Förderung eigentlich für überflüssig; manchmal ist sie sogar kontraproduktiv, weil der ökologische Schaden deutlich höher ist. Jenen Alpbesitzern, die wirklich keine Zufahrt haben, wollen wir die Wahl lassen, ob sie auf den Ausbau des Weges, der meistens ökologische Nachteile bringt, verzichten und dafür einen Erschwernisausgleich erhalten - damit

wäre die Wertschöpfung bei den Bauern - oder ob sie den Alpweg bauen lassen; dann verdient der Bauunternehmer das Geld. Kolleginnen und Kollegen von der CSU, Sie müssen den Älplern schon sehr misstrauen, wenn Sie ihnen nicht einmal diese Entscheidungsmöglichkeit überlassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben die Eiweiß-Strategie angesprochen. Grundsätzlich gibt es dafür unsere Zustimmung. Allerdings haben Sie einen ganz wichtigen Punkt ausgelassen: Jährlich werden 6.000 Hektar wichtiger Eiweißfläche, nämlich das Grünland, umgebrochen, und Sie trauen sich nicht, diesen Grünlandumbruch zu unterbinden, indem Sie ein Verbot aussprechen.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Ich darf es noch einmal explizit sagen: In den letzten fünf Jahren haben wir 1.600 Hektar Grünland in FFH-Gebieten, 1.150 Hektar in Vogelschutzgebieten und knapp 1.000 Hektar in Überschwemmungsgebieten umgebrochen. In insgesamt 18 Landkreisen Bayerns liegt der Grünlandumbruch über 5 %. Damit wird wichtige Eiweißproduktion verhindert und vernichtet.

Lassen Sie mich zum Schluss zur Forstpolitik kommen. Wir sind der Meinung, dass der Umbau des Privat- und Körperschaftswaldes angesichts des Klimawandels vorangetrieben werden muss. Dazu braucht es Geld: sonst wird das nicht funktionieren. Wir fordern mehr Geld für die Schutzwaldsanierung. Hierzu muss ich sagen: Beim Thema Bergwaldoffensive hat das Selbstverständnis des Parlaments durch die Vorgehensweise der Kollegen der CSU-Fraktion doch erheblich gelitten. Wir waren uns im Ausschuss relativ schnell einig, dass wir versuchen wollen, einen gemeinsamen, einen interfraktionellen Antrag zu erarbeiten. Das hat eigentlich auch wunderbar funktioniert. Ich glaube, wir haben keine zehn Minuten gebraucht, um eine gemeinsame Formulierung zu finden. Wer aber denkt, die Fachabgeordneten seien sich einig und damit sei das Kind in trockenen Tüchern, hat sich erheblich getäuscht. Die Kollegen mussten zunächst zum Ministerium, um zu fragen, ob sie dürfen, und dann zum Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, um zu fragen, ob sie dürfen, und sie durften in beiden Fällen vermutlich nicht.

Kolleginnen und Kollegen, wenn wir genügend Selbstbewusstsein als Abgeordnete hätten, dann würden wir so etwas nicht machen. Das muss ich Ihnen ganz klar sagen.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Jetzt ist mir nicht bange, dass die Bergwaldoffensive nicht fortgesetzt wird. Aber ich finde, die Beschäftigten, die extra für die Bergwaldoffensive angestellt worden sind, haben das Recht auf Planungssicherheit. Diese Planungssicherheit sollten wir ihnen geben, und zwar schnell.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Denken Sie bitte an das Ende Ihrer Redezeit?

Adi Sprinkart (GRÜNE): Ich werde auf die Sekunde fertig sein.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Nein, Sie haben schon überzogen.

Adi Sprinkart (GRÜNE): Ach, darum leuchtet es jetzt rot

(Heiterkeit)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: So viel zur Farbenlehre.

(Barbara Stamm (CSU): Frau Präsidentin, eine Minute zusätzlich!)

Adi Sprinkart (GRÜNE): Jetzt könnte ich mich höchstens auf eine Rotgrünblindheit herausreden. - Wir können in dem vorliegenden Agrarhaushalt keine Stärkung einer nachhaltigen Land- und Forstwirtschaft in Bayern erkennen. Aus diesem Grund werden wir ihn ablehnen.

Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD - Barbara Stamm (CSU): Das ist aber schade!)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Kollege, ich würde das ja entschuldigen, wenn Sie unter einer Rotgrünblindheit litten. Aber dem ist, glaube ich, nicht so.

Wir haben jetzt noch drei Wortmeldungen. Das sind Herr Dechant, Herr Füracker und Herr Herz. Ich bitte als Nächsten Herrn Dechant für die FDP ans Pult. Bitte schön.

Thomas Dechant (FDP): Herzlichen Dank. - Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Agrarsektor hat eine große Bedeutung im Freistaat und zählt so auch zu den wichtigsten Politikbereichen. In der Landwirtschaft sind in Bayern viele Menschen tätig. Die Landwirtschaft erbringt überdies unzählige Leistungen im Natur- und Umweltschutz. Nicht zuletzt ist die Landwirtschaft im ländlichen Raum ein integraler Bestandteil, ohne den viele auch Freizeit- und Tourismusangebote so nicht stattfinden könnten.

Der Freistaat verfügt über ein eigenes Landwirtschaftsministerium. Das ist längst keine Selbstverständlichkeit mehr. In Hessen heißt das für Landwirtschaft zuständige Ministerium "Ministerium für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz", in Nordrhein-Westfalen "Ministerium für Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft, Naturund Verbraucherschutz". Auf die künftige Bedeutung der Landwirtschaft in Baden-Württemberg darf man gespannt sein, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Zuruf des Abgeordneten Huber Aiwanger (FREIE WÄHLER))

- Herzlichen Dank, Herr Kollege Aiwanger.

Auch existieren viele Förderprogramme wie zum Beispiel das KULAP in anderen Bundesländern nicht, und viele Förderprogramme fallen deutlich enger aus.

Diese besondere Bedeutung, so meine ich, spiegelt sich im Entwurf des Haushaltsplanes 2011/2012 im Einzelplan 08, Landwirtschaft, auch deutlich wider. Im Landwirtschaftsbereich konnten wir auch für die Zukunft einen stabilen Haushalt sicherstellen. In heutiger Zeit sagen zu können, wir können den Landwirtschaftsetat so beibehalten, bedeutet enorme Anstrengungen. Ich erinnere daran: Wir haben Bildung massiv ausgebaut, wir haben einen ausgeglichenen Haushalt im Blickpunkt, und uns ist es trotz alledem gelungen, auch die bayerische Landwirtschaft entsprechend weiterhin in vollem Umfang so zu fördern, wie wir es bis jetzt getan haben.

(Beifall bei der FDP)

Der Haushalt kann 2011 und 2012 etwa stabil gehalten werden.

Hinzu kommen die Mittel für Direktzahlungen der EU an die bayerische Landwirtschaft mit rund 1,1 Milliarden Euro und Mittel aus dem Programm "Zukunft Bayern 2020" mit insgesamt 61,5 Millionen Euro. Dies sind beträchtliche Summen, meine Damen und Herren. Da muss ich schon sagen, es ist in mancher Oppositionsrede jetzt gerade nicht so deutlich geworden, dass das Land Bayern durchaus Anstrengungen unternimmt, und zwar große Anstrengungen, für die bayerische Landwirtschaft.

(Zuruf von den GRÜNEN)

- Ja logisch, seit wir mit an der Regierung sind!

Die ELER-Förderschwerpunkte "Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft", "Verbesserung der Umwelt und der Landschaft", "Lebensqualität im ländlichen Raum" und "Diversifizierung der land-

wirtschaftlichen Wirtschaft" sowie Leader konnten insgesamt erhöht werden. Die EU-Beteiligung an den Maßnahmen ist dabei mit einer Höhe von 184,6 Millionen Euro für 2011 und 187,5 Millionen Euro für 2012 veranschlagt worden. Zudem werden Landesmittel mit 141 Millionen Euro in 2011 und 143 Millionen Euro in 2012 und GAK-Mittel in Höhe von jeweils 160 Millionen Euro bereitgestellt.

Viele dieser Fördermaßnahmen stärken die Wettbewerbsfähigkeit im ländlichen Raum erheblich, tragen zur Sicherung der Arbeitsplätze bei und zeigen positive regionale und umweltbezogene Wirkungen.

Meine Damen und Herren, bei euch wird das so dargestellt, als sichere die bäuerliche, viel Arbeit verursachende naturnahe Landbewirtschaftung Arbeitsplätze sichert. Dem ist nicht so. Sie fördert nur die Anstrengungen, ganz klar. Das Einzige, was die Arbeitsplätze in der Landwirtschaft sichert, das ist einfach die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit, sodass diese Betriebe auch in Zukunft weiter existieren können.

(Beifall bei der FDP)

Das ist ganz klar so, und alles andere, was ihr hier verbreitet, ist Sozialromantik.

Einen wesentlichen Schwerpunkt bei der Förderung bildet mit rund 175 Millionen Euro in 2011 und 170 Millionen Euro in 2012 das Kulturlandschaftsprogramm, ein Programm, das von den Landwirten stark angenommen wird. Und was Ihren Vorwurf betrifft, Herr Kollege Sprinkart, wir hätten Knebelverträge, sage ich: Das Land Bayern hat sich schon x-mal in Brüssel darum bemüht, dass die Leute aus diesen Verträgen aussteigen können. Was haben denn die GRÜNEN in dieser Richtung getan? Habt ihr euch schon einmal darum bemüht, außer dass ihr euch hier hinstellt und uns Unlauterkeit vorwerft?

(Zurufe von den GRÜNEN)

Das muss man schon einmal ganz klar sagen, wenn Sie hier mit solchen Vorwürfen um sich werfen.

(Beifall bei der FDP)

Das Land Bayern hat sich schon x-mal eingesetzt, das zu ändern.

(Zuruf von den GRÜNEN)

- Es ist halt so!

Vergleicht man die bayerischen Prämien mit den Prämienansätzen zum Beispiel in Baden-Württemberg mit seinem MEKA (Anm.: Marktentlastungs- und Kulturlandschaftsausgleich), fällt sehr deutlich auf: Bei

fast allen Maßnahmen zur Förderung extensiver Produktionsverfahren im Ackerbau oder bei Dauerkulturen liegen die Prämien in Bayern deutlich höher, wenngleich hier und dort auch gewisse Unterschiede sein mögen.

Bei den bereits viel diskutierten Blühflächen liegt nach neuem Förderansatz die Prämie in Bayern bei 610 Euro, in Baden-Württemberg bei 500 Euro, und sie lag in Baden-Württemberg auch noch nie höher.

Dies gilt auch bei der Maßnahme zur Förderung extensiver Grünlandnutzung. Hier liegen die Prämien in Bayern beispielsweise bei 170 Euro, in Baden-Württemberg bei 130 Euro.

Ich denke, wir können mit Fug und Recht sagen: Wir setzen uns im Freistaat für unsere Landwirte und Landwirtinnen mit aller Kraft ein.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Die einzelbetriebliche Investitionsförderung wird mit gut 70 Millionen Euro jeweils in 2011 und 2012 fortgeführt, hier insbesondere für Investitionen, die zu einer gesteigerten Innovationstätigkeit beitragen, zur positiven Wertschöpfung und zu verbesserter Arbeitsproduktivität. Man darf dabei nicht vergessen, was eine Investition eines Landwirts auch für die regionalen Handwerker etc. etc. bedeutet. Das alles ist indirekt auch eine Förderung des ländlichen Raumes, der uns natürlich besonders am Herzen liegt.

(Beifall bei der FDP)

Bei Leader ist vorgesehen, künftig die Mittel zu erhöhen. Für 2011 ist ein Mittelansatz von 4,5 Millionen Euro für 2012 von 5 Millionen Euro veranschlagt. Es bestätigt sich immer wieder: Leader-Projekte mit dem Bottom-up-Ansatz sind Projekte, die an den eigenen Ideen ansetzen und Innovatives hervorbringen. Hier werden Projekte angestoßen, die Strukturen verbessern und zukunftsgerichtet sind.

Beispielhaft möchte ich folgende erfolgreiche Projekte anführen:

Das Druckwesen mit der historischen Druckerei Seidl hat in der Stadt Rosenberg lange Tradition. Mit Hilfe der Leader-Förderung war es nun möglich, den historischen Drucksaal umzubauen und der Öffentlichkeit wieder zugänglich zu machen. Ich war persönlich vor Ort. In der ehemaligen Druckwerkstätte werden sowohl vernetzte Kulturarbeit als auch pädagogische und museale Arbeit etabliert werden können. Am 16.04.2011 wird die Druckerei mit einem offiziellen Festakt durch den Staatsminister für Wissenschaft,

Forschung und Kunst, Dr. Wolfgang Heubisch, der Öffentlichkeit übergeben.

Als erfolgreich zu bezeichnen ist auch das Projekt "Hopfenstadl" in Illschwang. Leader hat zum Erhalt des historischen Hopfenstadls beigetragen und zusammen mit der Landesanstalt für nichtstaatliche Museen ein Museumskonzept "Hopfenmuseum" entworfen - eine heute große touristische Attraktion. Als Oberpfälzer bin ich besonders stolz darauf.

Weitere Projekte sind das Naturbad in Immenreuth und die Burgenfestspiele im Landkreis Cham.

(Zuruf von den GRÜNEN: Das bringt aber viel!)

- Ja logisch! Das bringt dem ländlichen Raum viel, und auf den sind auch die Bauern angewiesen. Das sind Synergien.

(Beifall bei der FDP)

Eine Landwirtschaft ohne ländlichen Raum, die nur noch von der Landwirtschaft bevölkert ist.

(Zurufe des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER) - Zurufe von den GRÜNEN)

ist, denke ich, auch nicht im Interesse der Landwirtschaft. Das muss man ganz klar sagen, und es geht hier auch um den ländlichen Raum.

Lassen Sie mich zu einem anderen Thema kommen, zur EU-Agrarpolitik. Wir müssen ein Konzept für eine zukunftsgerichtete gemeinsame Agrarpolitik erstellen. EU-Kommissar Ciolos fordert, dass die GAK umweltfreundlicher, gerechter, effizienter und wirkungsvoller werden muss. Das bedeutet, dass hier in der ersten Säule zusätzliche ökologische Leistungen erbracht werden sollen. Hierdurch sollen die Leistungen der Landwirte für die Allgemeinheit noch stärker betont werden.

Worum muss es im Interesse unseres Landes gehen? Auch zukünftig muss das Ziel sein, dass sich eine wettbewerbsfähige Landwirtschaft entwickeln kann. Dies bedeutet, möglichst keine zusätzlichen Beschränkungen bei den Zahlungen im Rahmen der ersten Säule. Konkrete Agrar-Umwelt-Programme sollen auch künftig über die zweite Säule finanziert werden können. Zu fordern ist vielmehr ein Abbau der bestehenden bürokratischen Mechanismen in der ersten Säule mit den Cross-Compliance-Verpflichtungen.

(Beifall bei der FDP - Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

- Ja, das geht darüber hinaus.

Die derzeitige Haushaltssystematik wird durch eine Umverteilung zugunsten der neuen Beitrittsländer dazu führen, dass sich das deutsche Prämienvolumen insgesamt rückläufig entwickeln und sich damit die Nettozahlerposition weiter verschlechtern wird. Dem müssen wir entschlossen entgegentreten. Daher ist es haushaltspolitisch betrachtet sinnvoll, die Systematik zu überdenken und zu überprüfen. Insgesamt geht es darum, verstärkt Wettbewerbsanreize zu setzen und Strukturen nicht zu behindern, was bei dem einen oder anderen Kollegen durchaus angeklungen ist. Deutlich stärker als bisher muss es darum gehen, Landwirten Erwerbskombinationen anzubieten und entsprechende finanzielle Anreize zu gestalten.

Zum Herrn Kollegen von der SPD möchte ich sagen: Gerade die FDP hat für den ländlichen Raum sehr viel erreicht.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Den MON 810!)

Eine vierstellige Anzahl von Kommunen hat mittlerweile das bayerische Förderprogramm in Anspruch genommen. Ich nenne außerdem den ÖPNV und die Schülerbeförderung.

(Beifall bei der FDP)

Die FDP-Fraktion hat jetzt einen Ausgleich über den § 45 a in Angriff genommen. In diesen Bereichen ist vor unserer Regierungsbeteiligung nichts passiert. Das möchte ich ganz klar betonen.

(Beifall bei der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Kollege, auch Ihre Zeitanzeige hat sich rot gefärbt.

Thomas Dechant (FDP): Ich komme auch zum Schluss: Der Haushaltsplan 2011/2012 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten ist schlüssig, zukunftsweisend und stimmig. Darum stimmen wir ihm zu und bitten auch um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Bleiben Sie bitte am Redepult. Es gibt eine Zwischenbemerkung des Herrn Kollegen Dr. Runge.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Herr Kollege, nachdem Sie sich gerade so schön reingeredet und Beispiele gebracht haben, was Sie alles besser gemacht haben als die CSU vorher, gebe ich Ihnen herzlich gerne weitere zwei Minuten.

(Tobias Thalhammer (FDP): Wollen Sie noch weitere Beispiele anfügen?)

Thomas Dechant (FDP): Herr Dr. Runge, herzlichen Dank. Ich habe schon ein bis zwei Seiten ausgelassen. Ich denke, es war trotzdem deutlich. Ich hätte noch ein paar Beispiele mehr gehabt, was die FDP alles Positives geleistet hat. Ich will unseren Koalitionspartner aber nicht zu sehr beschämen.

(Beifall bei der FDP - Markus Rinderspacher (SPD): Was denn?)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Lieber Herr Kollege Dr. Runge, solche Vorlagen werden sich bitter rächen; denn wir haben noch so viele namentliche Abstimmungen, dass Sie nicht zu dem Zeitpunkt aus dem Maximilianeum kommen werden, den Sie sich erhofft haben. Herzlichen Dank für diese Wortmeldung.

(Dr. Martin Runge (GRÜNE): Frau Präsidentin, das haben Sie nicht in der Hand und nicht zu kommentieren!)

Wir fahren mit der Redeliste fort. Ich bitte Herrn Füracker um seinen Redebeitrag für die CSU.

Albert Füracker (CSU): Liebes Präsidium, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Seitens der CSU-Fraktion ist niemand beschämt. Jeder beschämt sich in seinen Reden selbst oder auch nicht. Das muss jeder selbst wissen.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich spreche zum Haushalt des Landwirtschaftsministeriums. Deshalb verzeihen Sie mir bitte, dass ich nicht über Staatsstraßen und alle möglichen Dinge rede, über die ich auch etwas zu sagen wüsste. Ich spreche hier über eine Zukunftsbranche, nämlich über die bayerische Landwirtschaft. Es wäre besser, wir würden diese Debatte über die Zukunft führen, auch wenn es natürlich reizt, das zu zitieren, was hier vor zwei Jahren gesagt wurde. Liebe Ulrike Müller, ich wundere mich, dass die FREIEN WÄHLER dem Haushalt heute nicht zustimmen, wenn doch schon alles umgesetzt wurde, was angeblich vor zwei Jahren beantragt wurde.

Im Haushalt wurde dokumentiert, dass es sich bei der Landwirtschaft um eine echte Zukunftsbranche handelt. Die maßvollen Einschnitte im Haushalt, die bereits dargestellt wurden, haben wir der Einsichtsfähigkeit der zuständigen Haushälter, dem großen Engagement des Herrn Ministers Brunner und der Tatsache, dass bei uns in der Fraktion die Landwirt-

schaft eine große Rolle spielt, zu verdanken. Hier haben wir mit Sicherheit eine Kernkompetenz, bei der uns niemand übertreffen kann.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Einbildung ist auch eine Bildung!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, unser Ziel in Bayern ist es nicht nur, eine Landwirtschaft zu haben. Wir wollen auch in Zukunft noch Bauern haben. Darauf kommt es nämlich an.

(Beifall bei der CSU)

Die Vielfalt in der Landwirtschaft macht mich auch sicher, dass wir in Zukunft noch Bauern haben werden; denn Bauern sind kreativ und findig, und sie haben Ideen. Deswegen werden die bayerischen Bauern auch in Zukunft unseren ländlichen Raum prägen. Wahr ist: Vieles hat sich verändert. Der Staat macht keine Preise mehr. Der Staat und die Europäische Union werden in Zukunft die Menge nicht mehr begrenzen. Diese Beschlusslagen müssen wir zur Kenntnis nehmen. Dass ein Strukturwandel stattfindet, ist auch nichts Neues. Der Strukturwandel findet allerdings in Bayern im Vergleich mit allen anderen Bundesländern am verträglichsten und sanftesten statt.

Landwirte, die bei uns aus der Landwirtschaft ausscheiden oder im Zu- oder Nebenerwerb Arbeitsplätze vor Ort finden, gehören ebenfalls zur Wahrheit, die ich aussprechen möchte. Herr Kollege Strobl, Sie haben gefragt: Wo sind die Arbeitsplätze vor Ort? Die Arbeitsplätze sind vor Ort in vielfacher Weise vorhanden. In meinem Landkreis, der angeblich auch von Ihnen betreut wird, sind es 2,5 %. Sie sollten schon wissen, welche Zahlen vorliegen.

Wir helfen mit, den Wandel zu vollziehen. Darauf kommt es an. Trotz des Personalabbaus führen wir Beratung durch. Ich habe mich gewundert: Die SPD sagt, dass es ganz furchtbar sei, weil wir zu viel Personal abbauen würden. Herr Hallitzky hat gesagt, dass es nicht sein könne, dass in Bayern auf einen Berater 15 Landwirte kommen. Hierzu muss ich sagen: Die bayerische Landwirtschaftsverwaltung führt Dorferneuerungen und für 700.000 Waldbesitzer eine forstliche Beratung durch. Ich nenne auch die Landesanstalten. Ich würde gerne etwas differenzierter mit diesen Zahlen umgehen und rate dies auch der Opposition an.

Wir haben für das Personal einen klaren Abbauplan. Der Minister hat diesen Plan bereits angesprochen. Wir gestalten den Abbau letztlich proaktiv. Herr Minister Brunner könnte es sich leicht machen und sagen: Wenn jemand in Pension geht, wird die Stelle nicht

mehr besetzt. Er hat jedoch ein klares Konzept vorgelegt, wie dieser Personalabbau gestaltet werden muss, wenn er denn stattfindet. Er wird in der Tat stattfinden.

Dass die Landwirtschaft bei uns in Bayern eine Zukunftsbranche ist, beweisen die Landwirte selbst. Ich nenne nur die hohe Investitionsbereitschaft beim AFP. beim Agrarinvestitionsförderprogramm. Seit dem 1. Januar des letzten Jahres wurden 2.270 Anträge bewilligt. Lieber Kollege Adi Sprinkart, dies führt im Übrigen nicht immer zur Aufstockung von Beständen, die Sie so ablehnen. Auch Biobauern nehmen Investitionsprogramme in Anspruch. Aus Tierschutzgründen gehen Investitionsentscheidungen heute oft dahin, dass Laufställe und keine Anbindeställe mehr gebaut werden. Das ist unterstützenswert. Ich verstehe nicht, warum Sie das kritisieren. Die bayerische Investitionsförderung hat eben nicht das Wachsen oder Weichen zur Voraussetzung. Hier spielen ganz andere Gründe eine Rolle. Die Bauern beweisen mit ihrer Investitionstätigkeit, dass sie auf Zukunft und nicht auf Jammerei setzen.

(Beifall bei der CSU)

Ein zweiter Beweis ist der Umstand, dass wir in diesem Lehrjahr 718 neue Lehrlinge in der Landwirtschaft haben. Das sind 43 % mehr als vor zehn Jahren. Meine Kolleginnen und Kollegen, glauben Sie denn, ein junger Mensch würde sich für den Beruf des Landwirts entscheiden, wenn er darin für sich persönlich und seine Familie keine Zukunft sähe, wenn er keine Perspektive hätte? Im Gegenteil. Wir sind stolz darauf, dass sich junge Leute wieder dafür entscheiden, in die Landwirtschaft zu gehen.

(Beifall bei der CSU)

Die Bauern setzen auch auf Zusatzeinkommen. Auf das Thema Biogas werde ich anschließend zu sprechen kommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, neben der Investitionsförderung gibt es das KULAP. Ein Drittel der bayerischen Fläche ist in diesem Programm enthalten. Die Landwirte treffen freiwillige Vereinbarungen mit dem Staat und extensivieren eigenverantwortlich und ohne Vorschriften. Darauf kommt es uns an. Wir sind auch diejenigen, die sagen: Eigentum muss einen Wert haben. Nicht alles kann unter Androhung staatlicher Restriktionen vorgeschrieben werden. Wenn sich ein Landwirt entschließt, zu extensivieren, werden wir ihn dabei auch unterstützen.

Nach wie vor gibt es die Ausgleichszulage und eine exzellente Waldförderung. Auch die Ernährungsbildung wurde schon angesprochen. Ich verstehe aller-

dings nicht, warum Adi Sprinkart möchte, dass in Zukunft die Tierschutzberatung nicht mehr von staatlicher Seite durchgeführt wird, sondern von irgendwelchen Konzernen, die er sonst heftig kritisiert.

(Beifall bei der CSU - Georg Schmid (CSU): Das verstehe ich auch nicht!)

Im Übrigen unterstütze ich Herrn Minister Brunner nachhaltig bei der Einführung des Eiweißprogramms. Das ist eine hervorragende Idee. Es ist überhaupt kein Problem, hier zu sagen, dafür bräuchte man mehr Geld. In der Landwirtschaft darf nicht immer sofort gefragt werden, wie viel Geld es für irgendetwas gibt. Die Bauern erkennen an, dass der Freistaat Bayern auf Forschung und Entwicklung setzt und erreichen möchte, dass wir in Zukunft Sorten haben, die in Bayern vernünftige Erträge bringen, zum Beispiel Soja. Wir setzen aber nicht nur auf Soja, wir bauen längst auch andere heimische Eiweißträger an, zum Beispiel Erbsen, Luzerne, Klee, Gräser oder was auch immer. Für mich ist das eine klare Zukunftsorientierung, die Sie heute ablehnen, wenn Sie diesen Haushalt ablehnen, was ich nicht verstehen kann.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben noch eines in Bayern, nämlich die viel kritisierte Energie. Meine sehr verehrten Damen und Herren, jetzt muss ich aber einmal eines sagen: Wir kämpfen seit 20 oder 25 Jahren in der Landwirtschaft unter dem Aspekt der nachwachsenden Rohstoffe dafür, dass es neben der klassischen Erzeugung von Nahrungsmitteln weitere Standbeine für die Landwirte gibt, beispielsweise in der Energieproduktion. Warum wir diese Energieproduktion beklagen, nachdem die Produktion jetzt endlich funktioniert, verstehe ich nicht.

(Markus Rinderspacher (SPD): Wer hat das politisch angestoßen?)

Wir müssen vielmehr darüber nachdenken, welchen Weg wir in Zukunft gehen. Auch da bin ich Staatsminister Brunner dankbar, dass er zusammenführt und nicht trennt.

(Markus Rinderspacher (SPD): Wer hat das auf den Weg gebracht?)

- Herr Rinderspacher, Sie haben gar nichts auf den Weg gebracht. Wir haben vor 25 Jahren im Landkreis Neumarkt unsere Grünfuttertrocknungsanlage von Schweröl auf Hackschnitzel umgestellt. Da sind wir von der örtlichen SPD kritisiert worden. Sie haben damals noch gar nicht gewusst, wie man "nachwachsende Rohstoffe" schreibt.

(Beifall bei der CSU)

Der Ansatz, heute über zwei Wege in der Landwirtschaft zu reden, ist deshalb richtig. Warum haben wir auf nachwachsende Rohstoffe gesetzt? Wir haben doch nicht nachwachsende Rohstoffe angebaut, damit die Menschen verhungern. Fakt war, dass wir für Weizen Jahre lang 8 Euro erlöst haben, vielleicht auch 11 Euro. Als ich 1985 meine Landwirtschaftslehre begann, hat die Dezitonne Weizen 50 Mark gekostet und die Dezitonne Braugerste 60 Mark. Trotz der nachwachsenden Rohstoffe kostet Braugerste 20 Euro und Weizen 25 Euro. Diese Preise erzielen wir heute, 20 Jahre später, bei dreimal so hohen Kosten wie damals. Da kann man doch nicht sagen, die Bauern würden die Nahrungsmittel verteuern. Wir erzielen heute genau die gleichen Preise, oft aber noch nicht einmal die, die wir vor 20 Jahren hatten. Die Debatte "Teller oder Tank?" ist deshalb eine Debatte, die in der Tat an der Lebenswirklichkeit vorbei geht.

(Beifall bei der CSU)

Wir wissen, wir müssen in der Landwirtschaft vielseitig produzieren. Zum Glück haben wir das in Bayern gut hinbekommen.

Zum Glück haben wir in unserem Haushalt nicht nur den Bereich der klassischen Landwirtschaft, sondern das Landwirtschaftsministerium ist auch das Ministerium, das den ländlichen Raum entwickeln kann. Staatsminister Brunner hat hier klare Zeichen gesetzt: Die Dorferneuerung, die Leader-Projekte, all das, wovon die Kommunen, der ländliche Raum in Gänze profitiert. All das hat einen hohen Stellenwert, eine hohe Gewichtung, und das drückt sich in den Haushaltszahlen aus.

Es wurde gefragt, wenn wir schon von gesellschaftlichen Leistungen reden, wo dann eigentlich die Leistungen für den Klimaschutz seien. Das ist aber die billigste aller Fragen. Seit 20 Jahren haben sich in Bayern und in Deutschland die Rinderbestände um etwa 30 % reduziert. Hätten sich die Flugverkehrsbewegungen und die Pkw-Neuzulassungen so reduziert wie die Rinderbestände, dann bräuchten Sie uns als Landwirte nicht zu fragen, welchen Beitrag wir zum Klimaschutz leisten. Da sind jetzt andere an der Reihe, diese Fragen zu beantworten.

Wir haben in Bayern eine naturnahe Landwirtschaft, wir haben die Landwirtschaft, die sich die Menschen wünschen. Ich bin deshalb erstaunt, wenn wir regionale Produkte und regionale Produktion fordern, dass wir uns beim Absatz höherpreisiger Produkte gar nicht leicht tun. Ich bin auch manchmal erstaunt, dass die Menschen sagen, wir wollen regionale Landwirtschaft. Wenn man aber einen Stall im Dorf bauen will, dann

muss man aussiedeln. Das ist in Ordnung. Siedelt man allerdings aus, ist man zu nah am Wald, und das stellt ein Problem dar. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer regionale Nahrungsmittelerzeugung will, der braucht auch regionale Ställe. Das sagen wir der Gesellschaft, denn sie ist darauf angewiesen, dass Landwirtschaft bei uns in vernünftiger Weise betrieben wird. Das ist die Agrarpolitik der CSU. Agrarpolitik ist beste Gesellschaftspolitik. Die Gesellschaft erkennt mehr und mehr, dass Landwirte unverzichtbar sind, zur Nahrungsmittelerzeugung, aber auch für die Pflege und für die Weiterentwicklung des ländlichen Raums.

Meine Damen und Herren, es ist in der Tat ein Problem, wenn bei Investitionsentscheidungen heute vor Ort der Eindruck entsteht, Landwirte wären nicht mehr erwünscht. Wir haben deshalb bei anderen Gesetzgebungsverfahren hier im Landtag bewiesen, dass wir auf der Seite der Landwirte stehen. Ich möchte nicht mehr über das Wassergesetz reden, bei dem die Landwirte in Bayern in der Tat vernünftig dafür entschädigt werden, wenn sie schwierige Auflagen einhalten müssen, die staatlich verordnet sind. Wir setzen auf Eigenverantwortung und auf Freiwilligkeit. Wir setzen auf Schutz des Eigentums. Das ist ein Ansatz, der für die Landwirtschaft ganz entscheidend ist. Im Übrigen gilt das genauso für das Naturschutzgesetz oder die Erbschaftsteuer, es gilt aber auch für den Tierschutz. Niemand weiß besser als der Landwirt selbst, wie er Nutztiere schützen muss, damit er eine wirtschaftliche Basis hat. All die Restriktionen, die hier von der linken Seite auf die Landwirtschaft herniederprasseln, lehnen wir ab, denn wir appellieren an die Eigenverantwortlichkeit der Landwirte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich danke meiner Fraktion, der FDP-Fraktion, dem zuständigen Ministerium und meinem Arbeitskreis dafür, dass heute dieser Haushalt in der vorgelegten Form verabschiedet wird. Die bayerischen Bauern werden davon profitieren. Darüber freuen wir uns, die gesamte Regierungsfraktion, damit wir mit Fug und Recht behaupten können: Ja, der ländliche Raum ist nicht nur Landwirtschaft. Ohne Landwirtschaft aber gibt es in Bayern keinen ländlichen Raum.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Füracker, bitte bleiben Sie hier.

Albert Füracker (CSU): Frau Präsidentin, ich habe meine Redezeit nicht ausgeschöpft. Ich hätte noch sechs Sekunden.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Ja, ich mache Ihnen allerdings überhaupt keinen Vorwurf,

Sie sind fast punktgenau fertig geworden. Wir haben aber zwei Zwischenbemerkungen. Eine ist von Frau Müller. Bitte schön.

Ulrike Müller (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Füracker, Sie haben hier in ziemlich polemischer Art und Weise auf die Opposition eingedroschen

(Georg Schmid (CSU): Das war doch äußerst sachlich! - Unruhe bei der CSU)

und behauptet, wir hätten die Diskussion "Tank oder Teller" über die erneuerbaren Energien angestoßen. Das weise ich auf das Schärfste zurück. Das stimmt nicht. Ich bin sehr froh, dass Europa vorgibt: Die Nahrungsmittelproduktion steht an oberster Stelle. Hier werden nach meiner Sicht die Weichen richtig gestellt. Sie haben allerdings von der Landwirtschaft als Zukunftsbranche gesprochen. Diese Meinung teile ich mit Ihnen, Sie aber stellen den Haushalt auf. Wenn Sie sagen, die Landwirtschaft ist die Zukunftsbranche, dann muss doch in diesen Zukunftshaushalt mehr Geld eingestellt werden.

(Georg Schmid (CSU): Mehr ist doch immer besser! - Unruhe bei der CSU)

Wie erklären Sie mir dann den Rückgang von 2007 bis 2011 um 2,43 %?

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Bitte, Herr Kollege Füracker.

Albert Füracker (CSU): Die Tatsache, dass man immer mehr Geld brauchen könnte, ist kein Spezifikum des bayerischen Landwirtschaftshaushalts. ich hätte eine ganze Menge Ideen, unglaubliche Ideen, aber wir haben uns nun einmal dazu durchgerungen - vielleicht darf ich das noch einmal erklären, denn vielleicht waren nicht alle Abgeordneten in den vergangenen Tagen immer da -, dass der bayerischen Haushalt ausgeglichen sein wird, dass wir also nicht mehr ausgeben als wir einnehmen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Der Haushalt ist nicht ausgeglichen!)

Das betrifft auch den Etat des Landwirtschaftsministeriums.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und der FDP)

Wenn wir fünf Millionen Euro weniger zur Verfügung haben als im letzten Jahr, trotz der Einschläge, die aus Berlin kommen, dann wäre es fair anzuerkennen, dass der Landwirtschaftshaushalt einer derjenigen ist, der mit Fug und Recht behaupten kann, dass er, ich

will nicht sagen am ungeschorensten, aber sehr, sehr gut aus der Debatte herausgekommen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Insofern ist es keine Frage: Auch der Agrarpolitiker Füracker könnte sich noch eine Milliarde Euro mehr in diesem Haushalt vorstellen. Ich kenne keinen Abgeordneten im Landtag, der sich für seinen Bereich nicht noch mehr Geld wünschen würde.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Nachdem wir aber keine nordrhein-westfälischen Verhältnisse haben wollen, sondern die bayerischen behalten wollen, bleibt es eben dabei.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Im Übrigen: Aus meiner Rede herauszuhören, ich hätte den FREIEN WÄHLERN in polemischer Weise die Schuld an der Teller-oder-Tank-Diskussion gegeben, das muss ich fast schon als Unterstellung zurückweisen. Das mache ich aber nicht.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Die zwei Minuten sind um. Danke, Herr Füracker. Es gibt noch eine weitere Zwischenbemerkung, und zwar von Frau Kollegin Biechl. Bitte.

Annemarie Biechl (CSU): Lieber Kollege Füracker, bist Du mit mir einer Meinung - -

(Lachen und Zurufe bei der SPD und den GRÜ-NEN - Georg Schmid (CSU): Die kennen sich!)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Bitte fragen Sie, Frau Biechl.

Annemarie Biechl (CSU): Bist Du mit mir einer Meinung, dass wir uns über den Vorwurf unseres Kollegen Sprinkart, wir würden unsere Entscheidungen auch von Haushaltsmitteln abhängig machen, nicht zu wundern brauchen, wenn wir sehen, wie Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen mit den Haushaltsmitteln umgeht?

(Heiterkeit bei der CSU - Markus Rinderspacher (SPD): Landesbank!)

Albert Füracker (CSU): Auch diese Frage geht in die richtige Richtung.

(Lachen bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich kann nur wieder sagen: Hätten wir das Geld, das wir im Länderfinanzausgleich an die ganzen SPD-Staaten zahlen müssen, die dieses Geld ihrer Landwirtschaft zur Verfügung stellen, dann wäre vieles besser.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FDP - Zurufe von der SPD und den FREIEN WÄH-LERN)

Herr Rinderspacher sorgt dafür, dass die anderen Bundesländer das Geld, das Bayern im Länderfinanzausgleich an sie zahlt, dort für die Landwirtschaft verwenden.

(Beifall bei der CSU)

Wir sind stolz auf Ihre Leistung für die Landwirtschaft in anderen Bundesländern. Herr Rinderspacher, herzlichen Dank!

Der Unterschied zwischen den Regierungsparteien und der Opposition liegt darin, dass wir die Anträge, die wir stellen, auch finanzieren müssen. Es ist das Recht der Opposition, dass sie Anträge stellen kann, ohne beantworten zu müssen, wer das bezahlt. Dieses Recht wünsche ich euch noch möglichst lange.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Füracker, bitte bleiben Sie am Redepult. Es steht noch eine kurzfristig angemeldete Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Scharfenberg an.

Maria Scharfenberg (GRÜNE): Herr Füracker, sind Sie auch mit mir der Meinung, dass wir eine Menge Geld mehr hätten, wenn wir nicht jedes Jahr 380 Millionen an Zinsen für Ihre Verzockerei bei der Landesbank zahlen müssten? Genau Ihre Partei ist daran schuld.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN - Zurufe von der CSU: Oh, oh, oh! - Georg Schmid (CSU): Im Länderfinanzausgleich zahlen wir 3,8 Milliarden!)

Albert Füracker (CSU): Hätten wir jedes Jahr die 3,8 Milliarden aus dem Länderfinanzausgleich, dann könnten wir die Lasten durch die Landesbank in einem Jahr bezahlen.

(Beifall bei der CSU)

Wenn der SPD und den GRÜNEN nicht mehr einfällt, als ständig auf die Landesbank zu verweisen, dann bin ich wirklich froh, dass wir die Verantwortung für die Agrarpolitik haben; denn wir sind hier wesentlich kreativer.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Herr Füracker. Nun hat sich Herr Dr. Herz für die FREIEN WÄHLER zu Wort gemeldet. Ihm verbleiben noch 2 Minuten und 35 Sekunden. Bitte schön.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Füracker hat mehrfach auf die Kernkompetenz seiner Gruppierung in der Landwirtschaft hingewiesen. Aus Erfahrung kann ich dazu nur eines sagen: Manche mögen das zwar so sehen, aber sehr viele sehen das nicht so.

Kollege Dechant hat einen Vergleich zwischen ökonomischer Landwirtschaft und Sozialromantik gezogen. Ich habe selbst so einen sozialromantischen Betrieb.

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich lade ihn zu einem Praktikum ein, dann können wir über Sozialromantik diskutieren, und ich glaube, ihm wird dann schnell klar werden, dass die Gesellschaft ohne die vielen Sozialromantiker diese Pflege der Landschaft nicht leisten könnte.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Bei diesem Haushalt kann ich ganz deutlich ansprechen, dass wir die Ausgleichszulage wieder einmal erhöhen müssen. Das hätte auch eine psychologische Wirkung, da dürfen wir nicht kleckern, sondern da müssen wir klotzen. Das sind Gebiete, die für die Landwirtschaft sehr wichtig sind; ich nenne nur das Stichwort Tourismus.

Die Diskussion zum Thema "Tank oder Teller" wurde angesprochen. Wir müssen nach den jüngsten Diskussionen nach Japan klar ansprechen, ob wir eine Veränderung der Energielandschaft brauchen. Wir müssen daraus auch lernen. Es kann nicht sein, dass hier unter den Landwirten Streit entsteht. Der Minister hat bereits erwähnt, dass dazu ein Symposium stattfinden soll. Wenn fast Tag und Nacht Gülle gefahren wird, wenn Flächen über mehrere Ortschaften hinweg gepachtet werden, dann müssen wir eingreifen.

Um das Thema Forst abzurunden: Wir haben im Ausschuss darüber diskutiert, dass der Etat in den letzten Jahren nur um 2,8 % gesenkt wurde. Das wäre an sich zwar nicht schlecht, aber die Staatsregierung verliert durch den Vertrag mit Klausner im Jahr etwa 30 Millionen. Es gibt Bonuszahlungen an die Vorstände in Höhe von bis zu 40.000 Euro pro Jahr. Da müssen wir hinschauen und eingreifen.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Apropos hinschauen, Herr Kollege: Schauen Sie bitte einmal auf die Uhr.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Wir sollten den bis 2019 beschlossenen Personalabbau, besonders bei den Forstbehörden, rückgängig machen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege, Sie haben noch eine Zwischenbemerkung von einer Kollegin hervorgerufen. Bitte, Frau Kollegin Müller.

Ulrike Müller (FREIE WÄHLER): Herr Kollege, geben Sie mir darin recht, dass wir in der Bergwaldoffensive Planungssicherheit für die Mitarbeiter brauchen?

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Frau Kollegin, vielen Dank für diese dringend nötige Zwischenbemerkung.

(Allgemeine Heiterkeit)

Ich sehe in den ersten Reihen bei der Regierungskoalition Zustimmung. Wir haben diesen Antrag im Ausschuss mehrfach diskutiert. Ich will jetzt nicht auf das Thema Plagiate zu sprechen kommen. Wir haben gestern bei der Tochter des früheren Ministerpräsidenten Nachahmungseffekte gesehen.

(Unruhe)

Der Ministerrat will dieses Thema im Spätsommer beraten. Dazu kann ich nur sagen: Der Ministerrat geht doch geschlossen auf den Nockherberg. Das ist richtig, denn man muss auch verbraucherfreundlich sein. Wenn man etwas wirklich will, könnte der Ministerrat über diese Sache auch vor dem Spätsommer entscheiden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD)

Ich habe mich vor Ort mit den Praktikern unterhalten, die sagen, wenn es jetzt keine Planungssicherheit gibt, dann gehen diese Mitarbeiter. Wer von der Praxis ein bisschen Ahnung hat, weiß, dass man beim Bergwald nicht einfach drei Jahre planen und darauf vertrauen kann, dass er schon wächst, sondern dass man über fünf Jahre hinweg oder noch länger darauf achten muss, dass das Ganze auch etwas wird. Ich kann daher nur fordern: Treffen Sie eine praxisnahe Entscheidung! Zeigen Sie Mut, entscheiden Sie vorher und geben das Signal, dass Ihre bisherigen Äuße-

rungen zum Bergwald mehr waren als bloße Lippenbekenntnisse.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Bitte bleiben Sie am Mikrofon. Wenn Sie geradeaus schauen, werden Sie sehen, dass sich Kollege Dechant zu einer Zwischenbemerkung bereit gemacht hat, zu der ich ihm jetzt das Wort erteile. Bitte schön.

Thomas Dechant (FDP): Herr Kollege, über Ihr Angebot sprechen wir anschließend; das müssen wir jetzt nicht in der großen Runde tun. Zur Sozialromantik möchte ich noch etwas erklären. Wir versuchen, Konzepte zu entwickeln, die es der bayerischen Landwirtschaft ermöglichen, ihr Geld selbst zu verdienen und selbstständig zu sein, wie es sich die Landwirte auch wünschen. Sie fordern hier laufend nur mehr Geld. Ich höre von Ihnen keine anderen Lösungsvorschläge. Das gilt für weite Teile der Opposition, die offensichtlich nur mit dem Geld anderer Leute, sprich des Steuerzahlers, versuchen will, Probleme zu lösen oder sich Wählerstimmen zu kaufen. Das möchte ich schon einmal klarstellen, oder haben Sie dazu andere Vorschläge, Herr Kollege Herz?

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Sie dürfen erwidern, Herr Kollege.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Dechant, vielen Dank für den unterhaltsamen Beitrag.

(Heiterkeit bei der CSU)

Die Vorredner in der Debatte haben bereits bewiesen, dass die Regierungskoalition eine Reihe von Anträgen von der Opposition nach einigem Aussitzen kopiert und einfach übernommen hat, also können diese Anträge nicht so schlecht sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zum Thema Ökonomie und Sozialromantik: Wer in der Praxis tätig ist, weiß, dass ein Milchviehbetrieb immer mehr zusätzliche Standbeine braucht, um seinen Hauptproduktionszweig finanzieren zu können. Das kann nicht sein. Insofern merken wir ganz deutlich, dass solche Wortbeiträge von Leuten kommen, die von der Praxis keine Ahnung haben. So können wir draußen nicht argumentieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Sie hätten noch eine Minute, wenn Sie wollten. Die Zwischenbemerkungen sind abgearbeitet. Zum Abschluss dieser De-

batte darf ich Herrn Staatsminister Helmut Brunner nochmals das Wort geben.

Staatsminister Helmut Brunner (Landwirtschaftsministerium): Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich mich ganz herzlich für die faire und sachliche Diskussion und für die für den Minister sehr erträgliche Kritik von Seiten der Oppositionsparteien bedanken. Manchmal wurde die Anerkennung offen ausgesprochen, manchmal etwas versteckter. Ich kann damit sehr gut leben. Daher möchte ich nur noch ein paar Anmerkungen machen.

Herr Strobl, es ist richtig, in meinem Haus gibt es Fördermöglichkeiten, um den ländlichen Raum zu unterstützen. Ich nenne nur die Dorferneuerung, die interkommunale Zusammenarbeit, Leader oder die Flurneuordnung. Falsch ist allerdings, dass wir die Mittel erheblich gekürzt hätten. Wenn Sie Leader, Dorferneuerung und Flurneuordnung zusammenzählen, kommen Sie in diesem Jahr genauso wie in der Vergangenheit auf 105 Millionen Euro.

Zum Waldumbau. Wir sind bestrebt, in den nächsten zehn Jahren 100.000 Hektar Nadelreinbestände in klimatolerante Mischwälder umzuwandeln. Wir haben in den beiden letzten Jahren bereits 14.000 Hektar umgebaut. Das ist unsere aktive Antwort auf die Klimaveränderung.

Frau Müller, es stimmt nicht, dass Ausgleichszulage und KULAP im Jahr 2009 niedriger gewesen wären. Wir hatten exakt den gleichen Haushaltsansatz bei der Ausgleichszulage. Beim KULAP mussten wir zwangsläufig etwas nachbessern, weil das Programm so attraktiv war, dass es überdurchschnittlich gut angenommen worden ist.

Wir lassen kein Geld in Brüssel liegen. Ganz im Gegenteil, ich achte penibel darauf, dass wir keinen Euro in Brüssel verschenken. Bei den CMA-Mitteln haben wir sogar die von anderen Bundesländern nicht abgerufenen Mittel nach Bayern geholt.

Sie sprachen die Verlässlichkeit und die Glaubwürdigkeit der Politik an. In den letzten Jahrzehnten hatten wir einen durchschnittlichen Strukturwandel von 2 bis 3,5 %. In den beiden letzten Jahren lag er unterdurchschnittlich bei 1,9 %. Eine überdurchschnittliche Investitionsquote ist nach meiner Meinung ein Beweis dafür, dass die Bauern sehr wohl hoffnungsvoll in die Zukunft schauen, weshalb wir ihnen helfen, ihre Existenzen zu sichern. Übrigens habe ich Ihre Argumentation weitgehend als hilflos empfunden. Auf der einen Seite sprechen Sie verstecktes Lob aus, auf der anderen Seite üben Sie Kritik wider besseres Wissen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Ich bitte auf Applaus zu verzichten; die Zeit geht mir ab.

(Allgemeine Heiterkeit)

Herr Sprinkart, zunächst bedanke ich mich für die durchaus anerkennenden Bemerkungen. Bei der Investitionsförderung haben wir nicht grenzenlos erhöht. Im Gegenteil, wir haben heuer für Neuanträge nur noch einen Spielraum von 20 Millionen Euro, weil im letzten Jahr so viele Anträge gestellt worden sind. Ich hätte gern mehr Geld zur Verfügung, um die Investitionsbereitschaft unterstützen zu können.

Die Frage "Wachsen oder weichen?" ist für mich Vergangenheit. Ich möchte allen bäuerlichen Betrieben unabhängig von der Hektarzahl Entwicklungsmöglichkeiten anbieten. Darum setzen wir auf die Diversifizierung und auf zusätzliche Einkommensmöglichkeiten. Wir werden den Betrieben durch unsere Beratung maßgeschneiderte Möglichkeiten der Weiterentwicklung anbieten. Sie haben kritisiert, dass wir den Absatz mit zusätzlichem Geld fördern würden. Dazu sage ich: Ja, das gilt aber nicht nur für den Export, sondern auch für die Nachfrage auf dem Binnenmarkt. Wenn wir regionale Produkte bei unseren Bürgerinnen und Bürgern absetzen wollen, müssen wir sie bewerben und vermarkten. Dafür brauchen wir eine zunehmende Professionalisierung.

Herr Dr. Herz, Sie können sicher sein, wir tun alles für den Berg- und Schutzwald. Ich müsste zu sehr in die Thematik einsteigen. An dem, was wir in der Vergangenheit an Geld auch für die Staatsforsten eingesetzt haben, wird deutlich, dass wir den Berg- und Schutzwald in seiner Funktion nicht schmälern wollen.

Wir können in Bayern durchaus stolz sein auf unsere leistungsfähige und multifunktionale Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft. Ich möchten nicht nur die Tagespolitik im Blick haben, sondern auch strategische und konzeptionelle Antworten auf die Herausforderungen der Zukunft geben. Wir müssen die Weichen für die Zukunftsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe stellen. Ich möchte bäuerliche Strukturen sichern und damit klar machen, dass die Bäuerinnen und Bauern nicht nur verantwortungsbewusst wirtschaften, sondern auch Ressourcen schonen, dem Schöpfungsauftrag gerecht werden und dabei ihre Betriebe weiterhin bewirtschaften. Ich meine, dass unser Anspruch, hochwertige Nahrungsmittel bester Qualität auch in Zukunft bereitzustellen, gerechtfertigt ist. Ich will aber unseren Betrieben nicht nur wirtschaftliche Perspektiven geben. Meine Damen und Herren, unsere Bäuerinnen und Bauern haben auch ein Anrecht auf Lebensfreude und Lebensqualität. Danach richte ich meine Politik aus.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Minister, wir haben noch eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Dr. Herz von den FREIEN WÄHLERN, wofür ich ihm jetzt das Wort gebe.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Herr Minister, lieber Kollege! Eben fiel das Wort "Vertrauensschutz". Deshalb möchte ich die Vertragsnaturschutzmaßnahmen ansprechen. Dieses Programm ist allgemein bekannt. Es ist auch bekannt, dass sich in den letzten Jahren viele Pflegeverbände gegründet haben. Einige Verbände haben sich erst im letzten Jahr gegründet. Jetzt bestand die Gefahr, dass es die Förderbeträge nicht mehr geben könnte. Das würde natürlich zunächst den Kollegen Söder betreffen, aber ich glaube, dass jeder Minister so kompetent sein sollte, dass er darauf antworten kann. Ich glaube, wir sind uns darin einig, dass es eine große Gefahr wäre, wenn bei den Verbänden folgender Eindruck entstehen würde: Es war schön, dass ihr euch gegründet habt, macht das Jahr fertig, aber dann ist Schluss. Gott sei Dank kam jetzt der größte Teil der Mitte wieder oben drauf. Das ist positiv zu bewerten. In Zukunft sollten wir aber ein bisschen sensibler sein. Das Schlimmste wäre es. wenn draußen vor Ort der Eindruck entstünde, wir machen, was wir wollten und draußen war alles für die Katz.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Minister zur Erwiderung.

Staatsminister Helmut Brunner (Landwirtschaftsministerium): Es ist mir ein großes Anliegen, dass die Politik in allen Bereichen glaubhaft ist und nachvollziehbare und verlässliche Entscheidungen trifft. Ich danke dem Kollegen Söder dafür, dass er gerade beim Vertragsnaturschutzprogramm drei Millionen zusätzlich zur Verfügung gestellt hat. Die Landschaftspflegeverbände erfüllen einen wichtigen Beitrag. Vorhin ist gesagt worden, laufende Verträge seien gekürzt worden. Ja, das tut mir in der Seele weh. Darum habe ich auch meine Mitarbeiter nach Brüssel geschickt und sie gebeten, dafür zu sorgen, dass ein Vertragspartner die Möglichkeit haben muss, aus dem Vertrag auszusteigen, wenn der andere Vertragspartner einseitig die auf fünf Jahre geschlossenen Vereinbarungen abändert. Das war meine laienhafte juristische Einstellung. Das ging leider nicht. Meine Mitarbeiter sind unverrichteter Dinge aus Brüssel zurückgekommen. Sie sagen, die Landwirte hätten wohl wissend, dass es keine Finanzierungssicherheit gibt, diesen Vertrag unterschrieben, im Bescheid sei jeweils der Haushaltsvorbehalt vermerkt. Damit hat der Landwirt keinen Anspruch, dass die Konditionen unverändert bleiben, wie sie bei Vertragsabschluss festgelegt wurden. Das tut mir leid. Ich hätte es gerne anders angeboten. Wegen des europäischen Rechts ist das aber leider Gottes nicht möglich gewesen.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Weitere Zwischenbemerkungen wurden mir nicht angezeigt. Damit ist die Debatte beendet, und wir kommen zu den Abstimmungen. Es gibt drei namentliche Abstimmungen. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2011/2012, Einzelplan 08, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/7474 mit 16/7496 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 16/7724 zugrunde. Ich lasse, wie von der SPD-Fraktion beantragt, über die drei Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/7475, 16/7478 und 16/7480 in namentlicher Form abstimmen.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag auf der Drucksache 16/7475 "Entgelte für landespflegerische und landeskulturelle Leistungen: Bayern soll wieder blühen" abstimmen. Für die Stimmabgabe sind die Urnen auf beiden Seiten des Sitzungssaals und auf dem Stenografentisch bereitgestellt. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Hierfür stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 18.20 bis 18.25 Uhr)

Die erste Stimmabgabe ist abgeschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt. Das Ergebnis gebe ich später bekannt.

Wir führen zwischenzeitlich die namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD auf Drucksache 16/7478 "Zuschüsse zur Projektförderung der Forstlichen Zusammenschlüsse nach der FORSTZUSR 2007" durch. Die Urnen sind wieder bereitgestellt. Mit der Stimmabgabe kann jetzt begonnen werden. Hierfür stehen drei Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 18.26 bis 18.29 Uhr)

Die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt. Das Ergebnis gebe ich ebenfalls später bekannt.

Wir führen zwischenzeitlich die dritte namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD auf Drucksache 16/7480 "Personalabbau stoppen - zusätzliche Försterinnen und Förster für Bayern" durch. Die Urnen werden wieder bereitgestellt. Mit der

Stimmabgabe kann begonnen werden. Hierfür stehen drei Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 18.29 bis 18.32 Uhr)

Die Abstimmung ist geschlossen. Das Ergebnis wird außerhalb des Saales ermittelt. Bis wir die drei Ergebnisse vorliegen haben, unterbreche ich kurz die Sitzung.

(Unterbrechung von 18.32 bis 18.35 Uhr)

Meine Damen und Herren, wir treten wieder in die Sitzung ein, und ich kann Ihnen die Abstimmungsergebnisse übermitteln: Änderungsantrag betreffend "Entgelte für landespflegerische und landeskulturelle Leistungen; Bayern soll wieder blühen", Drucksache 16/7475: Mit Ja haben 48 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 88. Stimmenthaltungen gab es 18. Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 8)

Änderungsantrag betreffend "Zuschüsse zur Projektförderung der Forstlichen Zusammenschlüsse nach der FORSTZUSR 2007", Drucksache 16/7478: Mit Ja haben 67 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 88. Stimmenthaltungen gab es keine. Auch dieser Änderungsantrag ist abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 9)

Änderungsantrag betreffend "Personalabbau stoppen - zusätzliche Försterinnen und Förster für Bayern", Drucksache 16/7480: Mit Ja haben 66 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 84. Stimmenthaltung gab es keine. Auch dieser Änderungsantrag ist abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 10)

Der Einzelplan 08 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur unveränderten Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 08 seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP und Frau Abgeordnete Dr. Gabriele Pauli, fraktionslos. Ich bitte, die Gegenstimmen ebenfalls auf diese Weise anzuzeigen. - Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Enthaltungen? - Keine. Damit ist der Einzelplan 08 angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge - soweit über sie nicht einzeln abgestimmt worden ist - als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 11)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen, insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FDP und Frau Abgeordnete Dr. Gabriele Pauli, fraktionslos. Gegenstimmen? - Keine. Stimmenthaltungen? - Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. So beschlossen.

Die Beratung des Einzelplans 08 ist abgeschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 13 auf:

Haushaltsplan 2011/2012; Einzelplan 10 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 16/7300 mit 16/7306 und 16/7308 mit 16/7317)

und

Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 16/7340 mit 16/7344)

und

Änderungsanträge der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 16/7383 mit 16/7389 und 16/7392 mit 16/7410)

Im Ältestenrat wurde für die Aussprache eine Gesamtredezeit von 1 Stunde und 30 Minuten vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 22 Minuten, auf die Fraktion der SPD 14 Minuten, auf die Fraktion der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN jeweils 11 Minuten und auf die FDP-Fraktion 10 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten

Fraktion. Sie kann deshalb bis zu 22 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeit der Fraktionen verlängert.

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich bereits jetzt darauf hin, dass die Fraktionen der SPD und der FREIEN WÄHLER beantragt haben, über ihre Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/7310, 7312, 7314, 7340, 7342 und 7344 einzeln, und zwar in namentlicher Form, abstimmen zu lassen.

Ich eröffne die Aussprache. Die erste Rednerin ist Frau Staatsministerin Haderthauer. Sie haben das Wort.

Staatsministerin Christine Haderthauer (Sozialministerium): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! In Zeiten, in denen es wichtig ist, Wünsche zu limitieren, um zukunftsfest und generationengerecht Finanzpolitik zu machen, ist die inhaltliche Orientierung und eine Richtschnur für den Haushalt notwendiger und dringender als in Zeiten, in denen nicht nur alles Notwendige und Sinnvolle, sondern darüber hinaus alles Wünschenswerte finanziert werden kann. Daher sind gerade in diesen Zeiten Prioritäten wichtig. Daher haben wir diesen Haushalt unter den Titel "Aufbruch Bayern" gestellt.

Der erste Schwerpunkt ist die Familie. Unser Politikverständnis als christlich-liberale Koalition ist orientiert an einem bürgerlichen Gesellschaftsentwurf und am christlichen Menschenbild. Wir stellen den Menschen in den Mittelpunkt, nicht Ideologien oder Systeme.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb stellen wir den wichtigsten Ort für die Entwicklung des Menschen in den Mittelpunkt unserer Politik: die Familie. Ohne die Leistungen der Familien gibt es keine vitale, keine zukunftsfeste und keine zukunftsfähige Gesellschaft. Nur die Leistung von Familien baut Zukunft in einer Gesellschaft. Familien leh-Liebe und Geborgenheit sowie soziale Kernkompetenz. Sie schaffen Bindung - verlässliche Bindung. Damit übernehmen sie eine unersetzliche Rolle für einen gelungenen Start ins Leben. Aber Familien schaffen auch die Grundlage dafür, dass in der Kinderbetreuung und später, in der Schule, Bildung gelingt. Nichts und niemand kann Familie ersetzen. Elternverantwortung und Elternleistung sind persönlich gemeint, persönlich geschuldet, nicht ersetzbar, nicht austauschbar, schon gar nicht durch den Staat.

Ich bin der festen Überzeugung: Wir stärken unsere Gesellschaft, aber auch jeden Einzelnen am wirkungsvollsten und nachhaltigsten, indem wir Familien unterstützen. Deshalb haben sie für uns diesen besonderen Stellenwert.

Für uns ist jeder Familienentwurf gleich viel wert. Wir wollen nicht nur einen, sondern den individuellen Lebensentwurf, den Familien leben wollen, unterstützen. Deshalb stehen wir dafür, dass junge Familien in Bayern im Anschluss an das Elterngeld ein Landeserziehungsgeld bekommen. Deshalb helfen wir den Kommunen mit 1 Milliarde Euro jährlich nicht nur beim Ausbau einer hochwertigen Kinderbetreuung, sondern auch bei der Bewältigung ihrer weiteren Aufgaben im Bereich der Jugendhilfe.

Besonders Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund profitieren von der Systematik unseres Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes; denn neben der allgemeinen Sprachförderung erhalten diese Kinder eine ganz spezielle Förderung, zu der wir mit einem zweistelligen Millionenbetrag im Jahr beitragen.

Aber auch die Kommunen profitieren. Nirgends sonst gibt es so viel Jugendsozialarbeit an Schulen wie in Bayern. Auch insoweit haben die Kommunen uns seit langem mit mehreren Millionen Euro jährlich verlässlich an ihrer Seite.

Da das Leben mit Kindern zwar schön und erfüllend ist, aber auch eine große Verantwortung und Herausforderung sein kann, fördern wir bayernweit Familienstützpunkte. Wir greifen unseren Kommunen auch bei der ideellen Unterstützung von Familien unter die Arme und fördern 180 Erziehungsberatungsstellen sowie niederschwellige Projekte wie Familienhebammen und Stadtteilmütter. Wir haben koordinierende Kinderschutzstellen geschaffen, um durch Vernetzung dafür zu sorgen, dass kein Signal verlorengeht; denn es kann auch schwierige Situationen in Familien geben. Unsere Konzeption war übrigens die Blaupause für das gerade entstandene Bundeskinderschutzgesetz.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sozialpolitik in Bayern richtet sich in ihrer Qualität danach, welche Chancen wir jedem Einzelnen vermitteln können. Gerechtigkeit bemisst sich nämlich nicht nach dem Grad der Umverteilung oder der Höhe irgendeiner Daueralimentation - auch nicht nach der Höhe der Transferleistungsquote -, sondern danach, in welchem Maße jeder Einzelne in die Lage versetzt wird, seine Chancen wahrzunehmen. Je weniger Menschen auf Unterstützungsleistungen angewiesen sind, desto sozialer und gerechter ist ein Land.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Solidarität heißt für uns zum einen, denen zu helfen, die Hilfe brauchen, solange sie sich nicht selbst helfen können, und zum anderen, auf diejenigen zu achten, die Tag für Tag die Gelder erarbeiten, mit denen wir

helfen können. Deshalb zielen unsere Ansätze darauf ab, zu aktivieren, anstatt die Verfestigung von Lebensstilen zu fördern. Gerade wir Sozialpolitiker müssen darauf achten, wohin sich eine Gesellschaft entwickelt und wo anzusetzen ist, wenn wir präventiv tätig werden wollen. Diese unsere Verpflichtung bedeutet auch: Wir brauchen große Flexibilität, was unsere Methoden und Ansatzweisen angeht.

Auch deswegen sprechen wir vom "Zukunftsministerium". Wie eine Gesellschaft sich in Zukunft aufstellt, hängt von den Menschen ab, die in ihr leben, von den Chancen, die die Menschen haben, und vor allem davon, wie es denen geht, die sich vielleicht nicht so gut selbst helfen können. Damit meine ich Jugendliche, die Unterstützung in Schule und Ausbildung brauchen, aber auch junge Familien mit Migrationshintergrund.

Gerade wir als Bundesland mit den bundesweit niedrigsten Arbeitslosenzahlen müssen uns aber auch mit dem Phänomen der Verfestigung der Langzeitarbeitslosigkeit auseinandersetzen. Es gibt Menschen, für die Arbeitslosigkeit zu einem Lebensproblem wird und nicht mehr nur einen vorübergehenden Zustand darstellt. Gerade um dieses Problem anzugehen, ist es wichtig, innovativ zu arbeiten. Dabei liegen mir ganzheitliche Ansätze am Herzen. Ich verweise auf unser Projekt TANDEM, das bundesweit Schule gemacht hat und das in die neue Arbeitsmarktpolitik im Bund, die sich unter anderem in dem Bildungspaket äußert, eingeflossen ist. Bei TANDEM geht es um Begleitung, nicht nur um die Vermittlung eines Arbeitsplatzes. Die ganze Lebenssituation, auch die Familie, wird in den Blick genommen. Wenn es notwendig ist, werden z. B. auch Alltagskompetenzen vermittelt.

Die Seniorenpolitik ist ein weiteres Beispiel, das zeigt, dass wir auf gesellschaftliche Herausforderungen reagieren müssen. Als Ergebnis der längeren Lebenserwartung ist eine ganze Generation in die Zeit zwischen dem Ende der Berufstätigkeit und dem Beginn von Pflegebedürftigkeit als eigenständige Lebensphase hineingewachsen. Dieser Zeitraum umfasst heute im Durchschnitt 20 Jahre. Wir erleben auch in diesem Lebensalter eine große Vielfalt von Lebensentwürfen. Es herrschen oft noch hohe Vitalität und Kompetenz. Wir brauchen eine Kompetenzsicht auf unsere älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger. Deswegen fördern wir neue, intergenerative Wohnformen. Ich verweise - als Zwischenform - auf die Seniorenwohngemeinschaft, die Leistungen quasi dazukaufen kann. Auch bei schon beginnender Pflegebedürftigkeit bieten sich damit zeitgemäße Alternativen zu traditionellen stationären Pflegeheimen. Auch das Thema Mehrgenerationenhäuser zeigt uns, dass wir Impulse, die aus der Gesellschaft kommen, aufgreifen müssen.

In engem Zusammenhang damit steht das Ehrenamt. Es ist auch in der älteren Generation sehr verwurzelt; dort verzeichnen wir auch den größten Zuwachs. Ich nutze an dieser Stelle die Gelegenheit, Herrn Staatssekretär Sackmann für die Begleitung all dieser Themen herzlich zu danken. Besonders danke ich ihm dafür, dass er bayernweit das Thema Ehrenamt in einer Weise nach vorne bringt, die, wie ich glaube, beispielhaft in ganz Deutschland ist.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zum Thema Ehrenamt gehört der Freiwilligendienst. Es war wichtig, dass es uns gelungen ist, den Freiwilligendienst der Länder - FSJ und FÖJ - (Anm.: Freiwilliges Soziales Jahr und Freiwilliges Ökologisches Jahr) neben dem neuen Freiwilligendienst des Bundes zu stärken. Denn hier liegen wichtige Impulse für unsere Jugend, gerade wenn es darum geht, junge Männer für soziale Berufe zu begeistern.

In vielen Bereichen gibt es neue Herausforderungen.

Zum Schluss spreche ich kurz die Pflege an. Da muss es uns darum gehen, dem Bund zu zeigen, wie man Pflegequalität richtig prüft. Die Prüfung darf nämlich nicht an der Qualität der Dokumentation, sondern muss an der Qualität des Ergebnisses ausgerichtet sein. Denn das Ergebnis muss bei den Pflegebedürftigen ankommen.

Wir haben in Bayern einen Pflegebeauftragten. Er erfährt großen Zuspruch. Dass er in den wenigen Wochen schon sehr viel bewirken konnte, zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Es gibt aber auch neue Ansätze, um Entwicklungen abzuholen, die wir in Bayern schon lange verfolgen, bei denen wir aber zunächst ein bisschen allein waren. Ich spreche hier von der Inklusion, der Politik für Menschen mit Behinderung.

Christa Stewens hat mit dem Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz in der Kinderbetreuung von vornherein das mit umgesetzt, was wir jetzt auch im schulischen Bereich nachvollziehen wollen, weil wir dort verwirklicht haben, dass das Kind im Mittelpunkt steht. Wenn das Kind eine Behinderung hat, ist es wichtig, für alles zu sorgen, was es bei seiner Behinderung braucht.

Genauso ist es mit dem Einsatz für die Förderschulen, den du, liebe Christa, voranbringst. Dieser Einsatz ist ganz wichtig. Es muss deutlich gemacht werden: Politik für Menschen mit Behinderung ist

Querschnittspolitik, also eine Politik, die sich durch alle Ressorts hindurchzieht.

Eine neue gesellschaftliche Herausforderung ergibt sich auch aus dem Einsatz für ältere Menschen mit Behinderung. Glücklicherweise werden auch Menschen mit Behinderung immer älter. Sie brauchen vielfach andere Antworten als diejenigen, die wir für Menschen ohne Behinderung im Alter geben. Es freut mich sehr, dass es mit großer Unterstützung der Fraktion, lieber Joachim Unterländer, liebe Barbara Stamm, gelungen ist, im Haushalt hierfür ganz deutliche Zeichen zu setzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit habe ich einige Schwerpunkte umrissen. Im Grunde muss uns aber klar sein: Unter Familie verstehen wir eine Schwerpunktsetzung. Dabei verstehen wir die Familie in ihrer großen Form. Das heißt, dass wir dabei nicht nur an Eltern und Kinder denken; vielmehr schließen wir alle Generationen und alle Lebenssituationen der Menschen mit ein.

Mit unserer Sozialpolitik honorieren wir Verantwortung. Wir motivieren dazu, Verantwortung zu übernehmen. Bisweilen fordern wir sie auch ein. Dabei denke ich gerade auch an die Integrationspolitik. Aber als Gegenleistung für die Übernahme von Verantwortung gewähren wir Solidarität und Hilfe, wo und solange man sich nicht selber helfen kann.

Das soziale Bayern ist ein zukunftsfestes Land, wenn wir diese Grundideen im Kern der Politik, nämlich in der Architektur eines Haushalts, abbilden. Dass dies in dem vorliegenden Haushalt gelungen ist, werden die nachfolgenden Redner - zumindest diejenigen aus unseren beiden Fraktionen - deutlich machen. Die Erfolge kann man seit Jahren an den Ergebnissen unserer Politik ablesen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Die erste Wortmeldung kommt von Frau Dr. Strohmayr aus der SPD-Fraktion.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Frau Ministerin! Die Verfassung des Freistaats Bayern stellt in Artikel 3 Absatz 1 klar: "Bayern ist ein Rechts-, Kultur- und Sozialstaat. Er dient dem Gemeinwohl." Wir müssen uns heute fragen: Wird der jetzt vorgelegte Sozialhaushalt diesem Verfassungsanspruch gerecht?

Zunächst fällt auf, dass der Sozialhaushalt insgesamt im Volumen ansteigt. Anders als sicherlich viele andere Teilhaushalte wird im Einzelplan 10 insgesamt nicht gekürzt, sondern es gibt geringe Steigerungen. 2011 steigt der Haushalt um 1,5 %, 2012 immerhin um 6,3 %. Das ist sicherlich positiv.

Aber lassen Sie uns genauer hinschauen. Steigerungen gibt es nämlich allein bei der Förderung der Kinderbetreuung. Natürlich ist auch das erst einmal positiv. Wir alle wissen jedoch, dass es hier einen riesigen Nachholbedarf gibt. Die Staatsregierung hat nämlich jahrelang geschlafen und den Anschluss längst verpasst. Dass man dann natürlich mehr Mittel braucht, um aufzuholen, müsste allen klar sein.

Als ich 2003 in den Landtag kam, war das Wort "Kinderkrippe" außer in den sozialdemokratisch regierten Metropolen hier im Freistaat nicht bekannt oder wurde sogar verteufelt. In Plenardebatten wurde uns Sozialdemokraten immer wieder vorgeworfen, wir wollten die bayerische Familie zerstören, wir wollten den Müttern die Kinder wegnehmen. So sah es 2003 noch aus.

Dann kam plötzlich die Kehrtwende. Sie kam natürlich nicht ganz freiwillig, sondern hauptsächlich durch den Druck des Bundes. 2003 lag die Betreuungsquote bei den Kindern unter drei Jahren bei 3 %. Diese Quote hat sich mittlerweile gebessert. Trotzdem bedarf es immer noch einer enormen Kraftanstrengung, die Vorgaben des Bundes zu erfüllen.

Darüber hinaus gibt es im Bereich der Kinderbetreuung in Bayer immer noch viele Baustellen. Ich nenne einige: Wir brauchen kleinere Gruppen, gerade bei den ganz kleinen Kindern, bei den Kinderkrippen. Wir brauchen mehr Erzieherinnen. Wir wünschen uns eine bessere Qualität. Wir müssen dafür sorgen, dass der Bildungs- und Erziehungsplan überall umgesetzt werden kann. Wir müssen dafür sorgen, dass Sprachförderung überall geschieht.

Wir brauchen eine Lösung für die Krankenhausfälle. Das gilt gerade für kleine Einrichtungen, in denen Erzieherinnen fehlen und die Gruppen mit den Problemen alleingelassen werden.

Wir brauchen Freistellungen für die Leitung, zum Beispiel für die Verwaltungsarbeit. Aber wir brauchen auch weniger Verwaltungsarbeit.

Wir brauchen Inklusion von hoher Qualität in den Kinderbetreuungseinrichtungen.

(Beifall bei der SPD)

Der jetzige Haushaltsansatz lässt, auch wenn er erhöht wurde, für all das, was ich genannt habe, wenig Raum. Auch in Zukunft wird es also all das, wovon ich eben gesprochen habe, nicht geben. Es wird vermutlich keine qualitativen Nachbesserungen beim BayKi-

BiG geben; die Diskussion darüber steht noch an. Das heißt konkret: Die Eltern und die Träger werden mit den Problemen, mit den Krankenhausfällen, mit der Größe der Gruppen, mit der Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsplans und mit der Sprachförderung alleingelassen.

Weiterhin wird es in Bayern auch kein kostenfreies Kindergartenjahr geben, obwohl es den Menschen mit dem Koalitionsvertrag versprochen worden ist.

(Beifall bei der SPD)

Ihr Marketingspruch, Frau Haderthauer, wird nicht Realität. Bayern ist kein Familienland.

Frau Ministerin, besonders schade finde ich, dass in Bayern nach wie vor nicht gewährleistet ist, dass jedes Kind ein warmes Mittagessen bekommt.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich übernimmt der Bund im Rahmen der Hartz-IV-Regelung für die Hartz-IV-Kinder die Kosten des Mittagessens.

Aber neulich habe ich mit Elternbeiräten zusammengesessen. Da wurde diskutiert: Das Mittagessen kostet in den meisten Einrichtungen über 3 Euro. Das ist für viele Familien, die keine Hartz-IV-Familien sind, zu viel. Wir brauchen eine staatliche Subventionierung, damit gewährleistet ist, dass wirklich alle Kinder ein Mittagessen bekommen.

(Beifall bei der SPD)

Bayern ist ein reiches Land, aber ein Familienland ist es mit diesem Haushalt sicherlich nicht. Das wird im Übrigen auch dadurch deutlich, dass im Bereich der Landesstiftung Hilfe für Mutter und Kind und auch in der Schwangerenberatung gestrichen wurde; das haben Sie vorhin zu erwähnen vergessen. Es handelt sich immerhin um 1,2 Millionen Euro pro Jahr. Wo steht hier der Mensch im Mittelpunkt?

(Zuruf von der SPD: Gute Frage!)

Wir haben exemplarisch einen Antrag zur Familie herausgezogen, über den wir namentlich abstimmen wollen. Es ist der Antrag auf Drucksache 16/7310. Hier geht es um die Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen für die Familie. Dazu würden wir uns Ihre Zustimmung wünschen.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! So positiv die Entwicklung im Bereich der Betreuungsangebote für Kinder zu bewerten ist, so traurig sieht es in anderen Bereichen des Sozialhaushaltes aus. Da braucht man gar nicht weit zu gehen. Kaum werden die Kinder Jugendliche, schon wird wieder gespart. Aus Gründen der Haushaltskonsolidierung ist nämlich der Ausbau der Jugendsozialarbeit eingefroren worden. Wir haben so oft über die Sozialarbeit an Schulen gesprochen. Wir waren uns alle einig, dass da wertvolle Arbeit geleistet wird. Umso unverständlicher ist es für mich, dass gerade in diesem Bereich gespart wird. Längst gibt es noch nicht an allen Schulen einen Schulsozialarbeiter. Ich frage Sie erneut, Frau Ministerin, weil Sie das so in den Mittelpunkt Ihrer Rede gestellt haben: Wo steht der Mensch hier im Mittelpunkt, wenn wir bei der Jugend zu sparen anfangen?

Ich komme von der Jugend- zur Behindertenpolitik! Auch hier haben Sie mit 2,9 Millionen Euro pro Jahr massiv gekürzt. Sie wissen, dass uns die UN-Konvention zur Inklusion verpflichtet. Aber diese Inklusion ist im Sozialetat nicht angekommen. Das Wort kommt in Ihrem Haushalt überhaupt nicht vor. Im Gegenteil: Es gibt Kürzungen im Landesplan für Menschen mit Behinderungen. Es gibt auch noch keinen Aktionsplan, wie ein Konzept in Bayern umgesetzt werden könnte.

Es ist erfreulich, dass es zur Inklusion an Schulen eine gemeinsame Arbeitsgruppe gegeben hat, die auch ein Ergebnis vorgelegt hat. Aber Inklusion bedeutet nicht nur Inklusion an Schulen. Es gibt auch die Inklusion an Kindergärten. Hierzu gibt es bisher wenig innovative Vorschläge im Rahmen Ihres Gesetzentwurfs zum Bayerischen Kinderbildungs- und - betreuungsgesetz.

Es gibt auch Inklusion in der Arbeitswelt. Das Recht auf Arbeit ist in der Verfassung verankert, Frau Ministerin. Für Menschen mit Behinderungen gilt das aber offensichtlich nicht. Da herrscht im Haushalt absolute Fehlanzeige. Und wie sieht es mit der Inklusion im Alltag aus? Immer noch sind die meisten Bahnhöfe, die meisten Verwaltungsgebäude und die meisten Schulen nicht behindertengerecht. Menschen mit Behinderungen kommen in diese Gebäude meist überhaupt nicht hinein. Auch hier kann ich keinen Aufbruch in Bayern sehen.

Ich habe natürlich festgestellt, dass Sie bei den Senioren mit Behinderung etwas nachgelegt haben. Da hat Sie scheinbar das schlechte Gewissen doch etwas gedrückt, weil Sie hier nun Geld verteilen wollen.

Und jetzt noch ein Wort zu den Senioren, sehr geehrte Damen und Herren. Auch bei den Einrichtungen für die Pflege älterer Menschen, bei der Angehörigenarbeit und bei der Förderung neuer Wohnformen gerade im ambulanten Bereich wird gespart. Das ist mutig. Und wenn man sich die demografische Entwicklung

ansieht, kann man auch sagen, das ist kontraproduktiv.

(Beifall bei der SPD)

In den kommenden Jahren wird die Anzahl der zu pflegenden Menschen massiv ansteigen. Das wissen Sie. Auch die Demenzerkrankungen werden massiv zunehmen. Da ist es doch klar, dass wir ausreichend ambulante und stationäre Einrichtungen brauchen und vor allen Dingen auch neue Konzepte und neue Wohnformen, die diesen Menschen gerecht werden.

Wir brauchen natürlich vor allen Dingen auch mehr Menschen, die bereit sind, andere Menschen zu pflegen. Uns muss die Frage umtreiben, wie wir den Pflegeberuf attraktiver machen können. Ein wichtiger Schritt wäre es, den Auszubildenden in diesem Bereich die Bürde der Schulgeldzahlung abzunehmen.

(Beifall bei der SPD)

Da ist leider nichts passiert, obwohl Sie doch mehrmals der Presse mitgeteilt haben, Sie setzten sich dafür besonders ein. Es ist letztlich zu einem Kompromiss gekommen, nach dem 150 Euro Zuschuss vorgesehen sind. Ich glaube allerdings, dass das viel zu wenig ist. Damit werden wir es nicht schaffen, den Pflegeberuf attraktiver zu machen. Wenn wir weiter nichts tun, ist der Pflegenotstand garantiert. Ihr Vorschlag, eine Pflegebeauftragte vorzusehen, wird die Pflege in Bayern alleine nicht retten.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen uns noch um Vieles gewaltiger anstrengen, um hier für die Betroffenen das Notwendige zu erreichen.

Traurig bin ich auch, dass Sie nicht bereit sind, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Mehrgenerationenhäuser zu unterstützen. Sie Frau Ministerin, sprachen vorhin in Ihrer Rede davon, dass es Ihnen besonders wichtig sei, die Menschen zu aktivieren. Und genau dies passiert in diesen Mehrgenerationenhäusern. Hier werden die Menschen aktiviert. Sie werden zusammengeführt, und hier haben Sie Raum für Kontakte und Austausch. Hier wird schnelle Hilfe angeboten oder organisiert. Und das Ehrenamt wird eingebunden. Warum also werden die Mehrgenerationenhäuser nicht vom Freistaat Bayern unterstützt?

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Prof. Dr. Michael Piazolo (FW))

Sie wissen, dass das Bundesministerium die Förderung jetzt umgestellt hat. Die ursprüngliche Förderung ist ausgelaufen und die neue Förderung sieht vor,

dass 10.000 Euro entweder vom Land oder von den Kommunen zu bezahlen sind. Es ist schade, dass dieser Betrag jetzt wieder den Kommunen auferlegt wird.

(Harald Güller (SPD): Ein Skandal ist das!)

In Bayern gibt es immerhin 90 Mehrgenerationenhäuser. Ich sage Ihnen, nicht jede Kommune wird das leisten können. Damit ist Ihre Entscheidung letztendlich eine Entscheidung gegen das eine oder andere Mehrgenerationenhaus.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden auch diesen dazugehörigen Antrag heute zur namentlichen Abstimmung stellen.

Zum Schluss möchte ich noch auf die Themen Bürgerarbeit und Ehrenamt im sozialen Bereich eingehen. Viele Tätigkeiten im Sozialwesen wären in gleicher Qualität überhaupt nicht leistbar, wenn es das Ehrenamt nicht gäbe. Frau Ministerin, Sie haben vorhin in Ihrer Rede Staatssekretär Markus Sackmann für seine Verdienste gelobt. Das ist richtig. Staatsekretär Markus Sackmann weiß um den Wert des Ehrenamtes. Er schließt sich unserer Forderung nach verlässlichen Strukturen im Ehrenamt an. Wir fordern, 650.000 Euro einzustellen, damit diese Strukturen ausgebaut werden können. Wir bitten auch bei diesem Antrag um namentliche Abstimmung. Da können Sie dann zeigen, wie Sie zum Ehrenamt stehen.

(Beifall bei der SPD - Harald Güller (SPD): Die Antwort könnte ich jetzt schon geben!)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Schauen Sie bitte auf die Uhr, Frau Kollegin!

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Ich habe noch drei Sekunden. Ein großer Wurf ist der Sozialhaushalt nicht. Es ist auch kein familienfreundlicher Haushalt. Ich kann hier keinen "Aufbruch Bayern" feststellen. Wir werden diesem Einzelplan nicht zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen herzlichen Dank. Für die CSU-Fraktion darf ich nun den Kollegen Heinrich Rudrof ans Mikrofon bitten.

Heinrich Rudrof (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Sozialhaushalt ist eher ein kleiner Haushalt, aber nicht minder wichtig.

(Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Ich danke Frau Staatsministerin Christine Haderthauer für ihre klare Kursbestimmung, für eine Kursbestimmung bezüglich einer kinder- und familienfreundlichen Gesellschaft, einer Partnerschaft der Generationen. Ich denke, das ist sehr deutlich zum Ausdruck gekommen.

Kollegin Strohmayr, Sie sagten, wenn ich das richtig verstanden habe, der Mensch stehe bei unserer Sozialpolitik nicht im Mittelpunkt. Ich darf Ihnen sagen: Bei uns steht der Mensch nicht nur in der Sozialpolitik im Mittelpunkt, sondern in der Politik insgesamt.

(Beifall bei der CSU - Volkmar Halbleib (SPD): Dann müssen Sie auch entsprechend handeln! Das ist wohlfeil!)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich freue mich, dass ich meine Ausführungen zum Sozialhaushalt mit einer wirklich guten Nachricht beginnen darf. Der Sozialhaushalt übersteigt erneut die Schallmauer von 2,5 Milliarden Euro, und dies noch deutlicher als im vergangen Jahr, als uns das zum ersten Mal gelungen ist. Das ist, denke ich, kein Pappenstiel. Er steigt von rund 2,51 Milliarden Euro im Jahr 2010 auf rund 2,55 Milliarden Euro im Jahr 2011 und dann sogar auf 2,71 Milliarden Euro im Jahr 2012. Das sind 200 Millionen Euro mehr als im Jahr 2010. Das ist, so denke ich, eine wirklich beeindruckende Zahl.

(Beifall bei der CSU)

Denn wir wissen alle, dass dieser Haushalt erneut unter der Vorgabe steht, ohne Neuverschuldung auszukommen. Trotz des dieses Mal bekanntlich hohen Einspardrucks steigt der Sozialhaushalt in diesem Jahr damit um 1,5 % und im nächsten Jahr sogar um 6,3 %. Ich bin überzeugt: Wie schon bei den Beratungen im Haushaltsausschuss wird die Opposition heute wieder protestieren und behaupten, dass der Sozialhaushalt, gemessen am Gesamthaushalt, prozentual wohl sinke.

(Ulrike Müller (FREIE WÄHLER): Das tut er ja auch!)

- Doch das ist falsch. Richtig ist, dass der Anteil des Sozialhaushalts am Gesamthaushalt ebenfalls prozentual gestiegen ist. Ich sage einfach: Wenn Sie es nicht glauben, rechnen Sie bitte nach.

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, weil es ganz einfach unser erklärtes Ziel ist, Bayern zum familienfreundlichsten Land in Deutschland zu machen, bilden die familienpolitischen Leistungen auch in diesem Sozialhaushalt den klaren Schwerpunkt.

(Zuruf von der SPD: Bis wann wollt ihr das denn machen?)

Wir werden deshalb in den Haushaltsjahren 2011 und 2012 für unsere Familien in Bayern insgesamt über 2.5 Milliarden Euro zur Verfügung stellen. Das bedeutet: Fast jeder zweite Euro, den wir für Soziales ausgeben, kommt unseren Familien zugute. Von diesen 2,5 Milliarden Euro stellen wir alleine fast 2,1 Milliarden Euro für die Kindertagesbetreuung zur Verfügung. Fast 80 % aller finanziellen Mittel, die wir für die Familien ausgeben, kommen also der Betreuung unserer Kinder zugute. Dadurch machen wir auch in diesem Haushalt deutlich, dass der Freistaat dem Ausbau der Kindertagesbetreuung nach wie vor große Bedeutung beimisst und die Kommunen bei ihrer Aufgabe, für den bedarfsgerechten Ausbau zu sorgen dies ist nämlich eine Pflichtaufgabe der Kommunen -, tatkräftig finanziell unterstützt.

(Zurufe von der SPD)

Wir haben immer gesagt: Wir werden jeden Platz fördern, den unsere Kommunen als bedarfsgerecht anerkennen. Wir halten Wort gegenüber unseren bayerischen Kommunen. Hier gilt: Versprochen und gehalten.

(Zuruf von der SPD: Auf niedrigstem Niveau!)

Meine Damen und Herren, der Haushaltsansatz für die Betriebskostenförderung wird von 860,5 Millionen Euro im Jahr 2010 auf 916,5 Millionen Euro im Jahr 2011 bzw. auf 1.011,6 Millionen Euro im Jahr 2012 angehoben. Das bedeutet gegenüber dem Jahr 2010 eine Steigerung um 56 Millionen Euro bzw. um 151,1 Millionen Euro. Ausschlaggebend für den zusätzlichen Bedarf - das wissen wir alle - sind insbesondere der rasant fortschreitende Ausbau der Betreuungsangebote sowie die Anpassung des Basiswerts aufgrund von Tarifsteigerungen.

Wie Sie alle wissen, liebe Kolleginnen und Kollegen, brauchen wir mehr Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren. Deshalb haben wir im Einzelplan erstmalig auch Landesmittel zur Schaffung zusätzlicher Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren veranschlagt. Bisher wurde das Investitionsprogramm bekanntlich ausschließlich aus Bundesmitteln -

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Genau!)

 und, Thomas Beyer, aus dem Programm "Zukunft Bayern 2020" finanziert. Hierfür sind im Jahr 2011 sechs Millionen Euro und im Jahr 2012 50 Millionen Euro vorgesehen. Die bisher für den genannten Zweck veranschlagten Mittel belaufen sich damit auf insgesamt rund 500 Millionen Euro, also auf eine halbe Milliarde.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte hinzufügen, dass diese Beträge sowie die im Doppelhaushalt 2011/2012 zusätzlich veranschlagten Mittel für die Betriebskostenförderung der Kindertageseinrichtungen einen wesentlichen Anteil des Programms "Aufbruch Bayern" ausmachen. Insgesamt entfallen allein 213,2 Millionen Euro, also rund 20 % dieses Programms, auf den Sozialhaushalt.

Im Rahmen des Sozialhaushalts wird aber natürlich auch eine ganze Reihe weiterer Bereiche gefördert, auf die ich in aller Kürze eingehen möchte.

Weil in letzter Zeit die Zahl der Asylbewerber in Bayern wieder deutlich zugenommen hat, sind auch die Ansätze für die Unterbringung von Asylbewerbern deutlich erhöht worden. Der Gesamtbetrag hierfür erhöht sich von 72,4 Millionen Euro im Jahr 2010 auf 110 Millionen Euro im Jahr 2011 und auf 120 Millionen Euro im Jahr 2012. Das bedeutet eine Steigerung von 2010 auf 2012 um rund 65 %.

Ein weiteres wichtiges gesellschaftliches Problem ist die Unterbringung von psychisch kranken und hoch gefährdeten Straftätern. Auch hier ist ein Ausgabenzuwachs von insgesamt rund 3,9 Millionen Euro im Jahr 2011 bzw. von rund 7,1 Millionen Euro im Jahr 2012 gegenüber 2010 zu verzeichnen.

Auch eine neu veranschlagte gesetzliche Leistung soll nicht unerwähnt bleiben. Für den ab 2011 erforderlichen Vollzug des Therapieunterbringungsgesetzes sind erstmals Mittel in Höhe von 2 Millionen Euro im Jahr 2011 bzw. in Höhe von 1 Million Euro im Jahr 2012 vorgesehen.

Ich komme zur Behindertenpolitik. Besonders erfreulich ist auch - ich denke, darin sind wir uns alle einig -, dass wir 2 Millionen Euro zusätzlich für ältere Menschen mit Behinderung zur Verfügung stellen können. Wir tun dies, weil die zunehmende Zahl an älteren Menschen mit Behinderung entsprechende konzeptionelle und bauliche Lösungen erfordert. Diese Menschen brauchen mehr Hilfe, sie brauchen mehr Pflege und sie brauchen mehr Unterstützung bei der Eingliederung. Ich denke, dafür haben wir nun den Weg geebnet.

(Beifall bei der CSU - Zurufe von der SPD)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, aber auch die im Landesbehindertenplan zur Investitionskostenförderung vorgesehenen Mittel werden auf unsere Initiative hin deutlich erhöht. Gegenüber dem Gesetzentwurf der Staatsregierung haben wir für die Jahre 2011 und

2012 Mittelmehrungen von jeweils 3,5 Millionen Euro, also nochmals 7 Millionen Euro, unter dem Strich betrachtet, insgesamt 9 Millionen Euro zusätzlich erreicht. Einmal mehr haben wir damit gezeigt, dass wir die Menschen mit Behinderung nicht im Stich lassen. Wir leisten Hilfe, wo sie wirklich gebraucht wird.

Ich danke an dieser Stelle allen Sozialpolitikern, auch der Ausschussvorsitzenden, Frau Meyer. Herzlichen Dank sage ich auch dem stellvertretenden Vorsitzenden Joachim Unterländer.

Meine Damen und Herren, Sie wissen - dies ist schon gesagt worden -, dass die von Deutschland unterzeichnete und ratifizierte UN-Behindertenrechtskonvention den Auftrag an die gesamte Gesellschaft und nicht nur an den Staat allein enthält, die Inklusion zu verwirklichen. Die UN-Behindertenrechtskonvention richtet sich primär an Bund, Länder und Kommunen; ihre Umsetzung ist eine Querschnittsaufgabe des Staates, die dieser - und das ist mir als Haushaltspolitiker wichtig einmal zu sagen - nicht in einem einzigen Doppelhaushalt, sondern nach und nach unter Ausschöpfung seiner finanziellen Möglichkeiten zu erfüllen hat. Obwohl dieser Prozess gerade erst begonnen hat, kann Bayern bereits auf erste wichtige Schritte verweisen.

Ich bin der Ministerin und dem Ministerium dankbar, dass sie mit Hochdruck am Entwurf eines Aktionsplanes arbeiten. Nach meinem Kenntnisstand befindet er sich in der Ressortabstimmung. In diesen Entwurf eines Aktionsplanes sind auch Erkenntnisse aus einer Anhörung des zuständigen Fachausschusses im Bayerischen Landtag sowie unseren Parlamentsanträgen eingeflossen. Auch an dieser Stelle danke ich unseren Sozialpolitikern nochmals herzlich.

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Angesichts der Vorgabe, auch diesmal einen Haushalt ohne Neuverschuldung aufzustellen, ist es ein großer Erfolg, dass bei den sonstigen gesetzlichen Landesleistungen wie beim dem Landeserziehungsgeld, dem Blindengeld und der Förderung staatlich anerkannter Schwangerenberatungsstellen keine Leistungskürzungen erfolgt sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Vollständigkeit halber möchte ich noch erwähnen, dass von der Opposition insgesamt allein 51 Anträge zum Sozialhaushalt gestellt wurden.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Es waren zahlenmäßig die meisten zu beratenden Anträge im Zusammenhang mit der Beratung eines Einzelplans im Haushaltsausschuss.

(Zurufe von der SPD)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, viele Oppositionsanträge wurden bereits beim Doppelhaushalt 2009/2010 bzw. beim Nachtragshaushalt 2010 gestellt und bereits damals trotz wohlwollender Betrachtung

(Zurufe von der SPD: Aha! - Lachen bei der SPD)

mehrheitlich abgelehnt.

Ich darf erwähnen, dass diese Wünsche dem Landtag über 350 Millionen Euro zusätzlich abverlangt hätten.

Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir in diesem Hohen Hause haben uns intensiv mit dem Sozialhaushalt für die Jahre 2011 und 2012 beschäftigt, weil Sozialpolitik eine besonders anspruchsvolle und wichtige Aufgabe ist. Bei allen notwendigen Veränderungen achten wir deshalb darauf, den friedensstiftenden Charakter der Sozialpolitik zu erhalten, ihre Weiterentwicklung wertebewusst und werteorientiert zu gestalten. Das sind für uns nach wie vor die Fundamente, die übergeordneten Ziele moderner Sozialpolitik.

Zum Schluss möchte ich sagen und damit meinen herzlichen Dank verbinden: Es ist mir ein besonderes Anliegen, mich bei wirklich allen ehrenamtlich und hauptamtlich im Sozialbereich Tätigen zu bedanken, weil ohne sie viele soziale Leistungen in Bayern nicht erbracht werden könnten. Mein herzlicher Dank gilt aber natürlich auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bayerischen Sozialministeriums sowie Frau Staatsministerin Haderthauer und Herrn Staatssekretär Sackmann für ihr großes Engagement für das soziale Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Der vorliegende Entwurf des Sozialhaushalts zeigt erneut, dass der Freistaat Bayern große Anstrengungen unternimmt, um die soziale Sicherheit insgesamt und unsere Familien im Besonderen zu stärken. Bayern ist und bleibt das Familienland Nummer eins. Wir halten Kurs im Bemühen um eine kinder- und familienfreundliche Gesellschaft.

Zusammenfassend darf ich festhalten, dass der vorliegende Sozialhaushalt aus meiner Sicht ein ausdrucksvoller Beleg für eine soziale Politik in und für Bayern ist.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Kollege. Bitte, verbleiben Sie noch am Pult, Herr Kollege Rudrof, bzw. darf ich Sie zurück zum Mikrofon bitten, weil wir auf der linken Seite noch Diskussionsbedarf sehen. Herr Professor Dr. Gantzer hat das Wort für eine Zwischenbemerkung.

Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Herr Rudrof, meine Zwischenbemerkung richtet sich nicht nur an Sie, sondern auch an Frau Ministerin Haderthauer, weil ich abgewartet habe, was Sie beide zu sagen haben. Mir ist aufgefallen, dass Sie zur älteren Generation so gut wie gar nichts gesagt haben, während Frau Ministerin immerhin gesagt hat: Wohin entwickelt sich die Gesellschaft? Wir sind das Zukunftsministerium,

(Zurufe der Abgeordneten Georg Schmid (CSU) und Alexander König (CSU))

und die ältere Generation soll gefördert werden.

Ich spreche zu unserem Änderungsantrag 16/7309, in dem wir beantragt hatten, dass die Landesseniorenvertretung Bayern 100.000 Euro - ich betone: 100.000 Euro! - mehr Geld bekommen sollte. Im Augenblick bekommt sie einen niedrigen oder mittleren fünfstelligen Betrag und eine Zusage, dass vielleicht in zwei Jahren die Geschäftsstelle nach München kommt.

Wenn Sie dann sagen, wir haben einen Gesamthaushalt von 1 Milliarde Euro, dann habe ich das Gefühl, dass die Älteren nicht als besondere Personengruppe wahrgenommen werden. Ich vergleiche das mit dem Haushalt für den Bayerischen Jugendring, der irgendwo bei 50 Millionen Euro liegt. Für dessen Geschäftsstelle wird insgesamt etwas über 1 Million Euro verwendet. Das greife ich gar nicht an. Ich finde es richtig, dass die Jugend so gefördert wird. Aber es kann nicht sein, dass Sie hier hehre Worte über die neue Generation der älteren Bürgerinnen und Bürger sagen, und wenn es dann darum geht, die Arbeit der Landesseniorenvertretung Bayern mit zusätzlichen 100.000 Euro zu fördern - als Vergleich: Baden-Württemberg gibt inzwischen 200.000 Euro an die Landesseniorenvertretung Baden-Württemberg -, dann sollten Sie unserem Änderungsantrag zustimmen. Ansonsten muss ich sagen: Hier liegt eine Missachtung der Arbeit der Landesseniorenvertretung Bayern vor.

Ich will nicht gerade von Altersdiskriminierung reden, aber die Landesseniorenvertretung Bayern wird in ihrer Arbeit dadurch diskriminiert, dass sie nicht einmal diesen geringen Betrag zugesprochen bekommt. Und da frage ich Sie, Herr Rudrof: Wie sehen Sie das? Und Frau Ministerin, wie sehen Sie das? - Ich nehme an, dass Sie zum Schluss dazu Stellung nehmen werden. - Danke.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Auf die Frage erwidert jetzt erst einmal der Herr Rudrof.

Heinrich Rudrof (CSU): In aller Kürze, Herr Gantzer: Ich glaube, es ist durch die Ausführungen unserer Ministerin und auch durch meine Ausführungen deutlich geworden, dass wir eine Partnerschaft der Generationen im Bereich der Sozialpolitik im Auge haben. Was mit einem einzelnen Antrag gemacht werden kann oder nicht, das haben wir im Ausschuss entsprechend intensiv beraten. Wir haben Ihren Antrag damals in der Tat abgelehnt, weil wir auch das Gesamtgefüge im Auge behalten müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU - Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen herzlichen Dank. - Nun darf ich die Kollegin Claudia Jung von den FREIEN WÄHLERN hier ans Mikrofon bitten. Bitte schön.

Claudia Jung (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Grundsätzlich einmal ist es sicherlich positiv zu sehen, dass der Einzelplan 10 zu einem der wenigen Etats im Doppelhaushalt gehört, der 2011/2012 eine deutliche Steigerung verzeichnen kann. Weniger positiv sehe ich allerdings den prozentualen Anteil des Sozialetats am Gesamtvolumen des bayerischen Staatshaushalts, der sich 2011 auf nicht einmal mehr ganze 6 % beläuft. Da, lieber Herr Kollege Rudrof, muss ich Ihnen wirklich aufs Schärfste widersprechen. Hier zeigt sich doch wieder einmal mehr als deutlich, dass Sozialpolitik im Freistaat noch lange nicht den Stellenwert hat, auf dem eine gesunde Zukunft unseres Landes aufgebaut werden kann.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, das passt aber auch in keiner Weise mit dem zusammen, was die Staatsregierung bei jeder Gelegenheit betont, nämlich ihre große Anstrengung zur Stärkung der sozialen Sicherheit insgesamt und der Familie im Besonderen.

Anstatt den präventiven Charakter von sozialpolitischen Leistungen in den Fokus zu stellen und entsprechende Investitionen zu tätigen, wie etwa in frühkindliche Bildung, werden weiterhin Folgekosten für die Zukunft produziert. Das muss wieder einmal in aller Deutlichkeit gesagt werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Jetzt können wir nachlesen, dass im Einzelplan 10 erstmals auch Landesmittel zur Schaffung zusätzlicher Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren veranschlagt worden sind. Das klingt zunächst einmal ganz toll, aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Regierung hatte doch vor dem Hintergrund des Betreuungsanspruchs für Kinder unter drei Jahren gar keine andere Wahl, als die Mittel dafür zu erhöhen, weil nämlich in Bayern dieser Betreuungsbedarf jahrzehntelang schlichtweg einfach geleugnet wurde.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD)

Die Staatsregierung hätte in den vergangenen Jahren wahrhaftig Zeit und Geld genug gehabt, für eine bessere Qualität in Kindertageseinrichtungen und für mehr Betreuungsplätze zu sorgen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD)

Aber so rangieren wir in Sachen frühkindliche Bildung im bundesweiten Vergleich leider immer noch auf einem der hinteren Plätze. Um bis 2013 die Bundesvorgabe von Krippenplätzen für Kinder unter drei Jahren flächendeckend sicherzustellen, wird es noch viele Kraftanstrengungen seitens der Staatsregierung brauchen. Dabei ist auch noch völlig unklar, woher das Geld für den weiteren Ausbau überhaupt kommen soll.

Lassen Sie mich noch auf einen mir persönlich sehr wichtigen Punkt eingehen, auch wenn das einige Damen und Herren der Staatsregierung mittlerweile nicht mehr hören können: Die Einführung eines kostenfreien Kindergartenjahres ist eine Forderung, die quer durch die Opposition erhoben wird und die bekanntermaßen auch im Koalitionsvertrag von CSU und FDP verankert ist. Dennoch gilt: Immer wieder in Aussicht gestellt, aber auch immer wieder auf die lange Bank geschoben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Sehr geehrte Frau Haderthauer, richtig ist, dass ein Großteil der Millionen in die Verbesserung der Qualität unserer Kitas fließen muss, vor allem deshalb, damit wir endlich den anvisierten Anstellungsschlüssel von 1:10 erreichen. Nebenbei bemerkt: Für uns FREIE WÄHLER würde ein solcher Schlüssel eine moderate, aber längst nicht ausreichende Maßnahme darstellen. Mittelfristig müssten wir einen Anstellungsschlüssel von 1:8 erreichen, wie ihn auch der Wissenschaftlich-Technische Beirat der Staatsregierung bereits fordert.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sehr geehrte Frau Haderthauer, auf die Ihnen so oft gestellte Frage, bis wann denn nun endlich die beiden Koalitionsziele erreicht sein werden, geben Sie gern die Antwort, dies hänge davon ab, wie viele Steuergelder dem bayerischen Staatshaushalt zur Verfügung stünden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich frage Sie: Auf wie viele Steuereinnahmen wollen und sollen wir denn eigentlich noch warten?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Im Jahr 2011 wird Bayern nach dem Haushaltsplan gemeinsam mit dem Jahr 2010 die zweithöchsten Steuereinnahmen aller Zeiten erreichen. Im Jahr 2012 sollen sie sogar auf ein neues Rekordniveau steigen und noch die Einnahmen aus dem Jahr 2008 übertreffen. Sehr geehrte Frau Staatsministerin, in Anbetracht dessen bitte ich Sie: Lassen Sie in Zukunft Ihre Ausreden einfach stecken. Legen Sie sich endlich zeitlich und finanziell fest. Dann müssen Sie sich auch nicht mehr unsere ständig wiederkehrenden Forderungen nach einem kostenfreien Kindergartenjahr anhören.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Frau Kollegin. Ihnen folgt Frau Renate Ackermann für das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Renate Ackermann (GRÜNE): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Sozialhaushalt 2011/2012 ist ein Paradebeispiel dafür, wie man an der Zukunft sparen kann. Er ist weder ausgeglichen noch sozial. Selbst Teile der CSU haben mittlerweile erkannt, dass der Aufbruch Bayern mit den Schwerpunkten Familie, Bildung und Investition eine Luftnummer ist.

Frau Ministerin, Sie haben eben bei der Vorstellung des Sozialetats die Familie in den Mittelpunkt gestellt, wie Sie überhaupt sehr Vieles in den Mittelpunkt gestellt haben. Sie kennen doch die Aussage des Sozialberichts, wonach Familien mit Kindern ein großes und erhöhtes Armutsrisiko haben. Was tun Sie dagegen? Sie kennen die Aussage des Sozialberichts, wonach alleinerziehende Mütter ein hohes Armutsrisiko haben. Auch das sind Familien. Was tun Sie dagegen?

Sie machen gerade beim Sozialhaushalt deutlich, wie ungerecht die Staatsregierung ihre Prioritäten setzt. Statt 25 Millionen Euro für das Zuschütten von Schlaglöchern zu verwenden, sollten Sie lieber die Schlaglöcher im sozialen Netz stopfen, als da sind Insolvenzberatungsstellen, Pflegeeinrichtungen, Betreu-

ungsvereine, Hospize, Mehrgenerationenhäuser und, wie ich gerade gehört habe, die Arbeit für Senioren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Statt zu erkennen, dass gerade die Sozialpolitik, wenn sie präventiv betrieben wird, Folgekosten erspart, sparen Sie kurzfristig und produzieren dadurch Folgekosten. Sie machen Ihre Hausaufgaben nicht, zum Beispiel beim Thema Inklusion, und schieben alles auf die lange Bank. Weil wir gerade bei der Inklusion sind: Der Bundestag und der Bundesrat haben die UN-Konvention einstimmig ratifiziert. Sie ist geltendes Recht. Im Einzelplan 10 des Doppelhaushalts 2011/2012 fehlt ein Ansatz für die Inklusion. Offensichtlich haben Sie überhaupt noch nicht gemerkt, dass Sie gefordert sind, die Inklusion umzusetzen.

Sie haben keinen Ansatz für einen Focal Point, der für die Koordination sorgen soll. Sie haben auch keinen Ansatz für einen Aktionsplan. Ich habe mir sagen lassen, dass man jetzt einen Aktionsplan vorbereite. Frau Ministerin, ich muss Ihnen aber jetzt schon sagen: Was Sie vorbereiten, ist kein Aktionsplan; denn bei der Erarbeitung eines Aktionsplans muss mit den Betroffenen gesprochen werden. Das haben Sie nicht getan. Sie berufen sich auf eine Anhörung. Das ist aber nicht dasselbe. Die betroffenen Verbände sind bisher noch nicht einbezogen worden. Insofern können Sie jetzt gar keinen Aktionsplan vorlegen.

Sie verhalten sich sogar kontraproduktiv, weil Sie bei der Behindertenhilfe den Ansatz reduziert haben, statt ihn zu erhöhen. Sie haben diesen Ansatz zunächst um 3 Millionen Euro gekürzt. Er wurde nur deshalb wieder erhöht, weil ein massiver Protest von den Wohlfahrtsverbänden kam und weil Sie Ihr Vorhaben in der Öffentlichkeit beim besten Willen nicht aufrechterhalten konnten, den Ansatz bei einer steigenden Zahl von Behinderten und insbesondere älteren behinderten Menschen zu kürzen.

Sehen wir uns die Kinderbetreuung an: Hier haben Sie die gesetzliche Verpflichtung, bis zum Jahr 2013 einen Ausbaugrad von 31 % zu erreichen. Selbst die schöngefärbten Angaben der Staatsregierung, dass bereits 21 % erreicht worden seien, lassen uns erkennen, dass Sie dieses Ausbauziel bei Weitem nicht erreichen werden; denn Sie müssten in den kommenden zwei Jahren weitere 50 % Ausbauleistung erreichen, und das ohne die Bundesförderung, die Sie bisher genutzt haben. Jetzt müssen Sie das aus eigener Kraft schaffen. Sie werden das unmöglich schaffen können.

(Bernhard Seidenath (CSU): Wir haben doch ausgebaut! Mit höchster Dynamik!)

- Sie haben jahrelang geschlafen und jetzt einmal ein bisschen Gas gegeben. Das bedeutet aber noch lange nicht, dass diese Leistung ausreicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eines sage ich Ihnen: Im Jahr 2013 sprechen wir uns wieder. Sie werden es nicht erreichen.

Dabei wäre auch das eine Investition in die Zukunft. Familien, die ihre Kinder in Kinderkrippen betreuen lassen, wissen, dass sie beruhigt ihrem Beruf nachgehen können. Sie zahlen Steuern und fallen nicht in die Armutsfalle, wie das im Sozialbericht zu lesen ist.

Sehen wir uns die Altenpflege an. Hier haben Sie im letzten Jahr ein Paradestückchen abgeliefert, das Sie auch in diesem Haushalt konsequent fortführen: Die Schüler der Altenpflegeschulen müssen künftig Schulgeld bezahlen.

(Bernhard Seidenath (CSU): Das stimmt doch gar nicht!)

Welch eine große Motivation haben junge Menschen, sich der Pflege alter Menschen zu widmen, wenn sie wissen, dass sie auch noch etwas bezahlen müssen, wenn sie diesen Beruf ergreifen wollen? Und das geschieht ausgerechnet vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung, wonach wir in Zukunft immer mehr alte Menschen haben werden.

Die Landesseniorenvertretung wird in Bayern noch immer als Modellversuch geführt. Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Für diese Vertretung gibt es noch nicht einmal einen regulären Haushaltstitel. Dies zeigt Ihre Bemühungen für die Mitsprache von alten Menschen. Diese sind gleich Null.

Sehen wir uns noch ganz kurz an, wie Sie mit den Schwächsten der Gesellschaft umgehen. Welche Position vertreten Sie bei den Heimkindern, die Ansprüche geltend machen? Am runden Tisch wurde ausgehandelt, dass 120 Millionen Euro für die Heimkinder zur Verfügung gestellt werden sollen. Bayern drückt sich hier mit vollmundigen Erklärungen. Zahlen? Erst einmal nicht.

Sehen wir uns an, wie Sie zu den Flüchtlingen stehen. Noch immer sitzen die Flüchtlinge in menschenunwürdigen Unterkünften. Die Sozialbetreuung und die Sozialberatung liegen auf dem alleruntersten Level.

(Bernhard Seidenath (CSU): Das stimmt doch gar nicht!)

Unterkünfte, die nach dem Asylkompromiss längst umgebaut sein müssten, befinden sich immer noch im alten Zustand. Sie sind nicht in der Lage, Ihrem mühsam ausgehandelten Asylkompromiss einen Gesetzentwurf folgen zu lassen. Die Probleme werden auf die lange Bank geschoben und die Flüchtlinge warten verzweifelt darauf, dass sich ihre Lebensverhältnisse bessern.

Schauen wir die psychiatrische Versorgung an. Es wird gekürzt, obwohl die ambulante Versorgung in Bayern deutlich unterversorgt ist. Es gibt lange Wartelisten, und auch hier werden Folgekosten produziert. Wenn hingegen mit niederschwelligen Angeboten psychische Probleme im Vorfeld abgefangen werden können, brauchen wir nicht so viele stationäre Einweisungen. Eine stationäre Einweisung ist ein großer Einschnitt im Leben eines Menschen. Wenn man ihn verhindern könnte, würde nicht nur der Staat Geld sparen, er würde den Menschen auch sehr viel Leid ersparen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Umso mehr gilt das für die Kinder- und Jugendpsychiatrie, die deutlich unterentwickelt ist. Doch auch hier sind keine Ansätze im Haushalt zu sehen, bei denen Sie aufgestockt hätten.

Besonders witzig aber war das Verhalten der CSU-Fraktion in Sachen Hospiz. Wir haben in einer Ausschusssitzung tatsächlich 12 Anträge behandelt. Es lagen sage und schreibe 12 Anträge vor, in denen vollmundig erklärt wurde, wie man mit den armen, alten, kranken Personen menschenwürdig umgehen sollte. Aber was ist? - Es gibt keinen Haushaltsansatz dafür. Sie haben den einzigen Antrag, der sich auf den Haushalt bezog, unter Haushaltsvorbehalt gestellt. Was Sie hier an Sozialpolitik abliefern, das ist wahrhaftig nicht glaubhaft!

(Beifall bei den GRÜNEN - Joachim Unterländer (CSU): Was Sie hier vortragen, ist wider besseres Wissen!)

Fazit: Sie haben die Chance für eine soziale, inklusive Weichenstellung total verpasst. Der Präsident der Diakonie Bayern bezeichnet Ihre Politik als Ankündigungspolitik. Sie haben mit kleinkarierten, kurzsichtigen Sparmaßnahmen gute Projekte behindert und zukunftsweisende Fortschritte unterlassen.

(Zuruf von der CSU: Ah, ah, ah!)

Da nützen alle vollmundigen Erklärungen und Hochglanzbroschüren des Sozialministeriums, für die im Übrigen sehr viel Geld investiert wird, nichts. Ich gebe Ihnen einen guten Rat, Frau Ministerin: Nehmen Sie Ihre eigenen Sonntagsreden endlich ernst, setzen Sie sie im Haushalt um!

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächste hat Frau Kollegin Brigitte Meyer das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Brigitte Meyer (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Heute und in den vergangenen zwei Tagen wurde schon oft das Ziel betont, das der Aufstellung des Doppelhaushalts 2011/2012 zugrunde gelegt wurde, nämlich, dass es ein ausgeglichener Haushalt sein soll.

(Maria Noichl (SPD): Er ist nicht ausgeglichen!)

Wenn man dieses Ziel erreichen will, dann gilt es, ein Gesamtpaket zu schnüren. Natürlich bleibt es dann nicht aus, dass sich Einsparungen in vielen sensiblen Bereichen nicht vermeiden lassen. Zu diesen sensiblen Bereichen gehört zweifellos der Sozialhaushalt.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Sensibel vor allem deshalb, weil mit vielen Themen aus der Sozialpolitik entscheidende Weichen für eine chancengerechte Gesellschaft gestellt werden. Mit vielen präventiven Maßnahmen kann dazu beigetragen werden, die Chancengerechtigkeit zu unterfüttern. Außerdem können mit Prävention Folgekosten gespart werden.

Liberale Sozialpolitik wird von dem Grundsatz geleitet, benachteiligten Menschen zu helfen, sie zu einem selbständig geführten Leben zu befähigen und ihnen ein solches zu ermöglichen. Vor diesem Hintergrund war es für uns bei allen Sparbemühungen ein sehr wichtiger Aspekt, darauf zu achten, dass durch Kürzungen und Streichungen gute bestehende Strukturen nicht gefährdet oder zerschlagen werden, Strukturen, die gerade das tun, was wichtig ist, nämlich den Menschen zu helfen, sich selbst zu helfen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Dieser Leitgedanke konnte in diesem Haushalt weitgehend berücksichtigt werden. Aus unserer Sicht war es deshalb sehr wichtig, dass der Ansatz der Schuldnerberatung nicht gekürzt wurde, obwohl nicht alle Mittel in den vergangenen Jahren abgerufen wurden. Weil man weiß, dass diese Mittel dringend gebraucht werden, konnte der Ansatz erfreulicherweise auch beibehalten werden. Darüber hinaus ist es ein bedeutendes Signal, dass die Möglichkeit einer Übertragung der Insolvenzberatung auf die Kommunen im übertra-

genen Wirkungskreis geprüft wird, um künftig in diesem Bereich noch besser arbeiten zu können.

Aus unserer Sicht ist es auch wichtig, dass die Ansätze bei der Ehe- und Familienberatung, die ein hochqualifiziertes Angebot zur Verfügung stellen und in ganz Bayern in einer zumutbaren räumlichen Entfernung aufgebaut sind, in unveränderter Höhe übernommen werden.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin Meyer - -

Brigitte Meyer (FDP): Nein, ich gestatte keine Zwischenfrage, ich möchte meinen Vortrag zu Ende bringen. Dann kann eine Zwischenbemerkung gemacht werden.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: In Ordnung. Frau Kollegin Ackermann, Sie haben anschließend die Möglichkeit zu einer Zwischenbemerkung.

Brigitte Meyer (FDP): Es ist wichtig, dass das Modellprojekt "Familienstützpunkte" bis zum Projektende im Haushaltsjahr 2012 in vollem Umfang weiter gefördert werden kann. Ebenso wichtig ist es, dass die Erziehungsberatungsstellen, die ebenfalls eine sehr gute Arbeit leisten, und die koordinierenden Kinderschutzstellen auch weiterhin im bekannten Maß aufrechterhalten werden können.

Schwerpunkte setzen, ist eine weitere bedeutende Aufgabe, wenn es darum geht, auch in der Sozialpolitik einen Beitrag für einen ausgeglichenen Haushalt zu leisten. Ein Schwerpunkt, den alle Fraktionen in diesem Landtag aus Gründen der Chancengerechtigkeit in seiner Bedeutung sicher gleich hoch einschätzen, ist der Ausbau der Kinderbetreuungsangebote. Dabei handelt es sich nicht um eine Luftnummer, sondern um eine wichtige Aufgabe. Mag sein, dass sie in den vergangenen Jahren etwas zu wenig beachtet wurde. Vielleicht hat man hier Nachholbedarf. Jetzt ist es aber eine der wichtigsten Aufgaben, die wir als Koalition aufnehmen wollen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Zum einen geht es dabei um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dazu brauchen wir ein gut ausgebautes und verlässliches Netz an Kinderkrippen und Kindertagesstätten. Zum anderen geht es um eine Kinderbetreuung, die eine entsprechend gute Qualität aufweist, denn die Eltern müssen wissen: Wenn sie ihre Kinder abgeben, werden diese hervorragend gefördert. Mit den Summen, die wir bereitstellen, und zwar 213 Millionen Euro, können wir auch in Zukunft eine echte Wahlfreiheit für die Familien herstellen.

Wenn Sie monieren, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, Verbesserungen in der Qualität stünden nicht im Vordergrund, so ist das richtig. Eine weitere Absenkung des Stellenschlüssels muss beispielsweise noch warten. Weil das so ist, kommt für uns die Diskussion über ein kostenfreies Kindergartenjahr, das nicht zwangsläufig eine Verbesserung in der Qualität bedeutet, sondern möglicherweise eine soziale Entlastung der Familien darstellen würde, erst in einem nachfolgenden Schritt. Man darf nämlich nicht vergessen, dass Bayern mit seinem Angebot an Kindertageseinrichtungen bereits jetzt Spitze ist und an der Spitze steht.

(Bernhard Seidenath (CSU): Bravo! - Beifall bei der FDP und der CSU)

Sobald es der Haushalt zulässt, werden wir weitere Qualitätsverbesserungen aufgreifen.

Wir Liberalen wollen auch bei der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention Schwerpunkte setzen. Liberale wollen, dass Menschen, die mit Einschränkungen leben müssen, sei es körperlicher, geistiger oder seelischer Art, entsprechend unserer gemeinsamen Grundrechte ihr Leben nach ihren Bedürfnissen so selbständig leben können, wie sie das möchten. Der Weg in eine Welt, in der das wirklich gelebt werden kann, ist sicher noch sehr, sehr weit. Vieles muss dazu noch auf bundespolitischer Ebene neu überdacht und angepackt werden. Für Bayern wird der jetzt beschlossene Aktionsplan ein wichtiger Schritt sein.

Hier möchte ich den Vorwurf der SPD noch einmal aufgreifen und darauf hinweisen, dass dieser Aktionsplan beschlossen ist und umgesetzt wird. Im Moment fehlen hierfür noch die Haushaltsansätze, weil wir noch gar nicht wissen, wie dieser Aktionsplan sich gestalten wird. - Sie können später eine Zwischenintervention machen, jetzt möchte ich keine Zwischenfragen zulassen. - Das wird ein Schritt sein, der sich aus dem Aktionsplan zwangsläufig ergibt.

Natürlich bedauere ich vor dem Hintergrund der begonnenen Bemühungen zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, dass sich Kürzungen im Behindertenetat nicht gänzlich haben vermeiden lassen. Ich freue mich aber umso mehr, dass es gelungen ist - man sollte schon sagen: dass es den Koalitionsfraktionen gelungen ist -, die ursprünglich geplanten Kürzungen beim Landesplan für Behinderte zu vermeiden.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Die Mittel im Landesbehindertenplan werden jetzt über das Vorjahresniveau hinaus angehoben.

Positiv soll an dieser Stelle noch vermerkt werden, dass die Inklusion in Kinderbetreuungseinrichtungen massiv vorangetrieben werden soll und in der Novellierung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes verankert sein wird.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, es wurde schon gesagt, dass der Sozialhaushalt im Gegensatz zu den anderen Haushalten eine Steigerung aufweist. Ein Teil der Mehrkosten entfällt auf die Unterbringung von Asylbewerbern. Ich weiß, dass die Opposition natürlich sofort wieder monieren wird, dass viel zu wenig für diesen Bereich vorgesehen ist und dass die Kostensteigerung auch damit zusammenhängt, dass eine steigende Zahl von Asylbewerbern prognostiziert wird. Wir sollten darauf hinweisen, dass wir für die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge leichte Verbesserungen erzielen konnten, indem wir mehr Personal zur Betreuung zur Verfügung stellen, und dass die Leitlinien in Teilbereichen schon umgesetzt wurden und auch im kommenden Jahr weiter umgesetzt werden sollen. Sobald das Gesetz zur Umsetzung des Asylkompromisses steht - auch ich wünsche mir, dass es jetzt endlich zu einem handfesten Ergebnis kommt -, müssen wir zunächst einmal die Kosten komplett neu errechnen, die entstehen, wenn wir die Menschen in Gemeinschaftsunterkünften versorgen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition, Sie haben ein dickes Paket an Änderungsanträgen zum Sozialhaushalt gestellt. Einiges davon kann zweifellos in die Rubrik "sehr wünschenswert" eingeordnet werden. Leider ist nicht alles, was man sich wünscht, tatsächlich machbar. Wenn man in der Regierungsverantwortung steht, muss man für all das, was man sich wünscht, Finanzierungsvorschläge aufzeigen können.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Für uns ist das Ziel des ausgeglichenen Haushaltes auch Ausdruck der sozialen Verantwortung gegenüber unseren Kindern, damit die nicht irgendwann einmal sich ständig weiter auftürmende Schulden mühsam abarbeiten müssen, ohne selbst je in den Genuss staatlicher Leistungen zu kommen. Der vorliegende Sozialhaushalt weist natürlich auch einige schmerzliche Einsparmaßnahmen auf, aber er wird seinen Aufgaben verantwortungsvoll gerecht. Die FDP-Fraktion wird in jedem Fall ihre Zustimmung erteilen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin, bleiben Sie bitte noch am Redepult. Frau Kollegin Ackermann hat eine Zwischenbemerkung angemeldet. Ich möchte nur noch feststellen, dass eine weite-

re Zwischenbemerkung vonseiten der GRÜNEN nicht möglich ist. Bitte schön, Frau Kollegin Ackermann.

Renate Ackermann (GRÜNE): Frau Kollegin Meyer, ich möchte an Sie eine Frage stellen. Sie haben sich so gefreut, dass der Haushaltsansatz für die Insolvenzberatung gleich geblieben ist. Ich wollte Sie fragen, ob Ihnen bekannt ist, dass die Mittel nicht etwa deshalb nicht abgerufen werden, weil sie nicht gebraucht würden, sondern deswegen, weil wir auf Fallpauschalen setzen, die nicht zulassen, dass so viele Fälle angenommen werden, sodass immer Geld übrig bleibt. Ich wollte Sie auch fragen, ob es nicht an der Zeit wäre, die Insolvenzberatung auf eine richtungsbezogene Förderung umzustellen, damit die Gelder abgerufen werden können und Sie das nächste Mal einen höheren Haushaltsansatz vertreten können. Ich wollte Sie auch noch fragen, weshalb Sie die Inklusion so sehr loben, obwohl Sie es nicht geschafft haben, im Sozialhaushalt einen Haushaltsansatz dafür auszubringen.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin Meyer, Sie haben das Wort.

Brigitte Meyer (FDP): Frau Kollegin Ackermann, ich glaube, Sie haben mir nicht richtig zugehört; denn ich habe schon nach Ihrer ersten Frage hier erläutert, dass die Mittel gebraucht werden, dass ein Bedarf da ist und ich deshalb froh bin, dass es bei dem Ansatz bleiben konnte. Wir sind dabei, die Finanzierung so zu gestalten, dass diese Gelder dort, wo sie gebraucht werden, abgerufen werden können.

Ich habe deutlich ausgeführt, dass die Inklusion eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, die sich auf alle Ministerien erstrecken wird und dann durchgeführt werden kann, wenn ein Aktionsplan vorliegt, sodass man genau weiß, wo man Schwerpunkte setzen muss. Dann weiß man auch, welche Mittel man braucht, und kann im Haushalt gezielt einen Ansatz ausbringen. Das habe ich hier ausgeführt. Vielleicht war das für Sie nicht ganz verständlich. Daher habe ich es jetzt noch einmal deutlich gesagt.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. Als Nächster hat Herr Kollege Joachim Unterländer das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Joachim Unterländer (CSU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ehe ich zu einigen grundsätzlichen Bemerkungen komme, für die ich nicht mehr viel Redezeit habe,

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

möchte ich auf einiges, was Sie im Rahmen der Haushaltsdebatte angesprochen haben, etwas erwidern.

Mir kommt es schon sehr merkwürdig vor, wenn Sie hier an den Ausgaben für Familien herummäkeln, nachdem Sie doch objektiv zur Kenntnis nehmen müssen, dass Bayern mit die meisten Investitionen in Kinder und Familie tätigt, dass wir nicht nur einen überdurchschnittlich schnellen Ausbau der Kinderbetreuung, sondern auch ein Landeserziehungsgeld als unmittelbare Anschlussleistung an das Elterngeld haben. Außerdem leisten wir einiges für die Beratung, für die Infrastruktur und Ähnliches. Da ist Bayern Spitze, und das lassen wir uns auch nicht durch Ihre Aussagen nehmen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP)

Sie haben gesagt, dass die Jugendsozialarbeit an Schulen gekürzt wird. Aufgrund der zunächst schwierigen Ausgangssituation wird aber lediglich deren Ausbau unterbrochen. Wir wissen aber, dass die Jugendsozialarbeit an Schulen ein ausgesprochenes Erfolgsmodell ist, weil damit Prävention im besten Sinne des Wortes geleistet wird. Wir lassen an dieser Schraube nicht drehen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Was Sie zu den Mehrgenerationenhäusern gesagt haben, schlägt wirklich dem Fass den Boden aus. Wir fordern in diesem Parlament, übrigens einstimmig, eine Weiterführung dessen, was auf Bund-Länder-Ebene ausgehandelt wird. Es geht aber nicht an, dass sich der Bund am Ende der Modellphase aus der Finanzierung zurückzieht. So geht es nicht, sondern der Bund muss sich auch in Zukunft in die Verantwortung einbinden lassen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Harald Güller (SPD): Eure Bundestagsabgeordneten stimmen doch in Berlin für die Kürzungen!)

- Jetzt hören Sie zu schreien auf. Das stimmt sowieso nicht, was Sie sagen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Harald Güller (SPD): Das ist doch die Lüge!)

Die Erhöhung des Ansatzes für frühkindliche Förderung ist ein Schritt in die richtige Richtung. Ich sage aber ausdrücklich: Wir müssen hier die entsprechenden Schwerpunkte in diesem und im nächsten Jahr setzen, was die Verbesserung des Anstellungsschlüssels und die Rahmenbedingungen durch die Weiter-

entwicklung des Bayerischen Kinderbildungs- und betreuungsgesetzes anbelangt.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Unterländer, lassen Sie eine Zwischenfrage von Frau Kollegin Scharfenberg zu?

Joachim Unterländer (CSU): Nein, machen Sie eine Zwischenbemerkung. Da können Sie dann etwas dazu sagen.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Kollege Unterländer lässt keine weiteren Zwischenfragen zu. Sie sind also auf eine Zwischenbemerkung am Ende der Rede verwiesen. Ich bitte Sie, das zu berücksichtigen. Herr Kollege Unterländer, Sie haben wieder das Wort.

Joachim Unterländer (CSU): Schließlich nenne ich die Psychiatrie. Zwar ist richtig, dass eine Verbesserung gerade im ambulanten und teilstationären Bereich notwendig ist. Bitte nehmen Sie aber zur Kenntnis, dass die Zuständigkeit ganz klar nicht beim Freistaat Bayern, sondern bei den Bezirken liegt. Daraus sind haushaltspolitische Konsequenzen gezogen worden.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FW))

Sie fordern in einem Antrag Mittel zum Ausbau des Ehrenamtes. Das ist längst geregelt. Durch die Investitionen, die über den Arbeitsmarkt- und Sozialfonds erfolgen, stehen Mittel in ausreichendem Maß zur Verfügung. Das hat mir die Staatsregierung gerade noch ausdrücklich bestätigt.

Zu dem gesonderten Antrag für die Landesseniorenvertretung sage ich Ihnen, dass die Zuschussmittel für die Landesseniorenvertretung von 2009 auf 2010 deutlich um über 50.000 Euro auf 75.000 Euro angehoben wurden. Das ist eine Verdreifachung der Mittel.

(Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Donnerwetter!)

Dazu müssen von der Einrichtung natürlich auch Schritt für Schritt Konzepte entwickelt und realisiert werden.

Die Inklusion ist ein Thema, zu dem wir, die Koalitionsfraktionen, im sozialpolitischen Ausschuss zwei Anträge eingebracht haben. Frau Kollegin Ackermann, Sie sprachen davon, dass es zehn oder zwölf Anträge zum Thema Hospiz gegeben habe, die nicht unterfüttert seien. Dazu darf ich Ihnen schon sagen, dass dort, wo der Staat etwas bewegen muss, sehr wohl Mittel in den Haushalt eingestellt sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir, dass ich einige grundsätzliche Bemerkungen zur künftigen Sozialpolitik mache. Ich möchte ausdrücklich den Zusammenhang herstellen zwischen Investitionen, die wir auf dem Gebiet der Sozialpolitik tätigen, und den Folgekosten, die entweder im Sozialhaushalt oder im Haushalt für die innere Sicherheit eingespart werden können, wenn wir richtig investieren. Die Investitionen in Menschen, in Köpfe, in das soziale Feld müssen weiter ausgebaut werden, wenn wir bei der inneren Sicherheit und auch bei den Kommunen bei den Ausgaben für die Kinder- und Jugendhilfe Einsparungen erzielen können.

Im Anschluss an das, was Frau Kollegin Meyer angesprochen hat, möchte ich den Zusammenhang zwischen einer seriösen Finanzpolitik und einer zukunftsorientierten Sozialpolitik herstellen. Investitionen im Rahmen der Sozialpolitik sind im Sinne der Prävention dringend notwendig und auch gut und sinnvoll. Wenn wir dafür aber Schulden aufnehmen würden, würden die Ärmsten der Armen und die Schwächsten der Schwachen als Erste in besonderer Weise darunter leiden, weil für eine höhere Verschuldung höhere Zinsen bezahlt werden müssen. Deswegen gibt es einen engen Zusammenhang zwischen der Finanzund der Sozialpolitik.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend feststellen, dass die Sozialpolitik der Zukunft nicht nur in diesem Haus stattfindet.

Signal des Präsidenten

- Ich komme gleich zum Schluss, Herr Präsident.

(Zuruf von der SPD: Gott sei Dank! - Gegenruf von der CSU: Bösartiges Weib!)

Wir müssen den Dialog und die Kommunikation in den Mittelpunkt der Entscheidungsprozesse stellen. Deswegen wünschen wir uns, dass Einrichtungen wie das Forum Soziales Bayern und Gremien, die in der sozialen Infrastruktur vorhanden sind, die Basis dafür bilden, dass in diesem Haus vernünftige Entscheidungen getroffen werden können. Der Dialog endet nicht an der Tür des Bayerischen Landtags.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Unterländer, ich habe drei Wortmeldungen für Zwischenbemerkungen. Die Wortmeldungen kommen von Frau Kollegin Scharfenberg, von Frau Kollegin

Stachowitz und von Herrn Dr. Fahn. Als Erste hat Frau Kollegin Scharfenberg das Wort.

Unruhe

Glocke des Präsidenten

Die Fairness gebietet es, dass man jeden ausreden lässt. Man sollte sich auch bei den Zwischenrufen überlegen, was man sagt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Frau Scharfenberg, Sie haben das Wort.

Maria Scharfenberg (GRÜNE): Herr Unterländer, zum Erfolgsmodell Schulsozialarbeit. Richtig ist, dass es erfolgreich ist und war. Das stimmt ganz sicher. Wo endet aber dieses Erfolgsmodell? Die Schulsozialarbeit wurde über viele Jahre reduziert. Die Kommunen werden mit dem Bedarf an Schulsozialarbeitern im Regen stehen gelassen. Als ein Mitglied des Kreistags muss ich bei der Jugendsozialarbeit dem Haushalt zustimmen, weil Sie Ihrer Pflicht und Schuldigkeit auf dem Gebiet der sozialen Bildung nicht nachkommen. Das ist schon seit Jahren bei der Schulsozialarbeit der Fall, und das führt zu monetären Schäden bei den Kommunen. Das ist nicht in Ordnung. Erst wecken Sie den Bedarf, dann erfüllen Sie ihn aber nicht. Das ist Ihre Methode. Sie entwickeln ständig Modelle, lassen die Kommunen dann aber im Regen stehen. Das ist das Erste, was ich überhaupt nicht in Ordnung finde. Wieso müssen die Kommunen die Arbeit erledigen, die Sie monetär zu bewältigen hätten?

Das Zweite. Für die Inklusion soll jetzt ein Aktionsplan aufgelegt werden, wie ich gehört habe. Er liegt aber noch nicht vor. Er müsste schon lange vorliegen, weil die Inklusion schon bald geltendes Recht wird. Auch Bayern muss darauf vorbereitet sein. Haben Sie dabei schon alle Städte und Gemeinden beteiligt? Ich weiß, dass Sie es nicht gemacht haben. Ich habe meinen Landrat gefragt. Ich wollte Sie fragen, wann Sie es endlich tun, wie es im Gesetz vorgeschrieben ist, denn sonst ist es kein Aktionsplan.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Unterländer, Sie haben das Wort.

Joachim Unterländer (CSU): Zur Inklusion und zur Beteiligung der Kommunen, die Sie zuletzt angesprochen haben: Sie wissen sehr genau, dass die kommunalen Spitzenverbände über die Anhörung zu den Eckpunkten des Aktionsplans einbezogen worden sind. Das ist hier der Fall gewesen. Es stellt sich dann die Frage, wie sich die kommunalen Spitzenverbände mit den einzelnen Kommunen und den einzelnen Bürgermeistern verständigen. Darin, dass ein Aktionsplan

nur gemeinsam mit den Kommunen Schritt für Schritt durch den Freistaat Bayern aufgestellt werden kann, sind wir uns völlig einig.

Überhaupt nicht einig sind wir uns in der Bewertung der Jugendsozialarbeit an den Schulen. Ich wundere mich schon immer, dass Sie von Schulsozialarbeit reden. Wahrscheinlich sind Sie der Meinung, dass wir ein ganz anderes Modell haben, darum verstehen Sie es nicht.

(Margarete Bause (GRÜNE): Es geht nur darum, wer bezahlt!)

Ihr Verständnis sollte schon davon ausgehen, dass es eine gemeinsame Ausgabe von uns in diesem Hohen Haus ist. Sie sprachen davon, es sei unsere Aufgabe, das zu finanzieren. Sind Sie nicht auch Mitglied des Bayerischen Landtags, wo wir gemeinsam daran arbeiten, dass das Beste für Kinder und Familien geschieht? Dazu gehört auch ein Konsens über die Jugendsozialarbeit an Schulen, die im Übrigen auch die meisten sozialdemokratischen Bürgermeister aktiv unterstützen. Nur so kann der Ansatz der Jugendhilfe als solcher zielgenau an den Schulen greifen. Deswegen noch einmal ein deutliches Ja zur Jugendsozialarbeit an Schulen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächste hat Frau Kollegin Stachowitz für eine Zwischenbemerkung das Wort.

Diana Stachowitz (SPD): Herr Kollege Unterländer, Sie haben gesagt, wir sollten zusammen mit den Kommunen und mit dem Bund finanzieren. Wir befinden uns an einem Punkt, an dem wir sagen: Das müssen wir wirklich gemeinsam machen. Sie haben vorhin die Mehrgenerationenhäuser genannt und behauptet, der Bund gebe uns was und lasse uns dann alleine. Das ist gar nicht wahr. Der Bund hat das Projekt gar nicht allein finanziert. Die Mittel kamen vom Europäischen Sozialfonds. Herr Unterländer, Sie haben die 91 Mehrgenerationenhäuser damals mit CSU-Kollegen groß eröffnet und gefeiert. Jetzt gibt es lediglich sechs Generationenhäuser, die in dem Nachfolgeprogramm die drei Monate in Bayern nicht finanzieren können. Sie lassen die Mehrgenerationenhäuser alleine.

Wir haben Bundesmittel erhalten, damit die Kinderbetreuung in Bayern ausgebaut werden kann. Erklären Sie mir, wie viel Geld aus dem bayerischen Haushalt überhaupt dafür ausgegeben wird, wenn dieses Geld herausgerechnet wird. Sie rechnen die Bundesmittel und die ESF-Mittel heraus und schauen, was übrig bleibt.

(Beifall bei der SPD)

In Bayern gibt es 335.000 Kinder, die in Armut leben. Erklären Sie mir bitte, wie man dieses Problem im Sinne einer verlässlichen Familienpolitik lösen kann. In Bayern gibt es 160.000 alleinerziehende Mütter, die nicht arbeiten gehen können, weil es nicht genügend Kinderbetreuungsplätze gibt. Können Sie mir bitte erklären, wo ich diesen Aspekt in Ihrem Haushaltsansatz wiederfinde? Wir sollten diese Probleme beheben. Wenn Sie mir das erklären können, erkläre ich den Haushalt für Familien in Bayern für gut.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Unterländer, Sie haben das Wort.

Joachim Unterländer (CSU): Frau Kollegin Stachowitz, sehen Sie sich den Landessozialbericht einmal an. Auf diesen Bericht berufen Sie sich immer. Mir ist völlig klar, dass jeder Fall von Kinderarmut in Bayern ein Fall zu viel ist. Vergleichen Sie jedoch einmal die Zahlen mit den anderen Bundesländern. Hier ist der Freistaat Bayern spitze.

(Beifall bei der CSU - Zuruf der Abgeordneten Diana Stachowitz (SPD))

Nehmen Sie das einfach mal zur Kenntnis. Wenn Sie Nachhilfe brauchen, zeige ich Ihnen gerne, wo das steht.

Wir haben eine dichte Infrastruktur an familienpolitischen Maßnahmen auch im Bezug auf die finanzielle Entlastung. Ich verstehe überhaupt nicht, dass Sie zur Gegenfinanzierung von einigen familienpolitischen Infrastrukturmaßnahmen das Landeserziehungsgeld, das nachweislich auch zur Bekämpfung der Armut beiträgt, einsparen wollen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wie können Sie das mit Ihrer vorherigen Aussage vereinbaren?

Es ist völlig klar, dass der Freistaat Bayern die Mittel für den Ausbau der Kinderbetreuungsplätze in Anspruch nimmt. Sie sehen an der Setzung unserer Prioritäten im Rahmen des Programms "Aufbruch Bayern", dass der Einsatz für Familien berücksichtigt wird. Gestatten Sie mir darauf hinzuweisen - ich weiß, das hören Sie nicht gerne -, dass die Länder Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz oder andere Länder die Finanzierung von Kinderbetreuungsplätzen über eine Neuverschuldung oder durch den Länderfinanzausgleich gewährleisten. Über den Länderfinanzausgleich

übernehmen wir auch noch deren Kosten. Das ist nicht richtig.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Letzter hat Herr Kollege Dr. Fahn das Wort für eine Zwischenbemerkung.

(Tobias Thalhammer (FDP): Kurz, knackig, bündig - wie immer!)

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): - Kurz, knackig, bündig. Danke, Herr Thalhammer. Von Ihren Vorschlägen bin ich immer wieder begeistert.

(Unruhe)

Mir geht es um die Koordinierungszentren für Bürgerschaftliches Engagement. Dafür sind im letzten Doppelhaushalt 650.000 Euro bereitgestellt worden. In 21 Landkreisen konnten derartige Koordinierungszentren eingerichtet werden. Diese Mittel sind aus dem Sozialfonds zur Verfügung gestellt worden. Wir wissen nicht, wie hoch die Mittel für die Koordinierungszentren im nächsten Doppelhaushalt sind. Sie haben gesagt, Sie hätten sich erst kürzlich beim Ministerium erkundigt. Deshalb frage ich Sie: Wie viel Euro sind im nächsten Doppelhaushalt dafür vorgesehen? Sind es wieder 650.000 Euro? Wir benötigen ein flächendeckendes Netz an Koordinierungszentren. Sind es vielleicht weniger? Wenn Sie in diesem oder im nächsten Jahr die bayernweite Ehrenamtskarte einführen wollen, müssen Sie die Möglichkeiten schaffen, dies vor Ort umzusetzen. Das sollen die Kommunen machen. Es ist wichtig, dass die Kommunen vom Freistaat unterstützt werden. Der Freistaat möchte diese Ehrenamtskarte. Aus diesem Grund brauchen wir flächendeckende Koordinierungszentren. Wie ist der aktuelle Haushaltsansatz?

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Unterländer, Sie haben das Wort.

Joachim Unterländer (CSU): Wir wollen diese Koordinierungszentren gemeinsam im bisherigen Ausbautempo errichten. Der Antrag ist jedoch nicht erforderlich, weil die entsprechenden Mittel über den Arbeitsmarkt und den Sozialfonds zur Verfügung gestellt werden. Jeder Abgeordnete ist in der Lage, noch einmal selber nachzusehen. Wir brauchen keine Lesestunde über Haushaltspläne.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat Herr Professor Dr. Bauer das Wort.

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄH-LER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Aus medizinischer Sicht gebe ich Ihnen zunächst einmal den Rat, den Adrenalin-Spiegel nicht zu hoch steigen zu lassen. Das ist schlecht für das Herz und für den Blutdruck. Nehmen Sie Ihre Stimme zurück. Das schont Ihre Stimmbänder. Dann können Sie in den nächsten fünf oder zehn Jahren noch gut sprechen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Professor Dr. Bauer, an wen waren diese Worte gerichtet?

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄH-LER): An das gesamte Plenum, sowohl an die rechte als auch an die linke Seite des Saales. Ich möchte Friedrich Wilhelm Raiffeisen zitieren. Er ist der Vater der Genossenschaften und des Raiffeisen-Gedankens. Er hat gesagt: "Was dem Einzelnen nicht möglich ist, das vermögen viele." Eigenverantwortung und Solidarität sind die tragenden Grundpfeiler unserer Sozialpolitik. Das sind die Vorstellungen der FREIEN WÄHLER von gerechter Sozialpolitik.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die FREIEN WÄHLER nehmen gerne die Steigerung im Gesamthaushalt für den Sozialetat zur Kenntnis. Das ist bereits von Kollegin Claudia Jung betont worden. Dennoch möchte ich auf einige aktuelle Probleme eingehen, die vernachlässigt werden bzw. nicht ausreichend berücksichtigt worden sind. Frau Staatsministerin Haderthauer hat die Probleme aufgezeigt. Der demografische Wandel ist keine Fiktion und keine Story der Opposition. Der demografische Wandel ist Fakt. Das kann man nachschauen. Es wird höchste Zeit, die richtigen Weichen zu stellen. Die Lebensund Wohnstrukturen müssen angepasst werden, damit die Senioren in die Gesellschaft integriert bleiben und weiter ihren wertvollen Beitrag in der Gesellschaft leisten können. Deshalb brauchen wir flexible Wohnformen im Alter. Unser Prinzip "Eigenheim statt Altenheim" ist nicht nur einprägsam, sondern auch richtia.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Medizinisch formuliert: "Ambulant vor Stationär". Das ist unser Ansatz. Daher müssen wir die Mittel zur Förderung dieser Maßnahmen steigern. Konkret haben wir 500.000 Euro an zusätzlichen Fördermitteln bereitgestellt. Das sind keine Riesensummen; sie sind

überschaubar. Diese Summe ist angesichts des Gesamthaushalts in Höhe von 42 Milliarden Euro zu schultern, wenn man dies politisch möchte.

Ältere Menschen bilden die am schnellsten wachsende Bevölkerungsgruppe. Damit steigt auch die Zahl der Pflegebedürftigen im Alter überproportional. Gestatten Sie mir - das ist ein persönliches Anliegen -, einen Zusammenhang mit der unsäglichen Diskussion über den Ausgleich der privaten Pflegeschulen herzustellen. Dieses Thema haben wir ausführlich diskutiert. Dazu hat es Irritationen gegeben. Ich appelliere nochmals an Ihre soziale Verantwortung. Gehen Sie sie an! Springen Sie über Ihren Schatten und schauen Sie darauf, dass die Ausbildung der Schülerinnen und Schüler in den Altenpflegeschulen möglichst kostengünstig wird. Bedenken Sie, welches Zeichen wir an die Gesellschaft geben, wenn wir das nicht tun, und welches negative Zeichen wir an die Schülerinnen und Schüler geben, die sich für diesen wichtigen Bereich interessieren, aber davon abgehalten werden, diese Ausbildung zu beginnen. Diese Situation ist nicht hinnehmbar. Wir müssen rechtzeitig handeln. Wir dürfen keine ideologischen Scheuklappen tragen.

Deswegen ist es auch wichtig, noch einmal über die Mehrgenerationenhäuser zu sprechen. Es darf nicht sein, dass eine Hängepartie entsteht und die Betreiber nicht wissen, wie es weitergehen soll. Das Aktionsprogramm ist bereits angesprochen worden. Es kann nicht sein, dass sich der Bund aus der Verantwortung stiehlt und sich das Land mehr oder weniger wegmogelt und die Verantwortung an die Kommunen abschiebt. Die Kommunen können das nicht mehr leisten. Daher fordern wir ganz konkret eine Million Euro mehr für diese Projekte im Zusammenhang mit dem ehrenamtlichen Engagement. Das ehrenamtliche Engagement soll nicht nur in Sonntagsreden und Lippenbekenntnissen gepriesen werden, sondern wir müssen es stärken. Die Anerkennung in diesem Bereich ist wichtig.

Die Zeit schreitet fort; deshalb werde ich abkürzen. Ich möchte auf die Erhöhung der Mittel für das Landesnetzwerk "Bürgerschaftliches Engagement" zu sprechen kommen. Es geht um 30.000 Euro. Ich habe bewusst bei der Fraktion der FREIEN WÄHLER beantragt, dass dazu eine namentliche Abstimmung stattfindet; denn mir fehlt jedes Verständnis, wenn man einer Erhöhung um 30.000 Euro nicht zustimmen kann. Wir werden sehen, was bei der Abstimmung herauskommt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zusammenfassend stelle ich fest: Alternative Wohnformen für Senioren, Mehrgenerationenhäuser, bür-

gerschaftliches Engagement und Schulgeldausgleich für die Schülerinnen und Schüler privater Altenpflegeschulen, sind der Schwerpunkte der Politik der FREI-EN WÄHLER auf diesem Gebiet. Die anderen Schwerpunkte hat meine Kollegin dankenswerterweise vorgetragen.

Unterstützen Sie die Eigenverantwortung und üben Sie Solidarität! Wie es Raiffeisen gesagt hat, können viele das erreichen, was dem Einzelnen nicht möglich ist: Eine verantwortliche Sozialpolitik!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um eine gewisse Disziplin, damit wir die sechs namentlichen Abstimmungen, die wir vor uns haben, und alles Weitere in geordneter und schneller Weise durchführen können, so dass wir den Abend schicklich beenden können.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2011/2012, Einzelplan 10,

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- ich fahre erst fort, wenn Ruhe im Plenum ist; es steht jedem frei, die Sitzung zu verlängern -

die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/7300 mit 7306, 7308 mit 7317, 7340 mit 7344, 7383 mit 7389 und 7392 mit 7410 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 16/7557 zugrunde.

Vorweg lasse ich jetzt, wie von den Fraktionen der SPD und der FREIEN WÄHLER beantragt, über die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/7310, 7312, 7314, 7340, 7342 und 7344 in namentlicher Form abstimmen.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der SPD auf Drucksache 16/7310, betreffend "Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen für die Familie" abstimmen. Für die Stimmabgabe sind Urnen auf beiden Seiten des Sitzungssaals und auf dem Stenografentisch bereitgestellt. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Hierfür stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 20.25 bis 20.30 Uhr)

Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt. Das Ergebnis gebe ich später bekannt.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Wir führen zwischenzeitlich die namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 16/7312, betreffend Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen für die Freiwilligenarbeit, Bürgerarbeit sowie das Ehrenamt im sozialen Bereich, durch. Die Urnen sind wieder bereitgestellt. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Hierfür stehen drei Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 20.31 bis 20.34 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Abstimmung ist abgeschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt. Das Ergebnis gebe ich später bekannt.

Wir führen zwischenzeitlich die nächste namentliche Abstimmung durch, und zwar über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 16/7314, betreffend Landesförderung der Mehrgenerationenhäuser. Die Urnen sind wieder bereitgestellt. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Hierfür stehen wiederum drei Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 20.35 bis 20.38 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt. Das Ergebnis gebe ich später bekannt.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Wir führen zwischenzeitlich die namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag der FREIEN WÄH-LER auf Drucksache 16/7340, betreffend Finanzierung der Mehrgenerationenhäuser in Bayern, durch. Für die Stimmabgabe sind die Urnen auf beiden Seiten des Sitzungssaals und auf dem Stenografentisch bereitgestellt. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Hierfür stehen drei Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 20.39 bis 20.42 Uhr)

Die drei Minuten sind um. Die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt. Ich gebe es später bekannt.

Die nächste namentliche Abstimmung betrifft den Änderungsantrag der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 16/7342: Erhöhung der Mittel für das Landesnetzwerk "Bürgerliches Engagement". Die Urnen sind an den bekannten Stellen bereitgestellt. Für die Stimmabgabe stehen drei Minuten zur Verfügung. Ich bitte, mit der Stimmabgabe zu beginnen.

(Namentliche Abstimmung von 20.43 bis 20.46 Uhr)

Aus gegebenem Anlass weise ich noch einmal darauf hin, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angewiesen sind, nach den drei Minuten keinerlei Stimmkarten mehr entgegenzunehmen. Wer die Stimmabgabe verschlafen hat, ist selber schuld.

Die Abstimmung ist geschlossen. Das Ergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt. Ich gebe es später bekannt.

Zwischenzeitlich führen wir die letzte namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 16/7344, betreffend Erhöhung der Mittel für die Förderung von Kindertageseinrichtungen und Tagespflege, durch. Die Urnen sind an den bekannten Plätzen aufgestellt. Für die Stimmabgabe stehen drei Minuten zur Verfügung. Die Stimmabgabe beginnt jetzt.

(Namentliche Abstimmung von 20.47 bis 20.50 Uhr)

Da ich einige Kolleginnen und Kollegen sehe, die dem Saalausgang zustreben, bitte ich zu bedenken, dass uns noch eine Schlussabstimmung bevorsteht. Es wäre ratsam, dass jeder im Saal bleibt. -

Zur Abkürzung des Procedere gebe ich bereits die Ergebnisse der ersten drei namentlichen Abstimmungen bekannt.

Ergebnis der Abstimmung über den SPD-Änderungsantrag betreffend Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen für die Familie, Drucksache 16/7310. Mit Ja haben 46, mit Nein 102 Abgeordnete gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 12)

Ergebnis der Abstimmung über den SPD-Änderungsantrag betreffend Förderung von Maßnahmen für die Freiwilligenarbeit, die Bürgerarbeit sowie das Ehrenamt im sozialen Bereich, Drucksache 16/7312. Mit Ja haben 66, mit Nein 83 Abgeordnete gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Der Änderungsantrag ist damit ebenfalls abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 13)

Änderungsantrag der SPD betreffend die Landesförderung der Mehrgenerationenhäuser, Drucksache 16/7314. Mit Ja haben gestimmt 65, mit Nein 83, Enthaltungen 1. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 14)

Die drei Minuten für die Abstimmung sind beendet. Damit ist die Stimmabgabe abgeschlossen. Zur Ermittlung des Abstimmungsergebnisses wird die Sitzung kurz unterbrochen. Ich bitte aber wie vorhin, anwesend zu bleiben, da wir in Kürze in der Lage sind, die letzten Ergebnisse mitzuteilen, um dann unmittelbar zur Schlussabstimmung zu kommen.

(Unterbrechung von 20.50 bis 20.53 Uhr)

Meine Damen und Herren, die Sitzung ist wieder aufgenommen. Ich gebe das Ergebnis der letzten drei namentlichen Abstimmungen bekannt. Ich bedanke mich bei den Stimmauszählern, dass es so schnell gegangen ist.

(Allgemeiner Beifall)

Änderungsantrag der FREIEN WÄHLER betreffend die Finanzierung der Mehrgenerationenhäuser in Bayern, Drucksache 16/7340. Mit Ja haben gestimmt 47, mit Nein 81, Enthaltungen 19. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 15)

Änderungsantrag der FREIEN WÄHLER, betreffend Erhöhung der Mittel für das Landesnetzwerk "Bürgerliches Engagement", Drucksache 16/7342. Mit Ja haben gestimmt 57, mit Nein 81, Stimmenthaltungen 9. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 16)

Wir kommen nun zum Änderungsantrag der FREIEN WÄHLER, betreffend Erhöhung der Mittel für die Förderung von Kindertageseinrichtungen und Tagespflege, Drucksache 16/7344. Mit Ja haben gestimmt 47, mit Nein haben gestimmt 84, Stimmenthaltungen 18. Auch dieser Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 17)

Der Einzelplan 10 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur unveränderten Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 10 seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Die Gegenstimmen. - Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordnete Dr. Pauli, fraktionslos. Damit ist der Einzelplan 10 angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, soweit über sie nicht einzeln abgestimmt worden ist, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 18)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen, insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigung und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN. - Und Frau Abgeordnete Dr. Pauli?

(Zuruf der Abgeordneten Dr. Gabriele Pauli (fraktionslos))

Danke, Sie haben dafür gestimmt. Gut, dann ist das für die Abstimmung festzuhalten. Es ist so beschlossen

Die Beratung des Einzelplanes 10 ist damit abgeschlossen. Gleichzeitig ist damit unser heutiges Tagwerk vollendet. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend und schließe die Sitzung.

(Schluss: 20.57 Uhr)

Mitteilung

zu Tagesordnungspunkt 9

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 07:

 Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Paul Wengert, Florian Ritter u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Streichung der Mittel für die "Nebenstaatskanzlei" des stellvertretenden Ministerpräsidenten (Kap. 07 01 und 07 02)

(Drs. 16/7659)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Paul Wengert, Florian Ritter u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Einmalzinszuschüsse für das Mittelstandskreditprogramm

(Kap. 07 04 Tit. 891 01)

(Drs. 16/7660)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Paul Wengert, Annette Karl u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Ausgaben zur Durchführung spezieller Fachausgaben der Landesplanung - Regional- und Demographie-Management
(Kap. 07 05 Tit. 547 79)

(Drs. 16/7661)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FW)

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Verbesserung der regionalen Wirtschaftsförderung (Kap. 07 04 Tit. 892 72)

(Drs. 16/7662)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Entgelte für Arbeitnehmer

(Kap. 07 01 Tit. 428 01 - Stellenplan)

(Drs. 16/7663)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Ausgaben für Werbemaßnahmen zur Stärkung der Wirtschaft

(Kap. 07 03 Tit. 686 23)

(Drs. 16/7664)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Streichung der Mittel für die Clusterförderung (Kap. 07 03 TG 92 Tit. 686 92)

(Drs. 16/7665)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haushaltsplan 2011/2012:

hier: Mittel für private Unternehmen im Rahmen der regionalen Wirtschaftsförderung

(Kap. 07 04 TG 72 Tit. 892 72)

(Drs. 16/7666)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Streichung der Mittel für die Kanalisierung der Donau

(Kap. 07 05 Tit. 881 60)

(Drs. 16/7667)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Förderung des Nahluftverkehrs und des Flugwesens beenden

(Kap. 07 05 TG 74)

(Drs. 16/7668)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Programm zur Förderung von kleinen Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen (Kap. 07 05 neuer Tit.)

(Drs. 16/7669)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Programm zur Energieeffizienz: Umstellung von elektrischen Nachtspeicherheizungen auf moderne Heiztechnik und, oder erneuerbare Energien (Kap. 07 05 neuer Tit.)

(Drs. 16/7670)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Programm dezentrale Energiespeicher: Unterstützung bei der Errichtung von Speichern bei Biogasanlagen

(Kap. 07 05 neuer Tit.)

(Drs. 16/7671)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Erhöhung der Zugbestellungen zur Erhöhung der Taktdichten im Schienenpersonennahverkehr (Kap. 07 07 Tit. 682 03 und Kap. 07 05 TG 71 - 72)

(Drs. 16/7672)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 06.04.2011 zu Tagesordnungspunkt 10: Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harald Güller, Diana Stachowitz u. a. SPD; Haushaltsplan 2011/2012;; hier: Erhöhung der Vereinspauschale ; (Kap. 05 04 Tit. 685 91) (Drucksache 16/7857)

			L
Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate			Х
Aiwanger Hubert	Х		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	Х		
Bachhuber Martin		Х	
Prof. Dr. Barfuß Georg		Х	
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter	Х		
Prof. Dr. Bausback Winfried		Х	
Bause Margarete			Х
Dr. Beckstein Günther		Х	
Dr. Bernhard Otmar		Х	
Dr. Bertermann Otto		Х	
Dr. Beyer Thomas	Х		
Biechl Annemarie		Х	
Biedefeld Susann	Х		
Blume Markus		Х	
Bocklet Reinhold		Х	
Breitschwert Klaus Dieter		Х	
Brendel-Fischer Gudrun		Х	
Brunner Helmut			
Dr. Bulfon Annette			
Dechant Thomas		Х	
Dettenhöfer Petra		X	
Dittmar Sabine	X		
Dodell Renate		Х	
Donhauser Heinz		Х	
Dr. Dürr Sepp			Х
Fals Control		V	
Eck Gerhard		X	
Eckstein Kurt		X	
Eisenreich Georg		^	
Dr. Fahn Hans Jürgen			
Felbinger Günther	Х		
Dr. Fischer Andreas		Χ	
Dr. Förster Linus			
Franke Anne			Х
Freller Karl		Χ	
Füracker Albert		Х	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas			Х
Glauber Thorsten	Х		
Goderbauer Gertraud	1	Х	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Goppel Thomas		Χ	
Gote Ulrike			Х
Gottstein Eva	Х		
Güll Martin			
Güller Harald	Х		
Guttenberger Petra		Χ	
Hacker Thomas		Х	
Haderthauer Christine		Х	
Halbleib Volkmar	Х		
Hallitzky Eike			Х
Hanisch Joachim	Х		
Hartmann Ludwig	1		X
Heckner Ingrid		Х	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	Х		
Hessel Katja	 ^	Х	
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes		Х	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel	-	X	
	-	X	
Dr. Hünnerkopf Otto		^	
Huml Melanie			
1			
Imhof Hermann	-	Х	
Jörg Oliver		Х	
Jung Claudia	Х		
Kamm Christine			Х
Karl Annette			
Kiesel Robert			
Dr. Kirschner Franz Xaver		Х	
Klein Karsten		Х	
Kobler Konrad		Χ	
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd			Х
Kreuzer Thomas		X	
Ländner Manfred		Χ	
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		Χ	
Lorenz Andreas		Χ	
		1	

-			
Name	Ja	Nein	Enthalte
	- ou		mich
Prof. Männle Ursula			
Dr. Magerl Christian			Х
Maget Franz	Χ		
Matschl Christa			
Meißner Christian		Х	
Dr. Merk Beate		Х	
Meyer Brigitte		Χ	
Meyer Peter	Χ		
Miller Josef		Χ	
Müller Ulrike	Χ		
Mütze Thomas			Х
Muthmann Alexander	Χ		
Naaß Christa	Χ		
Nadler Walter		Χ	
Neumeyer Martin		Х	
Nöth Eduard		Х	
Noichl Maria	Х		
Pachner Reinhard		Х	
Dr. Pauli Gabriele		X	
Perlak Reinhold			
Pfaffmann Hans-Ulrich	Х		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pointner Mannfred	X		
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz Josef	^		
rschierer Franz Josei			
Dr. Rabenstein Christoph	Х		
Radwan Alexander	^	Х	
Reichhart Markus		^	
Reiß Tobias		Х	
Richter Roland		X	
		X	
Dr. Rieger Franz	V	^	
Rinderspacher Markus	Х		
Ritter Florian		V	
Rohde Jörg	V	Х	
Roos Bernhard	Х	V	
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		^	V
Dr. Runge Martin	V		Х
Rupp Adelheid	Х		
0		V	
Sackmann Markus		X	
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		Х	.,
Scharfenberg Maria	.,	ļ	Х
Schindler Franz	Х		
Schmid Georg		X	
Schmid Peter		Х	
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schneider Harald	Χ		
Schneider Siegfried		X	<u> </u>
Schöffel Martin		Х	
Schopper Theresa		<u> </u>	Х

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		Х	
Schreyer-Stäblein Kerstin		Χ	
Schuster Stefan	Х		
Schweiger Tanja	Х		
Schwimmer Jakob		Χ	
Seidenath Bernhard		Х	
Sem Reserl		Х	-
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard		X	
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig	+ ^-	Х	
Sprinkart Adi			
Stachowitz Diana	X		
Stahl Christine	^		Х
-			^
Stamm Barbara Stamm Claudia		Х	
	V		X
Steiger Christa	X	V	
Steiner Klaus	_	X	
Stewens Christa		X	
Stierstorfer Sylvia		Х	
Stöttner Klaus		Х	
Strehle Max		Х	
Streibl Florian	Х		
Strobl Reinhold	X		
Dr. Strohmayr Simone	X		
Taubeneder Walter		Χ	
Tausendfreund Susanna			Х
Thalhammer Tobias		Χ	
Tolle Simone			Х
Unterländer Joachim		Χ	
Dr. Vetter Karl	Х		
Wägemann Gerhard			Х
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Weiß Bernd		Х	
Dr. Weiß Manfred		X	
Dr. Wengert Paul	Х		
Werner Hans Joachim	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Widmann Jutta	X		
Wild Margit	X		
Will Renate	^		
	_	X	
Winter Georg		X	
Winter Peter	- V	Х	1
Wörner Ludwig	X		
Zachavias lashall	+	<u> </u>	1
Zacharias Isabell			
Zeil Martin	1	ļ	<u> </u>
Zeitler Otto	_		ļ
Zellmeier Josef		Х	
Dr. Zimmermann Thomas	\perp		<u> </u>
Gesamtsumm	e 51	94	20

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 06.04.2011 zu Tagesordnungspunkt 10: Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harald Güller, Diana Stachowitz u. a. SPD; Haushaltsplan 2011/2012;; hier: Vereinseigener Sportstättenbau ; (Kap. 05 04 Tit. 893 91) (Drucksache 16/7858)

			L
Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate			Х
Aiwanger Hubert	Х		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	Х		
Bachhuber Martin		Х	
Prof. Dr. Barfuß Georg		Х	
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter	Х		
Prof. Dr. Bausback Winfried		Х	
Bause Margarete			Х
Dr. Beckstein Günther		Х	
Dr. Bernhard Otmar		Х	
Dr. Bertermann Otto		Х	
Dr. Beyer Thomas	Х		
Biechl Annemarie		Х	
Biedefeld Susann	Х		
Blume Markus		Х	
Bocklet Reinhold		Х	
Breitschwert Klaus Dieter		Х	
Brendel-Fischer Gudrun		Х	
Brunner Helmut			
Dr. Bulfon Annette			
Dechant Thomas		Х	
Dettenhöfer Petra		X	
Dittmar Sabine	X		
Dodell Renate		Х	
Donhauser Heinz		Х	
Dr. Dürr Sepp			Х
Fals Control		V	
Eck Gerhard		X	
Eckstein Kurt		X	
Eisenreich Georg		^	
Dr. Fahn Hans Jürgen			
Felbinger Günther	X		
Dr. Fischer Andreas		Χ	
Dr. Förster Linus			
Franke Anne			Х
Freller Karl		Χ	
Füracker Albert		Х	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas			Х
Glauber Thorsten	Х		
Goderbauer Gertraud	1	Х	

			т
Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Goppel Thomas		Х	
Gote Ulrike			Х
Gottstein Eva	Х		
Güll Martin			
Güller Harald	Х		
Guttenberger Petra		Χ	
Hacker Thomas		Χ	
Haderthauer Christine		Х	
Halbleib Volkmar	Х		
Hallitzky Eike			Х
Hanisch Joachim	Х		
Hartmann Ludwig			Х
Heckner Ingrid		Х	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	Х		
Hessel Katja		Х	
Dr. Heubisch Wolfgang		^	
Hintersberger Johannes		Х	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel	-	X	
	-	X	
Dr. Hünnerkopf Otto		۸	
Huml Melanie			
1		V	
Imhof Hermann	-	Х	
	-		
Jörg Oliver		Х	
Jung Claudia	Х		
			.,_
Kamm Christine			Х
Karl Annette			
Kiesel Robert			
Dr. Kirschner Franz Xaver		Х	
Klein Karsten		Χ	
Kobler Konrad		Х	
König Alexander		Χ	
Kohnen Natascha	Х		
Kränzle Bernd			X
Kreuzer Thomas		Χ	
Ländner Manfred		Χ	
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		Χ	
Lorenz Andreas		Χ	
	+	1	

		1	
Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula			
Dr. Magerl Christian			Х
Maget Franz	Х		
Matschl Christa			
Meißner Christian		Χ	
Dr. Merk Beate		Χ	
Meyer Brigitte		Х	
Meyer Peter	Х		
Miller Josef		Χ	
Müller Ulrike	Х		
Mütze Thomas			Х
Muthmann Alexander	Х		
Naaß Christa	X		
Nadler Walter		Х	
-		X	
Neumeyer Martin		X	
Nöth Eduard	- 1	^	
Noichl Maria	X		
Pachner Reinhard		Х	
Dr. Pauli Gabriele		Х	
Perlak Reinhold			
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pointner Mannfred	X		
Pranghofer Karin	Х		
Pschierer Franz Josef		Χ	
Dr. Rabenstein Christoph	Х		
Radwan Alexander		Х	
Reichhart Markus			
Reiß Tobias		Х	
Richter Roland		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian	^	-	
		V	
Rohde Jörg	- 1	Х	
Roos Bernhard	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		Χ	
Dr. Runge Martin			Х
Rupp Adelheid	Х		
Sackmann Markus		X	
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		Х	
Scharfenberg Maria			Х
Schindler Franz	Х		
Schmid Georg		Х	
Schmid Peter		X	
Schmitt-Bussinger Helga	Х	<u> </u>	1
Schneider Harald	X		
Schneider Siegfried	^	Х	1
Schöffel Martin	-	X	1
Schopper Theresa	_	^	
ochopper meresa		<u> </u>	Х

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		Х	
Schreyer-Stäblein Kerstin		Χ	
Schuster Stefan	Х		
Schweiger Tanja	Х		
Schwimmer Jakob		Χ	
Seidenath Bernhard		Χ	
Sem Reserl		Х	1
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard		X	
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	Х		1
Dr. Spaenle Ludwig	- ^ -	Х	1
Sprinkart Adi	1		
Stachowitz Diana	Х		
Stahl Christine	_^	-	X
	-		
Stamm Barbara	<u> </u>	Х	V
Stamm Claudia			X
Steiger Christa	Х		
Steiner Klaus		X	ļ
Stewens Christa		Х	ļ
Stierstorfer Sylvia		Х	ļ
Stöttner Klaus			X
Strehle Max		Х	
Streibl Florian	Х		
Strobl Reinhold	X		
Dr. Strohmayr Simone	Х		
Taubeneder Walter		Χ	
Tausendfreund Susanna			X
Thalhammer Tobias		Χ	
Tolle Simone			Х
Unterländer Joachim		Χ	
-			
Dr. Vetter Karl	Х		
Wägemann Gerhard			X
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	Х		-
Dr. Weiß Bernd		Х	
Dr. Weiß Manfred		X	
Dr. Wengert Paul	Х	^	-
Werner Hans Joachim	X		<u> </u>
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Widmann Jutta	X		<u> </u>
Wild Margit	Х		
Will Renate		X	ļ
Winter Georg	<u> </u>	X	ļ
Winter Peter		Х	<u> </u>
Wörner Ludwig	Х		<u> </u>
			ļ
Zacharias Isabell			
Zeil Martin			<u> </u>
Zeitler Otto			
Zellmeier Josef		Χ	
Dr. Zimmermann Thomas		Χ	
Gesamtsumme	51	95	21
-			

Mitteilung

zu Tagesordnungspunkt 10

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 05:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Reinhold Strobl u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Keine Kürzungen bei den Ausgaben für private Volksschulen (Kap. 05 03 Tit. 684 61)

(Drs. 16/7852)

Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Reinhold Strobl u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Keine Kürzungen zulasten der kommunalen Gymnasien (Kap. 05 03 Tit. 633 84)

(Drs. 16/7853)

Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Ausgaben für Jugendarbeit (Kap. 05 04 TG 89)

(Drs. 16/7854)

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harald Güller, Diana Stachowitz u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Zuschüsse für die Zusammenarbeit von Schule und Sportverein erhöhen (Kap. 05 04 Tit. 684 90)

(Drs. 16/7855)

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harald Güller, Diana Stachowitz u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Erhöhung der Zuschüsse für die Sportfachver-

(Kap. 05 04 Tit. 684 91)

(Drs. 16/7856)

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harald Güller, Diana Stachowitz u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Erhöhung der Vereinspauschale (Kap. 05 04 Tit. 685 91)

(Drs. 16/7857)

Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harald Güller, Diana Stachowitz u.a. SPD

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Vereinseigener Sportstättenbau (Kap. 05 04 Tit. 893 91)

(Drs. 16/7858)

Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Stefan Schuster u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Streichung von kw-Vermerken und Aufhebung von Stellensperren an allen Schularten

(Kap. 05 12 bis 05 19)

(Drs. 16/7859)

Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Christa Steiger u.a. SPD

Haushaltsplan 2011/2012; hier: Schulsozialarbeit (Kap. 05 12 bis 05 19)

(Drs. 16/7860)

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Reinhold Strobl u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Gemeinschaftsschule für alle Regierungsbezirke (Epl. 05 neues Kap.)

(Drs. 16/7861)

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FW) Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Gleichbehandlung bei der Finanzierung kommunaler, kirchlicher und privater Schulen (Kap. 05 03 TG 73 - 79 und 82 - 84)

(Drs. 16/7862)

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FW)

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Mittel für Schüleraustausch mit Tschechien und Polen aufstocken

(Kap. 05 04 Tit. 533 01)

(Drs. 16/7863)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FW)

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Schulgeldausgleich für Schülerinnen und Schüler der privaten Berufsfachschulen für Altenpflege und Altenpflegehilfe

(Kap. 05 04 Tit. 684 16)

(Drs. 16/7865)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FW)

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Zielgerichtete Lehrerfortbildung (Inklusion) stärken

(Kap. 05 04 neuer Tit.)

(Drs. 16/7866)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FW)

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Mittel für Projekt Zeitzeugen bereitstellen (Kap. 05 04 neuer Tit.)

(Drs. 16/7867)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FW)

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Erhöhung des Ansatzes für Bildungsmaßnahmen in der Jugendarbeit

(Kap. 05 04 TG 89)

(Drs. 16/7868)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FW)

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Zusammenarbeit von Schule und Sportverein (Kap. 05 04 Tit. 547 90)

(Drs. 16/7869)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FW)

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Ausgaben zur Förderung des Sportwesens (Kap. 05 04 Tit. 893 91)

(Drs. 16/7870)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FW)

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Einlage des Freistaats für die Sportstiftung Bayern

(Kap. 05 04 TG 91 neuer Tit.)

(Drs. 16/7871)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FW) Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Finanzierung der Erwachsenenbildung (Kap. 05 05 TG 81)

(Drs. 16/7872)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FW) Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Absenkung der Klassenhöchststärken an Volksschulen, Realschulen und Gymnasien (Kap. 05 12 und 05 17 bis 05 19 Tit. 422 01)

(Drs. 16/7873)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FW) Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Bessere Ausstattung der Schulen aller Schularten mit Beratungslehrern

(Kap. 05 12, 05 13, 05 15, 05 17, 05 18, 05 19 jeweils Tit. 422 01)

(Drs. 16/7874)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FW) Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Schulpsychologen

(Kap. 05 12 und 05 17 bis 05 19)

(Drs. 16/7875)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FW)

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Aufstockung des mobilen sonderpädagogischen Dienstes und der mobilen sonderpädagogischen Hilfe

(Kap. 05 13 Tit. 422 01)

(Drs. 16/7876)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FW) Haushaltsplan 2011/2012:

hier: Fachpraktische Ausbildung im Ausland an Fachoberschulen ermöglichen (Kap. 05 17 neuer Tit.)

(Drs. 16/7877)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FW)

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Verwaltungspersonal an Schulen (Kap. 05 12 bis 05 19 Tit. 428 01)

(Drs. 16/7878)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: "Schülermitverantwortung" stärken (Kap. 05 04 Tit. 533 02)

(Drs. 16/7879)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Leistungen zum Schulgeldausgleich für die privaten Berufsfachschulen für Altenpflege und Altenpflegehilfe

(Kap. 05 04 Tit. 684 16)

(Drs. 16/7880)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Verwaltungskräfte an Schulen stärken (Kap. 05 04 neuer Tit.)

(Drs. 16/7881)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Jugendarbeit weiter ermöglichen

(Kap. 05 04 TG 89)

(Drs. 16/7882)

31. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Breitensport stärken (Kap. 05 04 Tit. 685 91)

(Drs. 16/7883)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Offensive für Qualität von Ganztagsschulen (Kap. 05 04 neue TG)

(Drs. 16/7884)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Schulbudget für externe Bildungsangebote zur Prävention und Intervention

(Kap. 05 04 neue TG)

(Drs. 16/7885)

34. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Mittel für die Erwachsenenbildung aufstocken (Kap. 05 05 Tit. 684 81)

(Drs. 16/7886)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Beteiligung des Freistaats Bayern an der Finanzierung der bayerischen EUROPE DIRECT-Informationszentren

(Kap. 05 05 neuer Tit.)

(Drs. 16/7887)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Unterrichtsversorgung verbessern - Lehrerinnenund Lehrerreserve aufbauen

(Kap. 05 12, 05 13, 05 18 und 05 19

jeweils neuer Tit.)

(Drs. 16/7888)

37. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Zusätzliche Stellen für Berufsschullehrerinnen und Berufsschullehrer (Kap. 05 15 Tit. 422 01)

(Drs. 16/7889)

38. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Zusätzliche Stellen für Lehrerinnen und Lehrer an Berufsoberschulen und Fachoberschulen (Kap. 05 17 Tit. 422 01)

(Drs. 16/7890)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Offensive für Inklusion - Gemeinsamer Unterricht von behinderten und nichtbehinderten Schülerinnen und Schülern (Kap. 05 21 Tit. 422 01a)

(Drs. 16/7891)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Moderne Bildungsinfrastruktur durch passgenaue regionale Schulmodelle (Epl. 05 neues Kap.)

(Drs. 16/7892)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 06.04.2011 zu Tagesordnungspunkt 11: Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Florian Streibl u. a. und Fraktion FW; Haushaltsplan 2011/2012;; hier: Richter und Staatsanwälte; (Kap. 04 04 Tit. 422 01) (Drucksache 16/7333)

	-		,
Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate			Х
Aiwanger Hubert	Х		
Arnold Horst	Х		
Aures Inge	Х		
Bachhuber Martin		Х	
Prof. Dr. Barfuß Georg		Χ	
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter	Х		
Prof. Dr. Bausback Winfried		Χ	
Bause Margarete			X
Dr. Beckstein Günther			
Dr. Bernhard Otmar		X	
Dr. Bertermann Otto		Х	
Dr. Beyer Thomas	Х		
Biechl Annemarie		Х	
Biedefeld Susann	Х		
Blume Markus		Х	
Bocklet Reinhold		Х	
Breitschwert Klaus Dieter		Х	
Brendel-Fischer Gudrun		Х	
Brunner Helmut		Χ	
Dr. Bulfon Annette			
Dechant Thomas		Х	+
Dettenhöfer Petra		Х	
Dittmar Sabine	Х		
Dodell Renate		Х	
Donhauser Heinz		Х	
Dr. Dürr Sepp			Х
F.I.O. I.		\ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \	
Eck Gerhard		X	
Eckstein Kurt		X	
Eisenreich Georg	-	Х	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Felbinger Günther	X		1
Dr. Fischer Andreas	^	X	
Dr. Förster Linus		_ ^	+
Franke Anne			X
Freller Karl		Х	+ ^
Füracker Albert		X	
Furacker Albert		^	-
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	Х		
Gehring Thomas			
Glauber Thorsten	Х		
Goderbauer Gertraud			
Görlitz Erika		Х	1
-		•	-

		1	
Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Goppel Thomas		Х	
Gote Ulrike			Х
Gottstein Eva	Х		
Güll Martin			
Güller Harald	Χ		
Guttenberger Petra		Х	
Hacker Thomas		Х	
Haderthauer Christine		Х	
Halbleib Volkmar	Х		
Hallitzky Eike			Х
Hanisch Joachim	Х		
Hartmann Ludwig			Х
Heckner Ingrid		Х	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		<u> </u>	
Dr. Herz Leopold	Х		
Hessel Katja			
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes		Х	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		<u> </u>	
Turn Welanie			
Imhof Hermann		Х	
IIIIIOI I leimaini		_ ^	
Jörg Oliver		Х	
Jung Claudia	Х		
Julig Claudia		1	
Kamm Christine			Х
Karl Annette		1	^
Kiesel Robert			
Dr. Kirschner Franz Xaver		Х	
Klein Karsten		X	
Kobler Konrad		X	
		X	
König Alexander	V	^	
Kohnen Natascha Kränzle Bernd	Х		
		X	
Kreuzer Thomas	-	Α.	
I Endner Montrod	-	\ \ \	
Ländner Manfred		X	
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		, ,	
Lorenz Andreas	ļ	Х	1
	1	1	1

X X X X X X X X X X X X X X X X X X X	Enthalte mich X
X X X	X
X X X	X
X X X	
X	
X	
X	
X	
X	
X	
X	
X	
X	
X	
Χ	
Χ	
Χ	
Χ	
Х	
X	
	Х
Х	
X	
- 	Х
	 ^`
X	1
 ^	
	1
Y	1
	1
	X
l	_ ^
	X X X X X X X

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		Х	
Schreyer-Stäblein Kerstin		Х	
Schuster Stefan	Χ		
Schweiger Tanja	Χ		
Schwimmer Jakob		Χ	
Seidenath Bernhard		Χ	
Sem Reserl		Χ	
Sibler Bernd		Χ	
Sinner Eberhard		Χ	
Dr. Söder Markus		Χ	
Sonnenholzner Kathrin	Χ		
Dr. Spaenle Ludwig			
Sprinkart Adi			X
Stachowitz Diana	Χ		
Stahl Christine			Х
Stamm Barbara		Χ	
Stamm Claudia			Х
Steiger Christa	Χ		
Steiner Klaus		Χ	
Stewens Christa		Χ	
Stierstorfer Sylvia		Χ	
Stöttner Klaus		Χ	
Strehle Max		Х	
Streibl Florian	Х		
Strobl Reinhold	Х		
Dr. Strohmayr Simone	Х		
Taubeneder Walter		Х	
Tausendfreund Susanna			Х
Thalhammer Tobias		Х	
Tolle Simone			Х
Tone Cimone			
Unterländer Joachim		Х	
Dr. Vetter Karl	Х		
Wägemenn Corbord			
Wägemann Gerhard Weidenbusch Ernst		Х	1
	V		
Weikert Angelika	Х		1
Dr. Weiß Bernd Dr. Weiß Manfred		Х	
		^	
Dr. Wengert Paul Werner Hans Joachim	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	^		
	V		
Wild Morgit	X		
Will Dansta	Χ	V	1
Will Renate		X	1
Winter Georg		X	1
Winter Peter	Х	^	
Wörner Ludwig	^		-
Zacharias Isabell			
Zeil Martin			1
Zeitler Otto		Х	
		X	

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 06.04.2011 zu Tagesordnungspunkt 11: Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Florian Streibl u. a. und Fraktion FW; Haushaltsplan 2011/2012;; hier: Rechtspfleger; (Kap. 04 04 Tit. 422 21) (Drucksache 16/7337)

			,
Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate			Х
Aiwanger Hubert	Х		
Arnold Horst	Х		
Aures Inge	Х		
Bachhuber Martin		X	
Prof. Dr. Barfuß Georg			
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter	Х		
Prof. Dr. Bausback Winfried		Х	
Bause Margarete			Х
Dr. Beckstein Günther			
Dr. Bernhard Otmar		Х	
Dr. Bertermann Otto		X	
Dr. Beyer Thomas	Х		
Biechl Annemarie		Х	
Biedefeld Susann	Х		
Blume Markus		Х	
Bocklet Reinhold		X	
Breitschwert Klaus Dieter		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brunner Helmut		X	
Dr. Bulfon Annette		,	
Dechant Thomas		X	-
Dettenhöfer Petra		X	
Dittmar Sabine	X	^	
Dodell Renate	^	Х	
Donhauser Heinz		X	
Dr. Dürr Sepp		_ ^	X
ы. Бин Зерр			
Eck Gerhard		Х	
Eckstein Kurt		Χ	
Eisenreich Georg		Х	1
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Felbinger Günther	Х		
Dr. Fischer Andreas		Х	
Dr. Förster Linus			
Franke Anne			Х
Freller Karl		Х	
Füracker Albert		Х	
Drof Dr. Control Deter Doul			1
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	Х	1	
Gehring Thomas		<u> </u>	-
Glauber Thorsten	Х	1	-
Goderbauer Gertraud	+		
Görlitz Erika		Х	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Goppel Thomas		Х	
Gote Ulrike			Х
Gottstein Eva	Х		
Güll Martin			
Güller Harald	Х		
Guttenberger Petra		Х	
Hacker Thomas		X	
Haderthauer Christine		Х	
Halbleib Volkmar	X		
Hallitzky Eike			Х
Hanisch Joachim	Х		
Hartmann Ludwig			Х
Heckner Ingrid		Х	
Heike Jürgen W.		Х	
Herold Hans		Х	
Dr. Herrmann Florian		Х	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	Х		
Hessel Katja			
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes		Х	
Huber Erwin		Х	
Dr. Huber Marcel		Х	
Dr. Hünnerkopf Otto		Х	
Huml Melanie			
Imhof Hermann		Х	
Jörg Oliver		Х	
Jung Claudia	Х		
Kamm Christine	1		Х
Karl Annette			
Kiesel Robert			
Dr. Kirschner Franz Xaver		Х	
Klein Karsten	1	Х	
Kobler Konrad		Х	
König Alexander	1	Х	
Kohnen Natascha	Х		
Kränzle Bernd	1	Х	
Kreuzer Thomas	1	Х	
Ländner Manfred		Х	
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp	1	Х	
Lorenz Andreas	1	Х	
	1		\vdash

1			
Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula	-		IIIIOII
Dr. Magerl Christian			Х
Maget Franz	Х	1	_ ^
Matschl Christa	^		
		V	
Meißner Christian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Brigitte		Х	
Meyer Peter	Х	ļ	
Miller Josef		Х	
Müller Ulrike	Х		
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander	X		
Naaß Christa			
Nadler Walter		Х	
Neumeyer Martin		<u> </u>	
Nöth Eduard		1	
Noichl Maria	X		
1401CIII IVIAIIA	 ^		
Pachner Reinhard		- V	
Dr. Pauli Gabriele		X	
		۸	
Perlak Reinhold			
Pfaffmann Hans-Ulrich		ļ	
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard			
Pointner Mannfred	X		
Pranghofer Karin			
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	Х		
Radwan Alexander		Х	
Reichhart Markus	Х		
Reiß Tobias		Х	
Richter Roland		Х	
Dr. Rieger Franz		Х	
Rinderspacher Markus			
Ritter Florian			
Rohde Jörg		Х	
Roos Bernhard	Х	 	
Rotter Eberhard	+ ^	Х	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
			Х
Dr. Runge Martin		1	^
Rupp Adelheid	X		
Sackmann Markus		Х	
Sandt Julika		Χ	
Sauter Alfred		Х	
Scharfenberg Maria			Х
Schindler Franz	Х		İ
Schmid Georg	1		
Schmid Peter	1	Х	
Schmitt-Bussinger Helga	Х		
Schneider Harald	X	1	
Schneider Siegfried		Х	
Schöffel Martin		X	1
Schopper Theresa	-		Х
ochopper meresa		<u> </u>	^

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schuster Stefan	X	^	
Schweiger Tanja	X		
Schwinger Tanja Schwinger Tanja	^	V	
		X	
Seidenath Bernhard	1	X	ļ
Sem Reserl		X	ļ
Sibler Bernd		X	ļ
Sinner Eberhard		Х	ļ
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	Х		ļ
Dr. Spaenle Ludwig			
Sprinkart Adi			X
Stachowitz Diana	Х		
Stahl Christine			Х
Stamm Barbara		Χ	
Stamm Claudia			Х
Steiger Christa	X		1
Steiner Klaus		Х	<u> </u>
Stewens Christa		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus	1	X	-
			
Strehle Max	V	Х	ļ
Streibl Florian	X		<u> </u>
Strobl Reinhold	X		ļ
Dr. Strohmayr Simone	Х		ļ
			ļ
Taubeneder Walter		Х	<u> </u>
Tausendfreund Susanna			X
Thalhammer Tobias		Χ	
Tolle Simone			Χ
Unterländer Joachim		Χ	
Dr. Vetter Karl	Х		
Wägemann Gerhard		Х	<u> </u>
Weidenbusch Ernst	1	^	-
	V		
Weikert Angelika	Х		ļ
Dr. Weiß Bernd			<u> </u>
Dr. Weiß Manfred		Х	ļ
Dr. Wengert Paul	Х		ļ
Werner Hans Joachim	Х		<u> </u>
Werner-Muggendorfer Johanna			ļ
Widmann Jutta	X		
Wild Margit	X		
Will Renate		Χ	
Winter Georg		Χ	
Winter Peter		Χ	
Wörner Ludwig	Х		
Zacharias Isabell			<u> </u>
Zeil Martin			ļ
Zeitler Otto			<u> </u>
Zellmeier Josef		Χ	<u> </u>
Dr. Zimmermann Thomas		Χ	
Gesamtsumme	47	88	17

Mitteilung

zu Tagesordnungspunkt 11

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 04:

 Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Bezüge der planmäßigen Beamten (Richter) (Kap. 04 04 Tit. 422 01)

(Drs. 16/7283)

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Stellenplan der Gerichte und Staatsanwaltschaften: Richter und Staatsanwälte (Kap. 04 04 Tit. 422 01)

(Drs. 16/7284)

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Stellenplan der Gerichte und Staatsanwaltschaften: Bewährungshelfer (Kap. 04 04 Tit. 422 01)

(Drs. 16/7285)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Stellenplan der Gerichte und Staatsanwaltschaften: Justizwachtmeister (Kap. 04 04 Tit. 422 01)

(Drs. 16/7286)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Stellenplan der Gerichte und Staatsanwaltschaften: Ernennungsstellen für Gerichtsvollzieher; Erhöhung der Beförderungsstellen (Kap. 04 04 Tit. 422 01)

(Drs. 16/7287)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Anwärterbezüge, Unterhaltsbeihilfen für Dienstanfänger

(Kap. 04 04 Tit. 422 21)

(Drs. 16/7288)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Stellenplan der Gerichte und Staatsanwaltschaften: Rechtspfleger (Kap. 04 04 Tit. 422 21 und 422 01)

(Drs. 16/7289)

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Stellenplan der Gerichte und Staatsanwaltschaften: Justizfachwirte

(Kap. 04 04 Tit. 422 21 und 422 01)

(Drs. 16/7290)

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Stellenplan der Gerichte und Staatsanwaltschaften: Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Kap. 04 04 Tit. 428 01)

(Drs. 16/7291)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Susann Biedefeld u.a. SPD

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Psychotherapeutische Fachambulanz für Sexualstraftäter in Ostbayern (Kap. 04 04 Tit. 686 03)

(Drs. 16/7292)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Susann Biedefeld u.a. SPD

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Behindertengerechter Umbau von Justizgebäuden

(Kap. 04 04 Tit. 701 01)

(Drs. 16/7293)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Stellenplan der Justizvollzugsanstalten: Aufstiegsstellen und Beförderungsstruktur (Kap. 04 05 Tit. 422 01)

(Drs. 16/7294)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Susann Biedefeld u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Stellenplan der Justizvollzugsanstalten: Regierungssekretäranwärter, Obersekretäranwärter im Justizvollzugsdienst, Oberwerkmeisteranwärter (Kap. 04 05 Tit. 422 21)

(Drs. 16/7295)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Stellenplan der Justizvollzugsanstalten: Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Kap. 04 05 Tit. 428 01)

(Drs. 16/7296)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Susann Biedefeld u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Strafentlassenenhilfe (Kap. 04 05 Tit. 681 02)

(Drs. 16/7297)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Susann Biedefeld u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Projekt "Schwitzen statt Sitzen" (Kap. 04 05 Tit. 546 71)

(Drs. 16/7298)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Horst Arnold u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Zuwendungen des Landes an den Verbraucher-Service Bayern und die Verbraucherzentrale Bayern

(Kap. 04 07 Tit. 686 01)

(Drs. 16/7299)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Florian Streibl u.a. und Fraktion (FW) Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Richter und Staatsanwälte (Kap. 04 04 Tit. 422 01) (Drs. 16/7333) Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Florian Streibl u.a. und Fraktion (FW) Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Justizfachwirte

(Kap. 04 04 Tit. 422 01)

(Drs. 16/7334)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Florian Streibl u.a. und Fraktion (FW) Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Gerichtsvollzieher (Kap. 04 04 Tit. 422 01)

(Drs. 16/7335)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Florian Streibl u.a. und Fraktion (FW) Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Justizwachtmeister (Kap. 04 04 Tit. 422 01) (Drs. 16/7336)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Florian Streibl u.a. und Fraktion (FW) Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Rechtspfleger (Kap. 04 04 Tit. 422 21)

(Drs. 16/7337)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Florian Streibl u.a. und Fraktion (FW) Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Erhöhung der kriminalpädagogischen Schülerprojekte (Kap. 04 04 Tit. 533 03)

(Drs. 16/7338)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Florian Streibl u.a. und Fraktion (FW) Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Justizvollzug (Kap. 04 05 Tit. 422 21)

(Drs. 16/7339)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Neu: Zuwendungen für den Täter-Opfer-Ausgleich und die Opferhilfe (Kap. 04 02 neue TG)

(Drs. 16/7369)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Zusätzliche Mittel für Personal an Gerichten und Staatsanwaltschaften - Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte (Kap. 04 04 Tit. 422 01)

(Drs. 16/7370)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Zusätzliche Mittel für Personal an Gerichten und Staatsanwaltschaften - Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger

(Kap. 04 04 Tit. 422 01)

(Drs. 16/7371)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Zusätzliche Mittel für die Bewährungshilfe (Kap. 04 04 Tit. 422 01)

(Drs. 16/7372)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Ernennung geprüfter Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher

(Kap. 04 04 Tit. 422 01)

(Drs. 16/7373)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Zusätzliche Mittel für Personal an Gerichten und Staatsanwaltschaften - Justizverwaltung (Kap. 04 04 Tit. 422 01)

(Drs. 16/7374)

31. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Zusätzliche Mittel für Personal an Gerichten und Staatsanwaltschaften - Justizwachtmeisterinnen und Justizwachtmeister

(Kap. 04 04 Tit. 422 21)

(Drs. 16/7375)

32. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Zusätzliche Mittel für Personal im Justizvollzug (Kap. 04 05 Tit. 422 01)

(Drs. 16/7376)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Verstärkungsmittel zum Ausbau der sozialtherapeutischen Abteilungen für Gewalt- und Sexualstraftäter

(Kap. 04 05 neue TG)

(Drs. 16/7377)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Übergangsmanagement ausbauen

(Kap. 04 05 neue TG)

(Drs. 16/7378)

35. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Kürzung der festgesetzten Mittel für Gutachten (Kap. 04 07 Tit. 526 21)

(Drs. 16/7379)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Kürzung der festgesetzten Mittel für Veranstaltungen und Kongresse (Kap. 04 07 Tit. 683 01)

(Drs. 16/7380)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Förderung der Verbraucheraufklärung - Erhöhung der Mittel für mehr Personal

(Kap. 04 07 Tit. 686 01)

(Drs. 16/7381)

38. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Verbraucherschutz: Kürzung der Mittel für Veranstaltungen (Kap. 04 07 Tit. 540 52)

(Drs. 16/7382)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 06.04.2011 zu Tagesordnungspunkt 12: Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Maria Noichl, Reinhold Strobl u. a. SPD; Haushaltsplan 2011/2012;; hier: Entgelte für landespflegerische und landeskulturelle Leistungen: Bayern soll wieder blühen; (Kap. 08 03 Tit. 683 72) (Drucksache 16/7475)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate	Х		
Aiwanger Hubert			Х
Arnold Horst	Х		
Aures Inge	Х		
Bachhuber Martin		Х	
Prof. Dr. Barfuß Georg		Х	
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter			Х
Prof. Dr. Bausback Winfried		Х	
Bause Margarete	Х		
Dr. Beckstein Günther			
Dr. Bernhard Otmar		Х	
Dr. Bertermann Otto			
Dr. Beyer Thomas	X		
Biechl Annemarie		Х	
Biedefeld Susann	Х		
Blume Markus		Х	
Bocklet Reinhold		Х	
Breitschwert Klaus Dieter		Χ	
Brendel-Fischer Gudrun		Χ	
Brunner Helmut		Х	
Dr. Bulfon Annette		Х	
Dechant Thomas		X	
Dettenhöfer Petra		Х	
Dittmar Sabine	Х		
Dodell Renate		Х	
Donhauser Heinz		Х	
Dr. Dürr Sepp	Х		
Eck Gerhard			
Eckstein Kurt		Х	
Eisenreich Georg		Х	
Dr. Fahn Hans Jürgen			
Felbinger Günther			Х
Dr. Fischer Andreas		Х	<u> </u>
Dr. Förster Linus			
Franke Anne	Х		
Freller Karl		Х	
Füracker Albert		Х	
Dref. Dr. Control Dates David			
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	Х	<u> </u>	-
Gehring Thomas	_	<u> </u>	
Glauber Thorsten	_	<u> </u>	
Goderbauer Gertraud			
Görlitz Erika		Х	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Goppel Thomas		Х	
Gote Ulrike	Х		
Gottstein Eva			Х
Güll Martin			
Güller Harald	Х		
Guttenberger Petra		Х	
Hacker Thomas		Х	
Haderthauer Christine		X	
Halbleib Volkmar			
Hallitzky Eike	Х	1	
Hanisch Joachim			Х
Hartmann Ludwig	Х		
Heckner Ingrid	_ ^	X	
	1	X	
Heike Jürgen W.			
Herold Hans	-	X	
Dr. Herrmann Florian	1	Х	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold			Х
Hessel Katja			
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes			
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie			
Imhof Hermann		X	
IIIIIOI FIEIIIIaiiii			
Jörg Oliver		Х	
Jung Claudia			Х
Kamm Christine	X		
Karl Annette			
Kiesel Robert	1		
Dr. Kirschner Franz Xaver		Х	
Klein Karsten		X	
Kobler Konrad	1	X	
König Alexander	-	X	-
Kohnen Natascha	Х		-
Kränzle Bernd	^		
	-	v	
Kreuzer Thomas	1	Х	
Ländner Manfred		Х	
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp	1	X	
Lorenz Andreas	+	X	
	+	<u> </u>	<u> </u>

Name	Ja	Nein	Enthalte
			mich
Prof. Männle Ursula			
Dr. Magerl Christian	Χ		
Maget Franz	Х		
Matschl Christa			
Meißner Christian		Χ	
Dr. Merk Beate		Х	
Meyer Brigitte		Х	
Meyer Peter			Х
Miller Josef		Х	
Müller Ulrike			Х
Mütze Thomas	Χ		
Muthmann Alexander			Х
-			
Naaß Christa	Χ		
Nadler Walter		Х	
Neumeyer Martin		X	
Nöth Eduard		X	
Noichl Maria	Х		
NOICHI Mana	^	<u> </u>	-
Bashasa Daishaad		V	
Pachner Reinhard		X	
Dr. Pauli Gabriele		Х	
Perlak Reinhold	.,,		
Pfaffmann Hans-Ulrich	Х		
Prof. Dr. Piazolo Michael			Х
Pohl Bernhard			Χ
Pointner Mannfred			Х
Pranghofer Karin	Χ		
Pschierer Franz Josef		Χ	
Dr. Rabenstein Christoph	Χ		
Radwan Alexander		Х	
Reichhart Markus			Х
Reiß Tobias		Х	
Richter Roland		Х	
Dr. Rieger Franz		Х	
Rinderspacher Markus	Χ		
Ritter Florian			
Rohde Jörg		Х	
Roos Bernhard	Χ		
Rotter Eberhard		Х	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	Х		
Rupp Adelheid	^		
Rupp Adelileid			
Caalemann Marleya		V	ļ
Sackmann Markus		X	
Sandt Julika		Х	
Sauter Alfred		Х	
Scharfenberg Maria	Х		
Schindler Franz	Х	<u> </u>	
Schmid Georg		Х	
Schmid Peter		Х	
Schmitt-Bussinger Helga	Χ		
Schneider Harald	Χ		
Schneider Siegfried		Х	
Schöffel Martin		Х	
Schopper Theresa	Χ		
• • • • • • • • • • • • • • • • • • • •	·		

			Enthalte
Name	Ja	Nein	mich
Schorer Angelika		Х	
Schreyer-Stäblein Kerstin		Х	
Schuster Stefan	Χ		
Schweiger Tanja			Х
Schwimmer Jakob		Х	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	Х		
Dr. Spaenle Ludwig			
Sprinkart Adi	Х		
Stachowitz Diana	X		
Stahl Christine	^		
Stamm Barbara		Х	
Stamm Claudia	X		
Steiger Christa	Χ		
Steiner Klaus			
Stewens Christa		Х	
Stierstorfer Sylvia		Χ	
Stöttner Klaus			
Strehle Max			
Streibl Florian			X
Strobl Reinhold	Χ		
Dr. Strohmayr Simone	Х		
Taubeneder Walter		Χ	
Tausendfreund Susanna	Χ		
Thalhammer Tobias		Χ	
Tolle Simone	Χ		
Unterländer Joachim		Х	
Dr. Vetter Karl			Х
Wägemann Gerhard		Х	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika			
Dr. Weiß Bernd		Х	
Dr. Weiß Manfred		X	
Dr. Wengert Paul	Х		
Werner Hans Joachim	X		
	X		
Windragen Justin	^		
Wild Marrit	V		X
Wild Margit	X	· ·	
Will Renate		X	
Winter Georg		X	
Winter Peter		Х	
Wörner Ludwig	Х		
Zacharias Isabell			
Zeil Martin			
Zeitler Otto			
Zellmeier Josef		Х	
Dr. Zimmermann Thomas		Х	ļ
Gesamtsumme	48	88	18

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 06.04.2011 zu Tagesordnungspunkt 12: Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Maria Noichl, Reinhold Strobl u. a. SPD; Haushaltsplan 2011/2012;; hier: Zuschüsse zur Projektförderung der Forstlichen Zusammenschlüsse nach der FORSTZUSR 2007; (Kap. 08 05 Tit. 686 97) (Drucksache 16/7478)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate	Х		+
Aiwanger Hubert	X		1
Arnold Horst	X		1
Aures Inge	X		1
			1
Bachhuber Martin		Х	1
Prof. Dr. Barfuß Georg		Χ	
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter	Х		
Prof. Dr. Bausback Winfried		Х	1
Bause Margarete	Х		1
Dr. Beckstein Günther			1
Dr. Bernhard Otmar		Х	1
Dr. Bertermann Otto			1
Dr. Beyer Thomas	Х		
Biechl Annemarie	- '	Х	†
Biedefeld Susann	Х	<u> </u>	†
Blume Markus		Х	+
Bocklet Reinhold		X	+
Breitschwert Klaus Dieter		X	+
Brendel-Fischer Gudrun		X	+
Brunner Helmut		X	+
Dr. Bulfon Annette		X	1
DI. Builon Annette		^	+
Dechant Thomas		Х	
Dettenhöfer Petra		Х	1
Dittmar Sabine	Х		1
Dodell Renate		Х	1
Donhauser Heinz		X	1
Dr. Dürr Sepp	X	<u> </u>	†
э.: Эш.: Сорр			-
Eck Gerhard			1
Eckstein Kurt		Х	1
Eisenreich Georg		Х	1
			1
Dr. Fahn Hans Jürgen	Х		
Felbinger Günther	Х		1
Dr. Fischer Andreas		Х	1
Dr. Förster Linus			1
Franke Anne	Х		1
Freller Karl		Х	1
Füracker Albert		X	
			1
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	Х		1
Gehring Thomas			1
Glauber Thorsten			1
Goderbauer Gertraud			
Görlitz Erika		Х	1

		1	
Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Goppel Thomas		Х	
Gote Ulrike	Х		
Gottstein Eva	Х		
Güll Martin			
Güller Harald	Х		
Guttenberger Petra		Х	
Hacker Thomas		Х	
Haderthauer Christine		X	
Halbleib Volkmar			
Hallitzky Eike	X		
Hanisch Joachim	Х		
Hartmann Ludwig	Х		
Heckner Ingrid		Х	
Heike Jürgen W.		Х	
Herold Hans		Х	
Dr. Herrmann Florian		Х	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	Х		
Hessel Katja			
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes			
Huber Erwin		Х	
Dr. Huber Marcel		Х	
Dr. Hünnerkopf Otto		Х	
Huml Melanie			
Imhof Hermann		Х	
I" O"	1	\ \	
Jörg Oliver	\ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \	Х	
Jung Claudia	X		
Kamm Christine	Х		
Karl Annette			
Kiesel Robert			
Dr. Kirschner Franz Xaver		Х	
Klein Karsten		Х	
Kobler Konrad		Х	
König Alexander		Х	
Kohnen Natascha	Χ		
Kränzle Bernd			
Kreuzer Thomas	1	Х	
Ländner Manfred		Х	
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		X	
Lorenz Andreas		X	
LOIGIL Alluicas		<u> </u>	

Name	Ja	Nein	Enthalte
			mich
Prof. Männle Ursula			
Dr. Magerl Christian	Χ		
Maget Franz	Χ		
Matschl Christa			
Meißner Christian		Х	
Dr. Merk Beate		Х	
Meyer Brigitte		Х	
Meyer Peter	Χ		
Miller Josef		Х	
Müller Ulrike	Х		
Mütze Thomas	Х		
Muthmann Alexander	X		
matimatin / noxaridor			
Naaß Christa	Х	1	
Nadler Walter		Х	
Neumeyer Martin		X	ļ
Nöth Eduard		۸	
Noichl Maria	Х		
Pachner Reinhard		X	
Dr. Pauli Gabriele		Х	
Perlak Reinhold			
Pfaffmann Hans-Ulrich	Χ		
Prof. Dr. Piazolo Michael	Χ		
Pohl Bernhard	Χ		
Pointner Mannfred	Χ		
Pranghofer Karin	Χ		
Pschierer Franz Josef		Х	
Dr. Rabenstein Christoph	Χ		
Radwan Alexander		Х	
Reichhart Markus	Х		
Reiß Tobias		Х	
Richter Roland		Х	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	Х		
Ritter Florian			
		Х	
Rohde Jörg	V	_ ^	-
Roos Bernhard	Х	\ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \	
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		Х	
Dr. Runge Martin	Χ		
Rupp Adelheid			
Sackmann Markus		Х	
Sandt Julika		Х	
Sauter Alfred		Х	
Scharfenberg Maria	Χ		
Schindler Franz	Χ		
Schmid Georg		Х	
Schmid Peter		Х	
Schmitt-Bussinger Helga	Х		
Schneider Harald	X	<u> </u>	†
Schneider Siegfried		Х	1
Schöffel Martin		X	1
Schopper Theresa	Х	<u> </u>	
опорре петеза		!	<u> </u>

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		Х	
Schreyer-Stäblein Kerstin		Χ	
Schuster Stefan	X		
Schweiger Tanja	Х		
Schwimmer Jakob		Χ	
Seidenath Bernhard		Х	
Sem Reserl		Х	
Sibler Bernd		Х	
Sinner Eberhard		Х	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	Х		
Dr. Spaenle Ludwig			
Sprinkart Adi	X		
Stachowitz Diana	X		1
Stahl Christine	X		1
Stamm Barbara		Х	
Stamm Claudia	X	_ ^	
	X		
Steiger Christa Steiner Klaus	^		
Stewens Christa		V	
	_	X	-
Stierstorfer Sylvia		Х	
Stöttner Klaus			
Strehle Max			
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Dr. Strohmayr Simone	X		
Taubeneder Walter		X	
Tausendfreund Susanna	X		1
Thalhammer Tobias		Х	1
Tolle Simone	X		1
Tone Carrierie			
Unterländer Joachim		Χ	
Dr. Vetter Karl	Х		
Wägemann Gerhard		Х	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika		L	
Dr. Weiß Bernd		X	
Dr. Weiß Manfred		Х	
Dr. Wengert Paul	X		
Werner Hans Joachim	Х		
Werner-Muggendorfer Johanna	Х		
Widmann Jutta	X		
Wild Margit	X		
Will Renate		Χ	
Winter Georg		Х	
Winter Peter		Χ	
Wörner Ludwig	Х		
Zachariae Isahali			
Zacharias Isabell	-	1	1
Zeil Martin	_	ļ	-
Zeitler Otto			
Zellmeier Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	<u> </u>
Gesamtsumn	n e 67	88	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 06.04.2011 zu Tagesordnungspunkt 12: Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Maria Noichl, Stefan Schuster u. a. SPD; Haushaltsplan 2011/2012;; hier: Personalabbau stoppen - zusätzliche Försterinnen und Förster für Bayern; (Kap. 08 40 Tit. 422 01) (Drucksache 16/7480)

		1	
Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate	Х		
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	Х		
Bachhuber Martin		X	+
Prof. Dr. Barfuß Georg		Х	1
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter	Х		1
Prof. Dr. Bausback Winfried		Х	1
Bause Margarete	Х		1
Dr. Beckstein Günther			1
Dr. Bernhard Otmar		Х	1
Dr. Bertermann Otto			1
Dr. Beyer Thomas	Х		1
Biechl Annemarie		Х	1
Biedefeld Susann	Х		1
Blume Markus		Х	1
Bocklet Reinhold		Х	
Breitschwert Klaus Dieter		Х	1
Brendel-Fischer Gudrun		Х	1
Brunner Helmut		Х	1
Dr. Bulfon Annette		Х	
Dechant Thomas		Х	-
Dettenhöfer Petra		X	1
Dittmar Sabine	X		1
Dodell Renate		Х	1
Donhauser Heinz		X	1
Dr. Dürr Sepp	Х	,	
Fals Carbard			
Eck Gerhard		V	-
Eckstein Kurt		X	-
Eisenreich Georg		X	+
Dr. Fahn Hans Jürgen	Х		+
Felbinger Günther	Х		
Dr. Fischer Andreas		Х	
Dr. Förster Linus			1
Franke Anne	Х		1
Freller Karl		Χ	1
Füracker Albert		Х	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		+
Gehring Thomas	+^		+
Glauber Thorsten			+
Goderbauer Gertraud			+
Görlitz Erika		X	+
OUIIILE LIINA		_ ^	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Goppel Thomas		Х	
Gote Ulrike	Х		
Gottstein Eva	Х		
Güll Martin			
Güller Harald	Х		
Guttenberger Petra		Х	
Hacker Thomas		Х	
Haderthauer Christine		X	
Halbleib Volkmar			
Hallitzky Eike	Х		
Hanisch Joachim	Х		
Hartmann Ludwig	Х		
Heckner Ingrid		Х	
Heike Jürgen W.		Х	
Herold Hans	1	X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim	1		
Dr. Herz Leopold	Х		
Hessel Katja			
Dr. Heubisch Wolfgang	-	-	
Hintersberger Johannes	-	-	
Huber Erwin	1	Х	
	-		1
Dr. Hüber Marcel	1	X	
Dr. Hünnerkopf Otto	-	Α.	
Huml Melanie			
Imhof Hermann		Х	
Jörg Oliver		Х	
Jung Claudia	Х		
Kamm Christine	X		
	^		
Karl Annette	-		
Kiesel Robert	-		
Dr. Kirschner Franz Xaver		X	
Klein Karsten		Х	
Kobler Konrad		Х	
König Alexander		Х	
Kohnen Natascha	Χ		
Kränzle Bernd			
Kreuzer Thomas			
I Surduran Maratara d		\ \ \	
Ländner Manfred		X	
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp	-	X	
Lorenz Andreas		Х	

-			
Name	Ja	Nein	Enthalte
	- Gu	1401	mich
Prof. Männle Ursula			
Dr. Magerl Christian	Х		
Maget Franz	X		
Matschl Christa			
Meißner Christian		Х	
Dr. Merk Beate		Х	
Meyer Brigitte		Х	
Meyer Peter	Х		
Miller Josef		Х	
Müller Ulrike	Х	<u> </u>	
Mütze Thomas	X	1	
Muthmann Alexander	 ^		
Mutilianii Alexandei			
Naaß Christa	X		
Nadler Walter	^	V	
		X	
Neumeyer Martin		X	
Nöth Eduard		Х	
Noichl Maria	Х		
Pachner Reinhard		Х	
Dr. Pauli Gabriele		Х	
Perlak Reinhold			
Pfaffmann Hans-Ulrich	Х		
Prof. Dr. Piazolo Michael	Х		
Pohl Bernhard	Х		
Pointner Mannfred	Х		
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz Josef	1		
- Comoron Franz Cooci			
Dr. Rabenstein Christoph	Х		
Radwan Alexander		Х	
Reichhart Markus	X		
Reiß Tobias		Х	1
	+		
Richter Roland		X	
Dr. Rieger Franz		Х	
Rinderspacher Markus	Х		
Ritter Florian			
Rohde Jörg		Х	
Roos Bernhard	Х		
Rotter Eberhard		Х	
Rudrof Heinrich		Х	
Rüth Berthold		Х	
Dr. Runge Martin	Х		
Rupp Adelheid			
Sackmann Markus		Х	
Sandt Julika		Х	
Sauter Alfred		Х	
Scharfenberg Maria	Х	<u> </u>	
Schindler Franz	X	 	
Schmid Georg		Х	
Schmid Georg Schmid Peter	-	X	-
	V	^	
Schmitt-Bussinger Helga	X	ļ	1
Schneider Harald	Х	\	
Schneider Siegfried	1	Х	ļ
Schöffel Martin	1	Х	ļ
Schopper Theresa	Χ		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		Х	
Schreyer-Stäblein Kerstin		Х	
Schuster Stefan	Χ		
Schweiger Tanja	Χ		
Schwimmer Jakob		Х	
Seidenath Bernhard		Х	
Sem Reserl		Х	
Sibler Bernd		Х	
Sinner Eberhard		Х	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	Х		
Dr. Spaenle Ludwig			
Sprinkart Adi	Х	1	
Stachowitz Diana	X		
Stahl Christine	X		
Stamm Barbara		Х	
Stamm Claudia	Х	_ ^	
	X		
Steiger Christa	٨	<u> </u>	
Steiner Klaus Stewens Christa		V	
		X	
Stierstorfer Sylvia		Х	
Stöttner Klaus			
Strehle Max	.,		
Streibl Florian	Х		
Strobl Reinhold	Χ		
Dr. Strohmayr Simone	Х		
Taubeneder Walter		Х	
Tausendfreund Susanna	Χ		
Thalhammer Tobias		Х	
Tolle Simone	Χ		
Unterländer Joachim		Х	
Dr. Vetter Karl	Х		
·			
Wägemann Gerhard		Х	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika			
Dr. Weiß Bernd		Х	
Dr. Weiß Manfred		Х	
Dr. Wengert Paul	Χ		
Werner Hans Joachim	Χ		
Werner-Muggendorfer Johanna	Χ		
Widmann Jutta	Χ		
Wild Margit	Χ		
Will Renate		Х	
Winter Georg			
Winter Peter		Х	
Wörner Ludwig	Χ		
3			
Zacharias Isabell			
Zeil Martin			
Zeitler Otto		1	
Zellmeier Josef		Х	
Dr. Zimmermann Thomas			
Gesamtsumme	66	84	0
Gesamsumme	00	04	U

Mitteilung

zu Tagesordnungspunkt 12

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 08:

 Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Maria Noichl, Reinhold Strobl u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Alternativen zum Maisanbau im Gesamtkonzept "Nachwachsende Rohstoffe" (Kap. 08 03 TG 54)

(Drs. 16/7474)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Maria Noichl, Reinhold Strobl u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Entgelte für landespflegerische und landeskulturelle Leistungen: Bayern soll wieder blühen (Kap. 08 03 Tit. 683 72)

(Drs. 16/7475)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Maria Noichl, Reinhold Strobl u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Förderung der Dorferneuerung und der Erhaltung der Kulturlandschaft in der ländlichen Entwicklung (Kap. 08 03 TG 87)

(Drs. 16/7476)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Maria Noichl, Reinhold Strobl u.a. SPD

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Maßnahmen zur Förderung der Qualitätsverbesserung in der tierischen Erzeugung (Kap. 08 03 TG 96)

(Drs. 16/7477)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Maria Noichl, Reinhold Strobl u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Zuschüsse zur Projektförderung der Forstlichen Zusammenschlüsse nach der FORSTZUSR 2007 (Kap. 08 05 Tit. 686 97)

(Drs. 16/7478)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Maria Noichl, Reinhold Strobl u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Finanzielle Förderung des Privat- und Körperschaftswaldes

(Kap. 08 05 TG 97)

(Drs. 16/7479)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Maria Noichl, Stefan Schuster u.a. SPD

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Personalabbau stoppen - zusätzliche Försterinnen und Förster für Bayern (Kap. 08 40 Tit. 422 01)

(Drs. 16/7480)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Maria Noichl, Reinhold Strobl u.a. SPD

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Ausgaben für das Freiwillige Ökologische Jahr (Kap. 08 40 Tit. 429 03)

(Drs. 16/7481)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FW) Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Erhöhung der Zuschüsse zur Bekämpfung von Tierseuchen und Maßnahmen zur Förderung der Tiergesundheit

(Kap. 08 03 Tit. 683 12)

(Drs. 16/7482)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FW) Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Erhöhung der Mittel für Absatzförderung und Agrarmarketing

(Kap. 08 03 Tit. 683 39)

(Drs. 16/7483)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FW) Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Erhöhung der Mittel zum Aufbau moderner Marktstrukturen und zur Stärkung der Marktkompetenz

(Kap. 08 03 Tit. 533 80)

(Drs. 16/7484)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FW) Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Erhöhung der Mittel für Zuschüsse zur Förderung der Qualitätsverbesserung in der tierischen Erzeugung, insbesondere Förderung des Imkernachwuchses

(Kap. 08 03 Tit. 547 96)

(Drs. 16/7485)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Kürzung des Aufwands für die Beteiligung am Zentrallandwirtschaftsfest

(Kap. 08 03 Tit. 540 01)

(Drs. 16/7486)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Regionalvermarktung statt Exportförderung (Kap. 08 03 Tit. 683 39)

(Drs. 16/7487)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Erhöhung der Mittel für das Kulturlandschaftsprogramm statt einzelbetrieblicher Investitionsförderung und Dorferneuerung

(Kap. 08 03 TG 72 - 74)

(Drs. 16/7488)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Umwidmung der Mittel für den Bau von Almund Alpwegen

(Kap. 08 03 TG 87 und Kap. 08 04 TG 70 - 71) (Drs. 16/7489)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Keine Subventionen zur Rinder-, Schweine-, Pferde- und Kleintierzucht

(Kap. 08 03 Tit. 683 96)

(Drs. 16/7490)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Erhöhung der Mittel zur Schutzwaldsanierung (Kap. 08 05 Tit. 682 01)

(Drs. 16/7491)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Zentrum für Nachhaltigkeit Wald (Kap. 08 05 Tit. 893 01)

(Drs. 16/7492)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Erhöhung der Zuschüsse für die Maßnahmen im Körperschaftswald

(Kap. 08 05 Tit. 891 97)

(Drs. 16/7493)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Erhöhung der Mittel für die Privatwaldförderung (Kap. 08 05 Tit. 892 97)

(Drs. 16/7494)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Umsetzung von Stellen aus der Landesanstalt für Landwirtschaft in die Ämter für Landwirtschaft und Forsten

(Kap. 08 20 und 08 40 Tit. 422 01)

(Drs. 16/7495)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Kürzung der Mittel für Maiswurzelbohrerforschung und Gentechnik

(Kap. 08 20 Tit. 533 51)

(Drs. 16/7496)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 06.04.2011 zu Tagesordnungspunkt 13: Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christa Steiger, Dr. Simone Strohmayr u. a. SPD; Haushaltsplan 2011/2012; ; hier: Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen für die Familie; (Kap. 10 07 TG 73) (Drucksache 16/7310)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate		Х	+
Aiwanger Hubert	Х		
Arnold Horst	Х		
Aures Inge			
Bachhuber Martin		Х	
Prof. Dr. Barfuß Georg		Х	
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter	Х		
Prof. Dr. Bausback Winfried		Χ	
Bause Margarete		Χ	
Dr. Beckstein Günther			
Dr. Bernhard Otmar		Х	
Dr. Bertermann Otto		Х	
Dr. Beyer Thomas	Х		
Biechl Annemarie		Χ	
Biedefeld Susann	Х		
Blume Markus		Χ	
Bocklet Reinhold		Х	
Breitschwert Klaus Dieter		Х	1
Brendel-Fischer Gudrun		Х	
Brunner Helmut			1
Dr. Bulfon Annette		Х	
Dechant Thomas		Х	1
Dettenhöfer Petra		X	+
Dittmar Sabine	Х		1
Dodell Renate		Х	+
Donhauser Heinz		X	1
Dr. Dürr Sepp		X	+
Ві: Вин Серр			1
Eck Gerhard		Х	+
Eckstein Kurt		X	1
Eisenreich Georg	-	X	+
<u>Lisemeion</u> Georg			+
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		+
Felbinger Günther	X		+
Dr. Fischer Andreas	^	Х	+
Dr. Förster Linus	-		+
Franke Anne		Х	+
Freller Karl	-	X	+
Füracker Albert		X	1
I didenti Albeit			+
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	Х		+-
Gehring Thomas			
Glauber Thorsten	Х		
Goderbauer Gertraud			
Görlitz Erika		Х	
		•	

		ı	
Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Goppel Thomas		Х	
Gote Ulrike		Х	
Gottstein Eva	Х		
Güll Martin			
Güller Harald	Х		
Guttenberger Petra		Х	
Hacker Thomas		Х	
Haderthauer Christine		X	
Halbleib Volkmar			
Hallitzky Eike		Х	
Hanisch Joachim	Х		
Hartmann Ludwig		Х	
Heckner Ingrid		Х	
Heike Jürgen W.		Х	
Herold Hans		Х	
Dr. Herrmann Florian		Х	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	Х		
Hessel Katja			
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes			
Huber Erwin		Х	
Dr. Huber Marcel			
Dr. Hünnerkopf Otto		Х	
Huml Melanie			
luck of Hormony		V	
Imhof Hermann		Х	
Läng Oliver		V	
Jörg Oliver	X	Х	
Jung Claudia	^		
Kamm Christine		Х	
Karl Annette			
Kiesel Robert			
Dr. Kirschner Franz Xaver		Х	
Klein Karsten		Х	
Kobler Konrad		Х	
König Alexander		Х	
Kohnen Natascha			
Kränzle Bernd			
Kreuzer Thomas		Х	
1".1	-		
Ländner Manfred		X	
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp	ļ	X	
Lorenz Andreas	-	Х	

		ı	ſ
Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula			
Dr. Magerl Christian		Х	
Maget Franz	X		
Matschl Christa			
Meißner Christian		Х	
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Brigitte		X	1
		_ ^	
Meyer Peter	X		
Miller Josef		Х	
Müller Ulrike	X	L	
Mütze Thomas		Х	
Muthmann Alexander	X		
Naaß Christa	X		
Nadler Walter	^		
		X	
Neumeyer Martin		X	
Nöth Eduard		Х	
Noichl Maria	X		
Pachner Reinhard		Х	
Dr. Pauli Gabriele		Х	
Perlak Reinhold			
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pointner Mannfred			
Pranghofer Karin	Х		
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	Х		
Radwan Alexander		Х	
Reichhart Markus	Х		
Reiß Tobias		Х	
Richter Roland		Х	
Dr. Rieger Franz		Х	
Rinderspacher Markus	Х		
Ritter Florian			
Rohde Jörg		Х	
Roos Bernhard	X		
Rotter Eberhard	- ^	Х	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	1
		X	1
Dr. Runge Martin Rupp Adelheid		^	
Rupp Adeineid			
Sackmann Markus		Х	
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	1
		X	
Scharfenberg Maria		_ ^	
Schindler Franz	X		
Schmid Georg	_	X	<u> </u>
Schmid Peter		Х	
Schmitt-Bussinger Helga	Х	<u> </u>	
Schneider Harald	X		1
Schneider Siegfried		Χ	
Schöffel Martin		Χ	
Schopper Theresa		Х	
-			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		Х	
Schreyer-Stäblein Kerstin		Χ	
Schuster Stefan	Χ		
Schweiger Tanja	Χ		
Schwimmer Jakob			
Seidenath Bernhard		Χ	
Sem Reserl		X	
Sibler Bernd		Х	
Sinner Eberhard		X	
Dr. Söder Markus		<u> </u>	
Sonnenholzner Kathrin	Х		
Dr. Spaenle Ludwig			
Sprinkart Adi		Х	
Stachowitz Diana	Х	^	
Stahl Christine	^		
		X	ļ
Stamm Barbara		X	ļ
Stamm Claudia		Χ	
Steiger Christa	Х		
Steiner Klaus			
Stewens Christa			
Stierstorfer Sylvia		Х	
Stöttner Klaus			
Strehle Max			
Streibl Florian	Χ		
Strobl Reinhold	Χ		
Dr. Strohmayr Simone	Χ		
Taubeneder Walter		Χ	
Tausendfreund Susanna		Χ	
Thalhammer Tobias		X	
Tolle Simone		Χ	
Unterländer Joachim		Х	
Dr. Vetter Karl	Х		
DI. Vetter Kall	^		
Wägemann Gerhard		Х	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	Χ		
Dr. Weiß Bernd		Х	
Dr. Weiß Manfred		Χ	
Dr. Wengert Paul	Χ		
Werner Hans Joachim	Χ		
Werner-Muggendorfer Johanna	Х		
Widmann Jutta			
Wild Margit	Х		
Will Renate		Х	
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig	Х		
Ţ.			
Zacharias Isabell			
Zeil Martin		ļ	
Zeitler Otto			<u> </u>
Zellmeier Josef			
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	46	102	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 06.04.2011 zu Tagesordnungspunkt 13: Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christa Steiger, Dr. Simone Strohmayr u. a. SPD; Haushaltsplan 2011/2012; ; hier: Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen für die Freiwilligenarbeit, Bürgerarbeit sowie das Ehrenamt im sozialen Bereich ; (Kap. 10 07 TG 85) (Drucksache 16/7312)

-			
Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate	Х		
Aiwanger Hubert	Х		
Arnold Horst	Х		
Aures Inge			
Bachhuber Martin			
		X	
Prof. Dr. Barfuß Georg		Х	
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter	X	V	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete	X		1
Dr. Beckstein Günther			-
Dr. Bernhard Otmar		X	1
Dr. Bertermann Otto		Х	1
Dr. Beyer Thomas	X	.,	
Biechl Annemarie		Х	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		Х	
Bocklet Reinhold		Х	
Breitschwert Klaus Dieter		Х	
Brendel-Fischer Gudrun		Х	
Brunner Helmut			
Dr. Bulfon Annette		Х	
Dechant Thomas		Х	+
Dettenhöfer Petra		Х	1
Dittmar Sabine	Х		
Dodell Renate		Χ	
Donhauser Heinz		Χ	
Dr. Dürr Sepp	Х		
Eck Gerhard		X	-
Eckstein Kurt		X	1
Eisenreich Georg		Х	
Dr. Fahn Hans Jürgen	Х		+
Felbinger Günther	Х		1
Dr. Fischer Andreas		Х	1
Dr. Förster Linus			1
Franke Anne	Х		
Freller Karl		Х	
Füracker Albert		Х	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X	<u> </u>	1
Gehring Thomas	^	-	-
Glauber Thorsten	X		-
Goderbauer Gertraud	^		+
Görlitz Erika	-	X	+
OUINE LINA		_ ^	1

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Goppel Thomas		Х	
Gote Ulrike	Х		
Gottstein Eva	Х		
Güll Martin			
Güller Harald	Х		
Guttenberger Petra		Х	
Hacker Thomas		Х	
Haderthauer Christine		Х	
Halbleib Volkmar			
Hallitzky Eike	Х		
Hanisch Joachim	Х		
Hartmann Ludwig	Х		
Heckner Ingrid		Х	
Heike Jürgen W.		Х	
Herold Hans		Х	
Dr. Herrmann Florian		Х	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	Х		
Hessel Katja			
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes			
Huber Erwin		Х	
Dr. Huber Marcel			
Dr. Hünnerkopf Otto		Х	
Huml Melanie			
Imhof Hermann	1	Х	
Jörg Oliver		Х	
Jung Claudia	X	,,	
Kamm Christine	Х		
Karl Annette			
Kiesel Robert			
Dr. Kirschner Franz Xaver		Х	
Klein Karsten		Х	
Kobler Konrad		Х	
König Alexander		Х	
Kohnen Natascha			
Kränzle Bernd			
Kreuzer Thomas		Х	
L Sur du on Maneford		.,	
Ländner Manfred	1	X	
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp	1	X	
Lorenz Andreas		Х	
	1	1	1

	1		
Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula			
Dr. Magerl Christian	Х		1
Maget Franz	X		1
Matschi Christa	^		1
		V	1
Meißner Christian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Brigitte		^	
Meyer Peter	Х	V	
Miller Josef		Х	
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	Х		
Naaß Christa	Х		
Nadler Walter		~	
		X	1
Neumeyer Martin		X	
Nöth Eduard		Х	
Noichl Maria	Х		
Pachner Reinhard		Х	
Dr. Pauli Gabriele	Х		
Perlak Reinhold			
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	Χ		
Pohl Bernhard	Х		
Pointner Mannfred	Χ		
Pranghofer Karin	Χ		
Pschierer Franz Josef			
De Bahanatain Obsistant	V		
Dr. Rabenstein Christoph	Х		
Radwan Alexander		Х	
Reichhart Markus	Х		
Reiß Tobias		Х	
Richter Roland		Х	
Dr. Rieger Franz		Х	
Rinderspacher Markus	Χ		
Ritter Florian			
Rohde Jörg		X	
Roos Bernhard	Х		
Rotter Eberhard		Χ	
Rudrof Heinrich		Χ	
Rüth Berthold		Χ	
Dr. Runge Martin	Χ		
Rupp Adelheid			
Sackmann Markus		Х	
Sandt Julika		Х	
Sauter Alfred		Х	
Scharfenberg Maria	Х		
Schindler Franz	Х		
Schmid Georg		Χ	
Schmid Peter		Х	
Schmitt-Bussinger Helga	Χ		
Schneider Harald	Χ		
Schneider Siegfried		Х	
Schöffel Martin		Х	
Schopper Theresa	Х		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		Х	
Schreyer-Stäblein Kerstin		Х	
Schuster Stefan	Χ		
Schweiger Tanja	Χ		
Schwimmer Jakob			
Seidenath Bernhard		Χ	
Sem Reserl		Χ	
Sibler Bernd		Х	
Sinner Eberhard		Х	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	Χ		
Dr. Spaenle Ludwig			
Sprinkart Adi	Χ		
Stachowitz Diana	Х		
Stahl Christine	X		
Stamm Barbara		Х	1
Stamm Claudia	Х		1
Steiger Christa	X		
Steiner Klaus			
Stewens Christa			1
Stierstorfer Sylvia		Х	
Stöttner Klaus		^	1
			1
Strehle Max			-
Streibl Florian	X		-
Strobl Reinhold	X		
Dr. Strohmayr Simone	Х		
Taubeneder Walter		Х	
Tausendfreund Susanna	Χ		
Thalhammer Tobias		Х	
Tolle Simone	Χ		
11.4.1.1.1.1.1.1			
Unterländer Joachim		Х	
Dr. Vetter Karl	Χ		
Wägemann Gerhard		Х	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	Χ		
Dr. Weiß Bernd		Χ	
Dr. Weiß Manfred		Χ	
Dr. Wengert Paul	Χ		
Werner Hans Joachim	Χ		
Werner-Muggendorfer Johanna	Χ		
Widmann Jutta			
Wild Margit	Χ		
Will Renate		Х	
Winter Georg		Х	
Winter Peter		Х	
Wörner Ludwig	Х		
Zacharias Isabell			
Zeil Martin			
Zeitler Otto			
Zellmeier Josef		Х	
Dr. Zimmermann Thomas	00		_
Gesamtsumme	66	83	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 06.04.2011 zu Tagesordnungspunkt 13: Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christa Steiger, Dr. Thomas Beyer u. a. SPD; Haushaltsplan 2011/2012; ; hier: Landesförderung der Mehrgenerationenhäuser; (Kap. 10 07 neue TG) (Drucksache 16/7314)

		1	1
Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate	Х		
Aiwanger Hubert	Х		
Arnold Horst	Х		
Aures Inge			
Bachhuber Martin			
		X	1
Prof. Dr. Barfuß Georg		Х	1
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter	X	V	
Prof. Dr. Bausback Winfried		Х	-
Bause Margarete	X		1
Dr. Beckstein Günther			1
Dr. Bernhard Otmar		X	
Dr. Bertermann Otto		Х	
Dr. Beyer Thomas	Х		
Biechl Annemarie		Х	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		Χ	
Breitschwert Klaus Dieter		Х	
Brendel-Fischer Gudrun		Х	
Brunner Helmut			Ī
Dr. Bulfon Annette			
Dechant Thomas		Х	+
Dettenhöfer Petra		Х	1
Dittmar Sabine	Х		1
Dodell Renate		Х	1
Donhauser Heinz		Х	1
Dr. Dürr Sepp	Х		
Eck Gerhard		Х	
Eckstein Kurt		Χ	
Eisenreich Georg		Х	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Felbinger Günther	X		+
Dr. Fischer Andreas		Х	+
Dr. Förster Linus			+
Franke Anne	X		-
Freiler Karl		Х	1
Füracker Albert		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	Х		1
Gehring Thomas		1	
Glauber Thorsten	Х	<u> </u>	
Goderbauer Gertraud Görlitz Erika		X	
GUIILE EIIRA		_ ^	1

	1	1	
Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Goppel Thomas		Х	
Gote Ulrike	Х		
Gottstein Eva	Х		
Güll Martin			
Güller Harald	Х		
Guttenberger Petra		Х	
Hacker Thomas		Х	
Haderthauer Christine		Х	
Halbleib Volkmar			
Hallitzky Eike	Х		
Hanisch Joachim	Х		
Hartmann Ludwig	Х		
Heckner Ingrid		Х	
Heike Jürgen W.		Х	
Herold Hans		Х	
Dr. Herrmann Florian		Χ	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	Х		
Hessel Katja			
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes			
Huber Erwin		Χ	
Dr. Huber Marcel			
Dr. Hünnerkopf Otto		Х	
Huml Melanie			
luck of Harmann		V	
Imhof Hermann		Х	
I and Oliver		V	
Jörg Oliver	X	Х	
Jung Claudia	^		
Kamm Christine	Х		
Karl Annette			
Kiesel Robert			
Dr. Kirschner Franz Xaver		Х	
Klein Karsten		Χ	
Kobler Konrad		Χ	
König Alexander		Х	
Kohnen Natascha			
Kränzle Bernd			
Kreuzer Thomas		Х	
Löndnar Monfrod		V	
Cref you und zu Lerebenfeld Philipp		X	1
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		X	1
Lorenz Andreas	-	^	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula			
Dr. Mageri Christian	Х		
Maget Franz	X		
Matschi Christa	^		
Meißner Christian		~	-
		X	
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Brigitte		^	
Meyer Peter	Х	V	
Miller Josef		Х	
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	Х		
Naaß Christa	Х		
Nadler Walter	^	Х	
Neumeyer Martin		X	
Nöth Eduard		X	-
	V	^	ļ
NoichI Maria	Х		
Baskasa Daiakaad		V	
Pachner Reinhard		X	
Dr. Pauli Gabriele		Х	
Perlak Reinhold			
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	Х		
Pointner Mannfred	Χ		
Pranghofer Karin	Х		
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	Х		
Radwan Alexander	^	Х	
Reichhart Markus	Х	_^	
Reiß Tobias	^	Х	ļ
		-	
Richter Roland		X	-
Dr. Rieger Franz	· · ·	^	
Rinderspacher Markus	Х		
Ritter Florian			
Rohde Jörg		Х	
Roos Bernhard	Х		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold	.,	Х	
Dr. Runge Martin	Х		
Rupp Adelheid			
Sackmann Markus		Х	
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Scharfenberg Maria	Х		
Schindler Franz	X		
Schmid Georg		Х	
Schmid Georg Schmid Peter		X	
Schmitt-Bussinger Helga	~	_^	
Schneider Harald	X		
Schneider Haraid Schneider Siegfried	^	~	
Schöffel Martin		X	
		X	
Schopper Theresa	Х	<u> </u>]

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika			Х
Schreyer-Stäblein Kerstin		Χ	
Schuster Stefan	Χ		
Schweiger Tanja	Χ		
Schwimmer Jakob			
Seidenath Bernhard		Χ	
Sem Reserl		Χ	
Sibler Bernd		Х	
Sinner Eberhard		Х	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	Х		
Dr. Spaenle Ludwig	- , ,		
Sprinkart Adi	Х		
Stachowitz Diana	X		
Stahl Christine	X		
-	^	V	
Stamm Barbara	V	Х	
Stamm Claudia	X		
Steiger Christa	Х		
Steiner Klaus			
Stewens Christa			
Stierstorfer Sylvia		Χ	
Stöttner Klaus			
Strehle Max			
Streibl Florian	Χ		
Strobl Reinhold	Χ		
Dr. Strohmayr Simone	Χ		
Taubeneder Walter		Χ	
Tausendfreund Susanna	Х		
Thalhammer Tobias		Х	
Tolle Simone	Χ		
Unterländer Joachim		Х	
- Chieffandor Coachinii			
Dr. Vetter Karl	Х		
Di. Vetter Kall	^		
Wägemann Gerhard		Х	
Waidanhuach Frank		^	
Weitert Appelies	V		
Weikert Angelika	Х		
Dr. Weiß Bernd		X	
Dr. Weiß Manfred		Х	
Dr. Wengert Paul	Χ		
Werner Hans Joachim	Χ		
Werner-Muggendorfer Johanna	Χ		
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Will Renate		Χ	
Winter Georg		Χ	
Winter Peter		Χ	
Wörner Ludwig	Χ		
Zacharias Isabell			
Zeil Martin			
Zeitler Otto			
Zellmeier Josef		Х	<u> </u>
Dr. Zimmermann Thomas		X	-
	65		1
Gesamtsumme	65	83	I

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 06.04.2011 zu Tagesordnungspunkt 13: Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion FW; Haushaltsplan 2011/2012;; hier: Finanzierung der Mehrgenerationenhäuser in Bayern; (Kap. 10 07 neuer Tit.) (Drucksache 16/7340)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate			Х
Aiwanger Hubert	Х		
Arnold Horst	Х		
Aures Inge			
Bachhuber Martin		X	
Prof. Dr. Barfuß Georg		X	
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried	^		
Bause Margarete		1	Х
Dr. Beckstein Günther			
Dr. Bernhard Otmar		V	
Dr. Bertermann Otto		X	
		^	
Dr. Beyer Thomas Biechl Annemarie	Х	X	
		_ ^	
Biedefeld Susann	X	V	-
Blume Markus		X	-
Bocklet Reinhold		X	
Breitschwert Klaus Dieter		Х	
Brendel-Fischer Gudrun		Х	
Brunner Helmut			
Dr. Bulfon Annette		X	
Dechant Thomas		Х	
Dettenhöfer Petra		Х	
Dittmar Sabine	Х		
Dodell Renate		Х	
Donhauser Heinz		Х	
Dr. Dürr Sepp			Х
Eck Gerhard		X	
Eckstein Kurt		X	1
Eisenreich Georg		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Felbinger Günther	X		
Dr. Fischer Andreas		Х	
Dr. Förster Linus			
Franke Anne			Х
Freller Karl		Х	
Füracker Albert		Х	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	Х		
Gehring Thomas			
Glauber Thorsten	Х		
Goderbauer Gertraud			
Görlitz Erika		Х	
		•	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Goppel Thomas	1	Х	
Gote Ulrike			Х
Gottstein Eva	Х		
Güll Martin			
Güller Harald	Х		
Guttenberger Petra		Χ	
Hacker Thomas		Х	
Haderthauer Christine	1	Х	
Halbleib Volkmar			
Hallitzky Eike			X
Hanisch Joachim	Х		
Hartmann Ludwig			Х
Heckner Ingrid	1	_	^
		X	
Heike Jürgen W.	1		
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		Х	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	X		
Hessel Katja			
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes			
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel			
Dr. Hünnerkopf Otto		Х	
Huml Melanie			
Imhof Hermann		Х	
	1		
Jörg Oliver		Х	
Jung Claudia	X		
Carig Ciadala	+ ^ -		
Kamm Christine			Х
Karl Annette			
Kiesel Robert			
Dr. Kirschner Franz Xaver		Х	
Klein Karsten		X	
	-	^	V
Kobler Konrad	-	V	Х
König Alexander		Х	
Kohnen Natascha			
Kränzle Bernd			
Kreuzer Thomas		Х	
	1		
Ländner Manfred		Х	
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		Х	
Lorenz Andreas		Χ	
			1

	,		,
Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Deaf Miller of a Heaville			IIIICII
Prof. Männle Ursula			V
Dr. Magerl Christian			Х
Maget Franz	X		
Matschl Christa			
Meißner Christian		Х	
Dr. Merk Beate			
Meyer Brigitte		Х	
Meyer Peter	Х		
Miller Josef		X	
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas			X
Muthmann Alexander	Х		
Naaß Christa	Х		
Nadler Walter		Х	
Neumeyer Martin		Х	
Nöth Eduard		Х	
Noichl Maria	Х		
	- 1		
Pachner Reinhard	1	Х	
Dr. Pauli Gabriele		X	
Perlak Reinhold	1		
Pfaffmann Hans-Ulrich	-		1
			1
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pointner Mannfred	X		
Pranghofer Karin	Х		
Pschierer Franz Josef			
-			
Dr. Rabenstein Christoph	Х		
Radwan Alexander		Х	
Reichhart Markus	Х		
Reiß Tobias		X	
Richter Roland		Х	
Dr. Rieger Franz		Х	
Rinderspacher Markus	Х		
Ritter Florian			
Rohde Jörg		Х	
Roos Bernhard	Х		
Rotter Eberhard		Х	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin			Х
Rupp Adelheid			^
Rupp Ademeid		-	
0	1		
Sackmann Markus		X	
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		Х	
Scharfenberg Maria			X
Schindler Franz	Х		1
Schmid Georg		Χ	
Schmid Peter		Х	
Schmitt-Bussinger Helga	Х		
Schneider Harald	Х		
Schneider Siegfried		Х	
Schöffel Martin	1	Х	
Schopper Theresa	1		Х
			•

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika			
Schreyer-Stäblein Kerstin		Χ	
Schuster Stefan	Χ		
Schweiger Tanja	Χ		
Schwimmer Jakob			
Seidenath Bernhard		Х	
Sem Reserl		Х	
Sibler Bernd		Х	
Sinner Eberhard		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	Х		
Dr. Spaenle Ludwig			
Sprinkart Adi			Х
•			
Stachowitz Diana	Х		
Stahl Christine			X
Stamm Barbara		Х	
Stamm Claudia			Х
Steiger Christa	Х		
Steiner Klaus			
Stewens Christa			
Stierstorfer Sylvia		Х	
Stöttner Klaus			
Strehle Max			
Streibl Florian	Х		
Strobl Reinhold	X		
Dr. Strohmayr Simone	Х		
Taubeneder Walter		Х	
Tausendfreund Susanna			Х
Thalhammer Tobias		Х	
Tolle Simone			Х
Unterländer Joachim		Х	
Onterialider Soachilli			
Dr. Vetter Karl	Х		
Di. Vetter Kall	^		
Wägemenn Corbord		V	
Wägemann Gerhard		Х	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	Х		
Dr. Weiß Bernd		Х	
Dr. Weiß Manfred		Х	
Dr. Wengert Paul	Χ		
Werner Hans Joachim	Х		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Widmann Jutta			
Wild Margit	Х		
Will Renate		Х	
Winter Georg		Χ	
Winter Peter		Х	
Wörner Ludwig	Х		
Zacharias Isabell			
Zeil Martin			
Zeitler Otto			
Zellmeier Josef		Х	1
Dr. Zimmermann Thomas		X	
	17		10
Gesamtsumme	47	81	19

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 06.04.2011 zu Tagesordnungspunkt 13: Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion FW; Haushaltsplan 2011/2012;; hier: Erhöhung der Mittel für das Landesnetzwerk "Bürgerliches Engagement" (LNBE); (Kap. 10 07 Tit. 684 85) (Drucksache 16/7342)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate			Х
Aiwanger Hubert	Х		
Arnold Horst	Х		
Aures Inge			
Bachhuber Martin		X	1
Prof. Dr. Barfuß Georg		X	
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried	^	Х	
Bause Margarete	X		
Dr. Beckstein Günther	^		
Dr. Bernhard Otmar		Х	
Dr. Bertermann Otto		X	
Dr. Beyer Thomas	X		
Biechl Annemarie	^	Х	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus	^	Х	
Bocklet Reinhold		X	
Breitschwert Klaus Dieter		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brunner Helmut			
Dr. Bulfon Annette		X	
Dr. Buiton Annelle		^	
Dechant Thomas		Х	
Dettenhöfer Petra		Х	
Dittmar Sabine	Х		
Dodell Renate		Х	
Donhauser Heinz		Χ	
Dr. Dürr Sepp	Х		
Eck Gerhard		X	
Eckstein Kurt		X	
Eisenreich Georg	+	X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	Х		
Felbinger Günther	X		
Dr. Fischer Andreas		Х	
Dr. Förster Linus			
Franke Anne			Х
Freller Karl		Х	
Füracker Albert		Х	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		+
Gehring Thomas	+	<u> </u>	
Glauber Thorsten	X		
Goderbauer Gertraud			
Görlitz Erika	+	Х	+
OVINE LINU		_ ^	1

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Goppel Thomas		Х	
Gote Ulrike	Х		
Gottstein Eva	Х		
Güll Martin			
Güller Harald	Х		
Guttenberger Petra		Х	
Hacker Thomas		Х	
Haderthauer Christine		Х	
Halbleib Volkmar			
Hallitzky Eike			Х
Hanisch Joachim	Х		
Hartmann Ludwig	Х		
Heckner Ingrid		Х	
Heike Jürgen W.		Х	
Herold Hans		Х	
Dr. Herrmann Florian		Х	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	Х		
Hessel Katja			
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes			
Huber Erwin		Х	
Dr. Huber Marcel			
Dr. Hünnerkopf Otto		Х	
Huml Melanie			
Turn Welanic			
Imhof Hermann		Х	
innior riennann		^	
Jörg Oliver			Х
Jung Claudia	X		
Julig Gladdia	^		
Kamm Christine	Х		
Karl Annette			
Kiesel Robert			
Dr. Kirschner Franz Xaver		Х	
Klein Karsten		Χ	
Kobler Konrad		Х	
König Alexander		Х	
Kohnen Natascha			
Kränzle Bernd			
Kreuzer Thomas		Х	
Ländnar Moofrod	+	-	-
Ländner Manfred	+	\ \ \	<u> </u>
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp	-	X	
Lorenz Andreas	+	Х	<u> </u>

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Drof Männla Hroula			IIIICII
Prof. Männle Ursula			V
Dr. Magerl Christian			Х
Maget Franz	X		
Matschl Christa			
Meißner Christian		Х	
Dr. Merk Beate		Х	
Meyer Brigitte		Х	
Meyer Peter	X		
Miller Josef		Х	
Müller Ulrike	Х		
Mütze Thomas			Х
Muthmann Alexander	Х		
-			
Naaß Christa	Х		
Nadler Walter		Х	1
Neumeyer Martin		X	-
Nöth Eduard		X	
•	- V	^	
NoichI Maria	X		
Pachner Reinhard		Х	
Dr. Pauli Gabriele			X
Perlak Reinhold			
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	Х		
Pohl Bernhard	Х		
Pointner Mannfred			
Pranghofer Karin	Х		1
Pschierer Franz Josef			
1 Somerer Franz Goder			1
Dr. Rabenstein Christoph	Х		-
Radwan Alexander	^	Х	1
		_^	
Reichhart Markus	X	V	
Reiß Tobias		X	
Richter Roland		X	
Dr. Rieger Franz		Х	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian			
Rohde Jörg		X	
Roos Bernhard	X		
Rotter Eberhard		Х	
Rudrof Heinrich		Х	
Rüth Berthold		Х	
Dr. Runge Martin	Х		
Rupp Adelheid			
			1
Sackmann Markus		Х	
Sandt Julika		X	+
Sauter Alfred		X	-
Scharfenberg Maria			Х
Schindler Franz			 ^
	X	.,	1
Schmid Georg		X	<u> </u>
Schmid Peter		Х	ļ
Schmitt-Bussinger Helga	Х		1
Schneider Harald	X		1
Schneider Siegfried		Χ	
Schöffel Martin		Χ	
Schopper Theresa	Х		
	•	•——	

Name	Ja	Nein	Enthalte
	Ja		mich
Schorer Angelika		Х	
Schreyer-Stäblein Kerstin		Х	
Schuster Stefan	Х		
Schweiger Tanja	Χ		
Schwimmer Jakob			
Seidenath Bernhard		Χ	
Sem Reserl		Χ	
Sibler Bernd		Х	
Sinner Eberhard		Х	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	Χ		
Dr. Spaenle Ludwig			
Sprinkart Adi			Х
Stachowitz Diana	Х		-
Stahl Christine	X		
Stamm Barbara		Х	
Stamm Claudia	Х		
	X	-	-
Steiger Christa	٨		
Steiner Klaus			<u> </u>
Stewens Christa			ļ
Stierstorfer Sylvia		Х	ļ
Stöttner Klaus			<u> </u>
Strehle Max			
Streibl Florian	Χ		
Strobl Reinhold	Χ		
Dr. Strohmayr Simone	Χ		
Taubeneder Walter		Χ	
Tausendfreund Susanna	Χ		
Thalhammer Tobias		Х	
Tolle Simone	Χ		
Unterländer Joachim		Х	
Dr. Vetter Karl	Χ		
-			
Wägemann Gerhard		Х	
Weidenbusch Ernst			-
Weikert Angelika	Х		
Dr. Weiß Bernd		Х	
Dr. Weiß Manfred		X	-
	V	^	-
Dr. Wengert Paul	X		
Werner Hans Joachim	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	Х		
Widmann Jutta			ļ
Wild Margit	Χ		ļ
Will Renate		Х	
Winter Georg		Χ	
Winter Peter		Х	
Wörner Ludwig	Χ		
Zacharias Isabell			
Zeil Martin			
Zeitler Otto			
Zellmeier Josef			
Dr. Zimmermann Thomas		Х	
Gesamtsumme	57	81	9

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 06.04.2011 zu Tagesordnungspunkt 13: Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Claudia Jung u. a. und Fraktion FW; Haushaltsplan 2011/2012;; hier: Erhöhung der Mittel für die Förderung von Kindertageseinrichtungen und Tagespflege; (Kap. 10 07 TG 88 - 90) (Drucksache 16/7344)

	-		1
Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate			Х
Aiwanger Hubert	Х		
Arnold Horst	Х		
Aures Inge			
Bachhuber Martin		X	
Prof. Dr. Barfuß Georg		X	
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried		Х	
Bause Margarete			Х
Dr. Beckstein Günther			
Dr. Bernhard Otmar		Х	1
Dr. Bertermann Otto		X	
Dr. Beyer Thomas	X		
Biechl Annemarie		Х	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		Х	
Bocklet Reinhold		X	
Breitschwert Klaus Dieter		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brunner Helmut		^	
Dr. Bulfon Annette		Х	
DI. Bullon Annette			
Dechant Thomas		Х	
Dettenhöfer Petra		Х	
Dittmar Sabine	X		
Dodell Renate		Х	
Donhauser Heinz		Х	
Dr. Dürr Sepp			Х
Eck Gerhard		X	
Eckstein Kurt		X	1
Eisenreich Georg		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	Х		
Felbinger Günther	Х		
Dr. Fischer Andreas		Χ	
Dr. Förster Linus			
Franke Anne			X
Freller Karl		Х	
Füracker Albert		Х	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		1
Gehring Thomas	^		+
Glauber Thorsten	X	-	1
Goderbauer Gertraud	^	1	+
Görlitz Erika		X	+
GOTINZ ETINA		_ ^	1

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Goppel Thomas		Х	
Gote Ulrike			Х
Gottstein Eva	Х		
Güll Martin			
Güller Harald	Х		
Guttenberger Petra		Х	
Hacker Thomas		X	
Haderthauer Christine		X	
Halbleib Volkmar		_ ^	
	-		Х
Hallitzky Eike			_ ^
Hanisch Joachim	Х		V
Hartmann Ludwig			Х
Heckner Ingrid		Х	
Heike Jürgen W.		Х	
Herold Hans		Х	
Dr. Herrmann Florian		Χ	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	X		
Hessel Katja			
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes			
Huber Erwin		Х	
Dr. Huber Marcel			
Dr. Hünnerkopf Otto		Х	
Huml Melanie			
Imhof Hermann		Х	
Jörg Oliver		Х	
Jung Claudia	X	<u> </u>	
oung old did			
Kamm Christine			X
Karl Annette			
Kiesel Robert			
Dr. Kirschner Franz Xaver		Х	
Klein Karsten		Х	
Kobler Konrad		Х	
König Alexander		Х	
Kohnen Natascha	1		
Kränzle Bernd			
Kreuzer Thomas		Х	
Ländner Manfred		Х	
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		Х	
Lorenz Andreas		Х	
	1		t

1				
Name	Ja	Nein	Enthalte mich	
Prof. Männle Ursula			IIIIOII	
Dr. Magerl Christian	-		Х	
Maget Franz	Х			
Matschl Christa				
Meißner Christian		Х		
Dr. Merk Beate		X		
	+	X		
Meyer Brigitte	V	^		
Meyer Peter	X	1		
Miller Josef				
Müller Ulrike	X	ļ		
Mütze Thomas			Х	
Muthmann Alexander	X			
Naaß Christa	Х			
Nadler Walter		Х		
Neumeyer Martin		Х		
Nöth Eduard		Х		
Noichl Maria	Х	<u> </u>		
North Warta				
Pachner Reinhard		Х		
Dr. Pauli Gabriele		X		
Perlak Reinhold		^		
Pfaffmann Hans-Ulrich	-	<u> </u>		
Prof. Dr. Piazolo Michael Pohl Bernhard	X	1		
	-			
Pointner Mannfred	X			
Pranghofer Karin	Х	ļ		
Pschierer Franz Josef				
Dr. Rabenstein Christoph	X	ļ		
Radwan Alexander		Х		
Reichhart Markus	X			
Reiß Tobias		Χ		
Richter Roland		Х		
Dr. Rieger Franz		Х		
Rinderspacher Markus	X			
Ritter Florian				
Rohde Jörg		Х		
Roos Bernhard	Х			
Rotter Eberhard		Х		
Rudrof Heinrich		Х		
Rüth Berthold		Х		
Dr. Runge Martin			Х	
Rupp Adelheid				
Sackmann Markus		Х		
Sandt Julika		X		
Sauter Alfred		X		
Scharfenberg Maria	+	- ^	Х	
Schindler Franz	Х	1		
Schmid Georg	_ ^	V		
Schmid Georg Schmid Peter	+	X	<u> </u>	
	V	^	1	
Schmitt-Bussinger Helga	X	ļ		
Schneider Harald	Х		ļ	
Schneider Siegfried		X	ļ	
Schöffel Martin		Х		
Schopper Theresa			X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		Х	
Schreyer-Stäblein Kerstin		Х	
Schuster Stefan	Х		
Schweiger Tanja	Х		
Schwimmer Jakob			
Seidenath Bernhard		Х	
Sem Reserl		Х	
Sibler Bernd		Х	
Sinner Eberhard		Х	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	Х		
Dr. Spaenle Ludwig			
Sprinkart Adi			X
Stachowitz Diana	X		
Stahl Christine			Х
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia			Х
Steiger Christa	Х		
Steiner Klaus			
Stewens Christa			
Stierstorfer Sylvia		Х	
Stöttner Klaus			
Strehle Max			
Streibl Florian	Х		
Strobl Reinhold	Х		
Dr. Strohmayr Simone	Х		
Taubeneder Walter		Х	
Tausendfreund Susanna			X
Thalhammer Tobias		Х	
Tolle Simone			Х
Unterländer Joachim		Х	
Dr. Vetter Karl	X		
Di. Vollor Hair			
Wägemann Gerhard		Х	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	Х		
Dr. Weiß Bernd		Х	
Dr. Weiß Manfred		Х	
Dr. Wengert Paul	X		
Werner Hans Joachim	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Widmann Jutta			
Wild Margit	X	L	
Will Renate		X	
Winter Georg		X	
Winter Peter		Х	
Wörner Ludwig	X		
Zacharias Isabell			
Zeil Martin			
Zeitler Otto			
Zellmeier Josef		Х	
Dr. Zimmermann Thomas		Х	
Gesamtsumm	e 47	84	18

Mitteilung

zu Tagesordnungspunkt 13

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 10:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christa Steiger, Franz Schindler u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Zuschüsse an Betreuungsvereine (Kap. 10 03 Tit. 684 01)

(Drs. 16/7300)

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christa Steiger, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Maßnahmen, Dienste und Einrichtungen für Menschen mit Behinderung, insbesondere der beruflichen, sozialen und medizinischen Rehabilitation (Kap. 10 05 TG 78 - 79)

(Drs. 16/7301)

Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christa Steiger, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Maßnahmen, Dienste und Einrichtungen zur Versorgung von Menschen mit psychischer Behinde-

(Kap. 10 05 TG 82)

(Drs. 16/7302)

Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christa Naaß, Christa Steiger u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Förderung von Verbänden und kulturellen Einrichtungen der deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge im Sinne des § 96 BVFG (Kap. 10 06 Tit. 686 01)

(Drs. 16/7303)

Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christa Naaß, Christa Steiger u.a. SPD

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Förderung grenzüberschreitender ostdeutscher Kulturarbeit

(Kap. 10 06 Tit. 686 06)

(Drs. 16/7304)

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christa Naaß, Christa Steiger u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Förderung von Einzelmaßnahmen im Sinne des § 96 BVFG (Kap. 10 06 Tit. 686 21)

(Drs. 16/7305)

Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christa Naaß, Christa Steiger u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Förderung des Sudetendeutschen Museums (Kap. 10 06 Tit. 893 02)

(Drs. 16/7306)

Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christa Steiger, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen für ältere Menschen (Kap. 10 07 TG 70)

(Drs. 16/7308)

Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christa Steiger, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen für ältere Menschen (Kap. 10 07 TG 70)

(Drs. 16/7309)

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christa Steiger, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen für die Familie (Kap. 10 07 TG 73)

(Drs. 16/7310)

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christa Steiger, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Leistungen nach dem Bayerischen Landeserziehungsgeldgesetz (Kap. 10 07 TG 80)

(Drs. 16/7311)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christa Steiger, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen für die Freiwilligenarbeit, Bürgerarbeit sowie das Ehrenamt im sozialen Bereich (Kap. 10 07 TG 85)

(Drs. 16/7312)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christa Steiger, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012;

hier: kostenfreies Kindergartenjahr und qualitative Verbesserung der Kinderbetreuung und frühkindlichen Bildung (Kap. 10 07 TG 88 - 90)

(Drs. 16/7313)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christa Steiger, Dr. Thomas Beyer u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Landesförderung der Mehrgenerationenhäuser (Kap. 10 07 neue TG)

(Drs. 16/7314)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christa Steiger, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Sofortprogramm zur Bekämpfung der Kinderarmut

(Kap. 10 07 neue TG)

(Drs. 16/7315)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christa Steiger, Franz Schindler u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Stellenplan Landesarbeitsgerichte, Arbeitsgerichte: Arbeitsrichter (BesGr R 1) (Kap. 10 10 Tit. 422 01)

(Drs. 16/7316)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christa Steiger, Franz Schindler u.a. (SPD) Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Stellenplan Bayer. Landessozialgericht, Sozialgerichte: Sozialrichter (BesGr R 1) (Kap. 10 12 Tit. 422 01)

(Drs. 16/7317)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FW)

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Finanzierung der Mehrgenerationenhäuser in

Bayern

(Kap. 10 07 neuer Tit.)

(Drs. 16/7340)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FW)

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen für Senioren (Kap. 10 07 TG 70)

(Drs. 16/7341)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FW)

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Erhöhung der Mittel für das Landesnetzwerk "Bürgerliches Engagement" (LNBE) (Kap. 10 07 Tit. 684 85)

(Drs. 16/7342)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FW)

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Koordinierungszentren für "Bürgerliches Engagement" (Kap. 10 07 TG 85 neuer Tit.)

(Drs. 16/7343)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Claudia Jung u.a. und Fraktion (FW) Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Erhöhung der Mittel für die Förderung von Kindertageseinrichtungen und Tagespflege (Kap. 10 07 TG 88 - 90)

(Drs. 16/7344)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Förderung von hochgradig sehbehinderten Menschen (Kap. 10 03 Tit. 681 01)

(Drs. 16/7383)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Betreuungsvereine stärken (Kap. 10 03 Tit. 684 01)

(Drs. 16/7384)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Einrichtung regionaler Anlauf- und Beratungsstellen für ehemalige Heimkinder (Kap. 10 03 Tit. 687 02)

(Drs. 16/7385)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Entschädigungsfonds für ehemalige Heimkinder (Kap. 10 03 Tit. 688 01)

(Drs. 16/7386)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Insolvenzberatung ausbauen (Kap. 10 03 TG 73 Tit. 684 73)

(Drs. 16/7387)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Neonazis bekämpfen - Aktive Demokratieförderung leisten (Kap. 10 03 neue TG)

(Drs. 16/7388)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Amt der bzw. des Behindertenbeauftragten (Kap. 10 05 TG 78 Tit. 290 78; Kap. 10 05 neue TG)

(Drs. 16/7389)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Versorgung psychisch kranker und psychisch behinderter Menschen (Kap. 10 05 TG 82)

(Drs. 16/7392)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Anlauf- und Koordinationsstelle zur Umsetzung der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen (Kap. 10 05 neue TG)

(Drs. 16/7393)

32. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Integrationsprojekte unterstützen, fördern und initiieren (Kap. 10 50 TG 52 Tit. 683 52)

(Drs. 16/7394)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Ausbau von Heilpädagogischen Fachdiensten (Kap. 10 07 Tit. 684 04)

(Drs. 16/7395)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Ausbau der Bildungs- und Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren (Kap. 10 07 Tit. 883 01)

(Drs. 16/7396)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Hospizarbeit

(Kap. 10 07 TG 69 Tit. 684 69)

(Drs. 16/7397)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Familienberatung verbessern (Kap. 10 07 TG 73 Tit. 684 73)

(Drs. 16/7398)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Jugendsozialarbeit an Schulen (Kap. 10 07 TG 74 Tit. 684 74; Kap. 05 04 Tit. 681 08)

(Drs. 16/7399)

38. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Bildung stärken - Landeserziehungsgeld umschichten

(Kap. 10 07 TG 80 Tit. 681 80;

Kap. 10 07 TG 88 - 90 Tit. 633 89)

(Drs. 16/7400)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Hilfe für Opfer häuslicher Gewalt: Finanzierung von Frauenhäusern (Kap. 10 07 TG 82)

(Drs. 16/7401)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Hilfe für Opfer häuslicher Gewalt: Förderung von Interventionsprojekten mit einem pro-aktiven

(Kap. 10 07 TG 82)

(Drs. 16/7402)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Hilfe für Opfer häuslicher Gewalt: Studie über besonders verletzbare Gruppen (Kap. 10 07 TG 82)

(Drs. 16/7403)

42. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Hilfe für Opfer häuslicher Gewalt: Täterprogramme für Täter häuslicher Gewalt

(Kap. 10 07 TG 82)

(Drs. 16/7404)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Integrationsbeauftragten Arbeit ermöglichen (Kap. 10 50 TG 52 Tit. 536 52; Kap. 10 50 neue TG)

(Drs. 16/7405)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Asylsozialberatung (Kap. 10 53 Tit. 684 01)

(Drs. 16/7406)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Sprachkurse für Asylbewerberinnen und Asylbewerber (Kap. 10 53 Tit. 684 02)

(Drs. 16/7407)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (Kap. 10 53 Tit. 684 02)

(Drs. 16/7408)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen (Kap. 10 53 Tit. 710 00)

(Drs. 16/7409)

 Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haushaltsplan 2011/2012;

hier: Rückkehrberatung für Flüchtlinge (Kap. 10 53 TG 60 Tit. 681 60 und 684 60)

(Drs. 16/7410)